

Jahresabschluss des Kreises Lippe 2007



Redaktion:

**Kreis Lippe
Der Landrat
Fachgebiet Finanzen,
Controlling, Beteiligungen
Felix-Fechenbach-Str. 5
32756 Detmold**

**Uwe Bartels
Annika Helbig
Wolfgang Lübbe
Rainer Grabbe**

A b s c h n i t t A

Gesamtergebnis
Ergebnisrechnung
Finanzrechnung
Teilrechnungen
Bilanz
Anhang

A b s c h n i t t B

Lagebericht
(ab Seite 81)

Inhaltsverzeichnis	Seite
Abschnitt A – Jahreabschluss	5
1. Gesamtergebnisse	5
1.1 Aufstellungs- und Feststellungsvermerke	5
1.2 Zuleitung an den Kreistag	5
1.3 Allgemeine Hinweise	6
2. Ergebnisrechnung	7
2.1 Zusammenfassung	7
2.2 Gesamtergebnisrechnung	8
3. Finanzrechnung	10
3.1 Zusammenfassung	10
3.2 Gesamtfinanzrechnung	12
4. Teilrechnungen nach NKF- und F-Struktur	13
5. Schlussbilanz zum 31.12.2007	27
6. Anhang	29
6.1 Hinweise zum Jahresabschluss 2007	29
6.2 Anlagenspiegel	33
6.2.1 Erläuterungen zum Anlagenspiegel Teil 1 – Aktiva	35
6.2.2 Erläuterungen zum Anlagenspiegel Teil 1 – Passiva	41
6.3 Forderungsspiegel	45
6.3.1 Erläuterungen zum Forderungsspiegel	45
6.3.2 Wertberichtigung von Forderungen	52
6.4 Verbindlichkeitspiegel	59
6.4.1 Erläuterungen zum Verbindlichkeitspiegel	60
6.5 Erläuterung zu weiteren Bilanzpositionen	64
6.5.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	64
6.5.2 Gesonderte Erläuterungen gem. § 44 Abs. 2 GemHVO	65
6.5.3 Sonstige Erläuterungen zu Bilanzpositionen	75
Abschnitt B – Lagebericht	81

1. Gesamtergebnisse

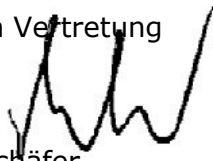
1.1 Aufstellungs- und Feststellungsvermerke

Der nachstehende Entwurf des Jahresabschluss des Jahres 2007 einschließlich der 2. Änderung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 für den Kreis Lippe

wurde aufgestellt:

Detmold, 27.08.2008

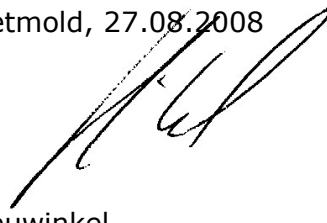
In Vertretung



Schäfer
Kreiskämmerer

bestätigt:

Detmold, 27.08.2008



Heuwinkel
Landrat

1.2 Zuleitung an den Kreistag

Der Entwurf des Jahresabschlusses wird dem Kreistag zur Feststellung zugeleitet:



Heuwinkel
Landrat

Beschlussempfehlungen¹:

1. Der Kreistag des Kreises Lippe stellt den Jahresabschluss nach Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss fest.
2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 6.357.969,43 € wird der Ausgleichrücklage entnommen.
3. Die Ansätze der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 werden wie nachstehend dargestellt berichtigt.²
4. Dem Landrat wird Entlastung erteilt.

¹ nachrichtlich, Beschlussvorlagen werden nach Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss zu einem späteren Zeitpunkt erstellt.

² Die Eröffnungsbilanz gilt mit Beschluss über den Jahresabschluss als berichtigt.

1.3 Allgemeine Hinweise

Die Schlussbilanz zum 31.12.2007 beruht auf der vom Kreistag beschlossenen und geprüften Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 unter Einbeziehung der notwendigen Berichtigungen und den Ergebnissen der Haushaltswirtschaft des Jahres 2006.

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2006 wurde dem Kreistag mit Schreiben vom 22.08.2007 zur Feststellung zugeleitet. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat am 07.04.2008 den Entwurf des Jahresabschlusses 2006 und den Prüfbericht der Rechnungsprüfung beraten und einen uneingeschränkten Prüfungsvermerk erteilt.

Der geprüfte Jahresabschluss wurde dem Kreistag in seiner Sitzung am 23.06.2008 zur Beratung vorgelegt. Der Kreistag hat den Jahresabschluss einstimmig festgestellt und dem Landrat Entlassung erteilt. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Jahresfehlbetrag 2005 in Höhe von 367,82 € und den Jahresfehlbetrag 2006 in Höhe von 19.321.980,71 € der Ausgleichsrücklage zu entnehmen, weiter wurde die 1. Änderung der Eröffnungsbilanz im Rahmen des Jahresabschlusses 2006 beschlossen.

Die Jahresrechnung 2007 berücksichtigt bereits den durch das Vorjahresergebnis verminderten Bestand der Ausgleichsrücklage und vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage des Kreises Lippe zum Bilanzstichtag 31.12.2007.

Darüber hinaus war erneut eine Änderung der Eröffnungsbilanz im Rahmen des Jahresabschlusses 2007 erforderlich. Die dargestellten Änderungen sind bereits nachträglich in die Eröffnungsbilanz eingearbeitet worden und sind ebenfalls in der nun vorliegenden Schlussbilanz 2007, einschließlich der Veränderungen bei der Allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage, berücksichtigt.

2. Ergebnisrechnung

2.1 Zusammenfassung

Gesamtergebnisrechnung	Ergebnis 2006 in T€	Plan 2007 in T€	Ergebnis 2007 in T€	Veränderung in T€
Ordentliche Erträge	253.266	263.876	274.723	+ 10.847
Finanzerträge	1.899	1.217	1.980	+ 763
Erträge	255.165	265.093	276.703	+ 11.610
Ordentliche Aufwendungen	270.795	272.610	278.207	+ 5.597
Zinsaufwand und ähnliches	3.692	4.558	4.854	- 296
Aufwendungen	274.487	277.168	283.056	+ 5.893
Jahresergebnis	-19.322	-12.075	-6.358	+ 5.717

In der Gesamtergebnisrechnung verbessert sich das Ergebnis gegenüber dem Planansatz um rd. 5.717 T€, das Haushaltsdefizit vermindert sich damit im Budgetvollzug von rd. **12.075 T€** auf nunmehr **6.358 T€**. Der Haushaltsausgleich kann durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage herbeigeführt werden (§ 75 GO).

Im Rahmen des Haushaltsvollzuges haben sich einige gravierende, bei Budgetaufstellung nicht absehbare Budgetverbesserungen und -verschlechterungen ergeben, hervorzuheben sind insbesondere die um rd. 5,9 Mio. € höher ausgefallenen Ausgleichsleistungen des Landes NRW nach dem AG-SGB II. Teil (Verteilung der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben). Die sonstigen Veränderungen haben sich weitgehend gegenseitig kompensiert, zu nennen sind:

- Transfererträge (insbesondere UVG) + 1.357 T€
- Sonstige ordentliche Erträge + 4.859 T€
- (Auflösung Rückstellung Betriebsverluste Eigenbetriebe)
- Personalaufwendungen - 2.637 T€
- Bilanzielle Abschreibungen (Wertkorrektur Eigenbetriebe) - 2.010 T€
- Sonstige ordentliche Aufwendungen - 1.690 T€
- (Wertberichtigung Forderungen, SGB II, Gebührenaussgleich)



2.2 Gesamtergebnisrechnung

Ergebnisrechnung
Gesamtergebnisrechnung

Nr.	Bezeichnung	Jahresergebnis 2006	fortgeschriebener Ansatz des Rechnungsjahres 2007	Ist Ergebnis des Rechnungsjahres 2007	Vergleich Ansatz/Ist (Sp.3 / Sp.2) 2007
1	Steuern und ähnliche Abgaben	5.200.302,84	5.196.000,00	11.132.844,53	5.936.844,53
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	193.779.226,77	224.681.638,00	206.685.142,29	17.996.495,71-
3	+ Sonstige Transfererträge	5.614.205,50	2.925.915,00	4.282.905,00	1.356.990,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	21.024.338,62	19.906.594,00	19.465.772,40	440.821,60-
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	581.793,23	497.754,00	548.604,10	50.850,10
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	24.589.349,64	8.142.790,00	25.223.887,99	17.081.097,99
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.476.338,49	2.525.253,00	7.384.066,75	4.858.813,75
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= Ordentliche Erträge	253.265.555,09	263.875.944,00	274.723.223,06	10.847.279,06
11	- Personalaufwendungen	29.666.445,44	34.677.073,00	32.040.471,93	2.636.601,07-
12	- Versorgungsaufwendungen	3.024.847,72	400.000,00	5.459.875,28	5.059.875,28
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.604.150,31	2.056.586,00	1.869.891,36	186.694,64-
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.008.117,75	1.550.739,00	3.308.683,07	1.757.944,07
15	- Transferaufwendungen	155.587.313,18	157.945.175,00	157.857.755,17	87.419,83-
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	79.904.138,59	75.980.571,00	77.670.179,20	1.689.608,20
17	= Ordentliche Aufwendungen	270.795.012,99	272.610.144,00	278.206.856,01	5.596.712,01
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (=Zeilen 10 und 17)	17.529.457,90-	8.734.200,00-	3.483.632,95-	5.250.567,05
19	+ Finanzerträge	1.899.315,14	1.216.814,00	1.980.000,22	763.186,22
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.691.837,95	4.557.840,00	4.854.336,70	296.496,70
21	= Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)	1.792.522,81-	3.341.026,00-	2.874.336,48-	466.689,52
22	= Ordentliches Ergebnis (=Zeilen 18 und 21)	19.321.980,71-	12.075.226,00-	6.357.969,43-	5.717.256,57
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0,00	0,00	0,00
26	= Jahresergebnis (=Zeilen 22 und 25)	19.321.980,71-	12.075.226,00-	6.357.969,43-	5.717.256,57

3. Finanzrechnung

3.1 Zusammenfassung

Gesamtfinanzrechnung	2006 Ergebnis	2007 Plan	2007 Ergebnis *)	Veränderung
Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	254.733	266.775	276.066	+ 9.291
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	9.181	6.660	2.605	- 4.055
Einzahlung aus Finanzierungstätigkeit	4.639	11.495	7.012	-4.483
Einzahlungen gesamt	268.553	284.930	285.683	+ 753
Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	272.496	275.996	274.244	- 1.752
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	9.788	5.559	1.768	- 3.791
Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit	5.227	9.864	8.810	- 1.054
Auszahlungen gesamt	287.511	291.419	284.822	- 6.597
Jahresergebnis	-18.958	- 6.487	862	7.349

*) bereinigte Darstellung ohne Berücksichtigung neu aufgenommener Liquiditätsdarlehen aus Gründen der Vergleichbarkeit von Planansatz und Ergebnis

In der Gesamtfinanzrechnung verbessert sich das Ergebnis gegenüber dem Planansatz 2007 um **13.349 T€**. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Gesamtfinanzrechnung im Gegensatz zum Gesamtfinanzplan auch neu aufgenommene Liquiditätsdarlehen beinhaltet. Bereinigt man die Einzahlungen um diesen Betrag, verbleibt gegenüber der Planung eine Ergebnisverbesserung **von rd. 7.349 T€**, wie vorstehend dargestellt. Zur Darstellung ist die obige Aufstellung um die Kassenkredite bereinigt, da diese ja nur den Ersatz von Liquidität darstellen. Die Schlussbilanz weist eine Erhöhung der Kassenkredite in Höhe von **6 Mio. €** aus. Diese Darlehensaufnahme wurde noch am letzten Tag des alten Jahres 2007 gebucht, da gleich am ersten Buchungstag 2008 Auszahlungen in entsprechender Höhe zu erfolgen hatten. Entsprechend hoch fällt der Kassenbestand am letzten Buchungstag aus (8,8 Mio. €). Bereinigt um diesen Betrag ist der Kassenkreditbestand zum Jahresende 2007 unverändert.

Als wesentliche Faktoren hervorzuheben sind:

- Landesersparnis Wohngeld + 5.940 T€
- Sonstige Transfereinzahlungen (insb. Mündelgelder) + 1.136 T€
- Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte + 2.588 T€

(insb. Zulassungen und Disponenten Rettungsdienst)	
➤ Kostenerstattungen / Kostenumlagen	+ 1.038 T€
(Abrechnung Asylbewerberleistungsgesetz)	
➤ Sonstige Einzahlungen (ungeklärte Einzahlungen)	- 1.812 T€
➤ Personal- und Versorgungsauszahlungen	- 422 T€
➤ Transferauszahlungen (Verschiedene Leistungen)	- 692 T€
➤ Sonstige Auszahlungen	- 587 T€
(insb. Personal- und Sachkosten Disponenten Rettungsdienst)	

3.2 Gesamtfinanzzrechnung

Finanzrechnung
Gesamtfinanzzrechnung

Seite: 1

Nr.	Bezeichnung	Jahresergebnis 2006	fortgeschriebener Ansatz des Rechnungsjahres 2007	Ist Ergebnis des Rechnungsjahres 2007	Vergleich Ansatz/Ist (Sp.3 / Sp.2) 2007
1	Steuern und ähnliche Abgaben	5.201.071,01	5.196.000,00	11.136.814,08	5.940.814,08
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	192.706.157,94	225.019.975,00	207.031.166,35	17.988.808,65-
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	4.013.206,32	2.625.915,00	3.762.382,22	1.136.467,22
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16.357.003,67	19.727.140,00	22.315.449,34	2.588.309,34
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	568.898,89	497.754,00	636.846,11	139.092,11
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	29.287.516,14	10.006.438,00	28.575.174,03	18.568.736,03
7	+ Sonstige Einzahlungen	4.704.627,20	2.511.024,00	698.749,81	1.812.274,19-
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.894.659,52	1.191.163,00	1.909.686,86	718.523,86
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	254.733.140,69	266.775.409,00	276.066.268,80	9.290.859,80
10	- Personalauszahlungen	27.447.181,46	33.107.073,00	27.375.012,97	5.732.060,03-
11	- Versorgungsauszahlungen	5.875.016,72	645.000,00	5.955.464,28	5.310.464,28
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.725.552,40	2.073.386,00	1.853.331,76	220.054,24-
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	4.073.379,66	5.057.840,00	5.227.716,04	169.876,04
14	- Transferauszahlungen	157.269.056,28	159.325.925,00	158.633.702,48	692.222,52-
15	- Sonstige Auszahlungen	76.106.133,49	75.786.447,00	75.198.962,61	587.484,39-
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	272.496.320,01	275.995.671,00	274.244.190,14	1.751.480,86-
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (=Zeilen 9 und 16)	17.763.179,32- 0,00	9.220.262,00- 0,00	1.822.078,66 0,00	11.042.340,66 0,00
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	792.328,32	852.298,00	873.793,96	21.495,96
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	39.857,95	8.000,00	28.085,61	20.085,61
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	8.329.015,00	5.800.170,00	1.703.095,40	4.097.074,60-
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	19.659,30	0,00	0,00	0,00
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	9.180.860,57	6.660.468,00	2.604.974,97	4.055.493,03-
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	319.562,68	405.000,00	32.142,14	372.857,86-
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.011.290,38	2.906.503,00	750.108,01	2.156.394,99-
26	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	762.609,36	960.990,00	612.915,18	348.074,82-
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	6.339.500,00	800.170,00	60.000,00	740.170,00-
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	1.354.861,53	376.000,00	312.892,75	63.107,25-
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	110.000,00	0,00	110.000,00-
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	9.787.823,95	5.558.663,00	1.768.058,08	3.790.604,92-



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (=Zeilen 23 und 30)	606.963,38-	1.101.805,00	836.916,89	264.888,11-
32	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	18.370.142,70-	8.118.457,00-	2.658.995,55	10.777.452,55
Gesamtfinanzrechnung - Seite 2 -					

Finanzrechnung
Gesamtfinanzrechnung

Nr.	Bezeichnung	fortgeschriebener			Vergleich Ansatz/Ist (Sp.3 / Sp.2) 2007
		Jahresergebnis 2006	Ansatz des Rechnungsjahres 2007	Ist Ergebnis des Rechnungsjahres 2007	
	(=Zeilen 17 und 31)				
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	4.638.783,02	11.495.268,00	7.012.754,55	4.482.513,45-
34	+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	14.000.000,00	0,00	39.000.000,00	39.000.000,00
35	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	5.227.249,11	9.864.000,00	8.809.600,55	1.054.399,45-
36	- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	3.000.000,00	0,00	33.000.000,00	33.000.000,00
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	10.411.533,91	1.631.268,00	4.203.154,00	2.571.886,00
38	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (=Zeilen 32 und 37)	7.958.608,79-	6.487.189,00-	6.862.149,55	13.349.338,55
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
40	+ Bestand an fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
41	= Liquide Mittel (=Zeilen 38,39 und 40)	7.958.608,79- 0,00	6.487.189,00- 0,00	6.862.149,55 0,00	13.349.338,55 0,00

4. Teilrechnungen nach NKF- und FB-Struktur

Produktübersicht nach Neuem Kommunalem Finanzmanagement

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
001 Innere Verwaltung						
001 001 Unterstützung der Verwaltungsführung						
001 001 001 Leitung der Verwaltung, Beratung/Projekte	-578.811 €	-643.449,13 €	-64.638,13 €	-551.465 €	-559.460,11 €	-7.995,11 €
001 001 002 Unterstützung der Politik, Sitzungsdienst	-1.093.089 €	-1.065.529,60 €	27.559,40 €	-1.073.994 €	-1.006.680,58 €	67.313,42 €
Zwischensumme	-1.671.900 €	-1.708.978,73 €	-37.078,73 €	-1.625.459 €	-1.566.140,69 €	59.318,31 €
001 002 Interessenvertretung						
001 002 001 Gleichstellung	-165.314 €	-163.326,62 €	1.987,38 €	-165.314 €	-163.299,68 €	2.014,32 €
001 002 002 Personalrat	-167.184 €	-189.392,02 €	-22.208,02 €	-158.912 €	-161.965,80 €	-3.053,80 €
001 002 003 Schwerbeh. Vertretung	-13.205 €	-3.433,92 €	9.771,08 €	-13.006 €	-2.230,83 €	10.775,17 €
Zwischensumme	-345.703 €	-356.152,56 €	-10.449,56 €	-337.232 €	-327.496,31 €	9.735,69 €
001 003 Zentrale Dienste						
001 003 001 Bürgerservice	-232.743 €	-264.004,17 €	-31.261,17 €	-226.524 €	-247.897,36 €	-21.373,36 €
001 003 002 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-194.642 €	-254.514,30 €	-59.872,30 €	-194.017 €	-236.467,86 €	-42.450,86 €
001 003 003 Recht	-325.056 €	-370.702,56 €	-45.646,56 €	-302.767 €	-319.320,12 €	-16.553,12 €
001 003 004 Submissionsstelle	-96.668 €	-110.760,19 €	-14.092,19 €	-91.373 €	-93.412,15 €	-2.039,15 €
001 003 005 Datenschutz	-30.677 €	-32.342,54 €	-1.665,54 €	-26.954 €	-25.007,61 €	1.946,39 €
Zwischensumme	-879.786 €	-1.032.323,76 €	-152.537,76 €	-841.635 €	-922.105,10 €	-80.470,10 €
001 004 Personal, Organisation, Finanzen						
001 004 001 Personalbetreuung	-1.899.749 €	-1.683.424,33 €	216.324,67 €	-1.808.434 €	-1.225.220,37 €	583.213,63 €
001 004 002 Beihilfe	-138.532 €	-152.646,56 €	-14.114,56 €	-134.236 €	-138.917,36 €	-4.681,36 €
001 004 003 Personalentwicklung	-348.960 €	-355.065,78 €	-6.105,78 €	-335.750 €	-289.352,54 €	46.397,46 €
001 004 004 Ausbildung	-1.012.348 €	-1.017.473,78 €	-5.125,78 €	-976.521 €	-934.241,56 €	42.279,44 €
001 004 005 Finanzmanagement	-1.203.375 €	-1.232.137,49 €	-28.762,49 €	-1.259.965 €	-1.393.025,04 €	-133.060,04 €
001 004 006 Kasse (Zahlungsabwicklung)	-966.330 €	-677.096,97 €	289.233,03 €	-703.102 €	-2.385.740,64 €	-1.682.638,64 €
001 004 007 Organisationsangelegenheiten	-249.132 €	-379.279,41 €	-130.147,41 €	-237.082 €	-323.334,73 €	-86.252,73 €
Zwischensumme	-5.818.426 €	-5.497.124,32 €	321.301,68 €	-5.455.090 €	-6.689.832,24 €	-1.234.742,24 €
001 005 Kommunalaufsicht						
001 005 001 Kommunalaufsicht	-192.768 €	-210.716,82 €	-17.948,82 €	-180.184 €	-170.817,46 €	9.366,54 €
Zwischensumme	-192.768 €	-210.716,82 €	-17.948,82 €	-180.184 €	-170.817,46 €	9.366,54 €
001 006 Rechnungsprüfung						
001 006 001 Prüfungen	-665.865 €	-722.908,73 €	-57.043,73 €	-624.280 €	-592.869,92 €	31.410,08 €
Zwischensumme	-665.865 €	-722.908,73 €	-57.043,73 €	-624.280 €	-592.869,92 €	31.410,08 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
001 007 Polizeiverwaltung						
001 007 001 Polizeiverwaltung	-414.971 €	-427.357,81 €	-12.386,81 €	-382.578 €	-329.078,38 €	53.499,62 €
001 007 002 Ordnungsbehördliche Aufgaben	-180.131 €	-246.780,16 €	-66.649,16 €	-166.052 €	-202.214,54 €	-36.162,54 €
Zwischensumme	-595.102 €	-674.137,97 €	-79.035,97 €	-548.630 €	-531.292,92 €	17.337,08 €
001 008 eGovernment						
001 008 001 eGovernment	0 €	0,00 €	0 €	0 €	-5.977 €	-5.977 €
Zwischensumme	0 €	0 €	0 €	0 €	-5.977 €	-5.977 €
Summe Produktbereich 001	-10.169.550 €	-10.202.342,89 €	-32.792,89 €	-9.612.510,00 €	-10.806.531,96 €	-1.194.021,96 €
002 Sicherheit und Ordnung						
002 001 Allg. Sicherheit und Ordnung						
002 001 001 Allg. Gefahrenabwehr	-101.593 €	-108.734,97 €	-7.141,97 €	-95.365 €	-89.791,15 €	5.573,85 €
002 001 002 Gewerbeangelegenheiten	-86.139 €	-66.490,95 €	19.648,05 €	-77.807 €	-55.516,36 €	22.290,64 €
002 001 003 Jagd- und Fischereianglegenheiten	-94.925 €	-110.700,01 €	-15.775,01 €	-86.924 €	-77.137,25 €	9.786,75 €
Zwischensumme	-282.657 €	-285.925,93 €	-3.268,93 €	-260.096 €	-222.444,76 €	37.651,24 €
002 002 Tiergesundheit und Tierschutz						
002 002 001 Tierseuchenbekämpfung	-674.419 €	-710.710,27 €	-36.291,27 €	-649.728 €	-634.431,84 €	15.296,16 €
002 002 002 Überwachung von Tierarznei- und Futtermitteln	0 €	300,00 €	300,00 €	0 €	300,00 €	300,00 €
002 002 003 Tier- und Artenschutz	-211.257 €	-203.541,70 €	7.715,30 €	-199.723 €	-166.365,42 €	33.357,58 €
Zwischensumme	-885.676 €	-913.951,97 €	-28.275,97 €	-849.451 €	-800.497,26 €	48.953,74 €
002 003 Lebensmittel- und Fleischhygieneüberwachung						
002 003 001 Überwachung von Betrieben	-1.213.016 €	-1.282.628,44 €	-69.612,44 €	-1.199.866 €	-1.190.269,20 €	9.596,80 €
002 003 002 Schlachtier- und Fleischschau	-22.522 €	-86.528,40 €	-64.006,40 €	-19.556 €	-65.388,16 €	-45.832,16 €
002 003 003 Lebensmittelüberwachung	0 €	0,00 €	0,00 €	0 €	480,20 €	480,20 €
Zwischensumme	-1.235.538 €	-1.369.156,84 €	-133.618,84 €	-1.219.422 €	-1.255.177,16 €	-35.755,16 €
002 004 Regelung des Aufenthalts von Ausländern						
002 004 001 Aufenthaltsregelung von Ausländern außer Asylbewerbern	-424.277 €	-396.706,09 €	27.570,91 €	-406.129 €	-336.981,97 €	69.147,03 €
002 004 002 Aufenthaltsregelung von Asylbewerbern	-306.029 €	-293.627,05 €	12.401,95 €	-290.411 €	-257.387,11 €	33.023,89 €
Zwischensumme	-730.306 €	-690.333,14 €	39.972,86 €	-696.540 €	-594.369,08 €	102.170,92 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
002 005 Einwohnerangelegenheiten und Personenstandswesen						
002 005 001 Regelung der deutschen Staatsangehörigkeit	-106.342 €	-107.459,09 €	-1.117,09 €	-97.875 €	-83.801,51 €	14.073,49 €
002 005 002 Einwohner, Personenstand, Namensänderung	-75.268 €	-79.316,62 €	-4.048,62 €	-73.331 €	-73.704,06 €	-373,06 €
002 005 003 Wahlen	-33.149 €	-33.511,09 €	-362,09 €	-31.783 €	-29.282,05 €	2.500,95 €
Zwischensumme	-214.759 €	-220.286,80 €	-5.527,80 €	-202.989 €	-186.787,62 €	16.201,38 €
002 006 Verkehrssicherung						
002 006 001 Verkehrsüberwachung	511.737 €	241.239,76 €	-270.497,24 €	408.509 €	433.123,98 €	24.614,98 €
002 006 002 Polizeiliche Ordnungswidrigkeiten	514.609 €	527.337,67 €	12.728,67 €	518.144 €	656.880,93 €	138.736,93 €
002 006 003 Verkehrslenkung, -regelung und -erziehung	-206.253 €	-230.687,19 €	-24.434,19 €	-188.753 €	-182.536,89 €	6.216,11 €
002 006 004 Genehmigungspflichtige Straßenbenutzung	-93.948 €	-86.344,66 €	7.603,34 €	-87.923 €	-68.174,78 €	19.748,22 €
Zwischensumme	726.145 €	451.545,58 €	-274.599,42 €	649.977 €	839.293,24 €	189.316,24 €
002 007 Fahr- und Beförderungserlaubnisse						
002 007 001 Fahrerlaubnisse	-156.825 €	-234.530,91 €	-77.705,91 €	-135.956 €	-146.651,62 €	-10.695,62 €
002 007 002 Straßenverkehrsrechtliche Erlaubnisse	-102.833 €	-110.245,86 €	-7.412,86 €	-95.319 €	-89.013,03 €	6.305,97 €
Zwischensumme	-259.658 €	-344.776,77 €	-85.118,77 €	-231.275 €	-235.664,65 €	-4.389,65 €
002 008 Fahrzeugzulassungen						
002 008 001 Zulassungen	1.024.461 €	1.288.598,43 €	264.137,43 €	1.064.503 €	1.562.365,66 €	497.862,66 €
002 008 002 Überwachung der Halterpflichten	-168.345 €	-238.700,29 €	-70.355,29 €	-167.120 €	-262.020,83 €	-94.900,83 €
Zwischensumme	856.116 €	1.049.898,14 €	193.782,14 €	897.383 €	1.300.344,83 €	402.961,83 €
002 009 Bevölkerungsschutz						
002 009 001 Serviceleistungen des Feuerwehrausbildungszentrums	-1.102.301 €	-1.236.166,19 €	-133.865,19 €	-2.969.688 €	-736.967,09 €	2.232.720,91 €
002 009 002 Katastrophenschutz	-191.586 €	-188.437,86 €	3.148,14 €	-242.636 €	-174.071,28 €	68.564,72 €
002 009 003 Vorbeugender Brandschutz	-148.071 €	-148.700,20 €	-629,20 €	-147.554 €	-147.022,06 €	531,94 €
Zwischensumme	-1.441.958 €	-1.573.304,25 €	-131.346,25 €	-3.359.878 €	-1.058.060,43 €	2.301.817,57 €
002 010 Rettungsdienst						
002 010 001 Leitstelle	0 €	0,00 €	0,00 €	-879.279 €	-1.019.409,80 €	-140.130,80 €
002 010 002 Rettungsdienst	53.000 €	0,00 €	-53.000,00 €	1.220.940 €	4.608.389,21 €	3.387.449,21 €
Zwischensumme	53.000 €	0,00 €	-53.000,00 €	341.661 €	3.588.979,41 €	3.247.318,41 €
Summe Produktbereich 002	-3.415.291 €	-3.896.291,98 €	-481.000,98 €	-4.930.630 €	1.375.616,52 €	6.306.246,52 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
003 Schulträgeraufgaben						
003 001 Zentrale schulbezogene Leistungen des Schulträgers						
003 001 001 Medienzentrum	-304.596 €	-298.878,73 €	5.717,27 €	-300.559 €	-295.869,41 €	4.689,59 €
003 001 002 Schulamtsverwaltung	-368.918 €	-465.439,47 €	-96.521,47 €	-353.920 €	-415.972,93 €	-62.052,93 €
003 001 003 RegioNet/Schulprojekte und Bildungsförderung	-557.558 €	-598.413,64 €	-40.855,64 €	-540.227 €	-396.283,08 €	143.943,92 €
Zwischensumme	-1.231.072 €	-1.362.731,84 €	-131.659,84 €	-1.194.706 €	-1.108.125,42 €	86.580,58 €
Summe Produktbereich 003	-1.231.072 €	-1.362.731,84 €	-131.659,84 €	-1.194.706 €	-1.108.125,42 €	86.580,58 €
004 Kultur						
004 001 Kulturförderung						
004 001 001 Kulturförderung	-2.850.451 €	-2.864.322,84 €	-13.871,84 €	-2.848.738 €	-2.854.258,54 €	-5.520,54 €
Zwischensumme	-2.850.451 €	-2.864.322,84 €	-13.871,84 €	-2.848.738 €	-2.854.258,54 €	-5.520,54 €
Summe Produktbereich 004	-2.850.451 €	-2.864.322,84 €	-13.871,84 €	-2.848.738 €	-2.854.258,54 €	-5.520,54 €
005 Soziale Leistungen						
005 001 Aufsicht über Einrichtungen						
005 001 001 Heim- und Versicherungsaufsicht	-213.210 €	-266.415,37 €	-53.205,37 €	-204.931 €	-211.312,01 €	-6.381,01 €
Zwischensumme	-213.210 €	-266.415,37 €	-53.205,37 €	-204.931 €	-211.312,01 €	-6.381,01 €
005 002 Hilfen bei Krankheit, Behinderung, Pflegebedürftigkeit						
005 002 001 Ambulante pflegerische Versorgung	-2.370.382 €	-2.337.187,20 €	33.194,80 €	-2.361.594 €	-2.341.231,94 €	20.362,06 €
005 002 002 Teil- und vollstationäre pflegerische	-13.617.887 €	-13.446.604,71 €	171.282,29 €	-13.569.827 €	-13.333.402,22 €	236.424,78 €
005 002 003 Hilfen bei Krankheit und Alter	-2.486.638 €	-2.392.635,69 €	94.002,31 €	-2.473.971 €	-2.523.288,60 €	-49.317,60 €
005 002 004 Hilfen bei Behinderung	-2.022.030 €	-2.194.524,65 €	-172.494,65 €	-2.032.676 €	-2.188.107,36 €	-155.431,36 €
005 002 005 Betreuungsstelle	-305.432 €	-334.515,56 €	-29.083,56 €	-293.648 €	-295.383,65 €	-1.735,65 €
005 002 006 Schwerbehindertenangelegenheiten	0 €	0,00 €	0,00 €	0 €	-16.096,51 €	-16.096,51 €
Zwischensumme	-20.802.369 €	-20.705.467,81 €	96.901,19 €	-20.731.716 €	-20.697.510,28 €	34.205,72 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
005 003 Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen						
005 003 001 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II	-41.464.830 €	-42.867.921,08 €	-1.403.091,08 €	-41.422.152 €	-42.422.910,76 €	-1.000.758,76 €
005 003 002 Hilfen zur Sicherung des Lebensunterhaltes	-1.588.962 €	-1.560.010,92 €	28.951,08 €	-1.582.532 €	-1.518.946,21 €	63.585,79 €
005 003 003 Grundsicherung	-8.264.693 €	-8.779.506,04 €	-514.813,04 €	-8.254.918 €	-8.816.322,96 €	-561.404,96 €
005 003 004 Kriegsofferfürsorge, Entschädigungsleistungen	-56.346 €	-40.136,59 €	16.209,41 €	-55.647 €	-49.413,17 €	6.233,83 €
005 003 005 Ausbildungsförderung / Unterhaltssicherung	-282.858 €	-308.140,49 €	-25.282,49 €	-275.200 €	-281.773,43 €	-6.573,43 €
005 003 006 Förderung von sozialen Einrichtungen und Diensten	-1.009.496 €	-1.039.024,67 €	-29.528,67 €	-1.008.240 €	-1.036.695,94 €	-28.455,94 €
005 003 007 Elterngeld	0 €	0,00 €	0,00 €	0 €	-4.609,09 €	-4.609,09 €
Zwischensumme	-52.667.185 €	-54.594.739,79 €	-1.927.554,79 €	-52.598.689 €	-54.130.671,56 €	-1.531.982,56 €
Summe Produktbereich 005	-73.682.764 €	-75.566.622,97 €	-1.883.858,97 €	-73.535.336 €	-75.039.493,85 €	-1.504.157,85 €
006 Kinder, Jugend- und Familienhilfe						
006 001 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung						
006 001 001 Tageseinrichtungen	-10.342.950 €	-11.089.585,44 €	-746.635,44 €	-10.891.547 €	-11.194.874,91 €	-303.327,91 €
006 001 002 Tagespflege	-192.085 €	-227.853,44 €	-35.768,44 €	-190.820 €	-238.105,02 €	-47.285,02 €
Zwischensumme	-10.535.035 €	-11.317.438,88 €	-782.403,88 €	-11.082.367 €	-11.432.979,93 €	-350.612,93 €
006 002 Kinder- und Jugendarbeit						
006 002 001 Jugendarbeit	-1.145.148 €	-1.103.215,74 €	41.932,26 €	-1.144.417 €	-1.117.921,42 €	26.495,58 €
006 002 002 Jugendschutz	-148.767 €	-138.329,24 €	10.437,76 €	-148.523 €	-134.389,06 €	14.133,94 €
Zwischensumme	-1.293.915 €	-1.241.544,98 €	52.370,02 €	-1.292.940 €	-1.252.310,48 €	40.629,52 €
006 003 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien						
006 003 001 Ambulante Hilfen	-2.965.829 €	-3.179.293,24 €	-213.464,24 €	-3.151.298 €	-3.154.342,98 €	-3.044,98 €
006 003 002 Betreutes Wohnen	-551.513 €	-435.406,07 €	116.106,93 €	-544.782 €	-412.147,66 €	132.634,34 €
006 003 003 Heimerziehung	-5.403.806 €	-5.703.488,67 €	-299.682,67 €	-5.390.093 €	-5.817.921,76 €	-427.828,76 €
006 003 004 Pflegefamilien und Adoptionen	-1.057.319 €	-1.157.540,23 €	-100.221,23 €	-1.045.195 €	-1.137.690,83 €	-92.495,83 €
006 003 005 Erziehungs- und Familienberatung	-609.143 €	-563.417,71 €	45.725,29 €	-604.291 €	-548.891,78 €	55.399,22 €
006 003 006 Beratungen durch den allgemeinen Sozialdienst	-721.277 €	-725.376,50 €	-4.099,50 €	-697.897 €	-671.551,17 €	26.345,83 €
006 003 007 Unterhaltsvorschuss	-962.943 €	-1.064.159,78 €	-101.216,78 €	-953.608 €	-782.160,89 €	171.447,11 €
006 003 008 Beratungen / Beurkundungen, Beistandschaften, Amtsvormundschaften	-261.836 €	-243.151,73 €	18.684,27 €	-245.901 €	-201.845,59 €	44.055,41 €
Zwischensumme	-12.533.666 €	-13.071.833,93 €	-538.167,93 €	-12.633.065 €	-12.726.552,66 €	-93.487,66 €
Summe Produktbereich 006	-24.362.616 €	-25.630.817,79 €	-1.268.201,79 €	-25.008.372 €	-25.411.843,07 €	-403.471,07 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
007 Gesundheitsdienste						
007 001 Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz						
007 001 001 Kinder- und Jugendgesundheit	-864.812 €	-910.352,91 €	-45.540,91 €	-848.045 €	-864.039,55 €	-15.994,55 €
007 001 002 Gesundheitsschutz und Umweltmedizin	-584.886 €	-611.245 €	-26.359,48 €	-574.836 €	-580.256,53 €	-5.420,53 €
007 001 003 Gutachten	-401.064 €	-319.629,42 €	81.434,58 €	-391.036 €	-290.744,22 €	100.291,78 €
007 001 004 Medizinalaufsicht	-196.976 €	-199.877,48 €	-2.901,48 €	-187.197 €	-168.266,69 €	18.930,31 €
007 001 005 Sozialpsychiatrische Versorgung	-532.639 €	-536.926,04 €	-4.287,04 €	-523.718 €	-507.026,50 €	16.691,50 €
Zwischensumme	-2.580.377 €	-2.578.031,33 €	2.345,67 €	-2.524.832 €	-2.410.333,49 €	114.498,51 €
Summe Produktbereich 007	-2.580.377 €	-2.578.031,33 €	2.345,67 €	-2.524.832 €	-2.410.333,49 €	114.498,51 €
008 Sportförderung						
008 001 Sportförderung						
008 001 001 Sportförderung	-235.512 €	-261.232,88 €	-25.720,88 €	-235.512 €	-261.711,59 €	-26.199,59 €
Zwischensumme	-235.512 €	-261.232,88 €	-25.720,88 €	-235.512 €	-261.711,59 €	-26.199,59 €
Summe Produktbereich 008	-235.512 €	-261.232,88 €	-25.720,88 €	-235.512 €	-261.711,59 €	-26.199,59 €
009 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen						
009 001 Räumliche Planung und Entwicklung						
009 001 001 Raum- und Bauleitplanung	-168.762 €	-171.990,01 €	-3.228,01 €	-167.777 €	-169.926,02 €	-2.149,02 €
Zwischensumme	-168.762 €	-171.990,01 €	-3.228,01 €	-167.777 €	-169.926,02 €	-2.149,02 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
009 002 Vermessung und Kataster, Wertermittlungen						
009 002 001 Auftragsvermessungen	-167.723 €	-349.598,62 €	-181.875,62 €	-157.692 €	-222.500,74 €	-64.808,74 €
009 002 002 Übernahme von Vermessungen	-797.237 €	-797.234,76 €	2,24 €	-799.941 €	-770.975,89 €	28.965,11 €
009 002 003 Topografie	-851.024 €	-815.188,77 €	35.835,23 €	-871.087 €	-814.960,77 €	56.126,23 €
009 002 004 Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	-313.666 €	-329.186,36 €	-15.520,36 €	-284.798 €	-204.294,53 €	80.503,47 €
009 002 005 Erhalt und Erneuerung der Katastergrundlagen	-1.231.221 €	-1.233.164,00 €	-1.943,00 €	-1.242.751 €	-1.186.409,51 €	56.341,49 €
009 002 006 Benutzung des Liegenschaftskatasters	-143.800 €	-151.953,31 €	-8.153,31 €	-458.022 €	-384.520,37 €	73.501,63 €
009 002 007 Führung, Auswertung und Auskünfte aus der Kaufpreissammlung / Bodenrichtwerte und Marktanalysen	-237.296 €	-277.819,03 €	-40.523,03 €	-239.585 €	-282.603,04 €	-43.018,04 €
009 002 008 Wertgutachten, Wertauskünfte und Stellungnahmen	-13.866 €	-2.142,55 €	11.723,45 €	-20.968 €	-29.606,12 €	-8.638,12 €
Zwischensumme	-3.755.833 €	-3.956.287,40 €	-200.454,40 €	-4.074.844 €	-3.895.870,97 €	178.973,03 €
Summe Produktbereich 009	-3.924.595 €	-4.128.277,41 €	-203.682,41 €	-4.242.621 €	-4.065.796,99 €	176.824,01 €
010 Bauen und Wohnen						
010 001 Bauaufsichtliche Genehmigungsverfahren						
010 001 001 Bauaufsichtliche Genehmigungsverfahren	-29.533 €	-63.906,67 €	-34.373,67 €	-13.811 €	-12.529,81 €	1.281,19 €
Zwischensumme	-29.533 €	-63.906,67 €	-34.373,67 €	-13.811 €	-12.529,81 €	1.281,19 €
010 002 Andere bauaufsichtliche Verfahren						
010 002 001 Andere bauaufsichtliche Verfahren	-20.963 €	-43.446,05 €	-22.483,05 €	-19.821 €	-37.744,13 €	-17.923,13 €
010 002 002 Ordnungsbehördliche Maßnahmen	-86.901 €	-82.381,61 €	4.519,39 €	-82.171 €	-68.663,45 €	13.507,55 €
010 002 003 Obere Bauaufsicht / Obere Denkmalbehörde	-76.188 €	-78.645,50 €	-2.457,50 €	-71.601 €	-66.059,10 €	5.541,90 €
Zwischensumme	-184.052 €	-204.473,16 €	-20.421,16 €	-173.593 €	-172.466,68 €	1.126,32 €
010 003 Mittelbewilligung und Wohnungswirtschaft						
010 003 001 Förderung von Wohnungsbaumaßnahmen	-35.777 €	-70.390,05 €	-34.613,05 €	-29.420 €	-45.672,80 €	-16.252,80 €
010 003 002 Überwachung / Sicherung von Sozialwohnungen	-73.977 €	-78.412,98 €	-4.435,98 €	-70.135 €	-65.834,97 €	4.300,03 €
010 003 003 Abbau Fehlsubventionierung	0 €	0,00 €	0,00 €	0 €	0,00 €	0,00 €
Zwischensumme	-109.754 €	-148.803,03 €	-39.049,03 €	-99.555 €	-111.507,77 €	-11.952,77 €
Summe Produktbereich 010	-323.339 €	-417.182,86 €	-93.843,86 €	-286.959 €	-296.504,26 €	-9.545,26 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
011 Ver- und Entsorgung						
011 001 Abfallentsorgung und Abfallwirtschaft						
011 001 001 Sicherstellung der Abfallentsorgung	-12.574 €	-30.175,14 €	-17.601,14 €	-34.408 €	-43.671,61 €	-9.263,61 €
011 001 002 Sicherstellung der Abfallwirtschaft	-13.408 €	41.285,79 €	54.693,79 €	-5.050 €	-43.518,13 €	-38.468,13 €
Zwischensumme	-25.982 €	11.110,65 €	37.092,65 €	-39.458 €	-87.189,74 €	-47.731,74 €
Summe Produktbereich 011	-25.982 €	11.110,65 €	37.092,65 €	-39.458 €	-87.189,74 €	-47.731,74 €
012 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV						
nicht belegt						
013 Natur- und Landschaftspflege						
013 001 Natur und Landschaft						
013 001 001 Freiraumschutz und -entwicklung	-694.926 €	-722.801,76 €	-27.875,76 €	-687.669 €	-701.151,90 €	-13.482,90 €
013 001 002 Landschaftspflege	-826.895 €	-760.672,13 €	66.222,87 €	-1.365.782 €	-718.068,37 €	647.713,63 €
Zwischensumme	-1.521.821 €	-1.483.473,89 €	38.347,11 €	-2.053.451 €	-1.419.220,27 €	634.230,73 €
013 002 Wasserwirtschaft						
013 002 001 Oberflächengewässer	-850.697 €	-866.229,08 €	-15.532,08 €	-835.544 €	-839.706,82 €	-4.162,82 €
013 002 002 Grundwasser	-267.385 €	-287.372,32 €	-19.987,32 €	-257.630 €	-250.317,23 €	7.312,77 €
Zwischensumme	-1.118.082 €	-1.153.601,40 €	-35.519,40 €	-1.093.174 €	-1.090.024,05 €	3.149,95 €
Summe Produktbereich 013	-2.639.903 €	-2.637.075,29 €	2.827,71 €	-3.146.625 €	-2.509.244,32 €	637.380,68 €
014 Umweltschutz						
014 001 Klima und Boden						
014 001 001 Allgemeiner Klimaschutz; Agenda 21	-82.072 €	-64.809,78 €	17.262,22 €	-78.434 €	-53.302,68 €	25.131,32 €
014 001 002 Schutz des Bodens	-175.663 €	-154.657,98 €	21.005,02 €	-165.806 €	-123.599,02 €	42.206,98 €
014 001 003 Immissionsschutz	0 €	0,00 €	0,00 €	0 €	-25.396,61 €	-25.396,61 €
Zwischensumme	-257.735 €	-219.467,76 €	38.267,24 €	-244.240 €	-202.298,31 €	41.941,69 €
Summe Produktbereich 014	-257.735 €	-219.467,76 €	38.267,24 €	-244.240 €	-202.298,31 €	41.941,69 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung			
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung	
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis		
015	Wirtschaft und Tourismus						
015 001	Wirtschaftsförderung und Beteiligungen						
015 001 001	Wirtschafts- und Strukturförderung	-1.056.974 €	-1.119.889,92 €	-62.915,92 €	-1.052.264 €	-1.120.541,99 €	-68.277,99 €
015 001 002	Beteiligungen	-1.389.938 €	-1.316.350,24 €	73.587,76 €	-2.217.885 €	-1.533.695,15 €	684.189,85 €
015 001 003	Zuführungen an die EB	-23.873.858 €	-20.859.058,97 €	3.014.799,03 €	-18.075.395 €	-18.083.647,41 €	-8.252,41 €
	Zwischensumme	-26.320.770 €	-23.295.299,13 €	3.025.470,87 €	-21.345.544 €	-20.737.884,55 €	607.659,45 €
	Summe Produktbereich 015	-26.320.770 €	-23.295.299,13 €	3.025.470,87 €	-21.345.544 €	-20.737.884,55 €	607.659,45 €
016	Allgemeine Finanzwirtschaft						
016 001	Allgemeine Finanzwirtschaft						
016 001 001	Steuern, allg. Zuweisungen und allg. Umlagen	143.667.731 €	150.336.945,46 €	6.669.214,46 €	144.488.529 €	151.024.843,72 €	6.536.314,72 €
016 001 002	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	-3.723.000 €	-3.646.328,57 €	76.671,43 €	-1.779.635 €	356.497,26 €	2.136.132,26 €
	Zwischensumme	139.944.731 €	146.690.616,89 €	6.745.885,89 €	142.708.894 €	151.381.340,98 €	8.672.446,98 €
	Summe Produktbereich 016	139.944.731 €	146.690.616,89 €	6.745.885,89 €	142.708.894 €	151.381.340,98 €	8.672.446,98 €
017	Stiftungen						
	nicht belegt						
099	Durchlaufende Gelder						
	Gesamthaushalt	-12.075.226 €	-6.357.969,43 €	5.717.256,57 €	-6.487.189 €	6.862.149,55 €	13.349.338,55 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Produktübersicht nach Fachbereichen

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
FB 1 - Service						
001 002 001 Gleichstellung	-165.314 €	-163.326,62 €	1.987,38 €	-165.314 €	-163.299,68 €	2.014,32 €
001 002 002 Personalrat	-167.184 €	-189.392,02 €	-22.208,02 €	-158.912 €	-161.965,80 €	-3.053,80 €
001 002 003 Schwerbeh. Vertretung	-13.205 €	-3.433,92 €	9.771,08 €	-13.006 €	-2.230,83 €	10.775,17 €
001 003 003 Recht	-325.056 €	-370.702,56 €	-45.646,56 €	-302.767 €	-319.320,12 €	-16.553,12 €
001 004 001 Personalbetreuung	-1.899.749 €	-1.683.424,33 €	216.324,67 €	-1.808.434 €	-1.225.220,37 €	583.213,63 €
001 004 002 Beihilfe	-138.532 €	-152.646,56 €	-14.114,56 €	-134.236 €	-138.917,36 €	-4.681,36 €
001 004 003 Personalentwicklung	-348.960 €	-355.065,78 €	-6.105,78 €	-335.750 €	-289.352,54 €	46.397,46 €
001 004 004 Ausbildung	-1.012.348 €	-1.017.473,78 €	-5.125,78 €	-976.521 €	-934.241,56 €	42.279,44 €
001 004 005 Finanzmanagement	-1.203.375 €	-1.232.137,49 €	-28.762,49 €	-1.259.965 €	-1.393.025,04 €	-133.060,04 €
001 004 006 Kasse (Zahlungsabwicklung)	-966.330 €	-677.096,97 €	289.233,03 €	-703.102 €	-2.385.740,64 €	-1.682.638,64 €
001 004 007 Organisationsangelegenheiten	-249.132 €	-379.279,41 €	-130.147,41 €	-237.082 €	-323.334,73 €	-86.252,73 €
015 001 002 Beteiligungen	-1.389.938 €	-1.316.350,24 €	73.587,76 €	-2.217.885 €	-1.533.695,15 €	684.189,85 €
015 001 003 Zuführungen an die EB	-23.873.858 €	-20.859.058,97 €	3.014.799,03 €	-18.075.395 €	-18.083.647,41 €	-8.252,41 €
	-31.752.981 €	-28.399.388,65 €	3.353.592,35 €	-26.388.369 €	-26.953.991,23 €	-565.622,23 €
Bürger- und Unternehmensservice - BUS						
001 003 001 Bürgerservice	-232.743 €	-264.004,17 €	-31.261,17 €	-226.524 €	-247.897,36 €	-21.373,36 €
001 003 002 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-194.642 €	-254.514,30 €	-59.872,30 €	-194.017 €	-236.467,86 €	-42.450,86 €
002 009 003 Vorbeugender Brandschutz	-148.071 €	-148.700,20 €	-629,20 €	-147.554 €	-147.022,06 €	531,94 €
009 001 001 Raum- und Bauleitplanung	-168.762 €	-171.990,01 €	-3.228,01 €	-167.777 €	-169.926,02 €	-2.149,02 €
010 001 001 Bauaufsichtliche Genehmigungsverfahren	-29.533 €	-63.906,67 €	-34.373,67 €	-13.811 €	-12.529,81 €	1.281,19 €
010 002 001 Andere bauaufsichtliche Verfahren	-20.963 €	-43.446,05 €	-22.483,05 €	-19.821 €	-37.744,13 €	-17.923,13 €
010 002 002 Ordnungsbehördliche Maßnahmen	-86.901 €	-82.381,61 €	4.519,39 €	-82.171 €	-68.663,45 €	13.507,55 €
010 002 003 Obere Bauaufsicht / Obere Denkmalbehörde	-76.188 €	-78.645,50 €	-2.457,50 €	-71.601 €	-66.059,10 €	5.541,90 €
010 003 001 Förderung von Wohnungsbaumaßnahmen	-35.777 €	-70.390 €	-34.613 €	-29.420 €	-45.673 €	-16.253 €
010 003 002 Überwachung / Sicherung von Sozialwohnungen	-73.977 €	-78.413 €	-4.436 €	-70.135 €	-65.835 €	4.300 €
010 003 003 Abbau Fehlsubventionierung	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
015 001 001 Wirtschafts- und Strukturförderung	-1.056.974 €	-1.119.889,92 €	-62.915,92 €	-1.052.264 €	-1.120.541,99 €	-68.277,99 €
	-2.124.531 €	-2.376.281,46 €	-251.750,46 €	-2.075.095 €	-2.218.359,55 €	-143.264,55 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
FB 2 - Ordnung						
002 001 001 Allg. Gefahrenabwehr	-101.593 €	-108.734,97 €	-7.141,97 €	-95.365 €	-89.791,15 €	5.573,85 €
002 001 002 Gewerbeangelegenheiten	-86.139 €	-66.490,95 €	19.648,05 €	-77.807 €	-55.516,36 €	22.290,64 €
002 001 003 Jagd- und Fischereiangelegenheiten	-94.925 €	-110.700,01 €	-15.775,01 €	-86.924 €	-77.137,25 €	9.786,75 €
002 002 001 Tierseuchenbekämpfung	-674.419 €	-710.710,27 €	-36.291,27 €	-649.728 €	-634.431,84 €	15.296,16 €
002 002 002 Überwachung von Tierarznei- und Futtermitteln	0 €	300,00 €	300,00 €	0 €	300,00 €	300,00 €
002 002 003 Tier- und Artenschutz	-211.257 €	-203.541,70 €	7.715,30 €	-199.723 €	-166.365,42 €	33.357,58 €
002 003 001 Überwachung von Betrieben	-1.213.016 €	-1.282.628,44 €	-69.612,44 €	-1.199.866 €	-1.190.269,20 €	9.596,80 €
002 003 002 Schlachtier- und Fleischbeschau	-22.522 €	-86.528,40 €	-64.006,40 €	-19.556 €	-65.388,16 €	-45.832,16 €
002 003 003 Lebensmittelüberwachung	0 €	0,00 €	0,00 €	0 €	480,20 €	480,20 €
002 004 001 Aufenthaltsregelung von Ausländern außer Asylbewerbern	-424.277 €	-396.706,09 €	27.570,91 €	-406.129 €	-336.981,97 €	69.147,03 €
002 004 002 Aufenthaltsregelung von Asylbewerbern	-306.029 €	-293.627,05 €	12.401,95 €	-290.411 €	-257.387,11 €	33.023,89 €
002 005 001 Regelung der deutschen Staatsangehörigkeit	-106.342 €	-107.459,09 €	-1.117,09 €	-97.875 €	-83.801,51 €	14.073,49 €
002 005 002 Einwohner, Personenstand, Namensänderung	-75.268 €	-79.316,62 €	-4.048,62 €	-73.331 €	-73.704,06 €	-373,06 €
002 006 001 Verkehrsüberwachung	511.737 €	241.239,76 €	-270.497,24 €	408.509 €	433.123,98 €	24.614,98 €
002 006 002 Polizeiliche Ordnungswidrigkeiten	514.609 €	527.337,67 €	12.728,67 €	518.144 €	656.880,93 €	138.736,93 €
002 006 003 Verkehrlenkung, -regelung und -erziehung	-206.253 €	-230.687,19 €	-24.434,19 €	-188.753 €	-182.536,89 €	6.216,11 €
002 006 004 Genehmigungspflichtige Straßenbenutzung	-93.948 €	-86.344,66 €	7.603,34 €	-87.923 €	-68.174,78 €	19.748,22 €
002 007 001 Fahrerlaubnisse	-156.825 €	-234.530,91 €	-77.705,91 €	-135.956 €	-146.651,62 €	-10.695,62 €
002 007 002 Straßenverkehrsrechtliche Erlaubnisse	-102.833 €	-110.245,86 €	-7.412,86 €	-95.319 €	-89.013,03 €	6.305,97 €
002 008 001 Zulassungen	1.024.461 €	1.288.598,43 €	264.137,43 €	1.064.503 €	1.562.365,66 €	497.862,66 €
002 008 002 Überwachung der Halterpflichten	-168.345 €	-238.700,29 €	-70.355,29 €	-167.120 €	-262.020,83 €	-94.900,83 €
	-1.993.184 €	-2.289.476,64 €	-296.292,64 €	-1.880.630 €	-1.126.020,41 €	754.609,59 €
Regiebetrieb Bevölkerungsschutz						
002 009 001 Serviceleistungen des Feuerwehrausbildungszentrums	-1.102.301 €	-1.236.166,19 €	-133.865,19 €	-2.969.688 €	-736.967,09 €	2.232.720,91 €
002 009 002 Katastrophenschutz	-191.586 €	-188.437,86 €	3.148,14 €	-242.636 €	-174.071,28 €	68.564,72 €
002 010 001 Leitstelle	0 €	0,00 €	0,00 €	-879.279 €	-1.019.409,80 €	-140.130,80 €
002 010 002 Rettungsdienst	53.000 €	0,00 €	-53.000,00 €	1.220.940 €	4.608.389,21 €	3.387.449,21 €
	-1.240.887 €	-1.424.604,05 €	-183.717,05 €	-2.870.663 €	2.677.941,04 €	5.548.604,04 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
FB 3 - Jugend, Soziales und Gesundheit						
003 001 001 Medienzentrum	-304.596 €	-298.878,73 €	5.717,27 €	-300.559 €	-295.869,41 €	4.689,59 €
003 001 002 Schulamtsverwaltung	-368.918 €	-465.439,47 €	-96.521,47 €	-353.920 €	-415.972,93 €	-62.052,93 €
003 001 003 RegioNet/Schulprojekte und Bildungsförderung	-557.558 €	-598.413,64 €	-40.855,64 €	-540.227 €	-396.283,08 €	143.943,92 €
004 001 001 Kulturförderung	-2.850.451 €	-2.864.322,84 €	-13.871,84 €	-2.848.738 €	-2.854.258,54 €	-5.520,54 €
005 001 001 Heim- und Versicherungsaufsicht	-213.210 €	-266.415,37 €	-53.205,37 €	-204.931 €	-211.312,01 €	-6.381,01 €
005 002 001 Ambulante pflegerische Versorgung	-2.370.382 €	-2.337.187,20 €	33.194,80 €	-2.361.594 €	-2.341.231,94 €	20.362,06 €
005 002 002 Teil- und vollstat. pflegerische Versorgung	-13.617.887 €	-13.446.604,71 €	171.282,29 €	-13.569.827 €	-13.333.402,22 €	236.424,78 €
005 002 003 Hilfen bei Krankheit und Alter	-2.486.638 €	-2.392.635,69 €	94.002,31 €	-2.473.971 €	-2.523.288,60 €	-49.317,60 €
005 002 004 Hilfen bei Behinderung	-2.022.030 €	-2.194.524,65 €	-172.494,65 €	-2.032.676 €	-2.188.107,36 €	-155.431,36 €
005 002 005 Betreuungsstelle	-305.432 €	-334.515,56 €	-29.083,56 €	-293.648 €	-295.383,65 €	-1.735,65 €
005 002 006 Schwerbehindertenangelegenheiten	0 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-16.096,51 €	-16.096,51 €
005 003 001 Grundsicherung Arbeitsuchende SGB II	-41.464.830 €	-42.867.921,08 €	-1.403.091,08 €	-41.422.152 €	-42.422.910,76 €	-1.000.758,76 €
005 003 002 Hilfen zur Sicherung des Lebensunterhaltes	-1.588.962 €	-1.560.010,92 €	28.951,08 €	-1.582.532 €	-1.518.946,21 €	63.585,79 €
005 003 003 Grundsicherung	-8.264.693 €	-8.779.506,04 €	-514.813,04 €	-8.254.918 €	-8.816.322,96 €	-561.404,96 €
005 003 004 Kriegsopferfürsorge, Entschädigungsleistungen	-56.346 €	-40.136,59 €	16.209,41 €	-55.647 €	-49.413,17 €	6.233,83 €
005 003 005 Ausbildungsförderung / Unterhaltssicherung	-282.858 €	-308.140,49 €	-25.282,49 €	-275.200 €	-281.773,43 €	-6.573,43 €
005 003 006 Förderung sozialer Einrichtungen und Diensten	-1.009.496 €	-1.039.024,67 €	-29.528,67 €	-1.008.240 €	-1.036.695,94 €	-28.455,94 €
005 003 007 Elterngeld	0 €	0 €	0 €	0 €	-4.609 €	-4.609 €
006 001 001 Tageseinrichtungen	-10.342.950 €	-11.089.585,44 €	-746.635,44 €	-10.891.547 €	-11.194.874,91 €	-303.327,91 €
006 001 002 Tagespflege	-192.085 €	-227.853,44 €	-35.768,44 €	-190.820 €	-238.105,02 €	-47.285,02 €
006 002 001 Jugendarbeit	-1.145.148 €	-1.103.215,74 €	41.932,26 €	-1.144.417 €	-1.117.921,42 €	26.495,58 €
006 002 002 Jugendschutz	-148.767 €	-138.329,24 €	10.437,76 €	-148.523 €	-134.389,06 €	14.133,94 €
006 003 001 Ambulante Hilfen	-2.965.829 €	-3.179.293,24 €	-213.464,24 €	-3.151.298 €	-3.154.342,98 €	-3.044,98 €
006 003 002 Betreutes Wohnen	-551.513 €	-435.406,07 €	116.106,93 €	-544.782 €	-412.147,66 €	132.634,34 €
006 003 003 Heimerziehung	-5.403.806 €	-5.703.488,67 €	-299.682,67 €	-5.390.093 €	-5.817.921,76 €	-427.828,76 €
006 003 004 Pflegefamilien und Adoptionen	-1.057.319 €	-1.157.540,23 €	-100.221,23 €	-1.045.195 €	-1.137.690,83 €	-92.495,83 €
006 003 005 Erziehungs- und Familienberatung	-609.143 €	-563.417,71 €	45.725,29 €	-604.291 €	-548.891,78 €	55.399,22 €
006 003 006 Beratungen Allgemeiner Sozialdienst	-721.277 €	-725.376,50 €	-4.099,50 €	-697.897 €	-671.551,17 €	26.345,83 €
006 003 007 Unterhaltsvorschuss	-962.943 €	-1.064.159,78 €	-101.216,78 €	-953.608 €	-782.160,89 €	171.447,11 €
006 003 008 Beratungen / Beurkundungen, Beistandschaften	-261.836 €	-243.151,73 €	18.684,27 €	-245.901 €	-201.845,59 €	44.055,41 €
007 001 001 Kinder- und Jugendgesundheit	-864.812 €	-910.352,91 €	-45.540,91 €	-848.045 €	-864.039,55 €	-15.994,55 €
007 001 002 Gesundheitsschutz und Umweltmedizin	-584.886 €	-611.245,48 €	-26.359,48 €	-574.836 €	-580.256,53 €	-5.420,53 €
007 001 003 Gutachten	-401.064 €	-319.629,42 €	81.434,58 €	-391.036 €	-290.744,22 €	100.291,78 €
007 001 004 Medizinalaufsicht	-196.976 €	-199.877,48 €	-2.901,48 €	-187.197 €	-168.266,69 €	18.930,31 €
007 001 005 Sozialpsychiatrische Versorgung	-532.639 €	-536.926,04 €	-4.287,04 €	-523.718 €	-507.026,50 €	16.691,50 €
008 001 001 Sportförderung	-235.512 €	-261.232,88 €	-25.720,88 €	-235.512 €	-261.711,59 €	-26.199,59 €
	-104.942.792 €	-108.263.759,65 €	-3.320.967,65 €	-105.347.496 €	-107.085.765,96 €	-1.738.269,96 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
FB 4 - Umwelt						
011 001 001 Sicherstellung der Abfallentsorgung	-12.574 €	-30.175,14 €	-17.601,14 €	-34.408 €	-43.671,61 €	-9.263,61 €
011 001 002 Sicherstellung der Abfallwirtschaft	-13.408 €	41.285,79 €	54.693,79 €	-5.050 €	-43.518,13 €	-38.468,13 €
013 001 001 Freiraumschutz und -entwicklung	-694.926 €	-722.801,76 €	-27.875,76 €	-687.669 €	-701.151,90 €	-13.482,90 €
013 001 002 Landschaftspflege	-826.895 €	-760.672,13 €	66.222,87 €	-1.365.782 €	-718.068,37 €	647.713,63 €
013 002 001 Oberflächengewässer	-850.697 €	-866.229,08 €	-15.532,08 €	-835.544 €	-839.706,82 €	-4.162,82 €
013 002 002 Grundwasser	-267.385 €	-287.372,32 €	-19.987,32 €	-257.630 €	-250.317,23 €	7.312,77 €
014 001 001 Allgemeiner Klimaschutz; Agenda 21	-82.072 €	-64.809,78 €	17.262,22 €	-78.434 €	-53.302,68 €	25.131,32 €
014 001 002 Schutz des Bodens	-175.663 €	-154.657,98 €	21.005,02 €	-165.806 €	-123.599,02 €	42.206,98 €
014 001 003 Immissionsschutz	0 €	0 €	0 €	0 €	-25.397 €	-25.397 €
	-2.923.620 €	-2.845.432 €	78.188 €	-3.430.323 €	-2.798.732 €	631.591 €
FB 5 - Vermessung und Kataster						
001 008 001 eGovernment	0 €	0 €	0 €	0 €	-5.977 €	-5.977 €
009 002 001 Auftragsvermessungen	-167.723 €	-349.598,62 €	-181.875,62 €	-157.692 €	-222.500,74 €	-64.808,74 €
009 002 002 Übernahme von Vermessungen	-797.237 €	-797.234,76 €	2,24 €	-799.941 €	-770.975,89 €	28.965,11 €
009 002 003 Topografie	-851.024 €	-815.188,77 €	35.835,23 €	-871.087 €	-814.960,77 €	56.126,23 €
009 002 004 Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	-313.666 €	-329.186,36 €	-15.520,36 €	-284.798 €	-204.294,53 €	80.503,47 €
009 002 005 Erhalt und Erneuerung der Katastergrundlagen	-1.231.221 €	-1.233.164,00 €	-1.943,00 €	-1.242.751 €	-1.186.409,51 €	56.341,49 €
009 002 006 Benutzung des Liegenschaftskatasters	-143.800 €	-151.953,31 €	-8.153,31 €	-458.022 €	-384.520,37 €	73.501,63 €
009 002 007 Führung, Auswertung und Auskünfte aus der Kaufpreissammlung / Bodenrichtwerte und Marktanalysen	-237.296 €	-277.819,03 €	-40.523,03 €	-239.585 €	-282.603,04 €	-43.018,04 €
009 002 008 Wertgutachten, Wertauskünfte und Stellungnahmen	-13.866 €	-2.142,55 €	11.723,45 €	-20.968 €	-29.606,12 €	-8.638,12 €
	-3.755.833,00 €	-3.956.287,40 €	-200.454,40 €	-4.074.844,00 €	-3.901.848,29 €	172.995,71 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Produkt	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Saldo	Saldo	Veränderung	Saldo	Saldo	Veränderung
	Plan	Ergebnis		Plan	Ergebnis	
Referat						
001 001 001 Leitung der Verwaltung, Beratung/Projekte	-578.811 €	-643.449,13 €	-64.638,13 €	-551.465 €	-559.460,11 €	-7.995,11 €
001 001 002 Unterstützung der Politik, Sitzungsdienst	-1.093.089 €	-1.065.529,60 €	27.559,40 €	-1.073.994 €	-1.006.680,58 €	67.313,42 €
	-1.671.900 €	-1.708.978,73 €	-37.078,73 €	-1.625.459 €	-1.566.140,69 €	59.318,31 €
Revision						
001 003 004 Submissionsstelle	-96.668 €	-110.760,19 €	-14.092,19 €	-91.373 €	-93.412,15 €	-2.039,15 €
001 003 005 Datenschutz	-30.677 €	-32.342,54 €	-1.665,54 €	-26.954 €	-25.007,61 €	1.946,39 €
001 005 001 Kommunalaufsicht	-192.768 €	-210.716,82 €	-17.948,82 €	-180.184 €	-170.817,46 €	9.366,54 €
001 006 001 Prüfungen	-665.865 €	-722.908,73 €	-57.043,73 €	-624.280 €	-592.869,92 €	31.410,08 €
002 005 003 Wahlen	-33.149 €	-33.511,09 €	-362,09 €	-31.783 €	-29.282,05 €	2.500,95 €
	-1.019.127 €	-1.110.239,37 €	-91.112,37 €	-954.574 €	-911.389,19 €	43.184,81 €
Kreispolizeibehörde						
001 007 001 Polizeiverwaltung	-414.971 €	-427.357,81 €	-12.386,81 €	-382.578 €	-329.078,38 €	53.499,62 €
001 007 002 Ordnungsbehördliche Aufgaben	-180.131 €	-246.780,16 €	-66.649,16 €	-166.052 €	-202.214,54 €	-36.162,54 €
	-595.102 €	-674.137,97 €	-79.035,97 €	-548.630 €	-531.292,92 €	17.337,08 €
Allgemeine Finanzierung						
016 001 001 Steuern, allg. Zuweisungen und allg. Umlagen	143.667.731 €	150.336.945,46 €	6.669.214,46 €	144.488.529 €	151.024.843,72 €	6.536.314,72 €
016 001 002 Sonstige allg. Finanzwirtschaft	-3.723.000 €	-3.646.328,57 €	76.671,43 €	-1.779.635 €	356.497,26 €	2.136.132,26 €
	139.944.731 €	146.690.616,89 €	6.745.885,89 €	142.708.894 €	151.381.340,98 €	8.672.446,98 €
Durchlaufende Gelder	0 €	0,00 €	0,00 €	0 €	-103.591,86 €	-103.591,86 €
Gesamthaushalt	-12.075.226 €	-6.357.969,43 €	5.717.256,57 €	-6.487.189 €	6.862.149,55 €	13.349.338,55 €

5. Schlussbilanz zum 31.12.2007

B I L A N Z - AKTIVA		in EUR	
von Monat : 01/07 bis 12/07			Vorjahreszahlen
A. AUFWENDUNGEN FÜR ERWEIT. DES GESCHÄFTSBETRIEBES			
0.1 Centabsplittung Anbu EÜ		43,23-	43,23-
B. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
	599.814,00		666.697,00
II. Sachanlagen			
1. Unbebaute Grundstücke und grundstücks- gleiche Rechte			
a) Grünflächen	3.024.342,00		2.905.248,00
b) Ackerland	23.607,00		23.589,00
c) Wald, Forsten	0,00		
d) Sonstige unbebaute Grundstücke	0,00	3.047.949,00	
2. Bebaute Grundstücke und grundstücks- gleiche Rechte			
a) Kindertageseinrichtungen	0,00		
b) Schulen	0,00		
c) Wohnbauten	0,00		
d) Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	2.520.447,00		2.581.503,00
3. Infrastrukturvermögen			
a) Grund und Boden des Infrastruktur- vermögens	0,00		
b) Brücken und Tunnel	0,00		
c) Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00		
d) Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00		
e) Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	0,00		
f) Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	0,00	2.520.447,00	
4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	866.998,09		615.274,09
5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00		
6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeugen	3.348.321,00		3.514.234,00
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	736.935,00		670.198,00
8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	90.362,00	5.042.616,09	79.889,00
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	71.877.713,00		71.877.713,00
2. Beteiligungen	7.128.839,00		7.128.840,00
3. Sondervermögen	143.585.744,39		145.323.390,54
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	55.769.055,29		57.358.155,96
5. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	12.858.707,21		12.858.707,21
6. Ausleihungen an Beteiligungen	43.329,19		112.595,86
7. Ausleihungen an Sondervermögen	25.396.368,86		27.286.966,86
8. Sonstige Ausleihungen	1.015.478,00	317.675.234,94	1.066.132,52
C. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	228.976,57		228.976,57
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	228.976,57	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Tarifleistungen			
a) Gebühren	1.620.631,66		1.726.339,59
b) Beiträge	533.865,94		558.123,21
c) Steuern	8.634,85		13.280,43
d) Forderungen aus Transferleistungen	4.738.878,97		6.057.713,77
e) Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	26.344.872,96	33.246.884,38	29.517.744,53
2. Sonstige Forderungen			
a) gegenüber dem privaten Bereich	223.936,85		499.050,85
b) gegenüber dem öffentlichen Bereich	2.946,00		28.354,61
c) gegen verbundene Unternehmen	0,00		
d) gegen Beteiligungen	56.151,81		406.888,30
e) gegen Sondervermögen	0,00	283.034,66	
3. Sonstige Vermögensgegenstände		0,00	
IV. Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00	
V. Liquide Mittel		8.809.915,30	1.947.765,75
D. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
I. Aktive Rechnungsabgrenzung	4.945.226,28		4.889.513,81
SUMME AKTIV			
		376.400.054,99	379.942.842,23



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

B I L A N Z - PASSIVA in EUR				Vorjahreszahlen
von Monat : 01/07 bis 12/07				
A. EIGENKAPITAL				
I. Allgemeine Rücklage	94.751.885,52			94.751.885,52
II. Sonderrücklagen	0,00			
III. Ausgleichsrücklage	28.068.968,16			47.391.316,69
IV. Jahresüberschuss/Fehlbetrag	6.357.969,43-	116.462.884,25		19.322.348,53-
B. SONDERPOSTEN				
I. für Zuwendungen	4.677.435,00			4.489.860,00
II. für Beiträge	0,00			
III. für den Gebührenaussgleich	3.617.318,22			2.560.446,89
IV. Sonstige Sonderposten	883.548,00	9.178.301,22		883.548,00
C. RÜCKSTELLUNGEN				
I. Pensionsrückstellungen	114.225.882,00			110.700.333,00
II. Rückstellungen für Deponien und Altlasten	25.000,00			25.000,00
III. Instandhaltungsrückstellungen	0,00			
IV. Sonstige Rückstellungen	11.793.446,71	126.044.328,71		13.170.249,65
D. VERBINDLICHKEITEN				
I. Anleihen	0,00			
II. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen				
1. von verbundenen Unternehmen	200.000,00			200.000,00
2. von Beteiligungen	0,00			
3. von Sondervermögen	0,00			
4. vom öffentlichen Bereich	26.695.993,98			27.596.244,58
5. vom privaten Kreditmarkt	40.156.178,66	67.052.172,64		41.151.296,45
III. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	39.000.000,00			33.000.000,00
IV. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommt.	0,00			
V. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.656,64			259.479,25
VI. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	832.118,30			1.001.671,36
VII. Sonstige Verbindlichkeiten	16.458.819,24			20.432.049,22
E. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
	1.360.773,99			1.651.810,15
SUMME PASSIVA				
				376.400.054,99 379.942.842,23

S U M M E N B L A T T

JAHRESERGEBNIS	6.357.969,43
SUMME AKTIVA	376.400.054,99
SUMME PASSIVA	376.400.054,99-
VERRECHNUNGSKONTEN	0,00
SUMME N.ZUGEORD.POSIT.	6.862.149,55
Sonstige Reports	0,00
	=====
	6.862.149,55
	=====
Finanzrechnungskonten	0,00

6. Anhang

Dem Jahresabschluss, bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Bilanz ist ein Anhang beizufügen. Der nähere Inhalt ist in § 44 GemHVO geregelt.

Dem Anhang beizufügen sind ein Anlagenspiegel, ein Forderungs- und ein Verbindlichkeitspiegel (§ 44 Abs. 3 GemHVO), hierzu sind amtliche Muster zur Gemeindeordnung und GemHVO veröffentlicht.

Die entsprechenden Nachweisspiegel sind nachstehend abgedruckt, die wesentlichen Veränderungen gegenüber der Eröffnungsbilanz sind anschließend kurz erläutert.

6.1 Hinweise zum Jahresabschluss 2007

Ergibt sich bei der Aufstellung späterer Jahresabschlüsse, dass in der Eröffnungsbilanz Vermögensgegenstände oder Sonderposten oder Schulden fehlerhaft angesetzt worden sind, so ist der Wertansatz zu berichtigen oder nachzuholen. Die Eröffnungsbilanz gilt dann als geändert. Eine Berichtigung kann letztmals im vierten der Eröffnungsbilanz folgenden Jahresabschluss vorgenommen werden. Vorherige Jahresabschlüsse sind nicht zu berichtigen (§ 93 Abs. 7 GO NW).

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2007 ergibt sich die Notwendigkeit weiterer Änderungen in den folgenden Punkten:

➤ Grundvermögen

Im Bereich des Landschaftsplanes "Bad Salzuflen" wird seit längerer Zeit ein Flurbereinigungsverfahren durch das Amt für Agrarordnung durchgeführt. Im Zuge dieses Verfahrens hat der Kreis Lippe als Verfahrensbeteiligter einige Zeit vor der Umstellung auf das NKf nicht mehr benötigte Grundstücksflächen in einen Grundstückstauschpool eingebracht. Im Rahmen der mehrfach erfolgten Grundstückstausche wurden immer andere wertgleiche Grundstücksflächen dem Kreis Lippe zugeordnet. Nachträglich wurde festgestellt, dass zum Zeitpunkt der erstmaligen Grundstücksbewertung für die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 wertgleiche Grundstücksflächen im Kreis Herford dem Kreis Lippe zugeordnet waren. Da sich die Ermittlung der Grundstücke für die Bewertung und Ausweisung in der Eröffnungsbilanz nur auf das Gebiet des Kreises Lippe erstreckt hat, wurden diese Flächen nicht erfasst.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Im Abschluss des Grundstückstauschverfahrens wurden dem Kreis Lippe folgende Flächen im Stadtgebiet Bad Salzuflen endgültig zugewiesen:

1. Gemarkung Wüsten, Flur 1, Flurstück 150, mit einer Größe von 2.347 qm und
2. Gemarkung Wüsten, Flur 1, Flurstück 242, mit einer Größe von 984 qm.

Da diese Grundstücke bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 noch nicht berücksichtigt worden sind, ist eine Änderung der Eröffnungsbilanz erforderlich. Entsprechend der erfolgten Grundstücksbewertungen für die Eröffnungsbilanz wurden die Grundstücke mit einem Bodenrichtwert von 1,00 €/qm bewertet. Ferner erfolgte ein Abschlag für die Nutzung für Zwecke des Natur- und Landschaftsschutzes mit dem Faktor 0,5.

Insgesamt ergibt sich eine Nachmeldung für das Anlagevermögen in Höhe von **1.665 €**.

➤ **Sondervermögen Eigenbetrieb Schulen**

Das Sondervermögen des Eigenbetriebs Schulen ist nach der Eigenkapitalspiegelmethode mit dem Wert des Jahresabschlusses 2005 des EB Schulen in die Eröffnungsbilanz des Kreises Lippe eingestellt worden. Bilanziert wurde ein Wert in Höhe von **53.507.997,00 €** (Eigenkapital EB Schulen zum 31.12.2005), zusätzlich berücksichtigt wurde ein vorläufig ermittelter Wert für die Lipperlandhalle in Höhe von **4.908.517,98 €**; die Lipperlandhalle wurde zum 01.01.2006 in das Vermögen des EB Schulen übernommen. Insgesamt wurde der EB Schulen zunächst mit einem Wert von **58.416.514,98 €** in der Eröffnungsbilanz ausgewiesen. In der zwischenzeitlich vorliegenden, festgestellten und geprüften Schlussbilanz des EB Schulen zum Bilanzstichtag 31.12.2006 wurde die Lipperlandhalle rückwirkend zum 01.01.2006 mit einer Kapitalrücklage von **6.482.138,92 €** bilanziert (**Differenz 1.573.620,94 €**), ebenso wurde rückwirkend zum 01.01.2006 die bisher nicht bilanzierte Schule für Kranke auf dem Gelände des Klinikums Lemgo mit einer Kapitalrücklage von **18.709,43 €** bilanziert. Zusätzlich war eine Rundungsdifferenz von 0,40 Cent auszuräumen. Der Bilanzwert des EB Schulen erhöht sich zum Bilanzstichtag 01.01.2006 damit rückwirkend um insgesamt **1.592.330,77 €** auf nunmehr **60.008.845,75 €**.

➤ **Pensionsverpflichtungen des Studieninstituts Westfalen – Lippe**

Das Studieninstitut Westfalen-Lippe hat mit Schreiben vom 29.10.2007 darauf hingewiesen, dass die Verbandsmitglieder gehalten sind, Rückstellungen für die Pflicht zur Erstattung der Versorgungslasten des Studieninstituts zu bilden. Nach der Verbandssatzung erstatten die



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Verbandsmitglieder die Versorgungslasten des Studieninstituts. Nach dem NKF ist für die Erstattungspflicht eine Rückstellung in Höhe der anteiligen Pensions- und Beihilfeverpflichtungen zu bilden. Hierzu wird die versicherungsmathematische Berechnung der Versorgungskasse / Heubeck AG zugrunde gelegt.

Danach betrug die gesamte Rückstellung zum 31.12.2005 7.813.307 €. Der vom Kreis Lippe zu bilanzierende Anteil beläuft sich auf 846.015 € (31.12.2005) bzw. 874.216 € (31.12.2007).

Diese Verpflichtung war bisher nicht bekannt und daher in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 und im Jahresabschluss 2006 nicht enthalten und wird in Rahmen des Jahresabschlusses 2007 nachträglich korrigiert.

Das Studieninstitut Westfalen – Lippe selbst beabsichtigt, die Buchhaltung zum 01.01.2009 auf das Neue Kommunale Finanzmanagement umzustellen. Mit Schreiben vom 20.05.2008 weist das Studieninstitut darauf hin, dass nach einer ersten Inventur zum 31.12.2007 ein vorläufiges Bilanzsumme von rd. 15,6 Mio. € zu erwarten ist, davon Eigenkapital in Höhe von rd. 6 Mio. €. Der für den Kreis Lippe zu bilanzierende Anteil nach der Eigenkapitalspiegelmethode würde sich danach auf rd. 600 T€ (ca. 10 % Beteiligungsquote) belaufen. Bisher ist das Studieninstitut mit einem Wert von 20 T€ in der Bilanz des Kreises Lippe ausgewiesen (seinerzeit geschätzte anteilige Betriebs- und Geschäftsausstattung). Nach endgültiger Feststellung der Eröffnungsbilanz des Studieninstituts wird eine entsprechende Anpassung vorgenommen, auf die Darstellung vorläufiger Werte wurde verzichtet.

➤ **Änderung Allgemeine Rücklage / Ausgleichsrücklage**

Die zuvor aufgezeigten Änderungen der Eröffnungsbilanz im Rahmen des Jahresabschlusses 2007 führen auch zu einer veränderten Ausweisung von Allgemeiner Rücklage und Ausgleichsrücklage im Rahmen der Eröffnungsbilanz. Die Veränderungen in der Bilanzstruktur sind nachstehend nochmals zusammengefasst.

➤ **Überörtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz durch die GPA NRW**

Die GPA NRW hat die überörtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz des Kreises Lippe Anfang 2008 durchgeführt und den Prüfbericht Ende Mai 2008 vorgelegt. Die Kommunalaufsicht hat hierzu um Bericht gebeten. Die Feststellungen und Anmerkungen der GPA NRW zur Eröff-



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

nungsbilanz bedürfen teilweise noch weitergehender Überprüfungen und konnten noch nicht abschließend in den vorliegenden Entwurf des Jahresabschlusses eingearbeitet werden.

Änderung der Eröffnungsbilanz im Rahmen der Jahresrechnung 2007					
Aktiva			Passiva		
	bisher	neu		bisher	neu
Cent-Absplittung	-43,23 €	-43,23 €	A. Eigenkapital	141.425.969,31 €	142.173.950,08 €
			I. Allgemeine Rücklage	94.253.231,67	94.751.885,52 €
			II. Sonderrücklagen	31.115,69	31.115,69
			III. Ausgleichsrücklage	47.141.989,77	47.391.316,69 €
			IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-367,82	-367,82
A. Anlagevermögen	336.571.416,58 €	338.165.412,35 €	B. Sonderposten	5.084.618,00 €	5.084.618,00 €
davon Grünflächen	2.678.280,00	2.679.945,00 €			
davon Sondervermögen EB Schulen	58.416.514,98 €	60.008.845,75 €			
B. Umlaufvermögen	41.161.199,74 €	41.161.199,74 €	C. Rückstellungen	122.504.051,99 €	123.350.066,99 €
			Versorgungslasten Studieninstitut	0,00 €	846.015,00 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.468.568,78 €	4.468.568,78 €	D. Verbindlichkeiten	111.049.859,15 €	111.049.859,15 €
			E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.136.643,42 €	2.136.643,42 €
Gesamtsumme	382.201.141,87 €	383.795.137,64 €	Gesamtsumme	382.201.141,87 €	383.795.137,64 €
Änderung		1.593.995,77 €	Änderung		1.593.995,77 €

6.2 Anlagenspiegel

Anlagenspiegel												
Teil I: Aktiva - (Anlagevermögen)												
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10	Spalte 11	Spalte 12	Spalte 13
Postenbezeichnung	AHK Stand am 31.12 des Vorjahres	Zugänge im HHJ	Abgänge im HHJ	Umbuchungen im HHJ (+)	Umbuchungen im HHJ (-)	Abschreibung Anfangsbestand	Abschreibungen im HHJ	Zuschreibungen im HHJ	Abgänge auf Abschreibungen im HHJ	Kum. AfA (auch aus Vorjahren)	Buchwert am 31.12 d. HHJ	Buchwert am 31.12 des Vorjahres
1 Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	805.728,00	96.308,00	0,00	0,00	0,00	139.031,00	163.191,00	0,00	0,00	302.222,00	599.814,00	666.697,00
1.2 Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.1 Unbebaute Grundstücke und grund-	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.1.1 Grünflächen	2.905.248,00	119.094,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.024.342,00	2.905.248,00
12.1.2 Ackerland	23.589,00	18,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23.607,00	23.589,00
12.1.3 Wald, Forsten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.1.4 Sonst. unbebaute Grundstücke	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.2 Bebaute Grundstücke und grundstücks-	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.2.1 Kinder- und Jugendeinricht.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.2.2 Schulen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.2.3 Wohnbauten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts-	2.703.615,00	0,00	0,00	0,00	0,00	122.112,00	610.566,00	0,00	0,00	183.168,00	2.520.447,00	2.581.503,00
12.3 Infrastrukturvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.3.1 Grund und Boden des	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.3.2 Brücken und Tunnel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.3.3 Gleisanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.3.4 Entwässerungs- und Abwasser-	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.3.5 Straßennetz mit Wegen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.3.6 Sonstige Bauten des Infra-	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	638.960,09	0,00	0,00	265.876,00	0,00	23.686,00	14.152,00	0,00	0,00	37.838,00	866.998,09	615.274,09
12.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.6 Maschinen und technische Anlagen,	4.057.389,00	300.782,00	65.907,00	99.497,00	0,00	543.155,00	529.374,00	0,00	-29.089,00	1043.440,00	3.348.321,00	3.514.234,00
12.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	845.140,00	298.543,00	11.269,00	0,00	0,00	174.942,00	224.849,00	0,00	-4.312,00	395.479,00	736.935,00	670.198,00
12.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen	79.889,00	375.846,00	0,00	0,00	365.373,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	90.362,00	79.889,00
13 Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	7.187.713,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.187.713,00	7.187.713,00
13.2 Beteiligungen	7.128.840,00	0,00	100	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.128.839,00	7.128.840,00
13.3 Sondervermögen	145.323.390,54	272.837,00	0,00	56.726.073,76	56.726.073,76	0,00	2.010.483,15	0,00	0,00	2.010.483,15	143.585.744,39	145.323.390,54
13.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	57.358.155,96	0,00	1.589.100,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	55.769.055,29	57.358.155,96
13.5 Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13.5.1 an verbundene Unternehmen	12.858.707,21	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12.858.707,21	12.858.707,21
13.5.2 an Beteiligungen	12.595,86	0,00	69.266,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	43.329,19	12.595,86
13.5.3 an Sondervermögen	27.286.966,86	0,00	1.890.598,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.396.368,86	27.286.966,86
13.5.3 Sonstige Ausleihungen	1066.132,52	0,00	50.654,52	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1015.478,00	1066.132,52
	335.072.060,04	1.463.428,00	3.676.796,86	57.091.446,76	57.091.446,76	1.002.926,00	3.003.105,15	0,00	-33.401,00	3.972.630,15	328.886.061,03	334.069.134,04
Teil II: Passiva - (Sonderposten)												
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10	Spalte 11	Spalte 12	Spalte 13
Postenzeichnung	SoPo Erhalten am 31.12. des Vorjahres	SoPo Zugänge im HHJ	SoPo Abgänge im HHJ	SoPo Umbuch. im HHJ (+)	SoPo Umbuch. im HHJ (-)	SoPo Erträge Auflösung Anfangsbestand	SoPo Erträge Auflösung HHJ	Zuschreibungen im HHJ	SoPo Erträge Abgang Aufl. im HHJ	kum. SoPo Ertr. (auch aus Vorjahren)	SoPo Buchwert 31.12.d. HHJ	SoPo Buchwert 31.12. des Vorjahres
2.1 für Zuwendungen	5.187.421,00	873.791,00	10.857,00	47.362,00	47.362,00	697.561,00	686.215,00	0,00	-10.856,00	1.372.920,00	4.677.435,00	4.489.860,00
2.4 Sonstige Sonderposten	883.548,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	883.548,00	883.548,00
	6.070.969,00	873.791,00	10.857,00	47.362,00	47.362,00	697.561,00	686.215,00	0,00	-10.856,00	1.372.920,00	5.560.983,00	5.373.408,00

6.2.1 Erläuterungen zum Anlagenspiegel Teil 1 – Aktiva

Anschaffungs- und Herstellungskosten 31.12. des Vorjahres – Spalte 2:

Der Anlagenspiegel stellt die Entwicklung einzelner Bestandteile des Anlagevermögens im abgelaufenen Haushaltsjahr detailliert dar und weist in Spalte 2 zunächst die Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) des Anlagevermögens aus. Diese sind mit dem Eröffnungsbilanzwert zum 01.01.2006, saldiert mit den Zu- und Abgängen sowie den Umbuchungen des Vorjahres (2006) ausgewiesen. Die AHK berücksichtigen zunächst keinerlei Abschreibungen und sind daher mit Vorjahreswerten nur bedingt vergleichbar.

Anlagenzugänge – Spalte 3:

Die Anlagenzugänge sind in Spalte 3 des Anlagenspiegels ausgewiesen, insgesamt wurde Anlagevermögen in einem Volumen von **1.463.428.- €** aktiviert. Schwerpunktmäßig sind Zugänge bei Maschinen und technischen Anlagen/Fahrzeugen, bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung und bei den Anzahlungen auf Anlagen im Bau sowie beim Sondervermögen zu verzeichnen. Zu nennen sind beispielhaft:

• Eigenkapitalzuführung an die Eigenbetriebe	210.000.- €
• Nachaktivierung Anlagevermögen EB Schulen	62.837.- €
• Software ALKIS – automat. Liegenschaftskataster	89.964.- €
• Anschaffung Tankcontainer RB Bevölkerungsschutz	47.362.- €
• Prüfstand Feuerwehrausbildungszentrum	24.585.- €
• Neuanschaffung Transporter FB 4	11.900.- €
• Ersteinrichtung Betriebskindergarten	14.031.- €
• Neuanschaffung Blitzfahrzeug	21.000.- €
• Software ProWinkita – FB 3	26.758.- €
• Anlagen im Bau (vgl. nachstehend)	375.846.- €

Anlagenabgänge – Spalte 4:

Die ausgewiesenen Anlageabgänge berechnen sich aus dem Wert des Anlagegutes zum 01.01.2007, eine anteilige Jahres-AfA bis zum Anlageabgang wird nicht berücksichtigt. Anlagenabgänge waren in Höhe von **3.676.796,86 €** zu verzeichnen, im Einzelnen setzt sich der Betrag wie folgt zusammen:

• Abgang stationäre Messstelle FB 2 - Unfallschaden	6.014.- €
• PKW Audi 80; LIP 228	2.200,- €

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

• MTW LIP 2201 – Restbuchwert	3.250.- €
• Notarzteinsatzfahrzeug LIP 2202	30.250.- €
• Endlosleiter FAZ	6.775.- €
• Laufband FAZ	874.- €
• Bedienpult Atemschutzstrecke	5.687.- €
• Rettungswagen – Restbuchwert	10.857.- €
Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	65.907.- €

• Doppelcarport NEF-Wache - Abriss	5.162.- €
• Videobeamer Medienzentrum - Diebstahl	1.112.- €
• Austausch Monitore Leitstelle (9 Stück)	4.995.- €
Betriebs- und Geschäftsausstattung gesamt	11.269,- €

• Weserfreizeitzentrum GmbH – Buchwert	1,- €
Finanzanlagen – Beteiligungen gesamt	1,- €

• Lippe CO-Fonds (auf die Städte und Gemeinden übertragene Fondsanteile)	1.589.100,67 €
Wertpapiere des Anlagevermögens gesamt	1.589.100,67 €

• Kassenkredit GPZ GmbH (Rückzahlung)	66.666,67 €
• Darlehen Weserrenaissance-Museum (Tilgung)	2.600.- €
Ausleihungen an Beteiligungen gesamt	69.266,67 €

• Ablösung Altdarlehen – EB ISB / Sparte Straßen	720.623.- €
• Ablösung Altdarlehen – EB ISB / Sparte BITS	150.000.- €
• Ablösung Altdarlehen – EB Schulen	1.019.975.- €
Ausleihungen an Sondervermögen gesamt	1.890.598,- €

• Darlehen Landesverband Lippe (Tilgung)	5.473,52 €
• Darlehen Ev. Altenzentrum Augustdorf (Tilgung)	2.043,92 €
• Darlehen Wohnheim Oerlinghausen GmbH (Tilgung)	959,55 €
• Wohnungsbaudarlehen MitarbeiterInnen (Tilgung)	3.087,74 €
• Mitarbeiterdarlehen (Tilgung)	39.089,79 €
Sonstige Ausleihungen gesamt	50.654,52 €

Den Vermögensabgängen stehen teilweise Verkaufserlöse oder Ersatzleistungen Dritter (Versicherungsleistungen) gegenüber, diese Erträge sind bei den jeweiligen Produkten ver-

bucht. Je nach Erlös ist ein positiver oder negativer Ertrag aus der Veräußerung von Anlagevermögen zu verzeichnen, insoweit wird auf die Teilergebnisrechnungen verwiesen.

Anlageumbuchungen / Abgänge – Spalte 5:

Die Anlageumbuchungen resultieren zunächst aus den in der Eröffnungsbilanz noch getrennt bewerteten Eigenbetriebssparten Straßenbau und Lipperlandhalle, für die separat ein Anlagegut eingerichtet wurde. Zwecks Anpassung an die Bilanzstruktur der Eigenbetriebe wurden diese Anlagegüter im Laufe des Jahres umgebucht und dem Eigenbetrieb ISB bzw. dem Eigenbetrieb Schulen zugeordnet.

Weitere Umbuchungen ergeben sich durch die Aktivierung der zunächst auf Anlagen im Bau verbuchten Kosten nach Inbetriebnahme des Anlagegutes.

Im Einzelnen:

• Neubau Rettungswache Klinikum Detmold (Herstellungsaufwand)	265.876.- €
Bauten auf fremdem Grund und Boden gesamt	265.876,- €
• Erweiterung Leitstelle	99.497.- €
Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge gesamt	99.497,- €

Beide Einzelbeträge waren zunächst als Anlage im Bau verbucht und sind nach Fertigstellung und Inbetriebnahme umgebucht worden.

• EB Schulen – Sparte Lipperlandhalle	4.908.518,00 €
• EB ISB – Sparte Straßen	51.817.555,74 €
• Korrektur Rundungsdifferenz Lipperlandhalle	0,02 €
Finanzanlagen / Sondervermögen gesamt	56.726.073,76 €

Anlageumbuchungen / Abgänge – Spalte 6:

Die in Spalte 6 ausgewiesenen Abgänge korrespondieren mit den in Zeile 5 ausgewiesenen Zugängen, wie der Vergleich der Gesamtsummen zeigt. Die Gesamtsumme je Anlagegut ergibt sich teilweise aus mehreren Einzelbeträgen bei den Zugängen.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Abschreibung Anfangsbestand – Spalte 7:

Bei der in Spalte 7 ausgewiesenen Abschreibung handelt es sich um die Abschreibungen des Jahres 2005 auf die zum Stichtag 01.01.2005 bewerteten sonstigen Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude sowie Bauten auf fremden Grund und Boden und die planmäßige Abschreibung des Anlagevermögens im Kalenderjahres 2006 (**Summe der bisher gebuchten Abschreibungen**).

Abschreibungen im Haushaltsjahr – Spalte 8:

Insgesamt wurden unter Berücksichtigung des festgestellten Eröffnungsbilanzwertes bzw. unter Berücksichtigung der Anschaffungs- und Herstellungskosten und der in der NKF – Rahmentabelle vorgesehenen Gesamtnutzungsdauer Abschreibungen auf das Anlagevermögen in Höhe von **3.003.105,15.- €** gebucht, die Aufwendungen wurden produktbezogen verbucht.

Hiervon entfällt ein Betrag in Höhe von **2.010.483,15 €** auf die Wertkorrektur der Eigenbetriebe, die regelmäßige Abschreibung auf das Anlagevermögen beläuft sich auf **992.622.- €**, der Budgetansatz in Höhe von 1.000.739.- € kann insoweit eingehalten werden. Hinsichtlich der Wertberichtigung der Eigenbetriebe wird auf die Erläuterungen zur Teilrechnung des FB 1 verwiesen.

Zuschreibungen im Haushaltsjahr – Spalte 9:

Zuschreibungen auf das Anlagevermögen waren im abgelaufenen Haushaltsjahr nicht zu verzeichnen.

Abgänge auf Abschreibungen – Spalte 10:

Die Darstellung resultiert aus der KIRP - Buchungssystematik bei unterjährigen Anlageabgängen (vgl. Spalte 4). Hier wird zunächst zusammen mit dem Anlageabgang die gesamte Jahres - AfA gebucht, erst mit dem AfA-Lauf im Rahmen der Jahresrechnung wird der auf den Zeitraum Anlageabgang bis Jahresende entfallende AfA-Anteil wieder als Abgang auf die Jahres - AfA gegengebucht.

Kumulierte AfA – Spalte 11:

Hier wird die bisher in der Anlagenbuchhaltung insgesamt dargestellte Abschreibung dokumentiert. Die Jahresabschreibung 2007 auf Anlagevermögen ergibt sich aus der Saldierung der Spalten 8 und 10, zusätzlich berücksichtigt werden die Abschreibungen der Jahre 2005 und 2006 (Spalte 7).

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007****Buchwert am 31.12. des Haushaltsjahres – Spalte 12:**

Dargestellt wird der Restwert des Anlagevermögens nach Verbuchung der anteiligen Jahres – AfA 2007.

Buchwert am 31.12. des Vorjahres – Spalte 13

Ein Vergleich der Spalten 12 und 13 des Anlagespiegels zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens im zurückliegenden Haushaltsjahr unter Berücksichtigung von Zu-, Abgängen und Abschreibungen. Im Haushaltsjahr 2007 ist das Anlagevermögen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt rd. 5,2 Mio. € rückläufig:

Anfangsbestand	334.069 T€
• + Zugänge	+1.463 T€
• - Abgänge	-3.677 T€
• davon Tilgung Altdarlehen durch EB	(1.891 T€)
• davon Wertpapiere des Anlagevermögen, Fondsanlagen	(1.589 T€)
• - Abschreibungen, einschl. Wertberichtigungen EB	-3.003 T€
• - Abgänge auf Abschreibungen	+33 T€
<u>Endbestand</u>	<u>328.886 T€</u>
Veränderung Gesamt	-5.218 T€

Hinsichtlich der näher bezeichneten Abgänge ist auch eine entsprechende Verringerung der Verbindlichkeiten zu verzeichnen. Die sonstigen Veränderungen des Anlagevermögens kompensieren sich gegenseitig nahezu, d.h. das Anlagevermögen konnte auf dem Stand des Vorjahres gehalten werden bzw. in Höhe der planmäßigen Abschreibungen wurde neu investiert.

Erläuterung zu den Anlagen im Bau:

Als Anlagen im Bau werden Vermögensgegenstände bezeichnet, die in mehreren Arbeitsschritten hergestellt werden. Sie sind insoweit längere Zeit unfertig und damit nicht betriebsbereit.

Der Bilanzposten Anlagen im Bau dient der Sammlung der einzelnen Herstellungskosten, die erst bei endgültiger Fertigstellung aktiviert werden. Im Jahresabschluss 2006 waren Anlagen im Bau im Wert von rd. 79.889.- € bilanziert.

Im Einzelnen ist im Laufe des Jahres wie folgt aktiviert / umgebucht worden:

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

Anlage im Bau	Bestand 31.12.2006	Zugang	Umbuchung Aufwand	Aktivierung Anlagegut	Bestand 31.12.2007
Erweiterung FAZ	12.000.- €	32.447.- €	0.- €	0.- €	44.447.- €
NEF-Wache Klinikum	67.889.- €	197.987.- €	0.- €	265.876.- €	0.- €
Erweiterung Leitstelle	0.- €	99.497.- €	0.- €	99.497.- €	0.- €
Stat. Messanlage Nr. 004	0.- €	21.753.- €	0.- €	0.- €	21.753.- €
Stat. Messanlage Nr. 12	0.- €	24.162.- €	0.- €	0.- €	24.162.- €
Gesamt	79.889.- €	375.846.- €	0.- €	365.373.- €	90.362.- €

Zu den einzelnen Anlagen folgende Hinweise:

- **Erweiterung FAZ:**

Die Baukosten für Erweiterung des Feuerwehrausbildungszentrums sind im Wesentlichen in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 veranschlagt, bei den bisher gebuchten Aufwendungen handelt es sich um Planungs-, Beratungs- und Ausschreibungskosten für das europaweite Vergabeverfahren.

- **NEF-Wache Klinikum:**

Der Kreis Lippe hat die NEF – Wache am Klinikum Detmold auf fremdem Grund und Boden gebaut, das Gebäude wurde in massiver Bauweise als Anbau an ein vorhandenes Wohnhaus errichtet. Es handelt sich bei den Baukosten insgesamt um die Herstellungskosten für das Gebäude und die fest verbundenen Gebäudebestandteile, sonstige Einrichtungsgegenstände wurden bei Anschaffung direkt als Maschinen / technische Anlagen bzw. als Betriebs- und Geschäftsausstattung aktiviert. Die Übergabe und Eröffnung des Gebäudes ist am 06.06.2007 erfolgt.

- **Erweiterung Leitstelle:**

Die Baumaßnahme wurde im Laufe des Jahres 2007 abgeschlossen, die Abnahme der Erweiterung erfolgte am 04.10.2007. Die geleisteten Zahlungen waren damit zu aktivieren, die Ingenieurleistungen wurden zusammen mit den Elektroarbeiten als Erweiterung der Leitstellentechnik aktiviert, im übrigen wurden die sonstigen Leistungen je Gewerk unter Berücksichtigung anteiliger Lohnkosten aktiviert.

- **Stationäre Messanlagen:**

Die Kosten für die Errichtung von zwei neuen Messstellen zur stationären Verkehrsüberwachung konnten in der Anlagenbuchhaltung 2007 noch nicht aktiviert werden, da die vor Inbetriebnahme vorgeschriebene Eichung nicht mehr rechtzeitig erfolgen konnte.

6.2.2 Erläuterungen zum Anlagenspiegel Teil 1 – Passiva

In der Vergangenheit geleistete Zuwendungen Dritter zu Anlagegütern waren als Sonderposten in der Bilanz zu passivieren, soweit das damit finanzierte Anlagevermögen nach wie vor genutzt wird.

In Spalte 2 werden auch hier zunächst alle bisher erhaltenen und passivierten Sonderposten dargestellt, im Rahmen der weiteren Erläuterung zur Entwicklung der Sonderposten wird daher auf einen Vergleich der Spalten 12 und 13 abgestellt. Der Buchwert der Sonderposten hat sich im vergangenen Jahr damit um rd. 188 T€ erhöht.

Die bilanzierten Sonderposten verteilen sich wie folgt:

Sonderposten	Bestand 31.12.2006	Zugänge	Abgänge	Umbuchung	Auflösung Ertrag	Bestand 31.12.2007
Grunderwerb Landschaftspflege	1.136.196.- €	0.- €	0.- €	0.- €	0.- €	1.136.196.- €
Rettungswachen	443.701.- €	0.- €	0.- €	0.- €	9.389.- €	434.312.- €
Ausrüstung Rettungsdienst	395.180.- €	11.000.- €	10.857.- €	0.- €	34.596.- €	360.727.- €
Jugendverkehrsschule	34.821.- €	0.- €	0.- €	0.- €	2.901.- €	31.920.- €
Arbeitsplatzausstattung Behinderte	23.563.- €	1.276.- €	0.- €	0.- €	6.303.- €	18.536.- €
Investitionspauschalen	2.403.339.- €	820.798.- €	0.- €	0.- €	632.485.- €	2.591.652.- €
Grunderwerb Ersatzgelder	883.548.- €	0.- €	0.- €	0.- €	0.- €	883.548.- €
Feuerschutzpauschale	53.060.- €	36.389.- €	0.- €	-47.362.- €	0.- €	42.087.- €
Tankcontainer RB	0.- €	0.- €	0.- €	47.362.- €	0.- €	47.362.- €
Medienzentrum	0.- €	4.328.- €	0.- €	0.- €	541.- €	3.787.- €
Gesamt	5.373.408.-	873.791.- €	10.857.- €	0.- €	686.215.- €	5.550.127.- €
			-10.856.- €			5.560.983.- €

Hinweis: Als Abgang gebucht wird der in die Eröffnungsbilanz 2006 eingestellte Wert des Sonderpostens, die bereits in 2006 gebuchte ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens wird gegengebucht. In 2006 wurden jedoch wegen der Restwertdarstellung in



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

der Anlagenbuchhaltung (Restwert 1.- €) nur 10.856.- € aufgelöst, daher differiert die Gegenbuchung. Im Ergebnis ist der Sonderposten durch Anlageabgang damit vollständig aufgelöst.

Hinsichtlich des Anfangsbestandes wird auf den Jahresabschluss 2006 verwiesen, im Übrigen ergeben sich folgende Anmerkungen:

- **Zugänge zu den Sonderposten:**

Im Laufe des Jahres 2007 wurde die Feuerschutzpauschale 2007 in Höhe von 17.389.- vom Land bereitgestellt. In Höhe von 11.000.- € wurden diese Mittel direkt zur Finanzierung eines Bereitschaftswagens für das Feuerwehrausbildungszentrum verwendet, hieraus resultiert der Zugang im Bereich „**Ausrüstung Rettungsdienst**“.

Die vom Land gezahlte **Feuerschutzpauschale** ist, sofern eine Verwendung im laufenden Haushaltshaltsjahr nicht sichergestellt ist, als Sonderposten zu passivieren. Die Zahlbeträge können dabei angespart werden, bis die Anschaffung eines entsprechenden Vermögensgegenstandes möglich ist. Die Feuerschutzpauschale hatte Anfang des Jahres 2007 einen Bestand in Höhe von 53.060.- €. Im Laufe des Jahres konnten der Restbetrag 2007 (6.389.- € - vgl. vorstehend) sowie die fachbezogene Kreispauschale in Höhe von 30.000.- € zugeführt werden. Der Gesamtzugang in Höhe von 36.389.- € ist vorstehend ausgewiesen.

Verschiedene **Arbeitsplätze schwerbehinderter Kolleginnen und Kollegen** sind mit besonderen Arbeitshilfen ausgestattet worden, die Anschaffungen wurden mit finanzieller Unterstützung der örtlichen Fürsorgestellen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe prozentual bezuschusst. In Höhe der Zuwendungen (1.276.- €) wurden Sonderposten in der Bilanz passiviert.

Das Land NRW hat die **Kompetenzzentren im Medienzentrum** finanziell gefördert, u.a. wurden aus Landesmitteln auch Notebooks angeschafft. Aufgrund der Fremdfinanzierung der in der Anlagenbuchhaltung zu aktivierenden Anlagegüter war spiegelbildlich ein entsprechender Sonderposten in Höhe von 4.328.- € zu passivieren.

Auch bei den allgemeinen **Investitionspauschalen** des Landes NRW handelt es sich nach zwischenzeitlich herrschender Meinung um Zuwendungen für Investitionen mit Zweckbindung, die damit gem. § 43 Abs. 5 GemHVO als Sonderposten zu passivieren und entsprechend der Nutzungsdauer der damit bezuschussten Vermögensgegenstände aufzulösen sind. Die im Jahr 2007 gezahlte allgemeine Investitionspauschale in Höhe von 820.798.- € wurde daher als Sonderposten eingebucht.



- **Abgänge bei den Sonderposten:**

Durch den Abgang eines aus Sonderposten finanzierten Anlagegutes war der in der Anlagenbuchhaltung noch nicht aufgelöste Sonderposten zu bereinigen.

- **Umbuchung von Sonderposten**

Der im Regiebetrieb Bevölkerungsschutz zum Jahresende angeschaffte Tankcontainer wurde aus den im Sonderposten Feuerschutzpauschale angesparten Finanzmitteln angeschafft, insoweit ist eine entsprechende Umbuchung zwischen beiden Sonderposten vorgenommen worden.

- **Ertragswirksame Auflösung der Sonderposten:**

Die Auflösung der Sonderposten orientiert sich an der Nutzungsdauer der damit finanzierten Vermögensgegenstände, die entsprechenden Beträge wurden im Rahmen der Jahresabschlussbuchungen als Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen (Ertragskonto 4161) bei den jeweiligen Produkten verbucht.

Sofern die Vermögensgegenstände keiner Abschreibung unterlagen (Grunderwerb) oder die zur Verfügung gestellten Mittel noch nicht zweckentsprechend verwendet wurden (Feuerschutzpauschale), erfolgte keine Auflösung der Sonderposten. Die Buchung von Abschreibungen und die spiegelbildliche Auflösung von Sonderposten erfolgt gem. § 35 Abs. 2 GemHVO ab dem Folgemonat der Anschaffung. Aufgrund der Anschaffung des Tankcontainers erst im Dezember 2007 waren hier sowohl Abschreibungen als auch ertragswirksame Auflösungen von Sonderposten in 2007 nicht mehr zu buchen.

Hinsichtlich der allgemeinen Investitionspauschale wurde auch in 2007 von einer Zuordnung des Zahlbetrages zu einzelnen angeschafften Vermögensgegenständen abgesehen. Die durchschnittliche Nutzungsdauer der in der Anlagenbuchhaltung aktivierten Betriebs- und Geschäftsausstattung betrug in 2006 9 Jahre, eine entsprechende Nutzungsdauer wurde für die in der Vergangenheit gezahlten allgemeinen Investitionspauschalen zugrunde gelegt. In 2007 ist die Besonderheit zu berücksichtigen, dass die Rettungswache am Klinikum Detmold mit einem Finanzvolumen von rd. 266.- T€ (nahezu 20% des Investitionsvolumens) aktiviert wurde und hier eine Nutzungsdauer vom immerhin 60 Jahren zugrunde zu legen ist. Es



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

liegt daher erstmals ein nicht unerhebliches Ungleichgewicht zwischen einzelnen Anlagegütern sowohl hinsichtlich der Nutzungsdauer als auch hinsichtlich der Investitionskosten vor. Zur Ermittlung einer durchschnittlichen Nutzungsdauer wurden daher erstmals die Anschaffungskosten der Anlagegüter gewichtet und die durchschnittliche Nutzungsdauer eines jeden Anlagegutes mit dem ermittelten Prozentsatz multipliziert. Insoweit wurde eine gewichtete Nutzungsdauer des Anlagevermögens von rd. 19 Jahren errechnet. Diese Nutzungsdauer wird nunmehr für die ertragswirksame Auflösung der Investitionspauschale 2007 zugrunde gelegt. Die Auflösung der Zahlungsbeträge erfolgt im Jahr der Auszahlung anteilig ab Juli (Investitionen i.d.R. erst nach Rechtskraft des Haushalts).

Für die im Jahr 2007 angeschafften geringwertigen Wirtschaftsgüter, die im Jahr der Anschaffung der Sofortabschreibung unterliegen, wurde in gleicher Höhe die Investitionspauschale ertragswirksam aufgelöst (76.822,- €). Insgesamt ergibt sich eine ertragswirksame Auflösung der Investitionspauschalen in Höhe von **632.485.- €**.

Trotz der veränderten Berechnungsmodalitäten 2007 ist damit im Ergebnis eine weitgehend konstante ertragswirksame Auflösung der Investitionspauschalen zu verzeichnen.

(Vorjahr: 627.905.- €).

Der Ertrag aus der Auflösung der allgemeinen Investitionspauschale wurde in der Allgemeinen Finanzierung vereinnahmt, da es sich bei der Allgemeinen Investitionspauschale um ein allgemeines Finanzierungsmittel nach dem GFG handelt.

Der Kreis beabsichtigt, auch künftig entsprechend zu verfahren und auf eine anlagegüterscharfe und produktscharfe Zuordnung anteiliger IVP als Sonderposten zu verzichten. Dies hätte zur Folge, dass theoretisch zu jedem Anlagegut, das in der Anlagebuchhaltung zu aktivieren ist (also ab 60 €), ein Sonderposten im Einzelfall gebildet und nach der entsprechenden Abschreibungsdauer aufgelöst werden müsste. Abgesehen davon, dass dies für die Vergangenheit aufgrund fehlender Aufzeichnungen nicht mehr ermittelt werden kann und zudem durch Bildung der Eigenbetriebe nicht mehr möglich ist, hätte diese Verfahrensweise auch für den Kernhaushalt, abgesehen von einem enormen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, keinerlei Nutzen. Für den Gesamthaushalt ist, von geringfügigen Schwankungen einzelner Jahre einmal abgesehen, keine nennenswerte Veränderung zu verzeichnen.

6.3 Forderungsspiegel

Forderungsspiegel zum 31.12.07					
Art der Forderungen	Gesamtbetrag des Haushalts- jahres Stand 31.12.07 EUR 1	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres Stand 31.12.06 EUR 5
		bis zu 1 Jahr EUR 2	1 bis 5 Jahre EUR 3	mehr als 5 Jahre EUR 4	
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	33.246.884	11.952.682	52.601	21.241.601	37.873.104
1.1 Gebühren	1.620.632	1.615.896	4.416	320	1.726.340
1.2 Beiträge	533.866	514.729	18.819	318	558.123
1.3 Steuern	8.635	8.437	198		13.280
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	4.738.879	4.723.376	14.794	709	6.057.649
1.5 sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	26.344.873	5.090.245	14.374	21.240.254	29.517.712
				*)	
2. Privatrechtliche Forderungen	283.035	283.035			934.534
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	223.937	223.937			499.291
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	2.946	2.946			28.355
2.3 gegen verbundene Unternehmen	0	0			0
2.4 gegen Beteiligungen	56.152	56.152			406.888
2.5 gegen Sondervermögen	0	0			0
3. Sonstige Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0
Summe aller Forderungen	33.529.919	12.235.717	52.601	21.241.601	38.807.638

6.3.1 Erläuterungen zum Forderungsspiegel

Der Forderungsspiegel soll den Stand und die Entwicklung einzelner Posten des Umlaufvermögens im Haushaltsjahr detailliert nachweisen. Um die Änderung der einzelnen Bilanzpositionen zu verdeutlichen, ist jeweils tabellarisch der Gesamtbetrag am Bilanzstichtag unter Angabe der Restlaufzeiten anzugeben.

Erstmals für den Forderungsspiegel 2007 wurde verstärkt eine detaillierte Darstellung der Restlaufzeiten der Forderungen angestrebt. Dabei wurden die in der Finanzsoftware erfassten Fälligkeitstermine ausgewertet. Sofern Forderungen mit einer längerfristigen Laufzeit dargestellt sind, handelt es sich im Wesentlichen um mit Schuldnern vereinbarte Ratenzahlen mit zum Teil längerfristiger Laufzeit.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Als Forderung mit längerfristiger Laufzeit sind erstmals auch die Forderungen gegen Sonderrechnungen auf Erstattung anteiliger Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ausgewiesen. Die Rückstellungen für die Beamten und Versorgungsempfänger der Kliniken und der Eigenbetriebe werden vollständig in der Bilanz der Kernverwaltung veranschlagt. In Höhe der Verpflichtung zur Tragung der Rückstellungen sind (sonstige ö. r.) Forderungen gegen die Betriebe einzustellen. Rechtsgrundlagen sind das Bruttoprinzip sowie die Durchführungshinweise des Landes zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen (RdErl. d. Innenministeriums v. 04.01.2006). Das gleiche gilt für die Beihilferückstellungen. Veränderungen der Pensionsrückstellungen der Kliniken und Eigenbetriebe bewirken eine unmittelbare Erhöhung bzw. Senkung der Forderungen gegen diese. Daher erfolgen die Buchungen direkt auf den entsprechenden Bestandskonten. Ein zahlungswirksamer Ausgleich der Forderungen ist daher nicht vorgesehen bzw. erforderlich. Es handelt sich lediglich um bilanzielle Werte, eine reale Zahlungspflicht besteht nicht. Aufgrund des erheblichen Forderungsvolumens erscheint eine Ausweisung unter den längerfristigen Laufzeiten gerechtfertigt.

Die Forderungen des Kreises Lippe gegen Dritte insgesamt sind im Laufe des Haushaltsjahres 2007 gegenüber der Schlussbilanz des Vorjahres deutlich von **rd. 38,8 Mio. €** um **rd. 5,3 Mio. €** auf nunmehr **33,5 Mio. € zurückgegangen**.

Gründe für diesen Rückgang sind neben einer Optimierung des Forderungsmanagements die in 2007 nach NKF - Umstellung erstmals konsequent durchgeführte Forderungsreinigung sowie die weitere kontinuierliche Ausbuchung der bereits in die Eröffnungsbilanz eingestellten Forderungen. Hinzuweisen ist auch auf die konsequente Zuordnung von zunächst ungeklärten Zahlungseingängen zu vorliegenden Sollstellungen bzw. auf eine umgehende Anforderung entsprechender Sollstellungen bei Zahlungseingang. Während zum Bilanzstichtag 31.12.2006 ein Bestand an noch ungeklärten Zahlungseingängen in Höhe von rd. 2,3 Mio. € zu verzeichnen war, konnte dieser im Jahresabschluss 2007 auf nunmehr rd. 480 T€ reduziert werden.

Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Gebührenforderungen – Konto 1621

Eröffnungsbilanz	31.12.2006	31.12.2007	Veränderung
1.310.224.- €	1.726.340.- €	1.620.632.- €	-105.708.- €

Die noch offenen Gebührenforderungen sind gegenüber dem Vorjahresergebnis geringfügig um rd. 106 T€ (-6%) rückläufig, die Veränderungen resultierende dabei allein in Höhe von rd. 85 T€ aus der durchgeführten Einzel- und Pauschalwertberichtigung von Forderungen.

Beitragsforderungen – Konto 1631

Eröffnungsbilanz	31.12.2006	31.12.2007	Veränderung
418.221.- €	558.123.- €	533.866.- €	-24.257.- €

Die zum Bilanzstichtag noch offenen Beitragsforderungen (im Wesentlichen Elternbeiträge) zeigen grundsätzlich auch weiterhin steigende Tendenz. Gegenüber dem Jahresergebnis 2006 sind die noch offenen Forderungen zwar um rd. 24 T€ (-4%) rückläufig, allerdings wirkt sich in dieser Darstellung bereits eine erstmalig durchgeführte Pauschalwertberichtigung der Forderungen in Höhe von rd. 76 T€ aus. Rein rechnerisch sind damit die zu verfolgenden offenen Forderungen auch weiterhin steigend, Beleg für die angespannte finanzielle Lage vieler Familien.

Steuerforderungen – Konto 1641

Eröffnungsbilanz	31.12.2006	31.12.2007	Veränderung
14.049.- €	13.280.- €	8.635.- €	-4.645.- €

Die zum Bilanzstichtag noch offenen Steuerforderungen (Jagdsteuer) konnten durch Ratenzahlungsvereinbarung seit Aufstellung der Eröffnungsbilanz kontinuierlich reduziert werden.

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007****Forderungen aus Transferleistungen – Konto 1651**

Eröffnungsbilanz	31.12.2006	31.12.2007	Veränderung
1.882.713.- €	6.057.714.- €	4.738.879.- €	-1.318.835.- €

Bei den Forderungen aus Transferleistungen fällt zunächst der deutliche Anstieg der noch offenen Forderungen **um 4.174 T€** gegenüber der Eröffnungsbilanz auf. Hier sei nochmals darauf hingewiesen, dass mit NKF – Umstellung erstmals alle dem Grunde nach bestehenden Forderungen des Kreises Lippe gegen Dritte unverzüglich erfasst werden, während in der Vergangenheit bestimmte Forderungen erst nach Zahlungseingang gebucht wurden. Im Laufe des Jahres wurde der Betrag der Forderungen jedoch um rd. 1319 T€ zurückgeführt (-22%). Hier ergaben sich gravierende Veränderungen insbesondere in den Bereichen Unterhaltsvorschuss und Unterhaltsbeistandschaften.

Bei dem Produkt 006 003 007 - Unterhaltsvorschuss - wurden in den Jahren 2006 und 2007 dem Grunde nach bestehende Rückforderungsansprüche gegen unterhaltspflichtige Elternteile in Höhe von rd. **4.104 T€** bilanziert, der tatsächliche Zahlungseingang beläuft sich auf rd. **666 T€** und entspricht in etwa den Rechnungsergebnissen der Vorjahre. Die Entwicklung ist in nachstehender Übersicht nochmals dargestellt:

	Ertragsbuchung	Zahlungseingang	Differenz
2006	2.460.244.- €	315.571.- €	
2007	1.643.315.- €	350.502.- €	
Gesamt	4.103.559.- €	666.073.- €	3.437.486.- €
Pauschalwertbereinigung der Forderungen - 50 Prozent			1.718.743.- €

Trotz einer Intensivierung des Unterhaltsrückgriffs, der sich auch in den tatsächlichen Zahlungseingängen widerspiegelt, werden die dem Grunde nach bestehenden Forderungen nicht vollständig realisierbar sein. Die Unterhaltsrückgriffquote lag in den vergangenen Jahren bei ca. 30 %. Selbst bei weiterer Intensivierung erscheint eine Rückgriffquote von mehr als 50 % unrealistisch. Erstmals im Rahmen der Jahresrechnung 2007 wurde daher eine bilanzielle Forderungsbereinigung (Pauschalwertberichtigung) in Höhe von 50 % der noch offenen Forderungen, gebucht, es wurde eine **erfolgswirksame**



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Reduzierung der Forderungen gebucht. Die Pauschalwertberichtigung hat nicht zur Folge, dass die Verfolgung einzelner Forderungen ausgesetzt oder Forderungen niedergeschlagen wurden. Dies geschieht erst, wenn sich die Uneinbringlichkeit im Rahmen der Sachbearbeitung bzw. Vollstreckung ergeben sollte. Insoweit erfolgt sodann ein Abgleich mit den zuvor vorgenommenen pauschalen Wertberichtigungen.

Die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz werden zu 46,67% vom Land getragen. Insoweit stehen erhöhten Forderungen aus Transferleistungen auch entsprechende Verbindlichkeiten aus Transferleistungen gegenüber (tatsächlich realisierte Einnahmen müssen in Höhe des o.a. Prozentsatzes an das Land NRW abgeführt werden). Die pauschale Wertberichtigung der Forderungen hatte auch zur Folge, dass mit dem Faktor 46,67% auch die korrespondierenden **Verbindlichkeiten erfolgswirksam reduziert** werden konnten.

Im Rahmen der Unterhaltsbeistandschaften werden die Unterhaltsbeiträge vom Kreisjugendamt beigesteuert und nach Zahlungseingang an den erziehungsberechtigten Elternteil weitergeleitet. Da es sich hier dem Grunde nach um durchlaufende Gelder handelt, wird mit der Sollstellung sowohl eine Forderung als auch eine Verbindlichkeit (Weiterleitungsverpflichtung) erzeugt, die Zahlungen schlagen sich nicht in der Ergebnisrechnung, sondern nur in der Finanzrechnung des Kreises Lippe nieder. Auch hier werden erstmals mit NKF - Umstellung alle dem Grunde nach bestehenden Forderungen angeordnet, diese sind aber erfahrungsgemäß nur bedingt beiteilbar. Die Vollstreckung der Forderungen erfolgt im Rahmen der Unterhaltsbeistandschaft durch das Jugendamt. Die Entwicklung ist in nachstehender Übersicht nochmals dargestellt:

	Forderung / Verbindlichkeit	Zahlungseingang	Differenz
2006	2.412.188.- €	746.553.- €	
2007	2.161.943.- €	801.760.- €	
Gesamt	4.574.131.- €	1.548.313.- €	3.025.818.- €
Pauschalwertberichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten - 50 Prozent			1.512.909.- €

Erstmals im Rahmen der Jahresrechnung 2007 wurde daher eine Forderungsberichtigung (Pauschalwertberichtigung) in Höhe von 50 % der noch offenen Forderungen gebucht. Da es sich nicht um dem Kreis Lippe zustehende Gelder handelt, ist diese Forderungsbe-



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

reinigung nicht ergebnis- bzw. aufwandswirksam, sondern wirkt sich lediglich bilanzverkürzend in gleicher Höhe sowohl bei den Forderungen als auch den Verbindlichkeiten aus.

Fazit:

Allein durch die Pauschalwertberichtigung der Forderungen im Bereich Unterhaltsvorschuss und Mündelgelder im Rahmen der Jahresrechnung 2007 wird die Werthaltigkeit der dem Grunde nach bestehenden Forderungen aus Transferleistungen in Höhe von immerhin rd. 3,2 Mio. € erstmals bilanziell korrigiert und insoweit auch der deutliche Anstieg der offenen Forderungen im Vergleich zur Eröffnungsbilanz relativiert. Nach wie vor verbleiben aber in den beiden vg. Einnahmebereichen aktuell offene Forderungen in gleicher Höhe, was – je nach Entwicklung der Zahlungswilligkeit und Zahlungsfähigkeit in den kommenden Jahren – ggf. noch weitergehende Wertkorrekturen erforderlich machen wird.

Sonstige offene Forderungen aus Transferleistungen bestehen bei den Kostenbeiträgen / Ersatz- und Unterhaltsleistungen im Rahmen der Sozial- und Jugendhilfe. Darüber hinaus bestanden zum Bilanzstichtag noch Zahlungsrückstände der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Kreisumlage, die zwischenzeitlich jedoch weitestgehend ausgeglichen sind. Die sonstigen Forderungen aus Transferleistungen wurden in Höhe von rd. 122 T€ pauschalwertbereinigt.

Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen – Konto 1681

Eröffnungsbilanz	31.12.2006	31.12.2007	Veränderung
25.046.380.- €	29.517.745.- €	26.344.873.- €	-3.172.872- €

Nachdem durch die zum Jahreswechsel 2006 / 2007 erstmals vollständig im laufenden Buchungsgeschäft abzubildende Rechnungsabgrenzung eine erhebliche Steigerung der öffentlich – rechtlichen Forderungen **(+ 4.471 T€)** gegenüber der Eröffnungsbilanz zu verzeichnen war, sind die Forderungen nun wieder deutlich rückläufig **(-3.173 T€)**.

Reduziert werden konnten zunächst die bereits in die Eröffnungsbilanz eingestellten öffentlich – rechtlichen Forderungen aus Vorjahren, die zum Bilanzstichtag 01.01.2006 noch nicht beglichen waren. Zu nennen sind hier insbesondere die Zuschüsse des Landes zu den Betriebskosten der Kindergärten für die Jahre 2004 und 2005, die noch in Höhe von **632 T€** offen standen.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Auch die in der Jahresrechnung 2006 ausgewiesenen Forderungen insbesondere gegenüber den Disponenten im Rettungsdienst konnten im Jahresabschluss 2007 erheblich um rd. **1,6 Mio. €** reduziert werden, dies insbesondere durch eine optimierte und zeitnähere Abrechnung mit den Disponenten.

Die Rückstellungen für Beamte und Versorgungsempfänger der Eigenbetriebe und des Klinikums Lippe werden in voller Höhe in der Bilanz des Kreises Lippe ausgewiesen, in Höhe der Verpflichtungen der Sonderrechnungen sind bilanzielle Forderungen gegen das Klinikum Lippe und die Eigenbetriebe veranschlagt. Gleiches gilt für evt. Erstattungsansprüche gegen ehemalige Dienstherrn bei Wechsel des Beschäftigungsverhältnisses. Hier ergeben sich aufgrund der aktuellen versicherungsmathematischen Gutachten insgesamt um rd. **340 T€** verminderte Forderungen gegen Klinikum, Eigenbetriebe und sonstige Anstellungsträger.

Die sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen wurden in Höhe von rd. **179 T€** pauschalwertbereinigt.

Privatrechtliche Forderungen – Kontenbereich 17

Eröffnungsbilanz	31.12.2006	31.12.2007	Veränderung
2.329.762.- €	934.294.- €	283.035.- €	-651.259.- €

Nachdem die privatrechtlichen Forderungen gegenüber der Eröffnungsbilanz bereits in der Jahresrechnung 2006 – insbesondere durch die Ausbuchung einer Forderung gegen Sondervermögen (EB Immobilien- und Straßenbetriebe) – erheblich bereinigt wurden, ist im Rahmen der Jahresrechnung 2007 ein weiterer Forderungsrückgang um rd. **651 T€** zu verzeichnen.

Hinzuweisen ist insbesondere auf die Ausbuchung einer Forderung in Höhe von **375 T€** gegen die Umweltstiftung Wesertal. Der Betrag sollte nach Auflösung der Umweltstiftung der Stiftung Standortsicherung zugeführt werden, entsprechend wurde auch eine Rückstellung in gleicher Höhe in der Eröffnungsbilanz ausgewiesen. Der Betrag ist im Laufe des Jahres 2007 nach Gesellschafterbeschluss direkt an die Stiftung Standortsicherung weitergeleitet worden, insoweit war die Bilanz zu bereinigen und die Forderung gegen die Rückstellung auszubuchen.



Zum Bilanzstichtag 31.12.2006 waren darüber hinaus noch NKF- umstellungsbedingt ungeklärte Auszahlungen (z.B. Abbuchung per Lastschrift ohne vorliegende Anordnung) in einer Höhe von **117 T€** zu verzeichnen. Diese stellten bilanziell aufgrund des noch ungeklärten Zahlgrundes zunächst eine sonstige privatrechtliche Forderung dar. Zum Bilanzstichtag 31.12.2007 liegen keine ungeklärten Auszahlungen mehr vor, insoweit vermindern sich auch die Forderungen in der Bilanz entsprechend.

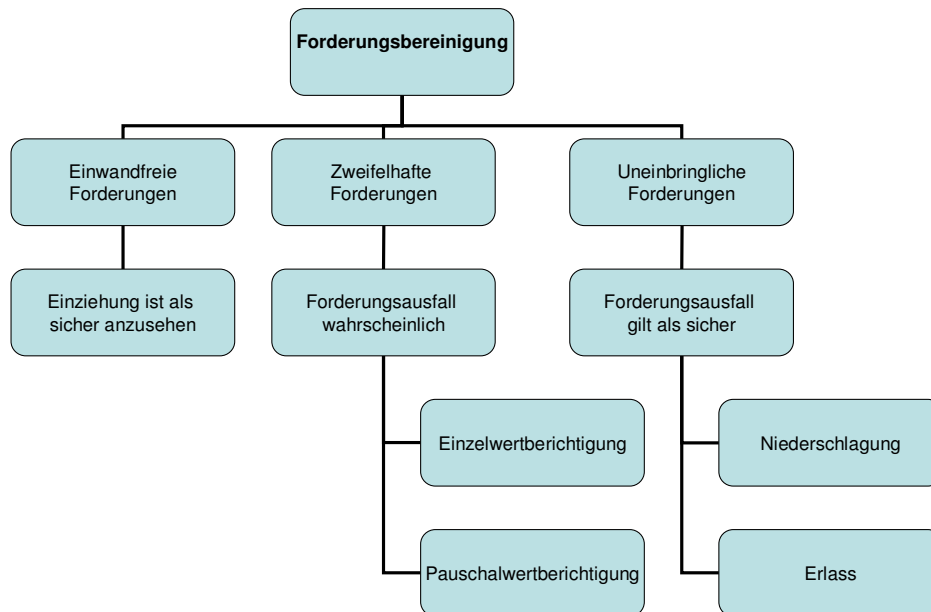
Im Übrigen ist auch hier auf die erstmals durchgeführte Wertberichtigung von Forderungen zu verweisen.

6.3.2 Wertberichtigung von Forderungen

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2006 wurde aufgrund des erstmals vorzunehmenden NKF – Jahresabschlusses und der insoweit fehlenden Vergleichs- und Erfahrungswerte weitgehend von einer Forderungsbereinigung abgesehen, d.h. die zum Bilanzstichtag noch offenen Forderungen wurden als solche in der Schlussbilanz ausgewiesen.

Dabei ist es in aller Regel nicht zu vermeiden, dass auch trotz eines zielgerichteten und straffen Forderungsmanagements einzelne Schuldner nicht zahlen können oder nicht zahlen wollen. Wenn sich Forderungen auch zwangsweise nicht betreiben lassen, ist unter Berücksichtigung des Vorsichtsprinzips eine Beurteilung der noch offenen Forderungen zum Bilanzstichtag nach Werthaltigkeit erforderlich.

Die im Rahmen der Jahresrechnung 2007 erstmals in vollem Umfang durchgeführte Forderungsbereinigung ist schematisch in dem nachstehenden Schaubild dargestellt. Auf die sich anschließenden Erläuterungen wird verwiesen.



e) Einwandfreie Forderungen

Einwandfreie Forderungen sind grundsätzlich sichere Forderungen. Es sind keine Hinweise bekannt, dass ihre Realisierung in irgendeiner Form gefährdet ist. Deshalb wird hier zunächst davon ausgegangen, dass sie in voller Höhe vom Schuldner beglichen werden. Einwandfreie Forderungen sind in der Bilanz mit ihrem vollen Betrag anzusetzen. Da Forderungen in der Debitorenbuchhaltung mit ihrem wirtschaftlichen Entstehen bereits in voller Höhe eingebucht werden, war im Rahmen des Jahresabschlusses nichts weiter zu veranlassen.

f) Korrekturen des Forderungsbestandes

Im Rahmen der Forderungs berpr fung konnten vereinzelt doppelte Sollstellungen und fehlerhafte Sollstellungen (nachträgliche Korrektur versäumt) ermittelt werden. Insoweit waren im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten Korrekturen des Forderungsbestandes durch Buchung von **Sollabg ngen** vorzunehmen.

Vereinzelt lagen erforderliche Sollstellungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten noch nicht vor, Zahlungseingänge waren zunächst als ungeklärte Zahlungseingänge in der Zahlungsabwicklung verbucht. Die Zuordnung dieser Geldeingänge wurde in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen forciert. So ist es gelungen, den Bestand an ungeklärten Zahlungs-



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

eingängen von rd. 2,3 Mio. € (31.12.2006) auf nunmehr rd. 488 T€ durch Fertigung entsprechender **Sollstellungen** oder **zeitnahe Weiterleitung von Geldern** im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten zu reduzieren.

Nach Buchung der erforderlichen Sollabgänge und Sollstellungen verblieben in geringem Umfang zum Bilanzstichtag **überzahlte Kassenzeichen**, hier lagen insbesondere aus Vorverfahren nicht rechtzeitig die erforderlichen, aktualisierten Sollstellungen für die Zahlungsabwicklung vor. Eine abschließende Sachverhaltsklärung war im Rahmen der Jahresrechnung nicht in allen Einzelfällen vollständig möglich. Da diese Überzahlungen die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen durch Saldierung vermindern, erfolgte im Rahmen einer Bestandsbuchung eine Korrektur. Der Forderungsbestand wurde entsprechend korrigiert (erhöht) und spiegelbildlich zum Bilanzstichtag 31.12.2007 eine Verbindlichkeit aus überzahlten Kassenzeichen in Höhe von rd. 13 T€ eingebucht. Ein Ausgleich der Überzahlungen wird im weiteren laufenden Buchungsgeschäft 2008 erfolgen.

g) **Zweifelhafte Forderungen**

Nachdem die kommunalen Forderungen des Umlaufvermögens zum Abschlussstichtag festgestellt worden sind, müssen diese auf ihre Werthaltigkeit überprüft werden. Bei der Überprüfung sind sämtliche Umstände zu berücksichtigen, die am Bilanzstichtag bereits vorgelegen haben, jedoch erst zwischen diesem Stichtag und der Bilanzaufstellung "bekannt werden" (Beachtung des so genannten Wertaufhellungsprinzips). Zweifelhafte Forderungen lassen aufgrund der Konstellation des Einzelfalls bereits erkennen, dass mit einem Ausfall in Teilen oder im Ganzen zu rechnen ist. Wesentlich ist bei zweifelhaften Forderungen, dass der Ausfall nur voraussichtlich eintreten wird, aber noch nicht feststeht.

➤ **Einzelwertberichtigung**

Einzelwertberichtigungen basieren auf einer individuellen Risikoprüfung der einzelnen Forderung, die sich aus dem Grundsatz der Einzelbewertung ergibt. Eine derartige Überprüfung wäre bei der Vielzahl der bilanzierten Forderungen – zum Bilanzstichtag 31.12.2007 sind dies rd. 43.000 offene Forderungen mit z.T. geringen Beträgen – sehr arbeits- und zeintensiv und damit unwirtschaftlich.

Eine konkrete Überprüfung einzelner offener Forderungen wurde daher auf die zum Bilanzstichtag fälligen Forderungen mit einem Forderungsvolumen von über 10.000.- € beschränkt. Einzelwertberichtigungen wurden in einem Volumen von rd. 75 T€ gebucht, in diesen Fällen war gegen die Schuldner jeweils das Insolvenzverfahren eröffnet.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Im Rahmen der Einzelwertberichtigung wurde ein Korrekturkonto für jeden Forderungsbilanzposten eingerichtet. Eine Erhöhung des Korrekturpostens erfolgt im Rahmen der folgenden Jahresabschlüsse über das Aufwandskonto "Einstellung in Einzelwertberichtigungen", eine Minderung über das Ertragskonto "Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen zu Forderungen". Der jeweilige Korrekturposten wird mit dem Bestand der zugehörigen Forderungskonten saldiert und nur der Differenzbetrag, also der verbleibende Betrag aus einwandfreien Forderungen und den voraussichtlich noch realisierbaren zweifelhaften Forderungen, in der Bilanz ausgewiesen. Diese Saldierung ist erforderlich, da ein Ausweis von Wertberichtigungsposten in der Bilanz nicht vorgesehen ist.

Im Übrigen wurde zur Verfahrensvereinfachung auf eine Pauschalwertberichtigung zurückgegriffen - vgl. nachstehend -, um dennoch das Forderungsausfallrisiko bilanziell darzustellen.

➤ **Pauschalwertberichtigung**

Neben der Einzelwertberichtigung von Forderungen besteht die weitergehende Möglichkeit von Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen. Pauschalwertberichtigungen berücksichtigen, dass regelmäßig ein gewisser Anteil der Forderungen - ohne Zugrundelegung der jeweiligen Einzelfälle - nicht beglichen wird. Nach Durchführung der Einzelwertberichtigungen ist damit am Bilanzstichtag zwar noch nicht klar, welche Einzelforderungen noch ausfallen werden, jedoch aufgrund von Erfahrungswerten sicher, welcher Anteil des noch bestehenden Forderungsgesamtbetrags voraussichtlich nicht beglichen wird.

Die Pauschalwertberichtigung entspricht der in der kameralen Haushaltswirtschaft durchgeführten Globalbereinigung und wird nur im Rahmen der Jahresabschlusstätigkeiten durchgeführt.

Die im Rahmen der Jahresrechnung 2007 erstmals durchgeführte Pauschalwertberichtigung berücksichtigt die Besonderheiten des Kreishaushalts mit den Faktoren Unterhaltsvorschuss und Mündelgeld und wurde in folgendem Umfang durchgeführt:

Einnahmeart	Prozentsatz der Forderungsberreinigung
➤ Unterhaltsvorschuss ➤ Mündelgelder	50 %
➤ Buß- und Zwangsgelder	20 %

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

➤ Elternbeiträge	15 %
➤ Sonstige Forderungen	10 %
➤ Einzelne Forderungen im Bereich Fahrzeughaltung, Versicherungs- wesen	5 %

Zu den Differenzierungen folgende Hinweise:

➤ Unterhaltsvorschuss, Mündelgelder

Aufgrund der in der Vergangenheit realisierten Unterhaltsansprüche erscheint eine höhere Rückgriffsquote unrealistisch, ggf. wird eine weitergehende Forderungsberichtigung erforderlich, auf die vorstehenden Ausführungen wird verwiesen.

➤ Buß- und Zwangsgelder

Im Bereich der Bußgelder besteht das Risiko, dass Zahlungen im Falle eines Einspruchs an die Landeskasse abzuführen sind. Der Kreis als Ordnungsbehörde erhält entsprechende Zahlungen nur, sofern das Bußgeld akzeptiert oder der Einspruch zurückgezogen wird. Es kann nicht sichergestellt werden, dass bei jedem Einspruch umgehend ein Sollabgang gebucht wird. Die Betreibung von Zwangsgeldern ist einzustellen, sobald der Zweck des Zwangsgeldes erreicht wurde.

➤ Elternbeiträge

Der gegenüber den sonstigen Forderungen leicht erhöhte Prozentsatz trägt den seit Jahren kontinuierlich steigenden offenen Forderungen Rechnung.

➤ Sonstige Forderungen

Aufgrund der nur begrenzt durchgeführten Einzelwertberichtigung wird abweichend von der sonst üblichen Praxis (Bereinigung im niedrigen einstelligen Bereich) der Prozentsatz angehoben und mit pauschal 10% bereinigt. Ggf. wird hier in Folgejahren eine weitere Differenzierung vorzunehmen sein.

➤ Einzelne Forderungen im Bereich Fahrzeughaltung, Versicherungswesen



Im Fachbereich 2 besteht die Besonderheit, dass die Neuzulassung von Fahrzeugen seit einiger Zeit von der Zahlung noch offener, bestimmter Verwaltungsgebühren aus dem Bereich Fahrzeugzulassung, Versicherungswesen etc. abhängig gemacht werden kann. Die betroffenen Einnahmearten wurden mit dem FB abgestimmt. Die entsprechende gesetzliche Regelung führt immer wieder dazu, dass auch in der Vollstreckung nicht beitreibbare Forderungen bei beabsichtigter Fahrzeugneuzulassung ausgeglichen werden. Insoweit wurde hier ein geringerer Prozentsatz für die Pauschalwertberichtigung gewählt.

➤ **Uneinbringliche Forderungen**

Uneinbringlich sind Forderungen, bei denen endgültige Gewissheit darüber besteht, dass der Forderungsausfall unumgänglich ist.

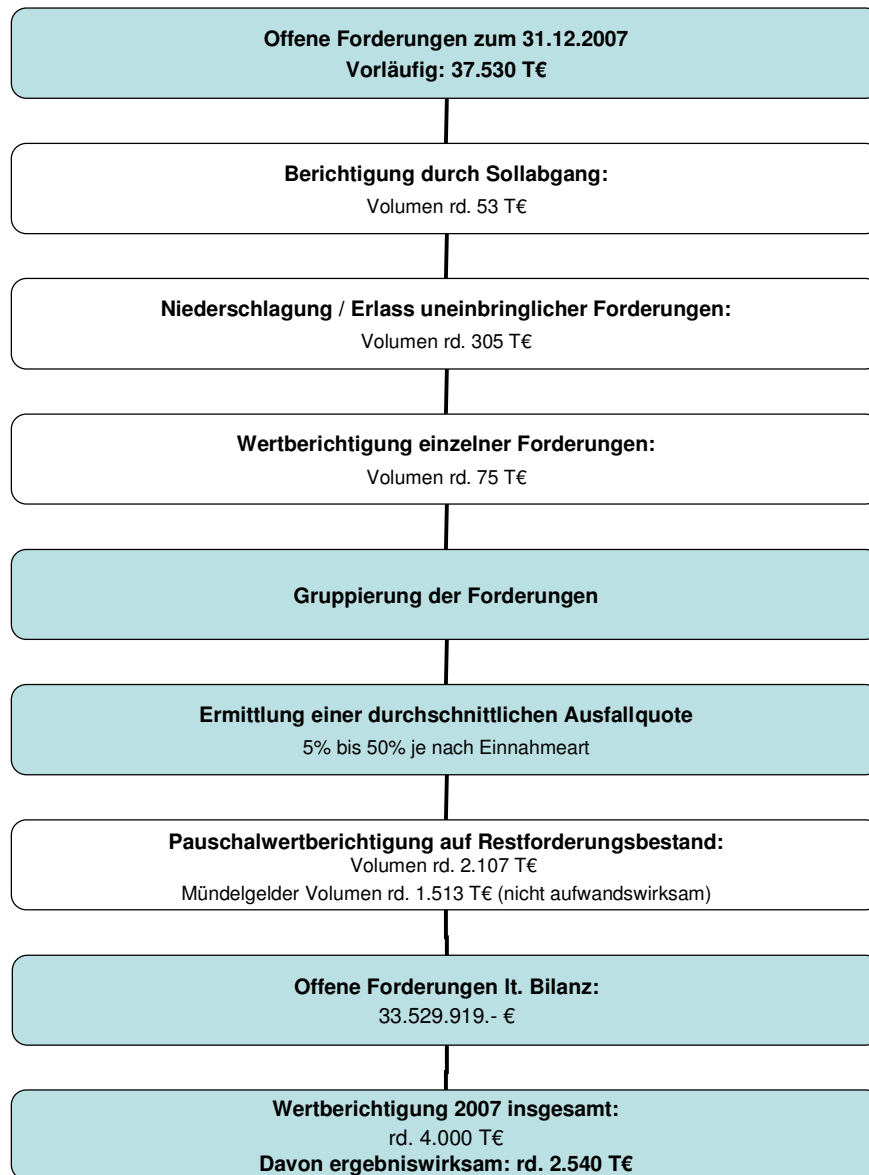
Uneinbringliche Forderungen dürfen im Forderungsbestand nicht mehr geführt werden. Sie sind durch Abschreibung vollständig auszubuchen.

Eine Forderung kann auch teilweise uneinbringlich sein. In diesem Falle wird die Forderung so weit abgeschrieben, wie sie nicht beglichen wird. Gründe für eine uneinbringliche Forderung sind z.B. die:

- Einstellung eines Insolvenzverfahrens mangels Masse
- eine Zwangsvollstreckung blieb erfolglos
- Schuldner ist zahlungsunfähig, eidesstattliche Erklärung gemäß § 807 ZPO
- Schuldner ist verstorben oder unbekannt verzogen
- durch Gerichtsbescheid ist die Forderung für unberechtigt erklärt worden
- Forderung ist verjährt

Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten sind insbesondere die bereits längerfristig fälligen, noch offenen Forderungen entsprechend überprüft worden. Niederschlagungen von Forderungen wurden in Höhe von rd. 305 T€ gebucht. Die Verbuchung erfolgt zunächst zentral bei dem Produkt Zahlungsabwicklung, die niedergeschlagenen Hauptforderungen werden anschließend in die jeweiligen Fachprodukte umgebucht. Die ebenfalls niederschlagenden Nebenforderungen verbleiben bei dem Produkt Zahlungsabwicklung.

Die einzelnen Schritte der Forderungsbereinigung und das jeweilige Bereinigungsvolumen sind auch in dem nachstehenden Schaubild nochmals zusammenfassend dargestellt.



Hinweis:

Pauschal- und Einzelwertberichtigungen führen nicht zur Absetzung der Forderungen, diese werden im Einzelfall weiterhin verfolgt bis sie entweder realisiert wurden oder uneinbringlich sind.

6.4 Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2007					
Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag des Haushalts- jahres Stand 31.12.07 EUR 1	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres Stand 31.12.06 EUR 5
		bis zu 1 Jahr EUR 2	1 bis 5 Jahre EUR 3	mehr als 5 Jahre EUR 4	
1. Anleihen	0	0	0	0	0
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	67.052.172	750.000	21.796.268	44.505.904	68.947.541
2.1 von verbundenen Unternehmen	200.000			200.000	200.000
2.2 von Beteiligungen					
2.3 von Sondervermögen					
2.4 vom öffentlichen Bereich	26.695.994		4.000.000	22.695.994	27.596.245
2.4.1 vom Bund	4.000.000		4.000.000		4.000.000
2.4.2 vom Land	22.695.994			22.695.994	21.477.542
2.4.3 von Gemeinden/GV					
2.4.4 von Zweckverbänden					
2.4.5 vom sonst. öff. Bereich					2.118.703
2.4.6 von sonst. öff. Sonderrechnung					
2.5 vom privaten Kreditmarkt	40.156.178	750.000	17.796.268	21.609.910	41.151.296
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	39.645.178	750.000	17.796.268	21.098.910	40.640.296
2.5.2 von übrigen Kreditgebern	511.000			511.000	511.000
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	39.000.000	19.000.000	20.000.000	0	33.000.000
3.1 vom öffentlichen Bereich					0
3.2 vom privaten Kreditmarkt	39.000.000	19.000.000	20.000.000	0	33.000.000
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0	0	0	0	0
5. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	10.657	10.657	0	0	259.479
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	832.118	832.118	0	0	1.001.671
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	3.672	3.672			-6.501
Verbindlichkeiten UVG	828.446	828.446			1.008.172
7. Sonstige Verbindlichkeiten	16.458.819	14.458.819	2.000.000	0	20.432.049
8. Summe aller Verbindlichkeiten	123.353.767	35.051.594	43.796.268	44.505.904	123.640.740
Nachrichtlich anzugeben:					
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten, z.B. Bürgschaften u.a., davon:	21.038.607				22.053.831
- Abfallbeseitigungs-GmbH Lippe	0				0
- Erholungszentrum Schieder GmbH	1.111.347				626.571
- Weserfreizeitzentrum Kalletal-Varenholz GmbH	0				0
- Klinikum Lippe GmbH	18.537.060				20.037.060
- GPZ GmbH	125.000				125.000
- Stiftung Eben-Ezer (Tophelenschule)	965.200				965.200
- Schulen für Pflegeberufe Herford/Lippe GmbH	300.000				300.000

6.4.1 Erläuterungen zum Verbindlichkeitspiegel

Der Verbindlichkeitspiegel löst die kamerale Schuldenübersicht ab. Der Stand und die Entwicklung der Verbindlichkeiten im Haushaltsjahr werden detaillierter nachgewiesen. Um Änderungen nachvollziehbar zu machen, ist jeweils tabellarisch der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten am Bilanzstichtag unter Angabe der Restlaufzeiten anzugeben. Der Verbindlichkeitspiegel ist nach Gläubigern gegliedert, um die Struktur der Verschuldung der Kommune transparent zu machen.

Die Verbindlichkeiten des Kreises Lippe gegenüber Dritten sind im Laufe des Haushaltsjahres 2007 gegenüber der Schlussbilanz 2006 von rd. 123,6 Mio. € um rd. **300 T€** leicht auf nunmehr 123,3 Mio. € zurückgegangen. Während zur Liquiditätssicherung in der Finanzrechnung zum Jahresende 2007 / Jahresanfang 2008 die kurzfristige **Neuaufnahme von Kassenkrediten in Höhe von 6 Mio. €** erforderlich war, sind die übrigen Verbindlichkeiten insgesamt deutlich rückläufig. Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen – Konto 321

Eröffnungsbilanz	31.12.2006	31.12.2007	Veränderung
69.692.738.- €	68.947.541.- €	67.052.172.- €	-1.895.369.- €

Nachdem die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen bereits im Jahr 2006 um rd. 745 T€ zurückgegangen sind, war im vergangenen Jahr ein weiterer Rückgang um immerhin 1.895 T€ zu verzeichnen. Während die Tilgung der Darlehen planmäßig erfolgte, war insbesondere durch die zeitliche Verzögerung größerer Investitionsmaßnahmen (Erweiterung FAZ) die Neuaufnahme von Investitionsdarlehen entbehrlich.

Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung – Konto 331

Eröffnungsbilanz	31.12.2006	31.12.2007	Veränderung
22.000.000.- €	33.000.000.- €	39.000.000.- €	+6.000.000.- €

Bereits der Gesamtfinanzplan 2007 wies einen Liquiditätssaldo (Finanzmitteldefizit) in Höhe von 6.487.189.- € aus. Dem gegenüber standen Liquide Mittel in Höhe von 1.947 T€ im Bereich der Zahlungsabwicklung.

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

Im Rahmen des Budgetvollzugs 2007 ist letztlich die bereits in der Planung zu verzeichnende Unterdeckung an Finanzmitteln über Liquiditätsdarlehen finanziert worden, die im Budgetvollzug zu verzeichnenden Verbesserungen spiegeln sich in den deutlich verstärkten liquiden Mitteln zum Bilanzstichtag 31.12.2007 wider. Diese belaufen sich nunmehr auf rd. 8,8 Mio. €. Für einen vollständigen Vergleich der Liquidität sind daher das Ergebnis der Finanzrechnung und der Bestand an liquiden Mitteln zusammen zu betrachten.

	Bilanz 2006	Bilanz 2007
Gesamtfinanzrechnung	-18.958.608,79 €	862.149,55 €
Neue Liquiditätsdarlehen	11.000.000,00 €	6.000.000,00 €
Veränd. Liquide Mittel	-7.958.608,79 €	6.862.149,55 €
Bestand Liq. Mittel	1.947.765,75 €	8.809.915,30 €
Plan	-21.140.896.- €	-6.487.189.- €
Verbesserung lfd. Jahr	2.182.287.- €	7.349.339.- €

Letztlich ist darauf hinzuweisen, dass allein aufgrund der am 01.01.2008 bestehenden Zahlungsverpflichtungen noch zum 28.12.2007 die Neuaufnahme eines Kassenkredites in Höhe von 11 Mio. € erforderlich wurde. Ansonsten wäre es gelungen, bei einem unveränderten Bestand an liquiden Mitteln die Finanzrechnung ohne die Neuaufnahme von Liquiditätsdarlehen auszugleichen, sogar eine leichte Rückführung der Liquiditätsdarlehen wäre möglich gewesen.

Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung – Konto 3511

Eröffnungsbilanz	31.12.2006	31.12.2007	Veränderung
0,00 €	259.479,25 €	10.656,64 €	-248.822,61 €

Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung waren in der Eröffnungsbilanz nicht bilanziert und wurden zum Bilanzstichtag 31.12.2006 erstmals in Höhe von **259 T€** ausgewiesen. In der Schlussbilanz zum 31.12.2007 gehen diese Verbindlichkeiten auf rd. **11 T€** zurück. Es handelt sich hier um Lieferantenrechnungen für Warenlieferungen und Dienstleistungen, die bereits im Vorjahr erbracht, jedoch erst im Folgejahr abgerechnet oder zur Zahlung fällig wurden.

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007****Verbindlichkeiten aus Transferleistungen – Konto 3611**

Eröffnungsbilanz	31.12.2006	31.12.2007	Veränderung
827.837.- €	1.001.671.- €	832.118.- €	-169.553.- €

Die in die Eröffnungsbilanz eingestellten Verbindlichkeiten für Zahlungsverpflichtungen im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe in Höhe von 828 T€ wurden bereits im Rahmen der Jahresrechnung 2006 vollständig ausgebucht. Neue Verbindlichkeiten allgemein sind zum Bilanzstichtag nur in geringfügigem Umfang zu verzeichnen.

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 832 T€ resultieren im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten im Bereich Unterhaltsvorschuss. Durch die nach NKF erstmals vollständige Bilanzierung aller dem Grunde nach bestehenden Unterhaltsforderungen war auch die bestehende Abführungsverpflichtung von derzeit 46,67% der erzielten Einnahmen an das Land bilanziell darzustellen. Insoweit war bereits für 2006 eine Verbindlichkeit aus UVG in Höhe von **1.008 T€** auszuweisen, für 2007 wurde eine weitere Einbuchung in Höhe von **622 T€**, gesamt damit **vorläufig 1.630 T€**, erforderlich.

Die in 2007 erstmals durchgeführte Pauschalwertberichtigung der noch offenen Forderungen (im Bereich UVG 50 % der offenen Forderungen) führt auch zu einer Korrektur der bilanzierten Verbindlichkeiten gegenüber dem Land NRW in Höhe von rd. 800 T€ (vgl. 6.3.2). Entsprechend der im laufenden Haushaltsjahr erzielten Erträge bzw. der zu verbuchenden Abschreibungen auf Forderungen ist diese Bilanzposition künftig fortzuschreiben.

Sonstige Verbindlichkeiten – Kontengruppe 17

Eröffnungsbilanz	31.12.2006	31.12.2007	Veränderung
18.529.285.- €	20.432.049.- €	16.458.819.- €	-3.973.230.- €

Die deutlich rückläufigen sonstigen Verbindlichkeiten sind insbesondere auf die Wertberichtigung der Forderungen im Rahmen der Unterhaltsbeistandschaften zurückzuführen (vg. 6.3.2). Die dort zum Soll gestellten Unterhaltsbeiträge beinhalten aufgrund der Weiterleitungsverpflichtung (durchlaufende Gelder) auch eine sonstige Verbindlichkeit für den Kreis Lippe. Auch hier werden erstmals alle dem Grunde nach bestehenden Forderungen und nicht nur die tatsächlich eingegangenen Zahlungsbeträge angeordnet. Die zum



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Bilanzstichtag 31.12.2007 noch ausgewiesenen offenen Unterhaltsforderungen in Höhe von

rd. 3 Mio. € beinhalten spiegelbildlich auch sonstige Verbindlichkeiten in gleicher Höhe. Diese wird automatisch mit der Einbuchung der Forderung erzeugt und nach Eingang von Zahlungen bei Weiterleitung der Gelder an die Unterhaltsberechtigten wieder ausgebucht. Durch eine in 2007 erstmals durchgeführte Forderungsbereinigung in Höhe von 50 % der offenen Forderungen vermindern sich auch die sonstigen Verbindlichkeiten entsprechend (-1.512 T€)

Darüber hinaus war in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 eine sonstige Verbindlichkeit gegenüber den kreisangehörigen Städten und Gemeinden in Höhe von rd. 10,5 Mio. € aus der Übertragung von Fonds-Anteilen des Lippe Co Fonds bilanziert. Im Jahr 2007 hat die Gemeinde Kalletal die übertragenen Fondsanteile (Bilanzwert **rd. 1.589 T€**) abgerufen, entsprechend reduzieren sich das beim Kreis Lippe bilanzierte Anlagenvermögen (vgl. auch die Erläuterungen zum Anlagenspiegel) und die bilanzierten sonstigen Verbindlichkeiten. Weitere bereits in der Eröffnungsbilanz ausgewiesene Verbindlichkeiten wurden ebenfalls in Höhe von **550 T€** im Jahr 2007 ausgebucht, um nur die wesentlichen Bilanzpositionen zu nennen.

Die zunächst ungeklärten Zahlungseingänge werden bilanziell ebenfalls als sonstige Verbindlichkeit dargestellt, da ohne gesicherten Verwendungszweck zunächst davon ausgegangen werden muss, dass die Gelder zu erstatten bzw. an Dritte weiterzuleiten sind. Zum Bilanzstichtag 31.12.2006 war NKF - umstellungsbedingt ein Bestand an ungeklärten Zahlungseingängen in Höhe von rd. 2,3 Mio. € zu verzeichnen. Durch eine optimierte und zeitlich beschleunigte Zuordnung der Zahlungseingänge konnte dieser Bestand zum Bilanzstichtag 31.12.2007 auf 480 T€ reduziert werden, entsprechend vermindern sich die sonstigen Verbindlichkeiten um rd. **1.839 T€**.

Zusammengefasst stellen sich die wesentlichen Veränderungen wie folgt dar:

➤ Neu eingebuchte Verbindlichkeiten Mündelgelder	1.360 T€
➤ Wertberichtigung Mündelgelder für 2006 und 2007	-1.512 T€
➤ Lippe Co Fonds Kommunen	-1.589 T€
➤ Verminderung ungeklärte Einzahlungen	-1.839 T€
➤ Sonstige Verbindlichkeiten aus der EB	-550 T€
Summe	-4.130 T€

6.5 Erläuterung zu weiteren Bilanzpositionen

Im Anhang zur Bilanz sind gem. § 44 GemHVO zu den einzelnen Posten der Bilanz die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte dies beurteilen können. Die Anwendung von Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist zu beschreiben. Zu erläutern sind auch die im Verbindlichkeitspiegel ausgewiesenen Haftungsverhältnisse sowie alle Sachverhalte, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben können.

6.5.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Hinsichtlich der verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gem. § 44 GemHVO wird zunächst auf die ausführlichen Darstellungen im Anhang zur Eröffnungsbilanz und die Darstellungen im Jahresabschluss 2006 verwiesen.

Die in 2007 neu zu bilanzierenden / bewertenden Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten zzgl. evt. Nebenkosten gem. § 33 Abs. 2 GemHVO bilanziert; die Abschreibungen wurden linear auf die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes verteilt. Im Jahr der Anschaffung wurden die Abschreibungen nur anteilig ab dem Monat nach Fertigstellung gem. § 33 Abs. 2 GemHVO angesetzt.

Die voraussichtliche Nutzungsdauer wurde ermittelt anhand der NKF – Rahmentabelle für die Gesamtnutzungsdauer kommunaler Vermögensgegenstände, der Kreis Lippe legt dabei innerhalb der vorgegebenen Bandbreiten grundsätzlich eine mittlere Nutzungsdauer zugrunde (vgl. Anlage 15 zur Eröffnungsbilanz). Sofern hiervon im Einzelfall abgewichen wurde, sind die besonderen Gründe (z.B. geringe Beanspruchung) in der eingesetzten Inventarisierungssoftware dokumentiert, darüber hinaus sind die Abweichungen nachstehend unter ⇒ **Ziffer 2.4.2 e)** erläutert.

Sofern der zu aktivierende Vermögensgegenstand keiner der in der Rahmentabelle vorgegebenen Klassifizierung der Anlagegüter zugeordnet werden konnte, wurde zur Festlegung der durchschnittlichen Nutzungsdauer entweder auf Erfahrungswerte oder auf vergleichbare Anlagegüter zurückgegriffen.

6.5.2 Gesonderte Erläuterungen gem. § 44 Abs. 2 GemHVO

- a) **Besondere Umstände**, die dazu führen, dass der Jahresabschluss nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage vermittelt

Besonderheiten sind nicht erkennbar. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die Finanzanlagen des Kreises Lippe (Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen Wertpapiere des Anlagevermögens) im Rahmen der Änderung der Eröffnungsbilanz bewertet wurden auf der Grundlage der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Schlussbilanzen zum 31.12.2005.

Auf der Grundlage der zum Bilanzstichtag 31.12.2007 vorliegenden geprüften und festgestellten Jahresabschlüsse 2006 des Eigenbetriebs Schulen und des Eigenbetriebs Immobilien- und Straßenbetriebe wurde aufgrund der offensichtlich dauerhaften Wertverluste eine Abschreibung auf Finanzanlagen in Höhe von rd. 2 Mio. € verbucht, gleichzeitig wurden die in 2006 gebildeten Rückstellungen ertragswirksam aufgelöst. Insoweit wurde mit zeitlicher Verzögerung von 1 Jahr eine Wertanpassung zwischen Kern- und Sondervermögen EB Schulen und EB ISB erreicht.

Hinsichtlich der übrigen Beteiligungen wurde davon ausgegangen, dass evt. Verluste nicht dauerhaft sind und aufgeholt werden können. Die Notwendigkeit einer Abschreibung bzw. Wertberichtigung von Finanzanlagen wurde insoweit nicht angenommen.

Hinweis:

- Die Jahresabschlüsse des Eigenbetriebs Jugend- und Senioreneinrichtungen für die Jahre 2006 und 2007 weisen erhebliche Verluste aus (zusammen rd. 1,8 Mio. €). Je nach dem Fortgang der Angelegenheit kann hier ein zukünftiger erheblicher Abschreibungsbedarf entstehen, soweit die aufgelaufenen Verluste nicht durch Gewinne der Folgejahre gedeckt werden. Diese Verluste wären in vollem Umfang erfolgswirksam zu realisieren.
- Hinsichtlich der Erholungszentrum Schieder GmbH läuft zur Zeit ein europaweites Ausschreibungsverfahren mit dem Ziel der Veräußerung wesentlichen Grundvermögens der GmbH an einen privaten Investor. Der Ausgang des Verfahrens bleibt abzuwarten. Der Kreis Lippe hat die Finanzanlage nach der Eigenkapitalspiegelmethode bewertet und Bürgschaften an die EHZ GmbH herausgegeben.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

- Die Pensionsverpflichtungen und die Beihilfeverpflichtungen des Kreises wurden bilanziert.
 - Wie im Gesetz vorgesehen, erfolgt ihre Bewertung nach dem sog. Teilwertverfahren. Das bedeutet, dass die erworbenen Pensionsansprüche der Ruhestandsbeamten und der aktiven Beamten zum Bilanzstichtag bewertet werden. Künftige Änderungen, insbesondere gesetzliche Besoldungsanpassungen werden bei dieser Methodik nicht berücksichtigt und finden immer erst zum 31.12. des Jahres ihren Niederschlag, in dem die Anpassung vom Gesetzgeber beschlossen wurde. Dies führt regelmäßig zu erheblichen zusätzlichen erfolgswirksamen Rückstellungen. Hierdurch können, je nach Entwicklung des Versorgungs- und Besoldungsrechts erhebliche Risiken für den Kreishaushalt entstehen.
 - Zudem wurden die Pensionsverpflichtungen von dem Zeitpunkt ihres Entstehens auf den Bilanzstichtag diskontiert. Der gesetzliche Diskontierungssatz beträgt 5%. Dies führt dazu, dass die Pensionsverpflichtungen nur mit ihrem geringeren Barwert zum Bilanzstichtag bewertet werden und zum nächsten Bilanzstichtag ein höherer Barwert ebenfalls durch eine erfolgswirksame Zuführung zu den Rückstellungen auszugleichen ist.

Weiter ist darauf hinzuweisen, dass aufgrund der nach wie vor fraglichen Einbeziehung der Sparkassen in die kommunale Bilanz die Beteiligung des Kreises Lippe an den Sparkassen Detmold und Lemgo zunächst nur mit einem Erinnerungswert von jeweils 1.- € bewertet wurde.

- b) **Abweichungen vom Grundsatz der Einzelbewertung** und von bisher angewandten Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden

Änderungen und Abweichungen haben sich nicht ergeben, auf die Ausführungen im Anhang zum Entwurf der Eröffnungsbilanz wird verwiesen.

- c) **Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung** - Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, für die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung gebildet worden sind

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

Fehlanzeige, auf die Ausführungen im Anhang zum Entwurf der Eröffnungsbilanz wird verwiesen.

d) **Sonstige Rückstellungen** – Aufgliederung des Bilanzpostens -

Die Bildung von Rückstellungen dient der periodengerechten Abbildung eines Aufwandes und ermöglicht die ergebnisneutrale Auszahlung in einer späteren Rechnungsperiode. Rückstellungen stellen Verpflichtungen gegenüber Dritten dar, die dem Grunde oder der Höhe nach noch ungewiss sind. Gem. § 44 Abs. 2 Ziffer 4 GemHVO ist die Bilanzposition „sonstige Rückstellungen“ gesondert anzugeben und zu erläutern, sofern es sich um wesentliche Beträge handelt. Die Rückstellungen wurden aufgelöst, soweit absehbar war, dass eine Inanspruchnahme nicht oder nicht in der geplanten Höhe erfolgen wird. Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

Art der Rückstellung	EB	Änderung der EB	Stand 31.12.2006	Zugang 2007	Abgang 2007	Stand 31.12.2007
Rückstellung Ausgleichsansprüche	175.799 €	294.179 €	307.026 €	150.554 €	0 €	457.580 €
Rückstellung Klageverfahren OVG	1.380.000 €	1.142.126 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Rückstellung Körperschaftssteuer	0 €	25.000 €	47.999 €	0 €	47.999 €	0 €
Rückstellung Teilzeitbeschäftigung	0 €	0 €	2.091 €	6.071 €	0 €	8.162 €
Rückstellung Betriebsverluste EB	0 €	0 €	4.711.995 €	4.182.676 €	4.711.995 €	4.182.676 €
Rückstellung Beratungsmandat PPP	0 €	9.605 €	9.605 €	0 €	9.605 €	0 €
Rückstellung Versorgung Studieninstitut	0 €	846.015 €	846.015 €	28.201 €	0 €	874.216 €
Rückstellungen Jugendhilfe	1.893.440 €	1.893.440 €	1.600.000 €	300.000 €	847.074 €	1.052.926 €
Rückstellungen Sozialhilfe	1.394.504 €	1.632.378 €	665.000 €	800.000 €	657.240 €	807.760 €
Rückstellung RegioNET	170.000 €	170.000 €	16.611 €	0 €	16.611 €	0 €
Rückstellung Innovationspauschale KRZ	172.000 €	172.000 €	196.299 €	205.000 €	195.651 €	205.648 €
Rückstellung Prüfungsgebühr GPA	150.000 €	150.000 €	124.669 €	40.000 €	66.778 €	97.891 €
Rückstellung interk. Zusammenarbeit	0 €	0 €	26.000 €	0 €	0 €	26.000 €
Rückstellung für Urlaub und Überstunden	1.319.213 €	1.347.762 €	1.355.057 €	173.013 €	0 €	1.528.070 €
Rückstellung für Altersteilzeit	2.393.440 €	2.393.440 €	2.657.840 €	202.483 €	337.805 €	2.522.518 €
Rückstellung Investitionen EB ISB	880.000 €	880.000 €	120.365 €	0 €	120.365 €	0 €
Rückstellung Investitionen Kernverwaltung	119.000 €	119.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €
sonstige Rückstellungen	914.400 €	914.400 €	483.679 €	0 €	453.676 €	30.003 €
Rückstellungen gesamt:	8.568.356 €	8.749.890 €	13.170.250 €	6.087.998 €	7.464.799 €	11.793.450 €

Die gebildeten sonstigen Rückstellungen und ihre Entwicklung im Jahr 2007 sind nachstehend kurz erläutert:

➤ **Ausgleichsansprüche nach § 107b BeamtVG**

Gem. § 107b BeamtVG hat der aufnehmende Dienstherr gegen den abgebenden Dienstherrn unter gewissen Voraussetzungen einen Anspruch auf anteilige Erstattung von Versorgungsbezügen. Für die an andere Dienstherrn versetzten Beamten wurde in die Eröffnungsbilanz auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Versorgungskasse bereits eine Rückstellung eingestellt, diese erhöht sich aufgrund der aktuellen versicherungsmathematischen Berechnungen zum Stich-



tag 31.12.2007. Durch Berücksichtigung einer weiteren Mitarbeiterin (Versetzung zum 01.01.2007) ergibt sich eine weitere Steigerung des Rückstellungsbedarfs.

➤ **Körperschaftsteuer Radio Lippe**

Das Finanzamt Detmold hat festgestellt, dass die Mitgesellschafter der Radio Lippe GmbH und Co KG aufgrund der positiven Entwicklung der Ertragslage für die Gewinne aus Vorjahren körperschaftssteuerpflichtig sind, entsprechende Steuerklärungen wurden für die Jahre 1999 bis 2005 abgegeben. Für die Kalenderjahre 2004 und 2005 wurde die Körperschaftssteuer zwischenzeitlich auf rd. 25 T€ festgesetzt, für 2006 wurde vom Finanzamt Detmold ein Vorauszahlungsbescheid in Höhe von 22.999.- € erteilt.

Die insoweit über die Änderung der Eröffnungsbilanz bzw. durch Zuführung zur Rückstellung vorgehaltenen Zahlungsbeträge wurden kassenwirksam in 2007 an das Finanzamt abgeführt.

Nach erneuter Sachverhaltsprüfung wurden die Steuerzahlungen durch das Finanzamt erstattet und ertragswirksam im Haushaltsjahr 2007 vereinnahmt. Die Rückstellung wurde entsprechend aufgelöst.

➤ **Teilzeitbeschäftigung**

Die Zuführung wurde erforderlich durch Vereinbarung eines besonderen Arbeitszeitmodells. Bei derzeitiger Vollzeitbeschäftigung werden nur anteilige Bezüge ausgezahlt (analog Blockmodell Altersteilzeit). Die nicht ausgezahlten Bezüge werden einer Rückstellung zugeführt zur Finanzierung einer sich anschließenden Freizeitphase. Der abgebildete Personalaufwand entspricht damit der tatsächlich erbrachten Arbeitsleistung. Für 2007 ist die Zuführung erstmals für ein volles Kalenderjahr vorzunehmen, daher erhöht sich der Aufwand / Rückstellungsbedarf entsprechend.

➤ **Betriebsverluste der Eigenbetriebe**

Die in den vergangenen Jahren entstandenen Betriebsverluste der Eigenbetriebe (2003 – 2005) sind in die Eröffnungsbilanz des Kreises Lippe bereits über die Bewertung des Sondervermögens (Eigenkapitalspiegelmethode) eingeflossen. Für die in 2006 und 2007 planmäßig erwarteten Betriebsverluste wurde eine Zuführung zu Rückstellungen gebucht, darüber hinaus wurde aufgrund des zwischenzeitlich vorliegenden und geprüften Jahresabschlusses 2006 der Eigenbetriebe die Auflösung der Rückstellung für 2006 vorgenommen. Diese wurde entweder in Höhe der nicht benö-



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

tigten Rückstellungen ertragswirksam aufgelöst oder aber gegen das Anlagevermögen als Wertverlust / Abschreibung auf Anlagevermögen gebucht.

Der aktuelle Rückstellungsbetrag entspricht dem voraussichtlichen Fehlbetrag der Jahresrechnungen der Eigenbetriebe Schulen und ISB – Stand Hochrechnung zum 30.09.2007.

Mit Verfügung vom 21.05.2008 hat die Bezirksregierung Detmold auf Hinweis des Innenministeriums im Anzeigeverfahren zum Haushalt 2008 darauf hingewiesen, dass eine Zuführung zu Rückstellungen für Drohverluste der Eigenbetriebe nicht zulässig sei. Voraussetzung für eine Rückstellungsbildung sei u.a., dass eine Verbindlichkeit zukünftig entstehe und die wirtschaftliche Ursache vor dem Abschlussstichtag liege. Diese wirtschaftliche Ursache sieht die Bezirksregierung aber nicht in dem erwirtschafteten Jahresergebnis selbst, sondern erst in der Entscheidung über den Umgang mit dem Verlustvortrag durch die zuständigen politischen Gremien. Insoweit wird eine Wertberichtigung des Sondervermögens erst mit zeitlicher Verzögerung als zulässig angesehen. Der Kreis Lippe schließt sich dieser wenig praxisnahen Auffassung nicht an. Die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Schulen und Immobilien- und Straßenbetriebe sind mit der Ausnahme des Betriebs gewerblicher Art (BgA) Lipperlandhalle weitestgehend steuerbegünstigte Hoheitsbetriebe, und nicht entgeltfinanziert, d.h. Fehlbeträge der Jahresrechnung sind entweder durch den Kernhaushalt auszugleichen oder mindern als Verlustvortrag das Eigenkapital. Insoweit erscheint es sachgerecht, die drohenden Verluste gleich periodengerecht über eine Zuführung zu Rückstellungen abzubilden. Die von der Bezirksregierung demgegenüber vorgeschlagene außerplanmäßige Abschreibung von Finanzanlagen würde den Wertverlust erst mit einer zeitlichen Verzögerung von 1 Jahr abbilden und dazu führen können, dass der Jahresabschluss kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage vermittelt.

➤ **Beratungsmandat PPP Straßen**

Eine in die Eröffnungsbilanz eingestellte Zahlungsverpflichtung aus dem Jahr 2005 konnte nach abschließender Klärung der Sach- und Rechtslage erst in 2007 kassenwirksam abgewickelt werden, die Rückstellung ist zum Bilanzstichtag aufgelöst.

➤ **Rückstellung Versorgungslasten Studieninstitut**

Das Studieninstitut Westfalen-Lippe hat im Oktober 2007 darauf hingewiesen, dass die Verbandsmitglieder gehalten sind, Rückstellungen für die Pflicht zur Erstattung der Ver-



sorgungslasten des Studieninstituts zu bilden. Nach der Verbandssatzung erstatten die Verbandsmitglieder die Versorgungslasten des Studieninstituts. Nach dem NKF ist für die Erstattungspflicht eine Rückstellung in Höhe der anteiligen Pensions- und Beihilfeverpflichtungen zu bilden. Hierzu wird die versicherungsmathematische Berechnung der Versorgungskasse zugrunde gelegt.

Danach betrug die gesamte Rückstellung zum 31.12.2005 7.813.307 €, zum Stichtag 31.12.2006 7.869.605 €. Der vom Kreis Lippe zu bilanzierende Anteil beläuft sich auf 846.015 € (31.12.2005) bzw. 847.843 € (31.12.2006). Diese Verpflichtung war bisher nicht bekannt und daher in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 und im Jahresabschluss 2006 nicht enthalten. Da die Verpflichtung bereits am Eröffnungsbilanzstichtag bestand, sind die Voraussetzungen des § 57 GemHVO NKF erfüllt. Danach ist die Eröffnungsbilanz zu berichtigen, wenn Schulden zu Unrecht nicht angesetzt worden sind und es sich um einen wesentlichen Wertbetrag handelt. Maßgeblich für die Beurteilung der Fehlerhaftigkeit sind die zum Eröffnungsbilanzstichtag bestehenden objektiven Verhältnisse. Die Berichtigung ist im Jahresabschluss 2007 vorzunehmen.

In 2007 wurde eine weitere Zuführung in Höhe von 28.201.- € gebucht, der Bestand beläuft sich zum Bilanzstichtag damit auf insgesamt 874.216.- €.

➤ **Rückstellungen Jugendhilfe**

Im Rahmen der Eröffnungsbilanz wurden Rückstellungen für die Spitzabrechnung der Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen 2004 und 2005 sowie für noch bestehende Zahlungsverpflichtungen im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe eingestellt. Während die Rückstellungen im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe zwischenzeitlich ausgebucht sind, ist die Rückstellung für die Betriebskostenzuschüsse jährlich fortzuschreiben.

Für die Betriebskostennachzahlung 2005 wurde ein Rückstellungsbestand von 900 T€ geführt, für die noch ausstehende Spitzabrechnung der Betriebskosten 2006 wurde der Rückstellung ergebniswirksam für 2006 ein Betrag in Höhe von 700 T€ zugeführt.

Im Rahmen der Spitzabrechnung 2005 waren im Jahr 2007 Betriebskostennachzahlungen in Höhe von 847.074.- € zu leisten. Für zu erwartenden Betriebskostennachzahlungen 2007 wurden weitere Mittel in Höhe von 300 T€ der Rückstellung zugeführt, im Übrigen wurden die Mittel in Höhe von rd. 53 T€ aus dem Jahr 2005 in der Rückstellung belassen.

➤ **Rückstellungen Sozialhilfe**

Die eingestellte Rückstellung betrifft die zeitlich verzögerte Abrechnung der Krankenhilfesaufwendungen und sonstige noch bestehende Zahlungsverpflichtungen bei den Leistungen nach dem SGB II. und XII. Teil.

Die in die Eröffnungsbilanz eingestellten Mittel in Höhe von rd. 1.632 T€ wurden im Laufe des Jahres 2006 vollständig ausgebucht, neu der Rückstellung zugeführt wurde in 2006 ein Betrag in Höhe von 665 T€. Dieser wurde in Höhe von 657 T€ in 2007 in Anspruch genommen, neu zugeführt wurden Mittel in Höhe von 800 T€, so dass sich der Bestand der Rückstellung zum Bilanzstichtag auf rd. 808 T€ beläuft.

➤ **RegioNET**

Für die streitbefangenen Rückforderungen von Fördermitteln aus dem Europäischen Strukturfonds in Höhe von rd. 170 T€ wurde eine Rückstellung in die Eröffnungsbilanz eingestellt. Im Rahmen eines Widerspruchsverfahren konnte die Rückzahlungsverpflichtung auf 153 T€ reduziert werden. In 2007 waren restliche Verfahrenskosten in Höhe von rd. 11 T€ abzuwickeln, im Übrigen ist die nicht mehr benötigte Rückstellung in Höhe von rd. 6 T€ kassenwirksam aufgelöst worden.

➤ **Innovationspauschale KRZ**

Für nicht über Entgelte finanzierte Entwicklungsprojekte erhebt das Kommunale Rechenzentrum seit 2002 jährlich rückwirkend eine Innovationspauschale. Aufgrund der zu erwartenden Zahlungsverpflichtung für 2006 (in 2007) wurde zum Bilanzstichtag 31.12.2006 eine Zuführung zu Rückstellungen in Höhe von 196.054.- € gebucht. Die Rückstellung wurde in Höhe von 195.651.- € in Anspruch genommen, für die zu erwartende Inanspruchnahme für 2007 (in 2008) wurden zum Bilanzstichtag 31.12.2007 Mittel in Höhe von 205 T€ zugeführt.

➤ **Prüfungsgebühren Gemeindeprüfungsanstalt**

Für die rückwirkende überörtliche Prüfung der Haushaltswirtschaft, der Buchführung und Zahlungsabwicklung gem. § 105 Abs. 3 GO NRW erhebt die Gemeindeprüfungsanstalt NRW Gebühren, für die im September 2005 begonnene Prüfung der Haushaltsjahre 2001 bis 2004 wurden von der GPA voraussichtliche Kosten in Höhe von 150 bis 160 T€ benannt. Da sich die Prüfungstätigkeit ausschließlich auf Haushaltsjahre vor dem Eröffnungsbilanzstichtag bezog, wurde eine Rückstellung in Höhe von 150 T€ eingestellt.



Eine erste Teilrechnung für die Überörtliche Prüfung wurde im Februar 2006 gestellt und in Höhe von 65.331.- € beglichen, die Schlussabrechnung belief sich auf 66.778.- € und wurde in 2007 zur Zahlung angewiesen.

Zwischenzeitlich wurde auch die Eröffnungsbilanz überörtlich durch die GPA geprüft, die Rechnung liegt noch nicht vor. Die aus der Eröffnungsbilanz noch verfügbare Rückstellung in Höhe von rd. 18 T€ wird hierfür zunächst bereitgestellt, von einer Auflösung wird insoweit zunächst abgesehen.

Im Übrigen wird für die Prüfung der weiteren Haushaltshaltsjahre (ab 2006) der Rückstellung jährlich ein Betrag in Höhe von 40 T€ zugeführt, der Bestand der Rückstellung beläuft sich zum Bilanzstichtag somit auf 97.891.- €

➤ **Interkommunale Zusammenarbeit**

Erstmals im Budget 2006 wurde ein Betrag in Höhe 500 T€ zur Förderung der interkommunalen Kooperation in Lippe veranschlagt. Für ein in 2006 begonnenes, aber noch nicht vollständig abgerechnetes Kooperationsprojekt wurde eine Rückstellung in Höhe von 26 T€ eingestellt. Die Schlussabrechnung hat sich bis 2008 verzögert, insoweit ist die Rückstellung im Jahresabschluss 2007 unverändert.

➤ **Urlaub und Überstunden**

Der Jahresurlaubsanspruch stellt einen Aufwand des laufenden Haushaltsjahres dar, der teilweise erst im Folgejahr in Anspruch genommen wird. Gleiches gilt für Überstunden, die erst im Folgejahr genommen bzw. vergütet werden. Für die Entgeltzahlungen während der periodenfremden Urlaubs- bzw. Gleitzeit sind Rückstellungen zu bilden.

In die Eröffnungsbilanz wurde ein Rückstellungsbedarf in Höhe von insgesamt 1.347.762.- € eingestellt.

Nach nur geringfügiger Veränderung im Jahr 2006 (weitere Zuführung in Höhe von 7.295.- €) ergibt sich für das Jahr 2007 eine Zuführung zur Rückstellung für Überstunden des Jahres 2007 in Höhe von 99.730.- € und für nicht genommenen Urlaub des Jahres 2007 in Höhe von 73.283.- €, Gesamtzuführung 173.013.- €. Die Rückstellung beläuft sich nunmehr insgesamt auf 1.528.069.- €



➤ **Altersteilzeit**

Rückstellungen für Altersteilzeit wurden in der Eröffnungsbilanz in Höhe von 2.393.440.- € bilanziert. Zum Bilanzstichtag 31.12.2006 erhöhte sich die Rückstellung um insgesamt netto 264.400.- € auf 2.657.840.- €.

Während sich der Rückstellungsbedarf für Beamte im Jahr 2007 um rd. 202 T€ erhöht, vermindert sich dieser für tariflich Beschäftigte um rd. 338 T€, Nettorückgang somit 136 T€. Die Zuführung bzw. Verminderung wurde entsprechend verbucht.

➤ **Investitionen des EB ISB – Sparte Straßen**

Für bereits in den Vorjahren durchgeführte, aber noch nicht (end-)abgerechnete Investitionen im Bereich Straßenbau wurden im Rahmen der kameralen Jahresrechnung 2005 Haushaltsausgabereste in Höhe von ursprünglich 880 T€ eingestellt. Diese wurden als Rückstellung in das NKF überführt.

In 2006 wurden für Baumaßnahmen und Grunderwerbskosten bereits rd. 760 T€ abgerechnet, die verbleibenden 120 T€ wurden als Auszahlungsermächtigung erneut im Budget 2007 veranschlagt und zwischenzeitlich verausgabt. Die Rückstellung konnte damit im Budgetvollzug aufgelöst werden.

➤ **Sonstige Rückstellungen**

Weitere Rückstellungen wurden in die Eröffnungsbilanz eingestellt für evt. noch abzurechnende Prozesskosten (Verfahren Finanzmakler Koch), für vorzunehmende Zustiftungen an die Stiftung Standortsicherung, für ausstehende Abrechnungen mit den Sozialen Diensten, für evt. Zuführungen an die Umweltstiftung und für noch nicht geklärte Forderungen des Eigenbetriebs ISB.

Die Rückstellung für die Eigenbetriebe und die Sozialen Dienste wurde bereits in 2006 kassenwirksam aufgelöst.

An die Stiftung Standortsicherung wurden gem. Stiftungsvertrag Zustiftungen in gleicher Höhe wie die Zustiftungen Dritter (421.550.- €) geleistet. Ein Betrag in Höhe von 78.450.- € wurde für Zustiftungen nicht mehr benötigt und in 2007 ertragswirksam aufgelöst.

Die ebenfalls bilanzierte Rückstellung in Höhe von 375.226.- € für die Umweltstiftung Lippe wurde in 2007 bilanzbereinigt, auf die Ausführungen zur Entwicklung der privatrechtlichen Forderungen wird verwiesen.

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

- e) **Abweichungen von der örtlichen Abschreibungstabelle** und von der standardmäßig vorgesehenen linearen Abschreibung

Abweichungen von der linearen Abschreibung sind nicht zu verzeichnen, folgende Abweichungen von der örtlichen Abschreibungstabelle / Besonderheiten bei der Festlegung der Nutzungsdauer haben sich ergeben:

Nr.	Vermögensgegenstand	Nutzung in Jahren	Ø ND	Festsetzung	Grund der Abweichung
6.07	VW Transporter TDI	6-10	8	10	Gebrauchtfahrzeug Erstzulassung 2001, Erfahrungswert
4.16	Übungspuppe FAZ	3-4	3	3	analoge Anwendung
6.07	Kommandofahrzeug LIP 2202	15-20	17	5	Gebrauchtfahrzeug Erstzulassung 2005, Erfahrungswert
6.14	Opel Corsa Enjoy	6-10	8	5	Belegartzfahrzeug, hohe Beanspruchung
5.13	Utax Fotokopierer	7	7	5	Gebrauchgerät, 2 Jahre alt
6.14	Opel Vectra Kombi	6-10	8	7	Gebrauchtfahrzeug Erstzulassung 2005, Erfahrungswert
4.03	Prüfstand Atemschutz	8-12	10	12	analoge Anwendung
6.09	Tankcontainer	8-12	10	12	Wechselaufbau
7.03	Möbiliar Kita	10-15	12	12	analoge Anwendung

- f) **Noch nicht erhobene Beiträge** aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen

Fehlanzeige

- g) **Fremdwährungen** der Kurs der Währungsumrechnung

Fehlanzeige

- h) **Verpflichtungen aus Leasingverträgen**

Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen in folgendem Umfang

Fachbereich	Gegenstand	Vertragsabschluss	Laufzeit	Jährliche Kosten
FB 5	Opel Meriva LIP 203	12/2007	1 Jahr	2.605.- €
FB 5	Opel Agila LIP 202	04/2007	2 Jahre	1.594.- €

Weitere Rückmeldungen aus den Fachbereichen liegen nicht vor. Im Fachbereich 2 / Regiebetrieb Bevölkerungsschutz sind Kopiergeräte in den Zulassungsstellen Bad Salzuflen und Barntrup sowie in der Leitstelle geleast, Vertragspartner ist hier aber der Eigenbetrieb ISB, dem die entsprechenden Kosten erstattet werden.

6.5.3 Sonstige Erläuterungen zu Bilanzpositionen

Hinsichtlich der Veränderung des Anlagevermögens und der Sonderposten, der Forderungen und Verbindlichkeiten wird auf die dem Anhang beigefügten Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitspiegel verwiesen, die entsprechend erläutert sind ($\Rightarrow$ vgl. **Ziffern 2.1 bis 2.3**). Die sonstigen Bilanzpositionen werden nachstehend kurz erläutert:

a) Liquide Mittel

Der Bestand der liquiden Mittel hat sich im Laufe des Jahres 2007 von 1.948 T€ um 6.862 T€ auf nunmehr 8.810 T€ erhöht. Die Veränderung spiegelt zusammen mit der Neuaufnahme von Darlehen zur Liquiditätssicherung in Höhe von 6 Mio. € das Ergebnis der Finanzrechnung wider. Während in der Planung (ohne Neuaufnahme von Liquiditätsdarlehen) ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 6.487 T€ erwartet worden war, ist nunmehr in der Finanzrechnung ein Finanzierungsüberschuss (ohne Neuaufnahme von Liquiditätsdarlehen) von rd. 862 T€ zu verzeichnen, d.h. das Ergebnis der Finanzrechnung hat sich um rd. 7.349 T€ verbessert. Hinsichtlich der wesentlichen Veränderungen wird auf die Erläuterungen zur Finanzrechnung verwiesen. Der hohe Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12.2007 ist stichtagsbezogen, hier wirkt sich eine Kassenbestandsverstärkung durch Kassenkredit zum Jahresende 2007 für am 02.01.2008 zu leistende Zahlungen (Förderung Kindertageseinrichtungen und Grundversicherung SGB II) aus.

b) Aktive Rechnungsabgrenzung

Der Bestand der aktiven Rechnungsabgrenzung hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht um rd. 56 T€ auf nunmehr 4.945 T€ erhöht. Veranschlagt sind hier Zahlungen, die im abgelaufenen Jahr 2007 zu einer Auszahlung geführt haben, jedoch erst Aufwand des Folgejahres/der Folgejahre darstellen (z.B. Beamtenbezüge für Januar).

Bei den **Rechnungsabgrenzungen aus Investitionskostenzuschüssen** handelt es sich um Zuwendungen für Investitionen an Dritte, die mit einer mehrjährigen und einklagbaren Gegenleistungsverpflichtung verbunden sind. Diese Zahlungen sind gem. § 43 Abs. 2 GemHVO als Rechnungsabgrenzung zu aktivieren und entsprechend der Erfüllung der Gegenleistungsverpflichtung aufzulösen.

Im Einzelnen wird auf die nachfolgende tabellarische Darstellung verwiesen.

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

Art der aktiven RAP	EB	Stand 31.12.2006	Zugang 2007	Abgang 2007	Stand 31.12.2007
Investitionskostenzuschuss Workflow	16.000,00	12.000,00	0,00	4.000,00	8.000,00
Investitionskostenzuschuss EB ISB		248.889,00	250.000,00	179.893,00	318.996,00
Investitionskostenzuschuss Eben-Ezer (Topel)	983.333,00	933.333,00	0,00	50.000,00	883.333,00
Investitionskostenzuschuss LTM AG		0,00	43.750,77	15.798,78	27.951,99
Dienstbegleitende Unterweisung Azubis		0,00	27.105,40	0,00	27.105,40
Investitionskostenzuschuss FB 2	39.175,00	38.275,00	0,00	900,00	37.375,00
ARAP Sozial- und Jugendhilfe	2.404.977,00	2.295.587,70	2.351.992,61	2.295.587,70	2.351.992,61
Investitionskostenzuschuss Wohnraumap.		41.797,02	33.063,29	13.170,75	61.689,56
RAP KRZ-Kosten	20.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Investitionskostenzuschuss Revision	4.750,00	3.750,00	0,00	1.000,00	2.750,00
Investitionskostenzuschuss FB 5		3.985,00	0,00	421,00	3.564,00
RAP FB 4 - Ersatzgelder	0,00	179.542,80	0,00	7.181,71	172.361,09
RAP Beamtenbezüge Jan.	571.449,40	581.912,28	621.253,03	581.912,28	621.253,03
RAP Umlage Versorgungskasse	428.884,00	439.728,00	427.974,00	439.728,00	427.974,00
RAP Zinsen/Tilgung Darlehen	0,00	110.158,05	0,00	110.158,05	0,00
RAP FB 1		0,00	880,60	0,00	880,60
RAP FB 2	0,00	529,56	0,00	529,56	0,00
RAP FB 3		0,00	1.252,06	1.252,06	0,00
sonstige RAP	0,00	26,40	0,00	26,40	0,00
Bestand Aktive Rechnungsabgrenzung:	4.468.568 €	4.889.514 €	3.757.272 €	3.701.559 €	4.945.226 €

Bei den ARAP aus laufenden Zahlungen entspricht der Zugang des Jahres 2007 jeweils dem Endbestand, d.h. die im Vorjahr in die Rechnungsabgrenzung eingestellten Beträge sind in 2007 ausgebucht worden (z.B. Jugend- und Sozialhilfe, Beamtenbezüge, Umlage Versorgungskasse).

c) Allgemeine Rücklage / Ausgleichsrücklage

Die Entwicklung der allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage wird unter Ziffer 3.3 im Hinblick auf die Budgetentwicklung 2007 und die vorliegende Finanzplanung bereits umfassend dargestellt, insoweit wird auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

d) Jahresüberschuss / Fehlbetrag

In der Haushaltssatzung 2007 wurde eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von 12.075.226.- € festgesetzt. Die tatsächlich erforderliche Inanspruchnahme beträgt nunmehr 6.357.969.- € und konnte somit im Budgetvollzug um rd. 5,7 Mio. € vermindert werden. Die wesentlichen Faktoren, die zu einer Verbesserung der Ergebnisrechnung geführt haben, werden nachstehend noch erläutert

(⇒ vgl. auch Ziffern 3 und 4).

e) Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Die weiterhin positive Ertragsentwicklung im Bereich Rettungsdienst führt zur Ausweitung eines Sonderpostens für den Gebührenaussgleich. Nachdem bereits im Vorjahr ein Betrag in Höhe von rd. 2.560 T€ der Gebührenaussgleichsrücklage zuzuführen



war, ist auch im Jahresergebnis 2007 – trotz einer zum 01.07.2007 angepassten Gebührensatzung – ein weiterer Überschuss in Höhe von 1.057 T€ zu verzeichnen, der dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich zugeführt wurde.

Jahresüberschüsse kostenrechnender Einrichtungen müssen nach § 6 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in den folgenden drei Jahren ausgeglichen werden und sind gem. § 43 Abs. 6 GemHVO als Sonderposten für den Gebührenaussgleich in der Bilanz auszuweisen. Kostenüberdeckungen stellen eine Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft der Gebührenzahler dar, diese Überdeckung bei der Gebührenkalkulation für die Folgejahre zu berücksichtigen. Aufgrund der Ertragsentwicklung werden im Herbst 2008 erneut Gespräche mit den Krankenkassen geführt; eine Anpassung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst im Jahr 2009 ist wahrscheinlich. Die dann in den Folgejahren zu erwartenden Kostenunterdeckungen werden durch Inanspruchnahme des gebildeten Sonderpostens gedeckt.

f) Pensions- und Beihilferückstellungen

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgt auf Basis versicherungsmathematischer Berechnungen, die von der Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse in Münster in Zusammenarbeit mit der Heubeck AG, Köln, jeweils zu den Bilanzstichtagen erstellt werden. Die Differenz der Berechnungsergebnisse wird der Rückstellung zugeführt (Erhöhung der Rückstellung bei aktiven Beamten) bzw. führt zu einer teilweisen Auflösung der Rückstellung (Verminderung der Rückstellung bei Versorgungsempfängern).

Im Rahmen der versicherungsmathematischen Berechnung zum 31.12.2007 wurde die Erhöhung der Pensionen der Versorgungsempfänger zum 01.07.2008 um 2,9% bereits berücksichtigt. Das Land Nordrhein-Westfalen hat das Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge am 20.12.2007 beschlossen und am 28.12.2007 im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land NW veröffentlicht. Das Gesetz sieht die Erhöhung der Besoldung und Pensionen der Landes- und Kommunalbeamten und Pensionäre um 2,9% zum 01.07.2008 vor.

Nach den Erfahrungswerten der Heubeck AG führt eine Anhebung der Versorgungsbezüge um 1% ebenfalls zu einer Erhöhung der Rückstellungen um rd. 1%. Die Bruttopensionsrückstellungen des Kreises beliefen sich zum 31.12.2006 auf rd. 96 Mio. €. Bereinigt um die Rückstellungen für die Beamten und Versorgungsempfänger des Klinikums (16,5 Mio. €) betrugen die Nettopensionsrückstellungen rd. 79,5 Mio. €. Eine Erhöhung um 2,9% betrug daher allein rd. 2,3 Mio. €. Dazu kommt noch die Erhöhung der Rückstel-

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

lungen aufgrund der allgemeinen Anspruchssteigerung (die Dienstzeit ist am Jahresende um 1 Jahr gestiegen, damit steigt auch der Pensionsanspruch), Veränderungen aufgrund von Fluktuation und sonstige strukturelle Veränderungen von rd. 1,2 Mio. €. Im Ergebnis sind die bilanzierten Pensions- und Beihilferückstellungen um rd. 3,5 Mio. € angestiegen. (siehe auch 6.5.2).

g) Rückstellungen für Deponien und Altlasten

Die Rückstellungen für Deponien und Altlasten sind im Budgetvollzug 2007 unverändert, laufende Aufwendungen haben sich hier nicht ergeben.

h) Passive Rechnungsabgrenzung (PRAP)

Der Bestand der Passiven Rechnungsabgrenzung hat sich im Budgetvollzug 2007 um rd. 291 T€ von 1.652 T€ auf nunmehr 1.361 T€ vermindert. Eingebucht sind hier Einzahlungen des abzuschließenden Haushaltsjahres 2007 oder der Vorjahre, die einen Ertrag erst des Folgejahres / der Folgejahre darstellen.

Art der passiven RAP	EB	Änderung der EB	Stand 31.12.2006	Zugang 2007	Abgang 2007	Stand 31.12.2007
Gebühren Liegenschaftskataster	1.946.670,73	1.946.670,73	1.650.937,15	0,00	290.163,16	1.360.773,99
Verwaltungsgebühren FB 2	700,00	700,00	0,00	0,00	0,00	0,00
UVG Landesanteil Januar 2006	88.673,00	88.673,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Landeszuweisung Feuerschutz	7.500,00	7.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Zuweisung LWL Luftfahrtausstellung OWL	36.000,00	36.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen Kassenkredit	8.115,00	8.115,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Leistungen Altersteilzeit Bundesagentur	7.123,10	7.123,10	0,00	0,00	0,00	0,00
Kostenerstattung Hilfe zur Pflege	8.372,79	8.372,79	0,00	0,00	0,00	0,00
Kostenerstattung Jugendhilfe	31.858,40	31.858,40	453,00	0,00	453,00	0,00
Bußgeldeinzahlungen	1.630,40	1.630,40	0,00	0,00	0,00	0,00
Bestand Passive Rechnungsabgrenzung:	2.136.643 €	2.136.643 €	1.651.390 €	0 €	290.616 €	1.360.774 €

Soweit Einzahlungen für 2006 bereits zum 31.12.2005 in der Kasse verbucht waren, sind diese als PRAP in der Eröffnungsbilanz bilanziert und im Laufe des Jahres 2006 weitestgehend ertragswirksam aufgelöst worden. Letzte Buchungen konnten hier 2007 vorgenommen werden, so dass im Bestand lediglich der Passive RAP des FB 5 verbleibt.

Hier haben verschiedene Kommunen, Versorgungsunternehmen und sonstige Dienstleister vor einigen Jahren eine Vorfinanzierung zur Forcierung der Digitalisierung und Automatisierung des Liegenschaftskatasters bereitgestellt. Entsprechende Auskünfte aus dem Liegenschaftskataster erhalten die Einzahler vereinbarungsgemäß daher zunächst kostenfrei gegen Verrechnung mit der geleisteten Vorschusszahlung. In Höhe der tatsächlichen Inanspruchnahme der Auskünfte wird der in die Eröffnungsbilanz eingestellte PRAP ertragswirksam aufgelöst. Für 2007 wurden Auskünfte in einem Gegenwert von rd. 290 T€ (2006: 296 T€) in Anspruch genommen.

i) Summenblatt der Bilanz / nicht zugeordnete Positionen

Die Schlussbilanz weist im Summenblatt nochmals das Jahresergebnis sowie die Summen Aktiva und Passiva aus, zusätzlich werden nicht zugeordnete Positionen in Höhe von 6.862.149,55 € ausgewiesen. Es handelt sich hier um die Veränderung der Liquididen Mittel im Laufe des Jahres 2007 für den Kassenhaushalt insgesamt. Der Ausweis spiegelt daher nochmals das Ergebnis der Finanzrechnung:

Veränderung der Liquidität	+ 862.419,55 €
<u>Neue Kassenkredite</u>	<u>+ 6.000.000,00 €</u>
Ergebnis Finanzrechnung	<u>- 6.862.149,55 €</u>

A b s c h n i t t B

L a g e b e r i c h t

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. NKF - Umstellung; NKF – Jahresabschluss	84
1.1 Bestandteile des NKF – Jahresabschlusses	84
1.2 Verfahren und Fristen	86
1.3 Die Elemente des Jahresabschlusses im Überblick	89
2 Allgemeine Budgetentwicklung im Laufe des Jahres	88
2.1 Budgetentwicklung der Gemeinden und Gemeindeverbände	88
2.2 Budgetentwicklung des Kreises Lippe	93
3 Wesentliche allgemeine Ertrags- und Aufwandspositionen	97
3.1 Ertragspositionen	97
3.1.1 Kreisumlage	97
3.1.2 Jugendamtsumlage	100
3.1.3 Erziehungsberatungsumlage	101
3.1.4 Gesamtschulumlage	101
3.1.5 Zuweisungen im Rahmen des GFG	102
3.1.6 Jagdsteuer	105
3.1.7 Finanzerträge	105
3.1.8 Gebühreneinnahmen nach Fachbereichen	106
3.1.9 Zusammenfassende Betrachtung nach Fachbereichen	108
3.2 Aufwandspositionen	109
3.2.1 Landschaftsumlage	109
3.2.2 Personalaufwendungen und Personalauszahlungen	110
3.2.3 Zinsaufwand	114
3.4 Wesentliche Einzahlungen und Auszahlungen	115
3.4.1 Entwicklung des Kassenkreditbestandes	115
3.4.2 Wesentliche Investitionen	116
3.4.3 Tilgung und Neuaufnahme von Krediten	118
4. Wesentliche Entwicklungen und fachübergreifende Projekte	121
5. Erläuterungen der Fachbereiche zu den Teilrechnungen	131
5.1 Teilrechnung FB 1	131
5.2 Teilrechnung FB 2	137
5.3 Teilrechnung RB Bevölkerungsschutz	142
5.4 Teilrechnung FB 3	147
5.5 Teilrechnung FB 4	157
5.6 Teilrechnung FB 5	165
5.7 Teilrechnung BUS / Bürger- und Unternehmerservice	173
5.8 Teilrechnung Referat	179
5.9 Teilrechnung Revision	181
5.10 Teilrechnung Kreispolizeibehörde	183
5.11 Teilrechnung Allgemeine Finanzierung	185
5.12 Teilrechnung Durchlaufende Gelder	187
6. Bilanzkennzahlen und Risikobewertung	190
6.1 Kennzahlenvergleich – NKF Kennzahlenset	191
6.1.1 Steuerquote oder allgemeine Umlagenquote	192



6.1.2	Zuwendungsquote	193
6.1.3	Personalintensität 1	194
6.1.4	Sach- und Dienstleistungsintensität	195
6.1.5	Transferaufwandsquote	196
6.1.6	Zinslastquote	197
6.1.7	Aufwandsdeckungsquote	198
6.1.8	Drittfinanzierungsquote	199
6.1.9	Fehlbetragsquote	199
6.1.10	Investitionsquote	200
6.1.11	Kurzfristige Verbindlichkeitenquote	201
6.1.12	Dynamischer Verschuldungsgrad	202
6.1.13	Eigenkapitalquote I	202
6.1.14	Eigenkapitalquote II	203
6.1.15	Anlagendeckungsgrad II	204
6.1.16	Infrastrukturquote	204
6.2	Risikobewertung / Chancen	205
6.2.1	Gesamtkonzept zur Familien-, Kinder- und Jugendförderung	207
6.2.2	Entwicklung der Transferaufwendungen	208
6.2.3	Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen	213
7.	Übersicht über die Mandatsträger	217

1. NKF - Umstellung; NKF - Jahresabschluss

Der Kreis Lippe hat als einer der ersten Kreise in NRW zum 01.01.2006 die kamerale Haushaltsplanung und Haushaltsführung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement - NKF - umgestellt. Die Umstellung erfolgte nicht schrittweise für einzelne Aufgabenbereiche, sondern für das gesamte Haushalts- und Rechnungswesen. Neben umfangreichen Änderungen in der Haushaltsplanung und Haushaltsausführung war im zurückliegenden Jahr erstmals auch der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2006 nach NKF – Gesichtspunkten aufzustellen.

1.1 Bestandteile des NKF – Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss besteht (§ 95 Abs. 1 GO NW) aus:

- der Ergebnisrechnung,
- der Finanzrechnung,
- den Teilrechnungen,
- der Schlussbilanz,
- dem Anhang und
- dem Lagebericht

Die Komponenten des NKF sind nachstehend nochmals abgebildet:





Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Ressourcenverbrauch und Ressourcenaufkommen werden in der **Ergebnisrechnung** durch Erträge und Aufwendungen als Rechengrößen abgebildet, die ausgeglichen sein müssen, damit die Aufgabenerledigung dauerhaft gesichert ist.

Die Ein- und Auszahlungen, bei denen nunmehr zwischen „laufenden“ Auszahlungen und Investitionsauszahlungen unterschieden wird, sowie der erforderliche Kreditbedarf werden in der **Finanzrechnung** ausgewiesen. Sie geben Auskunft über die Eigenfinanzierungsfähigkeit der Kommune und sind neben der Ergebnisrechnung sowie der Bilanz eine weitere Informationsquelle zur Beurteilung der finanziellen Situation der Kommune. Im Gegensatz zur Finanzplanung werden in der Gesamtfinanzenrechnung erstmals auch die Neuaufnahme und Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) ausgewiesen.

Die in der Jahresrechnung abzubildenden **Teilrechnungen** nach Produktbereichen bilden die Verbindung zwischen dem an sie anknüpfenden Ressourcenverbrauch und den angestrebten Zielen und Wirkungen. Die produktorientierte Gliederung ist deshalb das führende Gliederungsprinzip für den Haushaltsplan und die Jahresrechnung. Die abzubildenden Produktbereiche sind verbindlich vorgegeben. Auf die Darstellung der einzelnen Teilrechnungen im Detail wurde im Zuge des 1. NKF - Jahresabschlusses verzichtet, hierzu wird auf die Saldenübersichten unter Ziffer 1.6 verwiesen.

Im Rahmen der Jahresrechnung bildet die **Schlussbilanz** das zentrale Element der drei Rechnungskomponenten, sämtliche anderen Rechnungskomponenten sind vorher abzuschließen. Insbesondere die Bildung bzw. die Fortschreibung von Rückstellungen ist zu klären, darüber hinaus ist die Anlagenbuchhaltung abzuschließen und die Abschreibungen sind zu buchen.

Das in der Ergebnisrechnung der Kommune ermittelte Rechnungsergebnis wird im Rahmen des Jahresabschlusses auf den Bilanzposten Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag gebucht. Dies bewirkt bei einem positiven Ergebnis eine Eigenkapitalerhöhung, bei einem negativen Ergebnis eine Eigenkapitalminderung (Ausgleichsrücklage).

Der in der Finanzrechnung ermittelte Zahlungsbestand stellt den Bestand an liquiden Mitteln in der Bilanz dar, ebenso wird der Kassenkreditbestand zum Bilanzstichtag.

Nähere Regelungen zum Jahresabschluss enthalten die §§ 95 GO und 37 GemHVO. Dieser muss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermitteln und ist zu erläutern.

1.2 Verfahren und Fristen

Der Jahresabschluss ist vom Kämmerer aufzustellen, vom Landrat zu bestätigen und innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres durch den Landrat dem Kreistag vorzulegen. Gemäß § 96 GO ist die durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresrechnung bis zum 31.12. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres durch den Kreistag durch Beschluss festzustellen. Zugleich beschließt der Kreistag über die Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrages. Der Beschluss durch den Kreistag ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen und öffentlich bekannt zu machen. Nach der Auffassung zahlreicher Kommunen und der Kommunalen Spitzenverbände ist der gesetzlich vorgesehenen Zeitrahmen (§ 95 Abs. 3 Satz 2 GO NRW – Zuleitung an den Rat innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres) nicht praxisgerecht.

Insbesondere aufgrund der Komplexität der erforderlichen Abschlussarbeiten und der vorzunehmenden Rechnungsabgrenzung (periodengerechte Zuordnung von Aufwand und Ertrag) ist eine Fertigstellung der Jahresrechnung zum 31.03. des Folgejahres nach den bisherigen Erfahrungen nicht denkbar. Die ersten Monate nach dem Jahreswechsel sind im Buchungsgeschäft geprägt durch Abschlussbuchungen für das abgelaufene Haushaltsjahr. Schlussrechnungen für das abgelaufene Haushaltsjahr, die ergebniswirksam noch im Rahmen der Jahresrechnung zu erfassen sind, gehen erfahrungsgemäß verstärkt noch bis März / April des Folgejahres ein. Diese Buchungen mit z.T. erheblichem Finanzvolumen berühren - mit Ausnahme der Finanzrechnung – alle Teilbestandteile des Jahresabschlusses und führen noch fortlaufend zu veränderten Ergebnissen.

Auch für die Beteiligungen des Kreises Lippe gelten entsprechend der Eigenbetriebsverordnung die Abschlussfristen des HGB, danach ist die Fertigstellung des Jahresabschlusses zum 30.06. des Folgejahres vorgesehen. Die erforderlichen Abstimmungsarbeiten mit diesen verselbständigten Aufgabenbereichen können daher vielfach gar nicht bis zum 31.03. abgeschlossen werden.

Das NKF – Netzwerk hat aufgrund zahlreicher Anregungen und Hinweise diesen Änderungsbedarf bereits aufgegriffen und einen Änderungsvorschlag u.a. zur Regelung des § 95 Abs. 3 GO NRW erarbeitet. Dieser ist nachstehend zur Kenntnis abgedruckt:

Zwischenbericht des NKF-Netzwerks



Änderungsvorschlag 2 zu § 95 GO NRW „Jahresabschluss“

Rechtsvorschrift:	§ 95 Abs. 3 Satz 2 GO NRW
Derzeitiger Gesetzestext:	Änderungsvorschlag:
Der Bürgermeister leitet den von ihm bestätigten Entwurf innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres dem Rat zur Feststellung zu.	Anpassung der Verfahrensvorschriften insgesamt und nur noch eine Festsetzung der Frist für die Anzeige des Jahresabschlusses bei der Kommunalaufsicht (z.B. 31.12. des Folgejahres).

In § 95 Abs. 3 GO NRW ist festgelegt, dass der Entwurf des Jahresabschlusses nach Aufstellung durch den Kämmerer innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres durch den Bürgermeister zu bestätigen und dem Rat zur Feststellung zuzuleiten ist.

Aufgrund der engen Verflechtung der Kommune mit ihren verselbständigten Aufgabenbereichen kann der Entwurf des Jahresabschlusses der Kommune erst dann endgültig vom Bürgermeister bestätigt werden, wenn zuvor die notwendigen Abstimmungsarbeiten mit den verselbstständigten Aufgabenbereichen auf der Basis der von diesen zu erstellenden Jahresabschlüsse möglich sind. Die Abstimmungsarbeiten können vielfach nicht in den gesetzlichen festgelegten drei Monaten abgeschlossen werden, weil die verselbstständigen Aufgabenbereiche aufgrund anderer gesetzlicher Regelungen selbst eine mehrmonatige Aufstellungsfrist haben, für die in Einzelfällen sogar mehr als drei Monate genutzt werden können. Eine Veränderung der 3-Monats-Frist für die Zuleitung des Entwurfs des Jahresabschlusses an den Rat ist deshalb erforderlich und würde eine Erleichterung für die Aufstellungsarbeiten in den Kommunen darstellen.

Nach Auffassung des NKF-Netzwerks ist eine streitige Diskussion über die Frist in Form der Festlegung einer anderen Zahl von Monaten nicht zielführend. Im Sinne der Eigenverantwortung der Kommunen und der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist es besser, nur noch einen Zeitpunkt festzulegen, zu dem der vom Rat festgestellte Jahresabschluss spätestens der Aufsichtsbehörde anzuzeigen ist.

Eine solche Regelung hat sich für die Aufstellung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung als geeignet erwiesen. Sie dürfte ebenso für den Jahresabschluss geeignet sein. Daher kann für den Jahresabschluss auf die „interne“ Verfahrensfrist von drei Monaten verzichtet werden.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

In der Kameralistik bestand die Jahresrechnung bisher aus dem kassenmäßigen Abschluss und der Haushaltsrechnung (vgl. obige Ausführungen). Im Jahresabschluss nach NKF müssen nunmehr die Anlagenbuchhaltung, der Kassenabschluss, die Finanzrechnung, die Ergebnisrechnung sowie die Bilanz überprüft werden. Die nachstehend dargestellten Prüfungsschwerpunkte sollen den wesentlich höheren Zeitaufwand für die Erstellung eines NKF – Jahresabschlusses nochmals verdeutlichen:

Anlagenbuchhaltung:

- Erfassung aller Anlagenzugänge und –abgänge
- Aktivierung von Anlagen im Bau (AIB)
- Buchung der Jahres-Abschreibungen (AfA)
- Auflösung der Sonderposten (ertragswirksame Auflösung) entsprechend der AfA
- Erstellung des Anlagenspiegels

Kassenabschluss:

- Abstimmung der Finanzrechnungs- und Geldbestandskonten

Finanzrechnung:

- Sind sämtliche Einzahlungen und Auszahlungen erfasst?
- Wurden die Konten den richtigen Finanzrechnungspositionen zugeordnet?
- Stimmt der Ausweis in den Teilfinanzrechnungen?

Ergebnisrechnung:

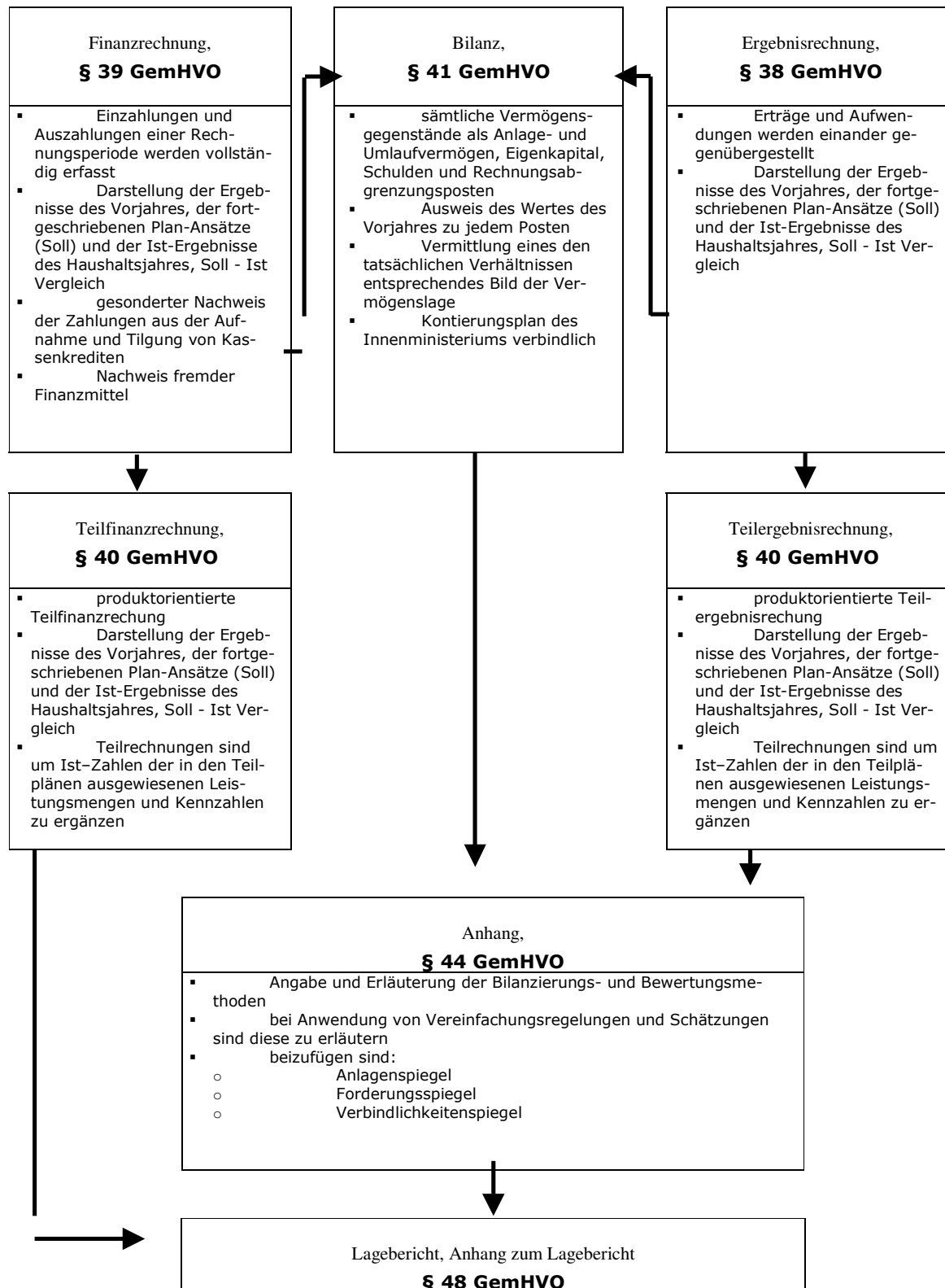
- Erfassung von sämtlichen Aufwendungen und Erträgen (Vollständigkeit u. Periodenzuordnung)
- Erfassung richtiger Konten/Kostenstellen/Kostenträger
- Erfassung und Bewertung von aktivierten Eigenleistungen
- Überprüfung der Darstellung von Teilergebnisrechnungen
- Wertberichtigung von Forderungen

Bilanz:

- Bewertung des Anlagevermögens
- Abstimmung von Forderungen und Verbindlichkeiten
- Abstimmung Bankkonten, Kassenbestände
- Bewertung/Einstellung/Auflösung von Rückstellungen
- Überprüfung der Abrechnungskonten (Aktive Rechnungsabgrenzungsposten, Passive Rechnungsabgrenzungsposten)



1.3 Die Elemente des Jahresabschlusses im Überblick





Jahresabschluss und Lagebericht 2007

- | |
|---|
| <ul style="list-style-type: none">➤ Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr➤ Vorgänge von besonderer Bedeutung➤ Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden, Ertrags- und Finanzlage➤ Einbeziehung produktorientierter Ziele und Kennzahlen, soweit von Bedeutung➤ Chancen & Risiken aus dem abgelaufenen Haushaltsjahr |
|---|

2 Allgemeine Budgetentwicklung im Laufe des Jahres

2.1 Budgetentwicklung der Gemeinden und Gemeindeverbände

Nach einer Haushaltsumfrage des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes³ hat sich die finanzielle Situation der Kommunen in Deutschland im Jahr 2007 weiter verbessert. Nach den Prognosedaten der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände ist auf Grundlage der Ergebnisse der Haushaltsumfrage mit einem Überschuss der kommunalen Ebene in Höhe von 6,4 Mrd. € zu rechnen, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 3,46 Mrd. € bedeutet. Hierdurch konnten die ursprünglichen Einnahmeerwartungen für die Gesamtheit aller Städte, Gemeinden und Kreise im vergangenen Jahr übertroffen werden.

Insbesondere die Einnahmeentwicklung im Bereich der kommunalen Steuern sowie die Entwicklung der Zuweisungen der Länder führen wie bereits in den Vorjahren zu diesem Überschuss. Maßgeblich hierfür war die außerordentliche dynamische Entwicklung der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer. Die Erhöhung der Einkommensteuer (+15,2%) ist insbesondere auf die Abschaffung der mit dem Einkommensteueraufkommen verrechneten Eigenheimzulage und die Reduzierung des Sparerfreibetrages zurückzuführen. Weiter hat die Anhebung des Umsatzsteuersatzes von 16% auf 19% zu der Steigerung der Einnahmen aus der Umsatzsteuer um +12,5% zu diesem positiven Ergebnis geführt. Dagegen hat sich das Gewerbesteueraufkommen nach der positiven Entwicklung in den Vorjahren nur noch wenig verbessert. Hier war eine Steigerung um +3,5% zu verzeichnen.

Die Zuweisungen von Bund und Ländern an die Kommunen sind im Jahr 2007 insgesamt um +8,3% und damit noch wesentlich stärker aufgestockt worden, als dies zu Beginn des Jahres absehbar war. Hierbei ist der Anstieg der Zuweisungen bei den laufenden Zuweisungen einschließlich der Mittel aus der Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten, die für 2007 von 29,1% auf durchschnittlich 31,2% angehoben worden ist, mit +8,5% höher ausgefallen als der Anstieg bei den Zuweisungen für Investitionen mit +7,3%. Damit hat sich die seit dem Jahr 2006 stark verbesserte Steuereinnahmeentwicklung des Bundes und der Länder aufgrund der systembedingten Verzögerung (maßgeblich ist der Zeitraum vom 1. Juli des

³ Vgl. Rundschreiben - Nr. 137/08 vom 11.02.2008 des Landeskreistages NRW und Schreiben des Deutschen Städtetages vom 29.01.2008 zur aktuellen Finanzlage der Städte.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Vorvorjahres bis zum 30. Juni des Vorjahres) nunmehr auch in den Zuweisungen an die Kommunen niedergeschlagen.

Insgesamt lagen die gesamten kommunalen Einnahmen im Jahr 2007 mit 167,3 Mrd. € um +5,5% über dem Niveau von 2006.

Trotz der insgesamt positiven Einnahmeentwicklung haben die Kommunen ihren restriktiven personalwirtschaftlichen Kurs in 2007 fortgesetzt. So sind die gesamten kommunalen Personalausgaben nochmals um 0,7% zurückgegangen. Die Sozialausgaben für insbesondere die Sozial- und Jugendhilfe, die Kosten der Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung waren im Jahr 2007 insgesamt um +2,8% höher als im Jahr 2006.

Deutlich aufgestockt haben die Kommunen im vergangenen Jahr die Mittel für den laufenden Sachaufwand und für Sachinvestitionen. In dem Anstieg des laufenden Sachaufwandes schlägt sich die Anhebung des Umsatzsteuersatzes und die allgemeine Kostensteigerung, wie z.B. der Energiekosten, sowie die mit der verbesserten Einnahmeentwicklung zunehmend vorhandenen Mittel für die Unterhaltung kommunaler Immobilien nieder. Weiter haben sich die Ausgaben der Kommunen für Sachinvestitionen im Jahr 2007 um 7,3 % erhöht. Diese Mittelaufstockung ist jedoch durch den deutlichen Anstieg der Baupreise im vergangenen Jahr fast vollständig aufgezehrt worden. Unberücksichtigt hierbei ist der in den vergangenen Jahren entstandene Instandhaltungsstau durch zurückgestellte Bauunterhaltung und Neu- und Ersatzinvestitionen in nahezu allen Bereichen der kommunalen Infrastruktur.

Die gesamten Ausgaben der Kommunen sind trotz der weiter reduzierten Personalausgaben und des abgeschwächten Wachstums der sozialen Leistungen im Jahr 2007 aufgrund des Anstiegs der Sachinvestitionen und des laufenden Sachaufwandes um durchschnittlich 3,3 % gewachsen und betrugen insgesamt 160,9 Mrd. €.

Trotz des Finanzierungsüberschusses in Höhe von 6,4 Mrd. € waren viele Städte nach wie vor dazu gezwungen, in hohem Maß laufende Ausgaben mit Kassenkrediten zu finanzieren. Insgesamt sind die Kassenkredite, deren ursprüngliche Funktion die zeitweise Überbrückung von Liquiditätsengpässen war, in Kommunen mit defizitären Haushalten zu einem dauerhaften Finanzierungsinstrument geworden. Der Gesamtbestand an Kassenkrediten ist im Jahr 2007 erneut gestiegen und hat in der Jahresmitte 2007 einen neuen Höchststand in Höhe von 29,5 Mrd. € erreicht. Im 3. Quartal 2007 konnte die Summe erstmals geringfügig auf



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

28,37 Mrd. € reduziert werden, was jedoch eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mrd. € bedeutet.

Die immer noch angespannte finanzielle Situation der Städte und Gemeinden zeigt sich auch in Lippe. So befanden sich in Lippe im Jahr 2007 wie im Vorjahr sieben Kommunen in der Haushaltsicherung, von denen drei kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept hatten.

2.2 Budgetentwicklung des Kreises Lippe

Der Haushaltsplan des Kreis Lippe wurde am 22.01.2007 vorgelegt und am 26.03.2007 vom Kreistag des Kreises Lippe beschlossen.

Gemäß § 75 Abs. 2 Satz 2 und 3 GO NW muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Die Verpflichtung zum Haushaltsausgleich gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann.

Die durch den Kreistag des Kreises Lippe beschlossenen Haushaltssatzung sah im Ergebnisplan einen Gesamtbetrag der Erträge in Höhe von 265.093 T€ und einen Gesamtbetrag der Aufwendungen in Höhe von 277.168 T€ vor. Damit lag im Ergebnisplan ein Fehlbetrag in Höhe von 12.075 T€ vor. In dieser Höhe ist eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage im Haushalt vorgesehen worden, so dass der Haushalt 2007 insgesamt ausgeglichen aufgestellt werden konnte.

Bei Haushaltseinbringung lagen die endgültigen Umlagegrundlagen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz noch nicht vor, die allgemeine Finanzierung wurde anhand der 2. Modellrechnung zum GFG 2007 geplant. Im Rahmen der Festsetzung des GFG 2007 reduzierten sich die Umlagegrundlagen nur noch geringfügig. Insoweit sind keine nennenswerten Veränderungen bei den Kreisumlagen zu verzeichnen. Die Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen vom Land haben sich ebenfalls leicht reduziert. Darüber hinaus haben sich geringe Minderausgaben bei der Landschaftsverbandsumlage ergeben, die ebenfalls auf die reduzierten Umlagegrundlagen zurückzuführen sind.

Bericht über die Haushaltsentwicklung

Im Bericht zum 31.07.2007 über die Budgetentwicklung beim Kreis Lippe zeichnete sich im Rahmen des Budgetvollzugs eine Verminderung des Defizits um rd. 5.885 T€ auf nunmehr



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

-6.243 T€ (Plan -12.128 T€) ab. Die sich hierbei ergebende Abweichung Höhe von 53 T€ zwischen dem Zuschussbedarf des Gesamtergebnisplanes laut Haushaltssatzung und gemäß unterjährigem Berichtswesen resultiert aus den nachrichtlich bei dem Produkt 002 010 002 - Rettungsdienst – ausgewiesenen kalkulatorischen Zinsen.

Die deutliche Budgetverbesserung resultierte aus Budgetverbesserungen bei der Allgemeinen Finanzierung und beim Fachbereich 1 – Service. Beim Budget des Fachbereichs 3 - Jugend, Soziales und Gesundheit – zeichnete sich hingegen eine Budgetverschlechterung ab. Die übrigen Fachbereichsbudgets entsprachen im Wesentlichen den Planansätzen oder konnten gegenüber der Planung leicht verbessert werden.

Insbesondere war die Budgetverbesserung auf folgende Veränderungen der Ertragsseite zurückzuführen:

- Landeszuweisungen Wohngeldersparnis SGB II + 5.964 T€
- Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten + 550 T€
(Investitionspauschalen)
- sonstige Finanzerträge aus Finanzierungsmanagement, + 600 T€
Gewinnausschüttung Sparkasse

Die Budgetverschlechterungen im Fachbereich 3 sind im Wesentlichen bei folgenden Produkten zu verzeichnen:

- Grundsicherung für Arbeitsuchende -1.267 T€
- Grundsicherung im Alter -410 T€
- Tageseinrichtungen -418 T€

Zum Zeitpunkt des ersten Berichts war davon auszugehen, dass diese Verschlechterungen teilweise durch Einsparungen bei den Sach- und Fachaufwendungen innerhalb des Fachbereichsbudgets aufgefangen werden, so dass im Fachbereich 3 insgesamt eine Verschlechterung in Höhe von rd. 1.374 T€ zu verzeichnen war.

Gegenüber dem ersten Bericht ist im weiteren Verlauf des Jahres nur noch eine geringfügige Verschlechterung in Höhe von 115 T€ aufgetreten. Das Jahr 2007 wurde damit insgesamt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 6.358 T€ abgeschlossen.

Für den Haushaltsausgleich 2007 wird damit – trotz der deutlichen Budgetverbesserungen – weiterhin eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von 6.358 T€ erforderlich. Der Haushalt gilt aber weiterhin als ausgeglichen, da der Fehlbetrag in der Ergebnisrech-



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

nung durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann (Haushaltsausgleich gemäß § 75 Abs. 2 GO).

Die Entwicklung des Haushalts des Kreises Lippe stellt sich damit insgesamt wie folgt dar:

Entwicklung des kommunalen Haushalts								
		Ist-Wert Vor- vorjahr	Ist-Wert 2006	Haushaltsjahr 2007		Plan-Werte Hj + 1, Hj. + 2, Hj + 3		
				Ist-Wert	Plan-Wert	2008	2009	2010
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR		
Erträge (insgesamt)		./.	255.165	276.703	265.093	283.086	287.817	294.922
Aufwendungen (insgesamt)		./.	274.487	283.061	277.168	288.392	291.601	292.975
Jahresergebnis (n. Ergebnisplan)		./.	-19.322	-6.358	-12.075	-5.306	-3.784	1.947
Ausgleichs- rücklage	Anfangsbestand	./.	47.391	28.069	28.069	21.711	16.405	12.621
	Verringerung (-)	./.	-19.322	-6.358	-12.075	-5.306	-3.784	1.947
	Zuführung (+)	./.	0	0	0	0	0	0
	Schlussbestand	./.	28.069	21.711	15.994	16.405	12.621	14.568
Haushaltsausgleich (Ja/Nein)		./.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Allgemeine Rücklage	Anfangsbestand	./.	94.752	94.752	94.752	94.752	94.752	94.752
	Verringerung (-)	./.	0	0	0	0	0	0
	Verringerung (in %)	./.	0	0	0	0	0	0
	Zuführung (+)	./.	0	0	0	0	0	0
	Schlussbestand	./.	94.752	94.752	94.752	94.752	94.752	94.752
Genehmigung für die Verringerung (Ja/Nein)		./.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	nicht erforderl.
Haushalts- sicherungs- konzept	Verringerung >25%	./.		0	0	0	0	0
	Verringerung 2 x >5%	./.		0	0	0	0	0
	allgem. Rücklage </=0	./.		0	0	0	0	0
Genehmigung für die o.a. Verringerung und HSK (Ja/Nein)		./.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	nicht erforderl.	nicht erforderl.

3. Wesentliche allgemeine Ertrags- und Aufwandspositionen

3.1 Ertragspositionen

3.1.1 Kreisumlage

Zum Zeitpunkt der Haushaltseinbringung war vorgesehen, von den Städten und Gemeinden eine Kreisumlage für das Jahr 2007 in Höhe von 100.578 T€ zu erheben. Darüber hinaus sollten die Städte und Gemeinden zur Durchführung der Aufgaben des Kreises Lippe in der ARGE Lippe Pro Arbeit herangezogen und entsprechend an den Kosten beteiligt werden. Die Höhe der Kostenbeteiligung war mit 36.620 T€ vorgesehen worden und entsprach der Höhe der dem Kreis Lippe entstehenden Netto-Belastung für die Lippe Pro Arbeit übertragenen Aufgaben (Gewährung von Unterkunfts- und Heizungskosten, einmaligen Beihilfen und Darlehen). Die dem Kreis Lippe zufließende Bundeserstattung an den Unterkunfts-kosten und die Landeserstattung für Wohngeldersparnis waren von den Gesamtkosten zuvor in Abzug gebracht worden.

Diese Verfahrensweise sollte in der Satzung über die Heranziehung der Städte und Gemeinden im Kreis Lippe zur Durchführung der dem Kreis Lippe nach dem SGB II obliegenden Aufgaben sowie Beteiligung an den Aufwendungen geregelt werden, die entsprechend dem Kreistag des Kreises Lippe zur Beschlussfassung vorgelegt worden ist. Die Entscheidung über die Satzung war, nach dem Anfang Dezember ein Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW bekannt geworden war, vom Kreistag vertagt worden. Zeitgleich mit dem Bekanntwerden des Erlasses hatte der Kreis Lippe beim Innenminister und dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW interveniert und um Überprüfung und Zustimmung zu dem Vorhaben des Kreises gebeten.

Bis zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Haushaltssatzung konnte kein abschließendes Ergebnis erzielt werden, so dass seitens des Kreises nicht eingeschätzt werden konnte, ob die beabsichtigte SGB II – Satzungsregelung und die daraus erwachsenden finanzwirtschaftlichen Konsequenzen Bestand haben würden. Aus diesem Grund ist seitens des Kreises beschlossen worden, die SGB II- Satzungsregelung nicht umzusetzen und stattdessen die entsprechenden Kosten über die Kreisumlage zu erheben. Da mit der Einführung der Satzung aufgrund der damit einhergehenden Verlagerung des Kostenrisikos auch eine teilweise Reduzierung der Kreisumlage vorgenommen erfolgte, wurde die Kreisumlage um einen weiteren Betrag in Höhe von 1.700.000 € erhöht.

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

Damit ist für das Jahr 2007 insgesamt eine Kreisumlage in Höhe von 138.898.966 € veranschlagt worden. Im Rahmen der Beteiligung der Städte und Gemeinden im Kreis Lippe bei der Haushaltsplanaufstellung praktiziert der Kreis seit längeren das sog. Beratungs- und Berechnungsmodell zu Kreisumlage, wonach die Veränderungen in der Haushaltswirtschaft des Kreises Lippe frühzeitig und transparent dargelegt, erläutert und mit den Städten und Gemeinden besprochen werden, bevor eine endgültige Festsetzung durch den Kreistag erfolgt. Daneben wird auch die wirtschaftliche Entwicklung der Städte und Gemeinden berücksichtigt, insoweit die Entwicklung der tatsächlichen gemeindlichen Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen in die Überlegungen einfließt. Im Rahmen der Umlageberechnung nach dem Beratungs- und Berechnungsmodell waren folgende Umstände und Veränderungen zu berücksichtigen (Beträge in T€):

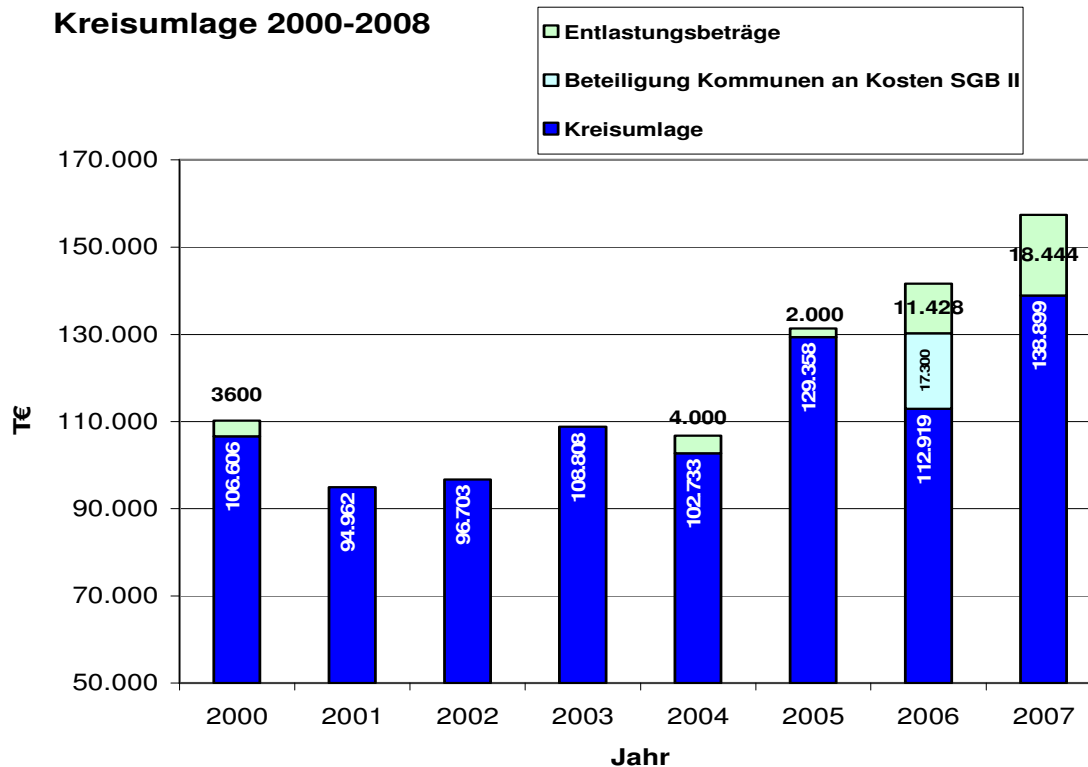
Fortzuschreibende Kreisumlage 2006	134.086
1. Kreisumlage	
Veränderungsfaktor 2005 – 2006, Abrechnung	+ 254
Veränderungsfaktor 2006 – 2007	+ 1.784
Summe	+ 2.038
2. Landschaftsverbandsumlage	
Veränderung Ansatz 2007 – Ansatz 2006	+ 1.634
3. SGB XII: 2007-2006	
Sozialhilfe Veränderung Ansatz 2007– Nachtrag 2006	+ 969
Grundsicherung Ansatz 2007 – Nachtrag 2006	+ 1.166
Summe Veränderungen	+ 2.135
4. SGB II – Veränderungen	
Umstellung 2004 – 2005 war +/- 0	+ 0
Veränderung Ansatz 2006 zu Ansatz 2005	+ 5.217
Veränderung Ansatz 2007 zu Ansatz 2006	+ 3.995
Verbesserung GFG 2006	- 1.038
Summe Veränderungen	+ 8.174
5. Zwischenergebnis: Fortzuschreibende Kreisumlage 2007	148.067
6. Strukturausgleich	
Strukturausgleich 2003-2005, Plan	- 6.096
Strukturausgleich 2003-2005, Abrechnung	+ 2.742
Strukturausgleich 2004-2006, Ansatz	+ 919
Summe Strukturausgleich	- 2.435
7. Einmalige Abrechnung Sonderfaktoren, Vorjahre	
Sozialhilfe SGB XII 2005	+ 1.379
bereits abgerechnet 2006	- 1.392
Grundsicherung 2005	+ 1.323
bereits abgerechnet 2006	- 864
Hochrechnung Sozialhilfe SGB XII 2006	+ 969
Hochrechnung Grundsicherung SGB XII 2006	+ 1.166
Sozialleistungen SGB II	+ 8.126
Landschaftsverbandsumlage 2006	- 4

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

Kreisumlage 2006	+ 6
Summe einmalige Faktoren	+ 10.709
8. Kürzungs- / Erhöhungsbeträge	
Auswirkungen Kostenbeteiligung gemäß Satzungsentwurf	- 39.754
Kürzung aufgrund SGB II - Satzungsregelung	- 5.300
Verzicht auf Nachforderung aus 2006 – einmalige Faktoren	- 10.709
9. Erhöhungsbeträge	
Erstattungsbetrag laut Satzungsentwurf	+ 36.621
Erhöhungsbetrag wegen Entfall SGB II- Satzungsregelung	+ 1.700
10. Umlagebetrag 2007	+ 138.899

Der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage wurde anhand der Festsetzung zum GFG (Umlagegrundlagen 333.241.985) errechnet und mit 41,681 Hebesatzpunkten festgesetzt. Insofern entspricht der Kreisumlagezahlbetrag in der Jahresrechnung dem Kreisumlagebetrag laut Haushaltsplan. Die geringfügige Abweichung ergibt sich lediglich aufgrund der Begrenzung des Hebesatzes auf drei Nachkommastellen.

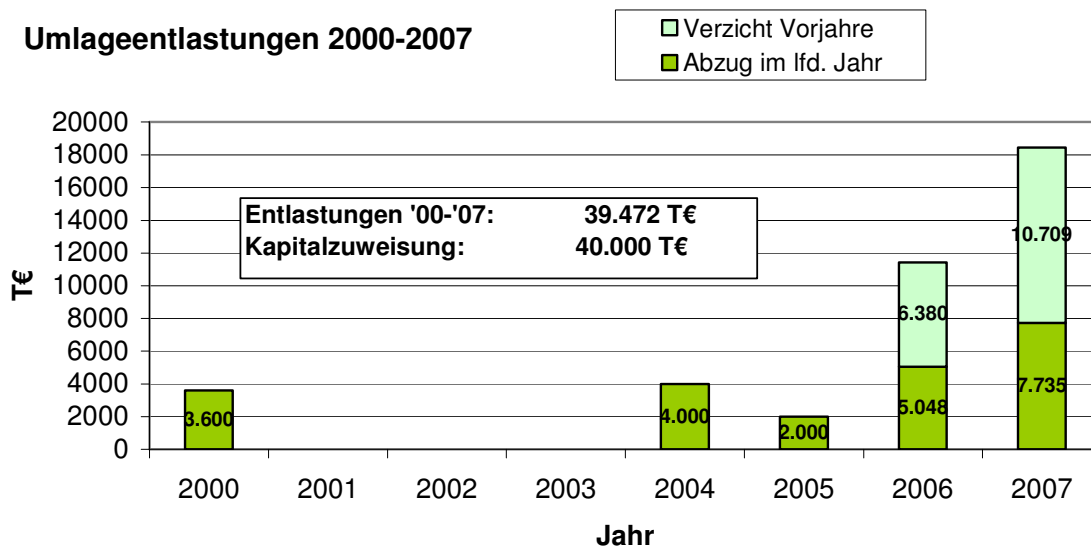
Die nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Höhe der Kreisumlage:





Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Aus der nachfolgenden Übersicht ergibt sich die Zusammensetzung der Umlageentlastungen der Jahre 2000 bis 2007:

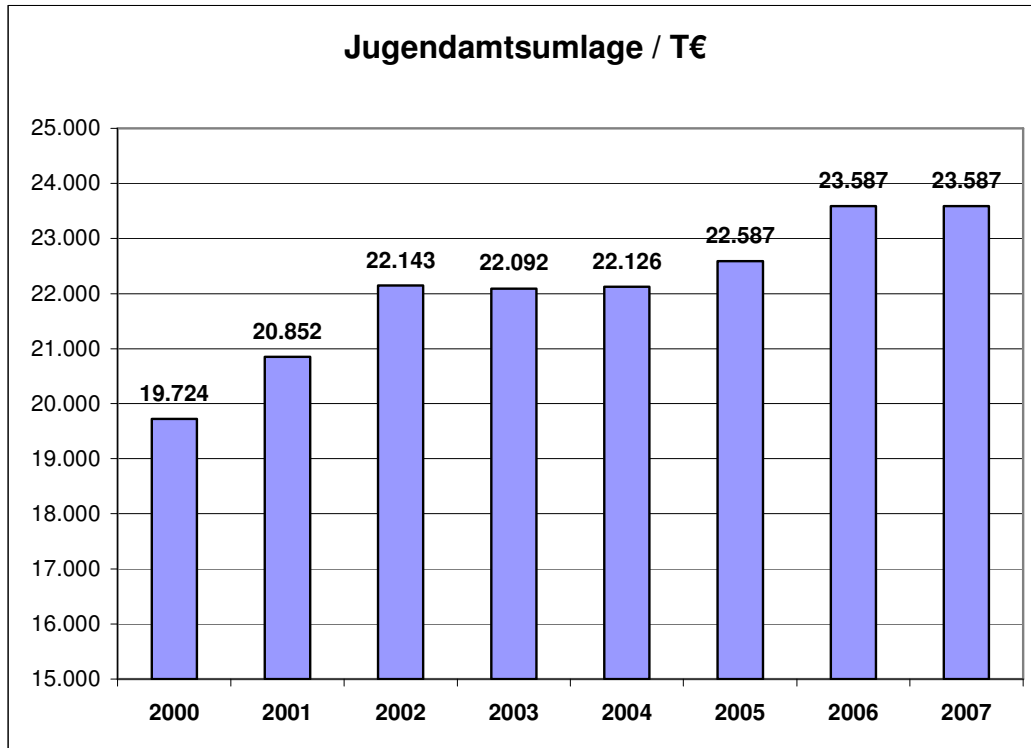


3.1.2 Jugendamtsumlage

Der umlagefähige Aufwand im Bereich der Jugendhilfe ist gegenüber dem Vorjahr unverändert in Höhe von 23.587 T€ im Haushalt 2007 des Kreises Lippe veranschlagt worden.

Aufgrund der 2. Modellrechnung zum GFG 2007 wurde ein Hebesatz in Höhe von 17,265 Prozentpunkten in der Haushaltssatzung festgesetzt. Durch die mit Festsetzung GFG 2007 verminderten Umlagegrundlagen ergeben sich geringe Mindereinnahmen von 1,7 T€.

Die Entwicklung der Erhebung der Jugendamtsumlage für die Jahre 2000 bis 2007 ist der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:



3.1.3 Erziehungsberatungsumlage

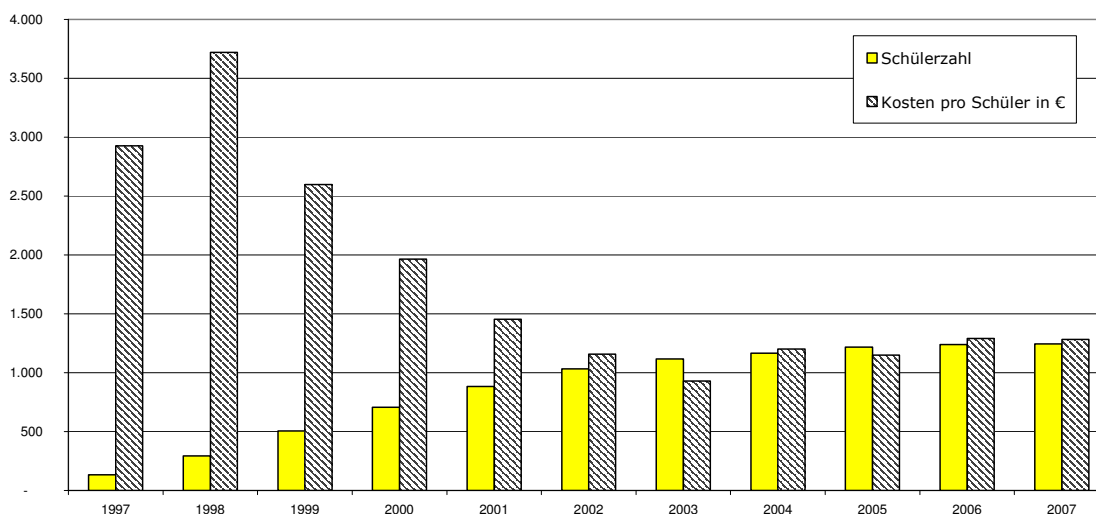
Der Ansatz der Erziehungsberatungsumlage betrug im Jahr 2007 605 T€. Aufgrund des relativ geringen Hebesatzes von 0,214 Prozentpunkten ergeben sich nur minimale Abweichungen vom Planansatz durch die veränderten Umlagegrundlagen.

3.1.4 Gesamtschulumlage

Der umlagefähige Aufwand für die Karla-Raveh-Gesamtschule in Lemgo wird als Mehrbelastung zur Kreisumlage von den Städten und Gemeinden erhoben, die SchülerInnen in die Kreisgesamtschule entsenden. Der Ansatz für die Gesamtschulumlage betrug im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr unverändert 1.600 T€. Zum Stand 15.10.2006 haben 1.246 SchülerInnen die Gesamtschule besucht. Somit betrug für das Jahr 2007 die Umlage pro Schüler 1.284,11 € vor. Die Entwicklung der Schülerzahl sowie die Umlage pro Schüler kann der nachfolgenden Grafik entnommen werden:



Schülerzahl und Kosten pro Schüler



Hinweis: der Anstieg im Jahre 2004 ist auf eine veränderten Berechnungsschlüssel zurückzuführen. Seit dem sind die Kosten relativ konstant geblieben. Die Erhebung der Umlage erfolgt gemäß der gesetzlichen Vorschriften des GFG nach den Umlagegrundlagen, so dass in der Haushaltssatzung für jede Stadt und Gemeinde ein gesonderter Hebesatz festgesetzt worden ist. Durch die veränderten Umlagegrundlagen der GFG Festsetzung ergeben sich auch bei der Gesamtschulumlage nur minimale Mindereinnahmen gegenüber dem Planansatz.

3.1.5 Zuweisungen im Rahmen des GFG

Die vom Land insgesamt landesweit zur Verfügung ausgezahlten Schlüsselzuweisungen wurden gegenüber 2006 um 530,976 Mio. € (+ 10,7%) auf insgesamt 5.493,360 Mio. € erhöht. Die maßgebliche Referenzperiode für die Ermittlung der Finanzausgleichsmasse / Steueraufkommen umfasst den Zeitraum vom 1.10. des Vorjahres bis 30.09. des Vorjahres, so dass entgegen früherer Berechnungsweise keine Abrechnungen aus Vorjahren mehr erfolgen

Die **Schlüsselzuweisungsbeträge** wurden wie folgt festgelegt:

Gemeinden	4.311.648 T€ (+10,7%)
Kreise	642.835 T€ (+10,7%)
Landschaftsverbände	538.877 T€ (+10,7%)

Eine Veränderung des Aufteilungsschlüssels wurde somit nicht vorgenommen. Auf den Kreis Lippe sind im Jahr 2007 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 28.656 T€ (+4.121 T€ gegenüber Festsetzung 2006) entfallen.

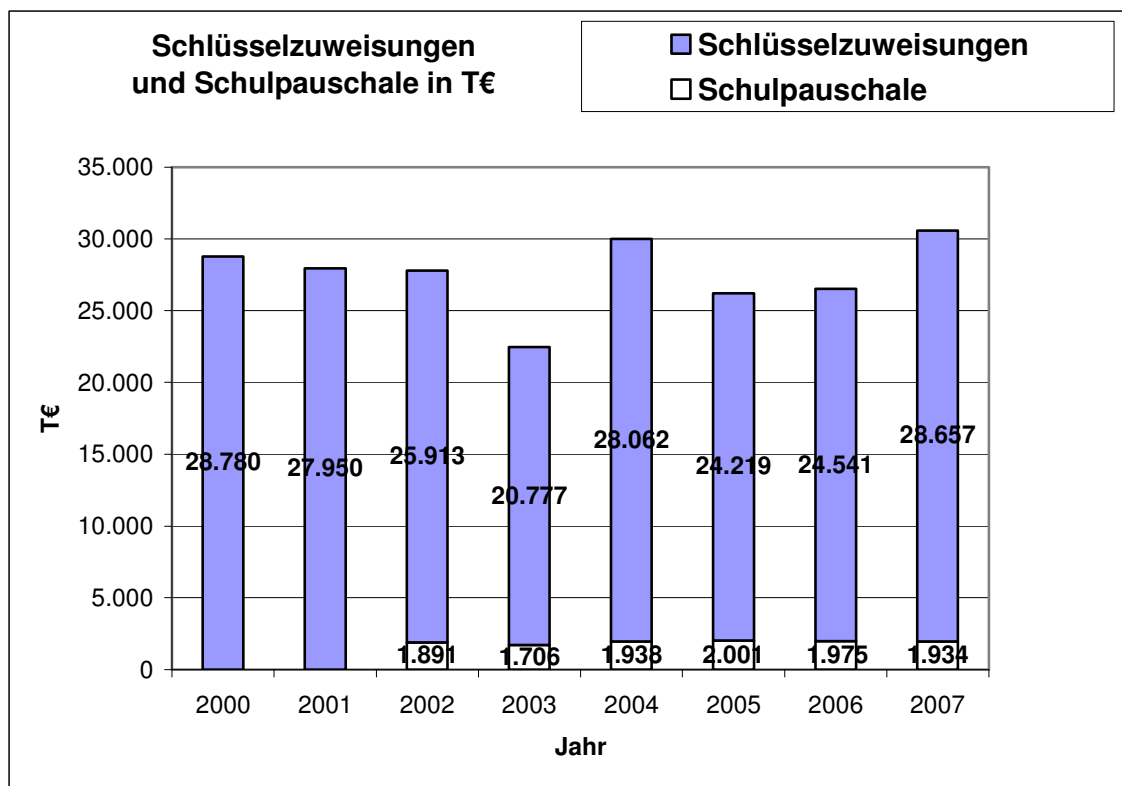
**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

Die **Schulpauschale** wurde wie im Vorjahr auf insgesamt unverändert 460.000 T€ festgesetzt, auf den Kreis Lippe sind davon 1.934 T€ (-41 T€ gegenüber Festsetzung 2006) entfallen. Insgesamt hat das Land Mittel in Höhe von 169,43 € je SchülerIn bereitgestellt, was nahezu dem Betrag des Vorjahres je SchülerIn entspricht. Grundlage für die Berechnung war die amtliche Schulstatistik zum 15.10.2005. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich 11.417 SchülerInnen an den Schulen in Trägerschaft des Kreises Lippe. Die Entwicklung der Schulpauschale stellt sich in den vergangenen Jahren wie folgt dar:

	2003 *)	2004	2005	2006	2007
Verteilmasse Schulpauschale	420.000 T€	460.000 T€	460.000 T€	460.000 T€	460.000 T€
maßgebliche Schülerzahl	10.986	11.405	11.851	11.711	11.417
Kreis Lippe					
Zahlbetrag je SchülerIn	155,30 €	169,95 €	168,83 €	168,65 €	169,43 €
Zahlbetrag Schulpauschale	1.706 T€	1.938 T€	2.001 T€	1.975 T€	1.934 T€

*) Kreditierung eines Betrages in Höhe von 40 Mio. € im Jahr 2002; Einbehaltung im Jahr 2003

Die Entwicklung der Landeszuweisungen ergibt sich aus der nachstehenden Grafik:





Anteil des Kreises Lippe an der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat im Laufe des Jahres 2006 beschlossen, die Verteilung der Wohngeldentlastung ab dem Jahr 2006 nicht mehr im GFG, sondern im Ausführungsgesetz zum SGB II zu regeln. In § 7 Abs. 2 AG SGB II ist nunmehr geregelt, dass die Wohngeldentlastung im Verhältnis der für das Vorjahr gemeldeten Kosten der Unterkunft zwischen den Aufgabenträgern verteilt wird. Aufgrund der Ausgaben des Kreises Lippe für Unterkunft und Heizung (SGB II. Teil) im Jahr 2005 und in Relation zu den Meldungen aller Kreise und kreisfreien Städte in NRW belief sich der Zuweisungsbetrag für 2006 auf 5.036 T€. Mangels anderer Informationen wurde dieser Zahlbetrag auch in den Haushalt 2007 eingeplant.

Für das Jahr 2007 waren im Landeshaushalt nach Abzug des interkommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder in Höhe von 220 Mio. € für die Kreise und kreisfreien Städte 350.489.500 € im Sinne des § 7 Abs. 2 AG-SGB II NRW eingestellt worden, teilweise auch als Ausgleich für die Vorjahre. Der Anteil des Kreises Lippe betrug im Jahr 2007 davon 10.970 T€. Damit sind die Landeszuweisungen deutlich gegenüber dem Planansatz gestiegen (+ 5.934 T€). Die mehr als Verdopplung des ursprünglichen Betrages ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass das Land NRW gemäß der politischen Zusage der Landesregierung das bisherige einstufige Verteilungsverfahren durch ein zweistufiges Verfahren ersetzt hat. Zunächst erfolgt die Verteilung eines Grundbetrages. Sodann wird geprüft, ob und ggf. in welcher Höhe noch eine Netto-Belastung bei den einzelnen Kreisen und Städten besteht, danach erfolgt die Verteilung des restlichen Betrages nach dem Umfang der noch bestehenden Netto-Belastung durch das SGB II.

Die **Investitionspauschale des Landes** gemäß § 18 GFG 2007 betrug sowohl nach der 2. Modellrechnung als auch nach der Festsetzung 821 T€ (+ 232 T€ gegenüber Festsetzung 2006). Abweichungen zwischen dem Haushaltsansatz und dem Jahresergebnis haben sich insoweit nicht ergeben.

In der 2. Auflage der Handreichungen zum NKF hat das Land NW betont, dass die allgemeine Investitionspauschale eine – wenn auch allgemeine – Zweckbindung für investive Ausgaben beinhalte und daher gem. § 43 Abs. 5 GemHVO in der Bilanz als Sonderposten zu passivieren und entsprechend der Nutzungsdauer der damit beschafften Vermögensgegenstände ertragswirksam aufzulösen sei.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wurde davon abgesehen, die allgemeine Investitionspauschale konkret einzelnen Vermögensgegenständen zuzuordnen, dieses hätte einen unverhältnismäßig hohen Arbeits- und Buchungsaufwand erzeugt.

Die gesamten Zuweisungen im Rahmen des AG SGB / GFG haben sich somit gegenüber dem Vorjahr um 10.246 T€ erhöht:

Angaben in T€	2006	2007	Veränderung
Schlüsselzuweisungen	24.535	28.656	4.121
Erstattung § 33 GFG	5.036	10.970	5.934
Schulpauschale	1.975	1.934	-41
Investitionspauschale	589	821	232
Insgesamt	32.135	42.381	10.246

3.1.6 Jagdsteuer

Die Einnahmen aus Jagdsteuer haben sich gegenüber dem Haushaltsansatz von 160.000 € um 3 T€ leicht erhöht.

3.1.7 Finanzerträge

Insgesamt konnten im Haushaltsjahr 2007 über dem Planansatz hinaus Finanzerträge in Höhe von 763 T€ erzielt werden, die sich wie folgt zusammen setzen:

➤ Erträge aus Geldanlagen

Im Rahmen der Haushaltsplanung wurden Zinserträge i.H.v. 840 T€ erwartet. Die Erträge aus den aufgelegten Spezialfonds beliefen sich im Jahr 2007 auf insgesamt 988 T€. Damit liegt das Ergebnis um **148 T€** über dem geplanten Ansatz.

Die Zinserträge aus den Fondsanlagen sind im Einzelnen aus der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

	Erträge gesamt	Anteil Kreis Lippe	Anteil Gemeinden	Anteil Dritter
Lippe CoFonds	353.416 €	0 €	353.416 €	
KLILI	323.687 €	0 €		323.687 €
Lippe CS	769.064 €	769.064 €		
Defiv-Fonds	821.350 €	218.955 €		602.395 €
Summe	2.267.517 €	988.019 €	353.416 €	926.082 €

➤ **Erträge aus der Optimierung des Kreditgeschäfts**

Die bereits in 2006 abgeschlossenen SWAP-Geschäfte haben auch im Jahr 2007 einen erfreulichen Verlauf genommen. Aus der Zinsoptimierung bestehender Kommunaldarlehen konnte ein nicht veranschlagter Ertrag in Höhe von **244 T€** erzielt werden. Deutlich gestiegene Kapitalmarktzinsen bedingten aufgrund der Vertragsgestaltungen Ausgleichszahlungen durch die Kreditinstitute. Hier haben sich weiterhin die durch den Kreis Lippe eingeschlagenen Wege der Zinssicherung einerseits und der Zinsoptimierung andererseits bewährt.

➤ **Zinsen von Termingeldern, Kontokorrentzinsen**

Nachdem bereits in 2006 die Verfahrensabläufe mit der Sparkasse Detmold in der Abrechnung zwischen Giro- und Termingeldkonto optimiert wurden, sorgten insbesondere die gestiegenen Kapitalmarktzinsen für eine Budgetverbesserung in Höhe von **43 T€**.

➤ **Gewinnausschüttung von Beteiligungen**

Abweichend vom Haushaltsansatz (230 T€) konnten im Budgetvollzug Erträge in Höhe von 598 T€ verbucht werden, damit wurde eine Budgetverbesserung von **rd. 368 T€** realisiert. Insbesondere die Gewinnausschüttung der Sparkasse Detmold ist im letzten Jahr nochmals deutlicher höher als geplant ausgefallen (+ 346 T€). Insgesamt wurden folgende Gewinnausschüttungen der Beteiligungen verbucht:

▪ Gewinnausschüttung Sparkasse Detmold	597.895,- €
▪ Gewinnausschüttung Interargem GmbH	67.253,- €
▪ Gewinnausschüttung Radio Lippe	9.088,- €

3.1.8 Gebühreneinnahmen nach Fachbereichen

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 19.466 T€ Erträge aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren erzielt. Damit wurde der Ansatz in Höhe von 19.906 T€ um rd. 440 T€ unterschritten.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Rettungsdienst

Die Mehrerträge aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren im Bereich Regiebetrieb Bevölkerungsschutz in Höhe von rd. 142 T€ resultieren überwiegend aus den Abrechnungen mit den Disponenten der Rettungsdienste (127 T€).

Im Jahr 2007 ist im Bereich Rettungsdienst durch eine gestiegene Anzahl von Notfalleinsätzen mit Rettungstransportwagen sowie Notarzteinsätze insgesamt ein Überschuss in Höhe von 1.057 T€ erzielt worden, der entsprechend den Regelungen des KAG der Gebührenaussgleichsrücklage für den Rettungsdienst zugeführt wurde.

Die Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst im Kreis Lippe mit reduzierten Gebührensätzen ist am 18.06.2007 durch den Kreistag beschlossen worden, so dass davon ausgegangen wird, dass in den nächsten drei Jahren die Gebührenaussgleichsrücklage wieder abgebaut werden kann (vgl. Vorlage 87/2007).

Straßenverkehr

Die Mehrerträge sind weitestgehend im Bereich Zulassung erzielt worden. Eine deutliche Steigerung der Erträge ist im Produkt 002 008 002 „Überwachung der Halterpflichten“ zu verzeichnen. Hier liegen die Fallzahlen bei den Steuer-, Versicherungs- und Mängelanzeigen mit 15.309 deutlich über den Planwerten von 10.000. Daneben trägt auch das verbesserte Verfahren zur Realisierung offener Forderungen zum guten Ergebnis bei.

Fachbereich Vermessung und Kataster

Die Gebühreneinnahmen im Fachbereich Vermessung und Kataster sinken um insgesamt rd. 168 T€ insbesondere bei den Produkten Auftragsvermessungen, Übernahme von Vermessungen und Benutzung des Liegenschaftskatasters, wo insgesamt rd. 188 T€ Mindereinnahmen zu verzeichnen waren. Wie auch im Jahr 2006 wurden weniger gebührenträchtige Vermessungen vorgenommen als noch bei Haushaltsplanaufstellung erwartet. Hier spiegelt sich die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wider.

Demgegenüber konnten im Bereich Wertgutachten, Wertauskünfte Mehrerträge in Höhe von rd. 20 T€ generiert werden.

Der Fachbereich Vermessung und Kataster schließt insgesamt mit einem Verschlechterung gegenüber dem Planansatz 2007 in Höhe von 200 T€ ab.

Fachbereich 3 (insbesondere Elternbeiträge)



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Die Erträge des Fachbereichs 3 vermindern sich um rd. 583 T€. Allein im Bereich Elternbeiträge sind Mindererträge gegenüber dem Planansatz in Höhe von rd. 591 T€ zu verzeichnen. In diesem Bereich konnten langfristige Krankenstände nicht kompensiert werden; die vorgesehene Intensivierung der Überprüfung der Elterneinkommen mit Festsetzung ist daher nur in einem begrenzten Rahmen erfolgt.

3.1.9 Zusammenfassende Betrachtung nach Fachbereichen

Im Einzelnen stellen sich die Erträge aus Gebühren nach Fachbereichen wie folgt dar:

Bezeichnung	Planansatz in Euro	Anordnung in Euro	Vergleich Ansatz/Ist in Euro
Allg. Sicherheit und Ordnung	103.950,00	127.707,45	23.757,45
Tiergesundheit und Tierschutz	89.000,00	65.864,30	-23.135,70
Lebensmittel- und Fleischhygieneüberwachung	320.000,00	268.368,26	-51.631,74
Ausländer-/Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	115.500,00	134.863,80	19.363,80
Straßenverkehr	3.886.000,00	4.101.786,92	215.786,92
Fachbereich Ordnung	4.514.450,00	4.698.590,73	184.140,73
Leitstelle	50.000,00	64.996,50	14.996,50
Rettungsdienst	7.820.000,00	7.947.134,15	127.134,15 *)
Regiebetrieb Bevölkerungsschutz	7.870.000,00	8.012.130,65	142.130,65
Elternbeiträge	4.000.000,00	3.408.414,72	-591.585,28
sonstiges Jugend und Soziales	33.794,00	17.167,50	-16.626,50
Gesundheit	193.040,00	218.210,60	25.170,60
Fachbereich Jugend, Soziales und Gesundheit	4.226.834,00	3.643.792,82	-583.041,18
Abfallentsorgung und Abfallwirtschaft	525.000,00	533.362,84	8.362,84
Natur- und Landschaftspflege	93.900,00	104.709,19	10.809,19
Fachbereich Umwelt	618.900,00	638.072,03	19.172,03
Fachbereich Vermessung und Kataster	1.553.230,00	1.385.239,53	-167.990,47
Polizeiverwaltung	95.700,00	87.067,75	-8.632,25
BUS (insb. Bauen und Wohnen)	1.027.480,00	1.000.878,49	-26.601,51
Summe Verwaltungs- und Benutzungsgebühren	19.906.594,00	19.465.772,00	-440.822,00
Abzüglich Erträge Rettungsdienst, die der Gebührenausschleissrücklage zugeführt werden *)			127.134,15
Summe Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, ohne Rettungsdienst			-567.956,15

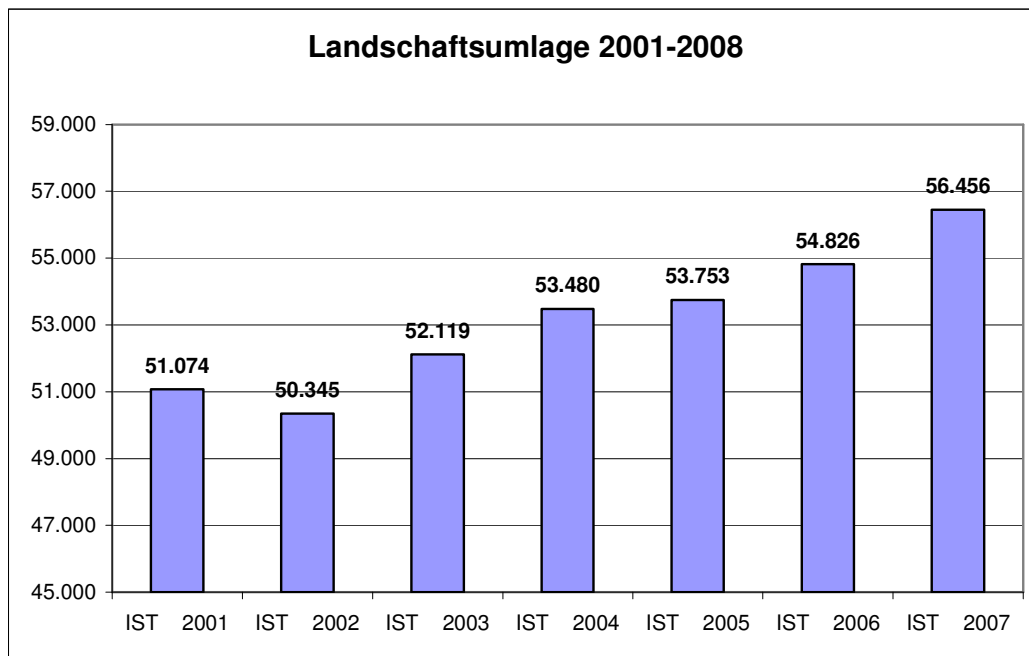
Erstmals wurden im Haushaltsjahr 2007 die Forderungen auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Auf die Ausführungen zur Niederschlagung sowie zur Einzel- und Pauschalwertberichtigung (Ziff. 2.2.2) wird insoweit verwiesen.

3.2 Aufwandspositionen

3.2.1 Landschaftsumlage

Der Hebesatz der Landschaftsumlage des Landschaftsverbandes für das Jahr 2007 beträgt 16,5 Hebesatzpunkte und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Hebesatzpunkte gesenkt worden. Absolut hat dies jedoch aufgrund der gestiegenen Umlagegrundlagen einen Anstieg der Landschaftsumlage um 49.000 T€ auf nunmehr 1.406.709 T€ (+3,61%) zur Folge gehabt. Für das Jahr 2007 hat der Landschaftsverband Westfalen-Lippe für den Kreis Lippe eine Landschaftsumlage in Höhe von 56.456 T€ festgesetzt, was einen Anstieg gegenüber dem Jahr 2006 um 1.630 T€ bedeutet. Gegenüber dem Planansatz 2007 sind Minderausgaben in Höhe von 4 T€ zu verzeichnen, die aus den geänderten Umlagegrundlagen resultieren.

Die Entwicklung der Landschaftsumlage der Jahre 2001 bis 2007 kann der nachfolgenden Grafik entnommen werden:





3.2.2 Personalaufwendungen und Personalauszahlungen

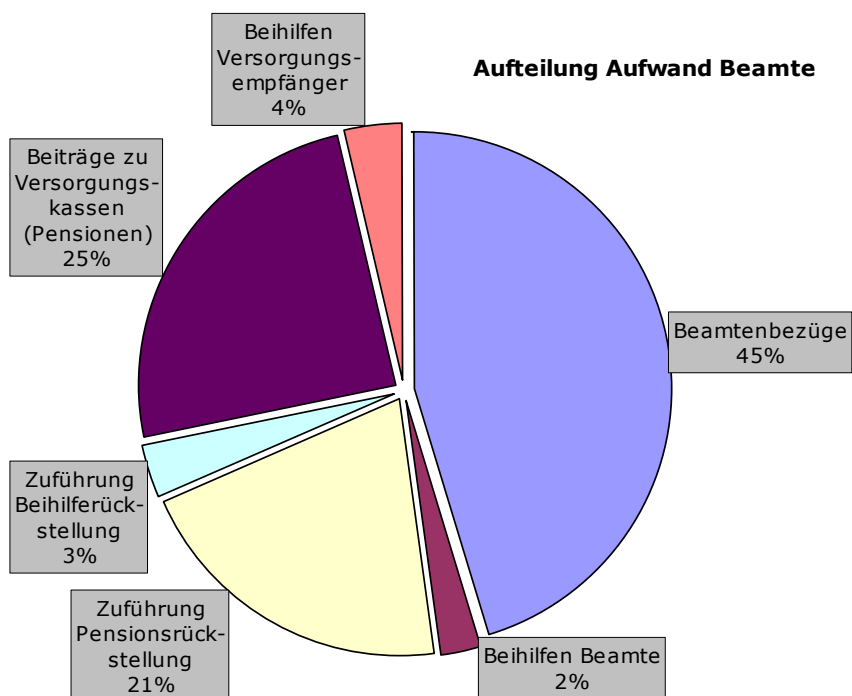
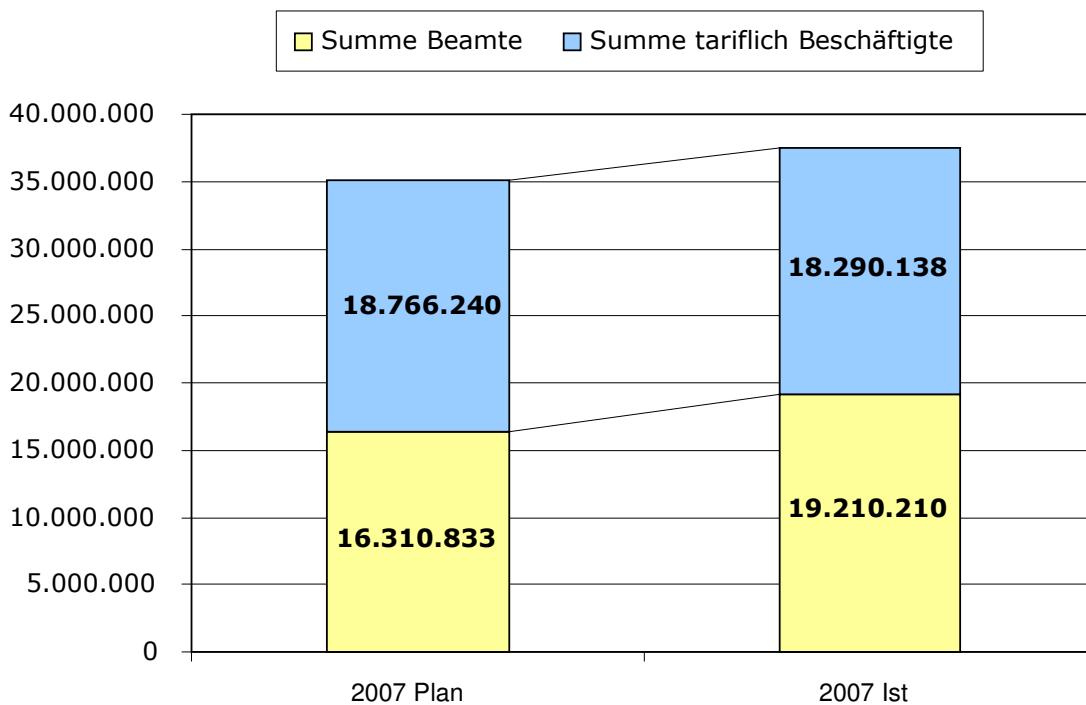
Fachbereich	Ansatz 2007 in T€	RE 2007 in T€	Veränderung in T€
1 - Service	6.589	6.722	+133
2 - Ordnung	6.220	6.760	+540
2.4 - Regiebetrieb Bevölkerungsschutz		1.626	+236
3 - Jugend, Soziales und Gesundheit	9.808	10.687	+879
4 - Umwelt	2.447	2.645	+198
5 - Vermessung und Kataster	4.313	4.371	+58
9.1 - Referat	755	838	+83
9.2 - Revision	923	1.022	+99
9.3 - Kreispolizeibehörde	642	721	+79
BUS – Bürger- und Unternehmerservice	1.990	2.108	+118
Gesamtergebnis	35.077	37.500	+2.423

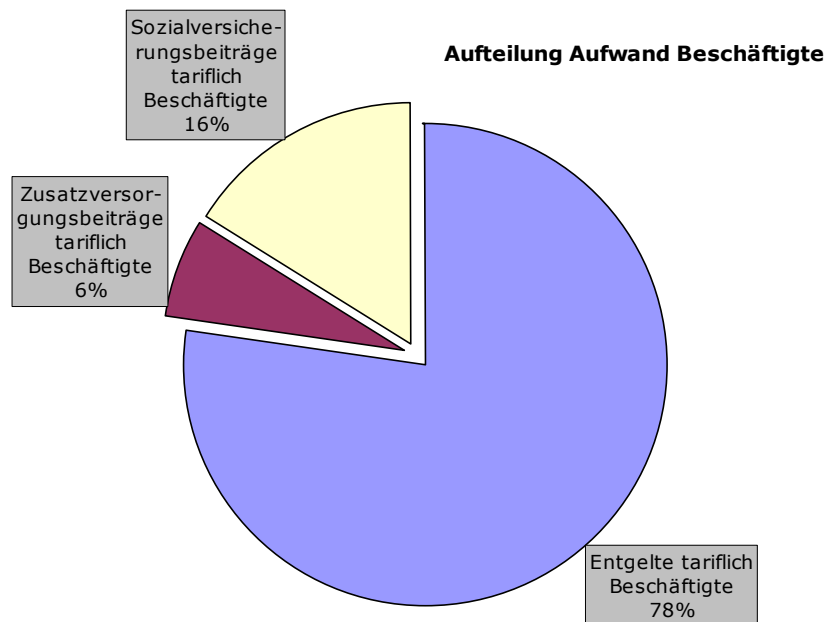
Auswertung der Personalaufwendungen

Bezeichnung	2007 Plan	2007 Ist	Differenz Ist / Plan
Beamtenbezüge	8.438.833	8.694.021	+255.188
Beihilfen Beamte	465.000	477.109	+12.109
Zuführung Pensionsrückstellung	2.800.000	3.966.713	+1.166.713
Zuführung Beihilferückstellung	420.000	612.491	+192.491
Beiträge zu Versorgungskassen (Pensionen)	3.787.000	4.741.981	+954.981
Beihilfen Versorgungsempfänger	400.000	717.895	+317.895
Summe Beamte	16.310.833	19.210.210	+2.899.377
Entgelte tariflich Beschäftigte	14.465.456	14.135.035	-330.421
Zusatzversorgungsbeiträge tariflich Beschäftigte	1.195.587	1.183.322	-12.265
Sozialversicherungsbeiträge tariflich Beschäftigte	3.105.197	2.971.781	-133.416
Summe tariflich Beschäftigte	18.766.240	18.290.138	-476.102
Summe	35.077.073	37.500.347	+2.423.274

PK-Erstattungen	1.769.000	1.772.000	+3.000
Netto erfolgswirksam	33.308.073	35.728.347	+2.420.274

Aufteilung des Personalaufwands nach Gruppen





Das Rechnungsergebnis der Personalaufwendungen 2007 ergibt Mehraufwendungen in Höhe von rd. 2,4 Mio. €. Diese entfallen im Wesentlichen auf den Bereich der Versorgungsaufwendungen und die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen der Beamten. Hier wurde die Erhöhung der Pensionen der Versorgungsempfänger zum 01.07.2008 um 2,9% bereits in die versicherungsmathematische Berechnung der Pensionsrückstellungen übernommen, was zu Mehraufwendungen von rd. 2,65 Mio. € führte.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat das Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge am 20.12.2007 beschlossen und am 28.12.2007 im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land NW veröffentlicht. Das Gesetz sieht die Erhöhung der Besoldung und Pensionen der Landes- und Kommunalbeamten und Pensionäre um 2,9% zum 01.07.2008 vor. In der versicherungsmathematischen Bewertung der Pensionsverpflichtungen zum Stichtag 31.12.2007, die von der Versorgungskasse Münster bei der Heuback AG in Köln durchgeführt wurde, war die Besoldungs- und Versorgungsanpassung von 2,9% bereits zu berücksichtigen.

Nach den Erfahrungswerten der Heuback AG führt eine Anhebung der Versorgungsbezüge um 1% zu einer Erhöhung der Rückstellungen um 1%. Die Bruttopensionsrückstellungen des Kreises beliefen sich zum 31.12.2006 auf rd. 96 Mio. €. Bereinigt um die Rückstellungen für die Beamten und Versorgungsempfänger des Klinikums (16,5 Mio. €) betrugen die Net-



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

topensionsrückstellungen rd. 79,5 Mio. €. Eine Erhöhung um 2,9% betrug daher rd. 2,3 Mio. €. Dazu kam noch eine um 0,35 Mio. € erhöhte Beihilferückstellung, die pauschaliert berechnet wird und 15,31% der Pensionsrückstellung beträgt. Insgesamt beliefen sich die höheren Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen (bei aktiven Beamten) sowie die geringeren Auflösungen von Rückstellungen (bei Versorgungsempfängern) damit auf rd. 2,65 Mio. €.

Neben diesen Mehraufwendungen ergaben sich Steigerungen bei der Besoldung der Beamten in einem Volumen von rd. 255.000 €. Ursache hierfür waren Zuführungen zu den Rückstellungen für Altersteilzeit (rd. 202.000 €), Überstunden / Resturlaub (rd. 38.000 €) und sonstige Zwecke (rd. 20.000 €).

Die Personalaufwendungen für tariflich Beschäftigte sanken um rd. 476.000 €. Neben Veränderungen bei den Rückstellungen (Auflösung Altersteilzeitrückstellung rd. 338.000 €, Zuführungen Rückstellungen für Überstunden / Resturlaub rd. 125.000 €) ergaben sich weitere Einsparungen in einem Volumen von rd. 260.000 €. Die Einsparungen konnten durch die Fortsetzung der sparsamen Haushaltsführung im Personalbereich erzielt werden. Angesichts des Umfangs unvermeidbaren Verschlechterungen bei den Pensionsrückstellungen verblieben allerdings noch Mehraufwendungen in Höhe von rd. 2,4 Mio. €, die nicht mehr zu decken waren.

Die Verschlechterungen bei den Personalkosten beruhen ausschließlich auf der Buchung der erhöhten Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen. Diese Veränderung wurde erst im Februar 2008 bekannt, so dass die erforderlichen Haushaltsbeschlüsse, die nach der Haushaltssatzung bei Überschreitungen in derartiger Größenordnung zu erfolgen haben, nunmehr durch den Beschluss über den Jahresabschluss nachgeholt werden.

Dass die Mehraufwendungen allein den Bereich der Rückstellungen betrafen und damit NKFbedingt waren, zeigt auch das Ergebnis der Auszahlungen. So liegt das Rechnungsergebnis der Personalauszahlungen 2007 mit 33,33 Mio. € um rd. 420.000 € unter dem Ansatz in Höhe von 33,75 Mio. € und dokumentiert damit die restriktive Haushaltsausführung im Personalbereich.

Die stärkere Fokussierung auf die tatsächlichen Aufwendungen wird im Bereich der Rückstellungen dazu führen, dass die Schwankungsbreite der Personalaufwendungen künftig größer sein wird als in der (kameralen) Vergangenheit. Besoldungs- und Versorgungssteigerungen werden in einem viel stärkeren Maße als bisher zu höheren Personalaufwendungen



führen. Hier wirkt sich aus, dass die versicherungsmathematische Berechnungen der Pensionsverpflichtungen keine Besoldungs- und Versorgungssteigerungen für die Zukunft berücksichtigen. Damit führt jede Besoldungs- und Versorgungsanpassung zu einer unplanmäßigen Steigerung der Rückstellungen / Personalaufwendungen in erheblicher Höhe.

Durch die Erhöhung der Rückstellungen war kein Fachbereich in der Lage, die Haushaltsansätze einzuhalten. Verschiebungen von Personalaufwendungen zwischen den Fachbereichen ergaben sich im Wesentlichen durch Personalumsetzungen, -veränderungen und notwendige Anpassungen. Hinzuweisen ist insbesondere auf den Einsatz von MitarbeiterInnen der Kernverwaltung in der ARGE Lippe Pro Arbeit GmbH, was zu Umschichtungen zu Lasten des Fachbereichs 3 führte.

3.2.3 Zinsaufwand

Der Höchstbetrag der Kassenkredite ist im Rahmen der Haushaltsermächtigung unverändert gegenüber dem Nachtragshaushalt 2006 in Höhe von 55 Mio. € beschlossen worden. Da sich bereits im Zuge der Haushaltsplanaufstellung am Zinsmarkt Veränderungen abzeichneten, wurde schon bei der Planung der Ansatz für Zinsaufwendungen für Kassenkredite um 650 T€ auf 1.600 T€ erhöht. Im Haushaltsvollzug mussten dann durch die sich weiter verschärfende Kreditkrise in den Vereinigten Staaten und den damit auch in der Bundesrepublik kräftig ansteigenden Zinssätzen überplanmäßig 294 T€ bereitgestellt werden.

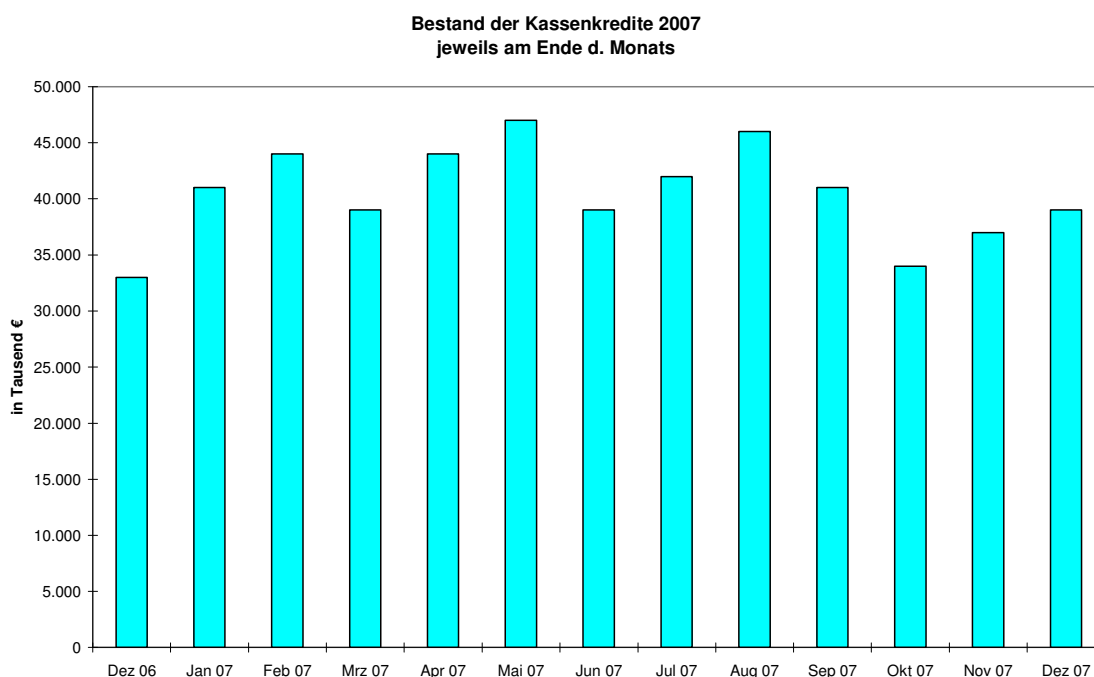
Im Bereich „Kommunaldarlehen“ wurde der Haushaltsansatz nur geringfügig um rd. 7 T€ überschritten. Diese Überschreitung resultiert allein aus der erstmaligen periodengerechten Zuordnung der Zahlungsverpflichtungen.

3.4 Wesentliche Einzahlungen und Auszahlungen

Gesondert erläutert werden nur Positionen, die sich nicht bereits bei den Erträgen und Aufwendungen widerspiegeln.

3.4.1 Entwicklung des Kassenkreditbestandes

Die Entwicklung der Bestände der Kassenkredite jeweils zum Ende des Monats kann der nachfolgenden Grafik entnommen werden:



Die Höhe des Grundbestandes an Kassenkrediten korrespondiert mit den in den Jahren 2005 (kameral) und 2006 bis 2007 aufgelaufenen Fehlbeträgen / Verlusten (32,3 Mio. €), die durch Kassenkredite aufzufangen waren. Der Betrag korrespondiert ebenso mit dem Entlastungsbetrag, den die Kommunen bei der Kreisumlage 2005 bis 2007 von Seiten des Kreises im Rahmen des Beratungs- und Berechnungsmodells erfahren haben (31,9 Mio. €, vgl. 3.1.1). Der Höchstbetrag musste jedoch zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen werden, die Grafik zeigt erhebliche unterjährige Schwankungen, deren Ursache insbesondere in den Zahlungsterminen des Landes NRW zu finden ist:

- So erfolgt die Zahlung der Schlüsselzuweisungen des Landes nicht monatlich kontinuierlich, sondern jeweils zum Ende der Monate Januar, März, Juni, September und Dezember.
- Die Kompensationsleistungen des Landes für Wohngeldersparnisse in Höhe von 10.970 T€ sind erst zum 31.10.2007 (!) ausgezahlt worden, dem stehen bis dahin



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

die monatlichen Mehraufwendungen des Kreises für die Kosten der Unterkunft nach dem SGB II. Teil gegenüber.

- Gleiches gilt für die Kostenbeteiligung des Bundes an den Leistungen der Grundsicherung im Alter. Der Zahlbetrag in Höhe von rd. 1,7 Mio. € ist erst Anfang Juli hier eingegangen und musste daher rd. 6 Monate vorfinanziert werden.
- Auch die Erstattungen des Bundesagentur für Arbeit (Bundesanteil SGB II) erfolgt nach Durchlaufen eines bürokratischen Verfahrens mit einer Verzögerung von rd. 1 Monat, wohingegen von Seiten des Bundes erwartet wird, dass der Kreis seine Leistungen spätestens am Tage der Auszahlung der Sozialleistungen an die Berechtigten auf dem Konto der Bundesagentur gutschreibt. Anstrengungen, dieses Verfahren zu ändern oder zu beschleunigen, haben weder auf Seiten des Bundes noch des Landes Erfolg gezeigt.
- **Der Vom Kreis Lippe für die Zwischen- und Vorfinanzierung dieser Leistungen aufzubringenden Kassenkreditzins belief sich auf rd. 250.000 €.**

Insgesamt hat sich aber herausgestellt, dass die im Jahre 2006 vorgenommene Erhöhung des Kassenkreditrahmens notwendig war, um die Zahlungsfähigkeit des Kreises Lippe auch im Jahr 2007 zu gewährleisten.

3.4.2 Wesentliche Investitionen

Die wesentlichen Investitionen im Jahr 2007 stellen sich wie folgt dar, auf die nachfolgenden Erläuterungen wird verwiesen:

Investitionskostenzuschuss Eigenbetrieb Straßen	60.000 €
Auszahlungen für Baumaßnahmen Lipperlandhalle, Schulen und Straßen (Resteabwicklung)	271.630 €
Investitionskostenzuschuss LTM-AG für Hermannsbüro	28.668 €
Investitionskostenzuschuss EB Immobilien- und Gebäudewirtschaft (BITS)	250.000 €
Investitionen Fachbereich 5	111.992 €
Einrichtung einer NEF-Wache Klinikum Detmold	200.254 €
Grunderwerb im Bereich Landschaftspflege	32.142 €
Wohnraumanpassungsmaßnahmen	34.224 €
Einrichtung stationärer Messstellen	107.602 €
Erweiterung Feuerwehrausbildungszentrum	134.003 €
Erweiterung der Leitstelle	144.219 €

➤ **Auszahlungen für Baumaßnahmen Lipperlandhalle, Schulen und Straßen (Restabwicklung)**

Nach kameraler Rechnungslegung sind bereits in den Vorjahren Haushaltsausgabereste für bereits vergebene und durchgeführte, aber noch nicht abschließend abgerechnete Baumaßnahmen für die Bereiche Lipperlandhalle, Schulen und Straßen eingestellt worden. Diese kameralen Haushaltsausgabereste wurden als sonstige Rückstellung in die Eröffnungsbilanz des Kreises Lippe überführt und werden nach abschließender Sachverhaltsklärung lediglich zahlungswirksam abgewickelt. Die in 2006 nicht verausgabten Mittel wurden im Budget 2007 erneut veranschlagt (EB ISB: 120 T€; EB Schulen 299 T€); die bereitgestellten Mittel für den EB ISB sind planmäßig abgeflossen, für den Eigenbetrieb Schulen wurden 148 T€ in das Jahr 2008 übertragen.

➤ **Investitionskostenzuschuss EB Immobilien- und Gebäudewirtschaft (BITS)**

Zur Finanzierung von Ersatzbeschaffungen wurde dem Eigenbetrieb BITS planmäßig ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 250 T€ bereitgestellt.

➤ **Einrichtung einer NEF-Wache Klinikum Detmold**

Im Juni 2007 konnte die neue NEF-Wache am Klinikum Detmold bezogen werden. In dieser Rettungswache sind rund-um-die-Uhr zwei Notarzteinsatzfahrzeuge stationiert. Durch die unmittelbare Nähe zum Klinikum Detmold werden die Einsatzzeiten und auch die Eintreffzeiten des Notarztes an der Einsatzstelle optimiert.

➤ **Feuerwehrausbildungszentrum**

Zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehren wurden ein Tankcontainer zur Vorhaltung von Dieselmotorkraftstoff sowie Schläuche zur Löschwasserversorgung beschafft. Weiterhin wurde der alte Prüfstand für Atemschutzgeräte durch einen neuen Prüfstand mit EDV Unterstützung ersetzt.

Die Atemschutzstrecke ist unter ergonomischen und physiologischen Anforderungen modernisiert und damit auch hier dem Sicherheitsstandart der Brandsimulationsanlage angepasst worden.

➤ **Katastrophenschutz**



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Aus Altersgründen und wegen technischer Mängel musste der vorhandene Mannschaftstransportwagen für die Einsatzkräfte des MANV-Systems (Massenanfall von Verletzten) durch ein neues Fahrzeug ersetzt werden.

➤ **Erweiterung Leitstelle**

Aufgrund der im Rahmen der Bewältigung des Orkans „Kyrill“, im Januar 2007 gewonnenen Erfahrungen wurde im Laufe des Jahres 2007 ein weiterer vollwertiger Arbeitsplatz in der Feuerschutz- und Rettungsleitstelle in Lemgo eingerichtet, der im Oktober 2007 in Betrieb genommen werden konnte.

➤ **Einrichtung stationärer Messstellen**

Am Ende des Jahres 2007 waren insgesamt 11 Messstellen zur stationären Geschwindigkeitsüberwachung eingerichtet.

Hiervon konnten im November 2007 drei Messstellen fertig gestellt und in Betrieb genommen werden. Weitere zwei Messstellen sind zu Beginn des Jahres 2008 fertig gestellt worden, so dass aktuell 13 stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen die Verkehrssicherheit in Lippe erhöhen sollen.

3.4.3 Tilgung und Neuaufnahme von Krediten

Die vorgesehene Kreditermächtigung in Höhe von 3.748 T€ wurde nicht in Anspruch genommen. Im Jahr 2007 sind Investitionen in Höhe von rd. 1.770 T€ getätigt worden, dem stehen investive Einzahlungen in Höhe von rd. 920 T€ gegenüber. Aufgrund des nur zögerlichen Abflusses der veranschlagten Mittel und des sich verteuernenden Zinsmarktes wurde auf eine Kreditaufnahme verzichtet; eine Kreditermächtigung in Höhe von 850 T€ wurde in das Jahr 2008 übertragen und dort in Anspruch genommen.

Im Jahr 2007 wurden planmäßig Kredite in Höhe von 1.895 T€ getilgt. Umschuldungen von Krediten wurden in Höhe von 6.892 T€ vorgenommen.

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

Der Bestand der Verbindlichkeiten beträgt zum Ende des Jahres 2007 insgesamt 67.052.172 €. Die Zu- und Abgänge sind der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

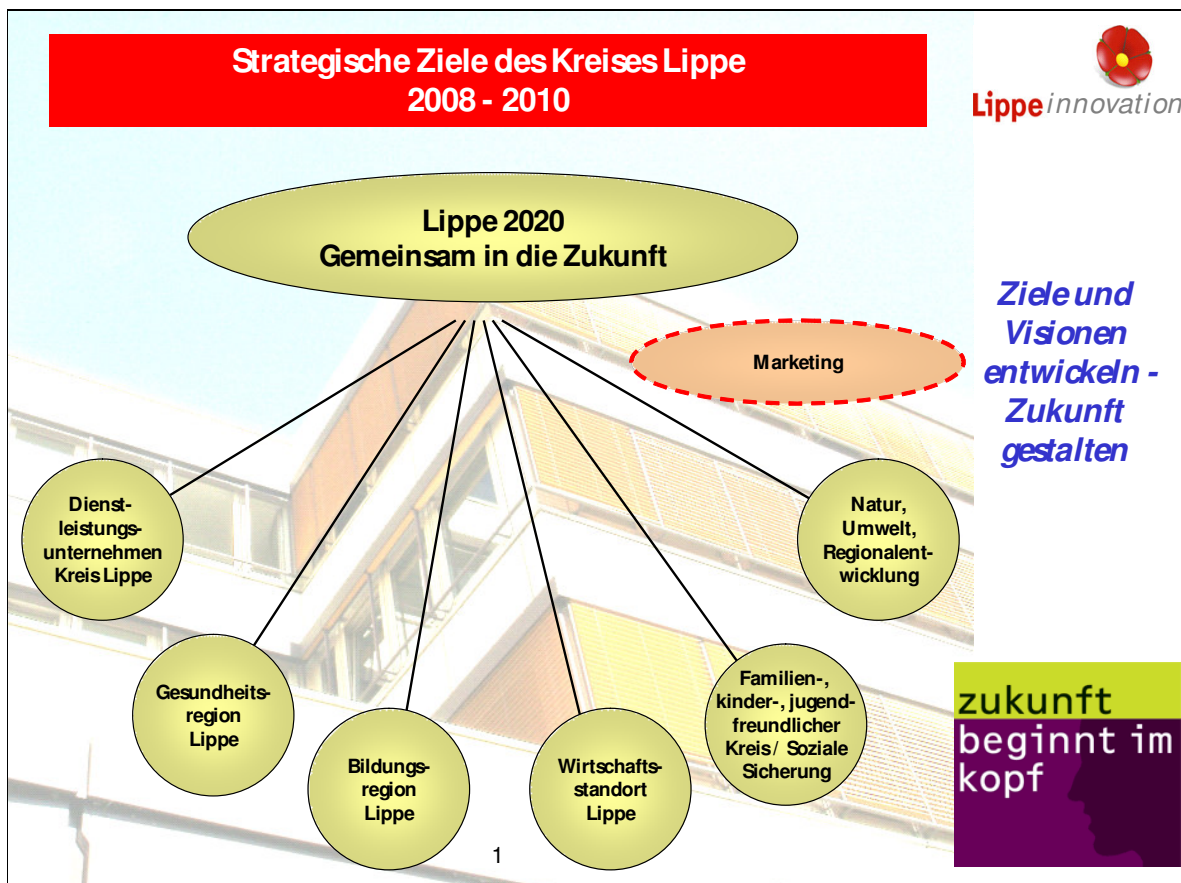
	Stand 01.01.2007	Zugänge/ Abgänge	Stand 31.12.2007
Verbindlichkeiten aus Krediten	68.947.541	-1.895.369	67.052.172
- von verbundenen Unternehmen	200.000	0	200.000
- von Beteiligungen	0	0	0
- von Sondervermögen	0	0	0
- vom öffentlichen Bereich	27.596.245	-900.251	26.695.994
... vom Bund	4.000.000	0	4.000.000
... vom Land	21.477.542	1.218.452	22.695.994
... von Gemeinden/GV	0	0	0
... von Zweckverbänden	0	0	0
... vom sonst. öff. Bereich	2.118.703	-2.118.703	0
... von sonst. öff. Sonderrechnung	0	0	0
- vom privaten Kreditmarkt	41.151.296	-995.118	40.156.178
... von Banken und Kreditinstituten	40.640.296	-995.118	39.645.178
... von übrigen Kreditgebern	511.000	0	511.000

4. Wesentliche Entwicklungen und fachübergreifende Projekte

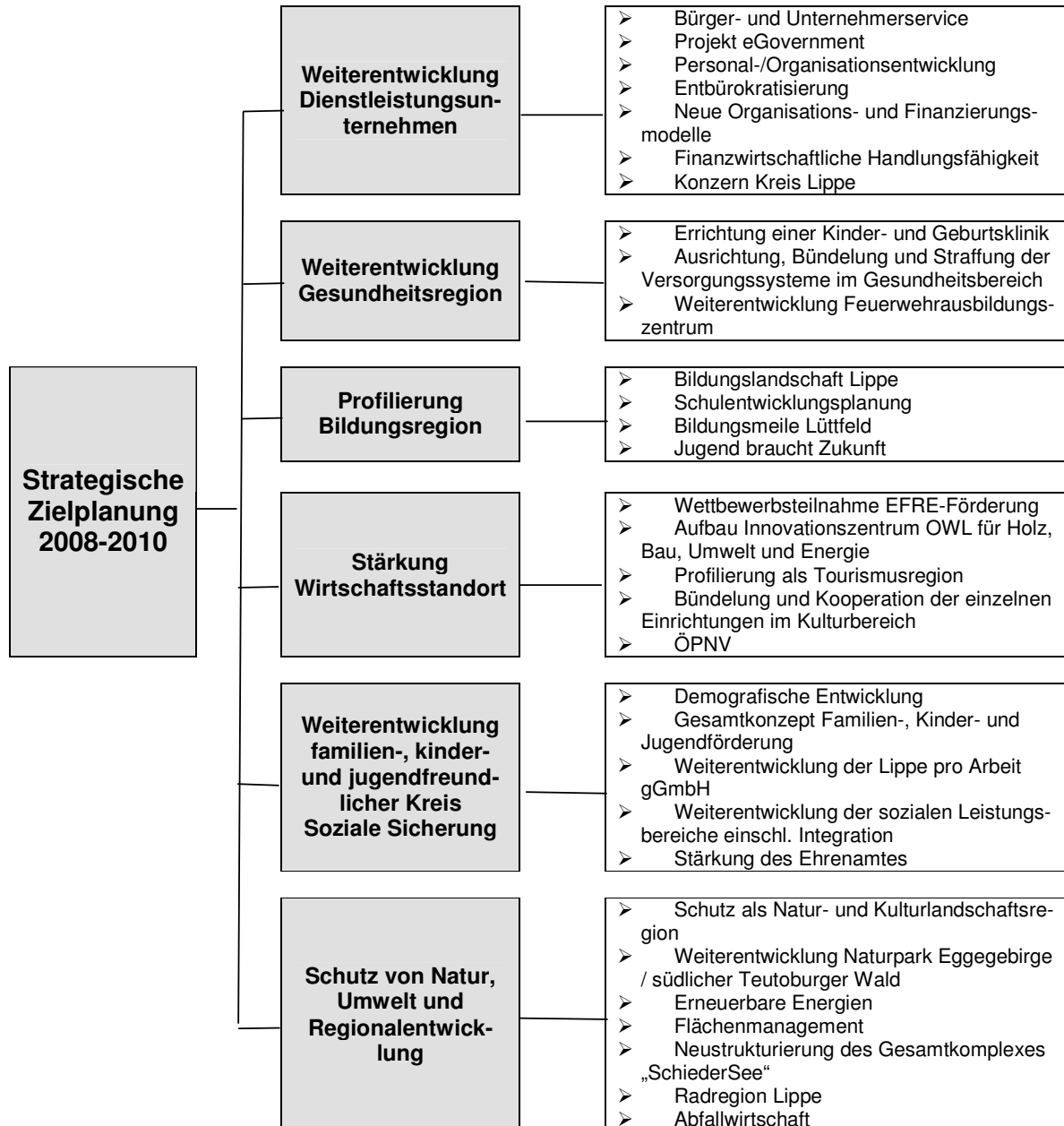
➤ Strategische Zielplanung 2008 - 2010

Nach intensiver Vorbereitung in Politik und Verwaltung hat der Kreistag des Kreises Lippe im Laufe des Jahres 2007 erstmals eine strategische Ziel- und Maßnahmenplanung für die folgenden Jahre aufgestellt. Die strategische Zielplanung ist nach umfassender Diskussion in den politischen Gremien durch den Kreisausschuss am 10.10.2007 verabschiedet worden. Aus den definierten strategischen Zielen und Leitlinien wurden und werden in der Folge Jahresziele oder Mehrjahresziele und operative Ziele auf Produktebene bestimmt, die künftig zusammen mit dem Haushalt zu beschließen sind (Festlegung von Zielen und Kennzahlen nach § 12 GemHVO).

Die Zielfelder der Strategieplanung 2008 – 2010 sind nachstehend nochmals dargestellt.



Die Zielfelder berücksichtigen die neuen Handlungserfordernisse, denen sich der Kreis Lippe insbesondere aufgrund der angespannten Finanzlage und aufgrund der demografischen Entwicklung stellen muss. Einzelprojekte zu den Themenfeldern sind dem nachfolgenden Diagramm zu entnehmen:



Nachfolgend wird der derzeitige Sachstand einzelner Projekte näher dargestellt:



➤ **Neustrukturierung des Bürger- und UnternehmerServices**

Einige Entwicklungen zur neuen Aufgabenstruktur für den "Bürger- und Unternehmerservice – BUS" konnten im Jahr 2007 abgeschlossen werden. Gemeinsam mit den externen Partnern im Rahmen des Behördennetzwerkes hat der Kreis Lippe eine konkrete Zielvereinbarung zur Beschleunigung gewerblicher Investitionsvorhaben unterzeichnet. Die Aufgabenübertragung aus den Fachbereichen in den BürgerService ist ebenfalls erfolgt. Der Neubau des Bürger- und Unternehmerservices, der zwischenzeitlich fertig gestellt werden konnte, trägt den neuen Anforderungen auch räumlich Rechnung.

Im Mittelpunkt des Jahres 2008 steht für den BUS die Umsetzung des neuen Bürgerservices. Durch zusätzliche Aufgaben wird sich das „Front-Office“ noch besser aufstellen. Die Bürger- und Kundenorientierung wird durch die zwischenzeitliche Fertigstellung der baulichen Erweiterung im Eingangsbereich und die Einführung von Bürgersprechstunden des BUS mit dem neuen Lippemobil weiter verbessert.

➤ **Projekt "eGovernment"**

Der Masterplan Lippe sieht ebenfalls die Weiterführung des Projektes "e-Government" vor. Ziel hierbei ist die Erarbeitung eines Maßnahme- und Umsetzungsplanes zur Beschaffung und Einführung der neuen Verfahren in Kooperation mit den Kreisen / Kommunen und dem KRZ sowie die Erarbeitung eines Vorschlages zur Einbeziehung des IT-Bereiches des Kreises Lippe in die zukünftige Gesamtstrategie.

Mit dem 01.01.2007 wurden sämtliche e-Government-Aktivitäten in Form eines Projektes gebündelt. Die Federführung oblag einer im Fachbereich 5 angesiedelten Stabsstelle, in der auch verstärkt die Aufgaben der ganzheitlichen IT-Steuerung wahrgenommen werden. Auf die weiteren Ausführungen des Fachbereichs Vermessung und Kataster wird verwiesen.

➤ **OWL 115 – Neue Wege der Kundenorientierung**

Kundenorientierung stand auch im Focus der Überlegungen, die der Kreis Lippe zur Einführung der behördeneinheitlichen Rufnummer 115 angestellt hat. Während einige Großstädte bereits über eigene Call-Center verfügen, führt der Kreis Lippe diese Gedanken für die Landkreise weiter. Für sein Konzept „OWL 115“ hat er deswegen nicht nur den 7. E-Government-Wettbewerb gewonnen, sondern ist auch mit dem diesjährigen E-City-Award NRW ausgezeichnet worden.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Organisatorische und technische Voraussetzungen, um einen Bürgerservice 115 anzubieten sind:

- ein integrierter Bürger- und Unternehmensservice
- Erreichbarkeit rund um die Uhr
- Multi-Kanal-Kommunikation
- Mehrsprachige Auskunft
- Behördenübergreifende Erledigung und Vermittlung
- Info und Service
- IT-Unterstützung und Wissensdatenbank
- Mitarbeiterqualifikation
- Kundenbefragung

Das Portfolio der Servicenummer 115 reicht von einfachen Auskünften über die Antragsannahme komplexer Verfahren bis hin zur Bearbeitung einfacherer Verwaltungsvorgänge.

➤ **Weiterentwicklung Feuerwehrausbildungszentrum (FAZ)**

Das Feuerwehrausbildungszentrum in Lemgo hat in den vergangenen Jahren seinen Aufgabenbereich erheblich ausgeweitet, mit der insoweit dringend erforderlichen Erweiterung und Modernisierung des FAZ's wurde in 2007 begonnen.

Das dazu erforderliche Vergabeverfahren wurde im Frühjahr 2007 als Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb begonnen. Mit den Bietern sind bis zum Ende des Jahres 2007 Gespräche im Hinblick auf die unterschiedlichen Ideen der Bieter hinsichtlich der Ausführung geführt worden. Nach Abgabe der letzt verbindlichen Angebote konnte die Auftragsvergabe Anfang 2008 erfolgen, es ist damit zu rechnen, dass der Um- und Erweiterungsbau des FAZ's im Jahr 2008 in den wesentlichen Gewerken fertig gestellt sein wird.

➤ **Bildungsgenossenschaft**

Als ein Schritt zur Profilierung der Bildungsregion Lippe werden neue, ganzheitliche Lösungskonzepte für eine optimierte Bildungslandschaft in allen Lebensphasen – von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Seniorenbildung – angestrebt. Ziel ist der Aufbau eines funktionierenden, regionalen Bildungsnetzwerks zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit der



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Region. Insbesondere sollen die bisher stark segmentierten Bildungsbereiche Elementarstufe, Schule, Hochschule, berufliche Bildung und Weiterbildung vernetzt werden.

Im Frühjahr 2007 hat sich ein Arbeitskreis mit regionalen Bildungsexperten konstituiert, auf dem Bildungsforum am 18.10.2007 in der Lipperlandhalle wurden mit externer Begleitung die Hauptansatzpunkte in den Handlungsfeldern im Rahmen von Workshops konkretisiert. Am 23.10.2007 wurden die inhaltlichen und strukturellen Vorstellungen zum Bildungsmanagement in der Bürgermeisterkonferenz gemeinsam mit der Bezirksregierung Detmold präsentiert und diskutiert.

Das zentrale Bildungsmanagement wird dabei in eigener Rechtsform als Genossenschaft unter Beteiligung der Schulen in Kreisträgerschaft und mit weiteren Partnern des Lippischen Bildungsmarktes organisiert. Der Beschluss zur Gründung einer eingetragenen Genossenschaft wurde im Kreistag am 21.01.2008 getroffen, die Bildungsgenossenschaft nimmt den Betrieb am 01.08.2008 auf.

➤ **Jugend braucht Zukunft**

Das Projekt "Jugend braucht Zukunft" hat als Ziel, die Ausbildungsplatzsituation in Lippe zu verbessern. Lippe gehört bundesweit zu den Regionen mit der jüngsten Bevölkerung. So wächst der Anteil der 16 bis 25-jährigen in den nächsten Jahren kontinuierlich an. Aufgrund dieser demographischen Besonderheit in Lippe verlassen auch in den nächsten Jahren vermehrt junge Menschen das Schulsystem und streben eine Ausbildung an.

Das neue Schüler-Online-Verfahren des Kreises Lippe wies zum Ende des letzten Schuljahres 1.691 unversorgte Schulabgänger aus. Dank des Projekts „Jugend braucht Zukunft“ konnten die Projektpartner in diesem Jahr jedem Schulabgänger ein qualifiziertes Bildungsangebot machen. Wegen des großen Erfolgs wird ab 2008 dieses Verfahren in ganz Ostwestfalen-Lippe flächendeckend zum Einsatz kommen. Eine besondere Rolle an der Schnittstelle Schule–Beruf haben die vier Berufskollegs des Kreises Lippe als innovative Leistungsträger der beruflichen Bildung. Im letzten Schuljahr haben hier knapp 2.000 junge Menschen vollzeitschulische Bildungsgänge mit Berufsabschluss und berufliche Fortbildungsgänge besucht. Die Berufskollegs sind damit bei weitem die größten Berufsausbilder in Lippe.

➤ **Weiterentwicklung der Lippe Pro Arbeit gGmbH**

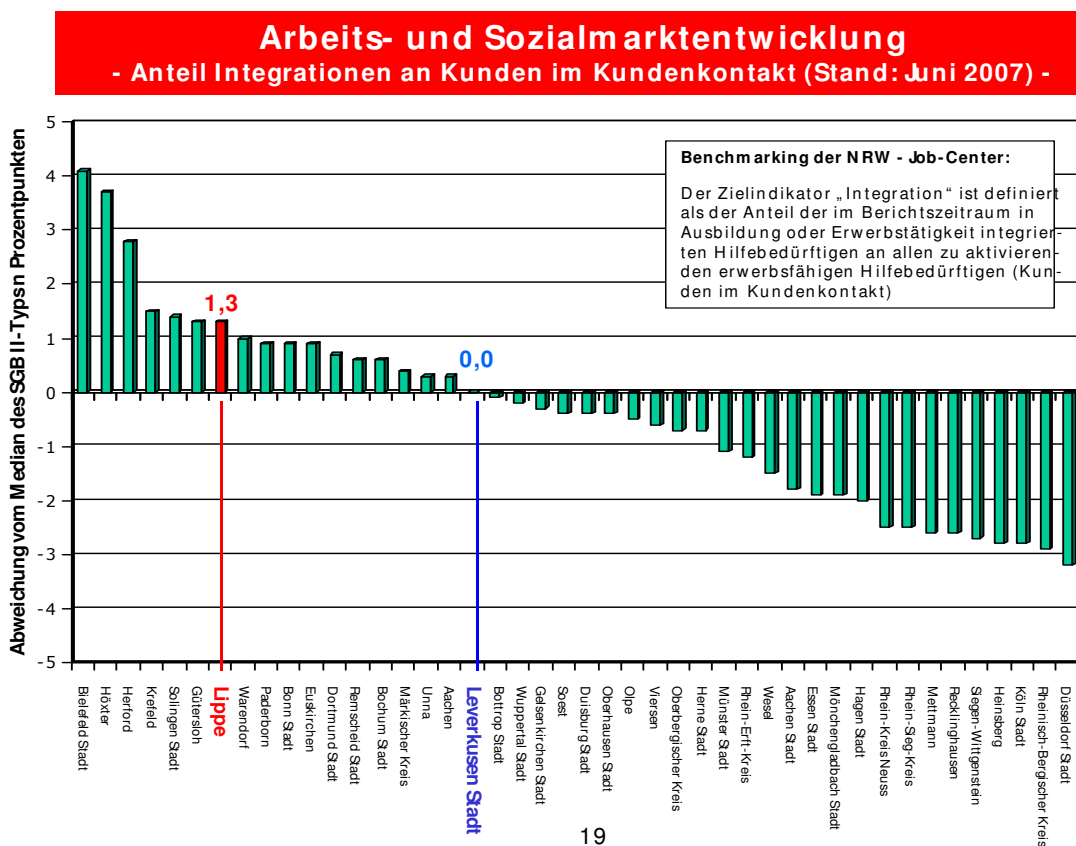


Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Die Aufgaben nach dem SGB II werden seit 2005 von der Lippe Pro Arbeit gGmbH wahrgenommen. Zwischen der Gesellschafterversammlung der Lippe pro Arbeit und der Geschäftsführung sind im März 2006 zur Weiterentwicklung der Lippe pro Arbeit gGmbH folgende Ziele vereinbart worden:

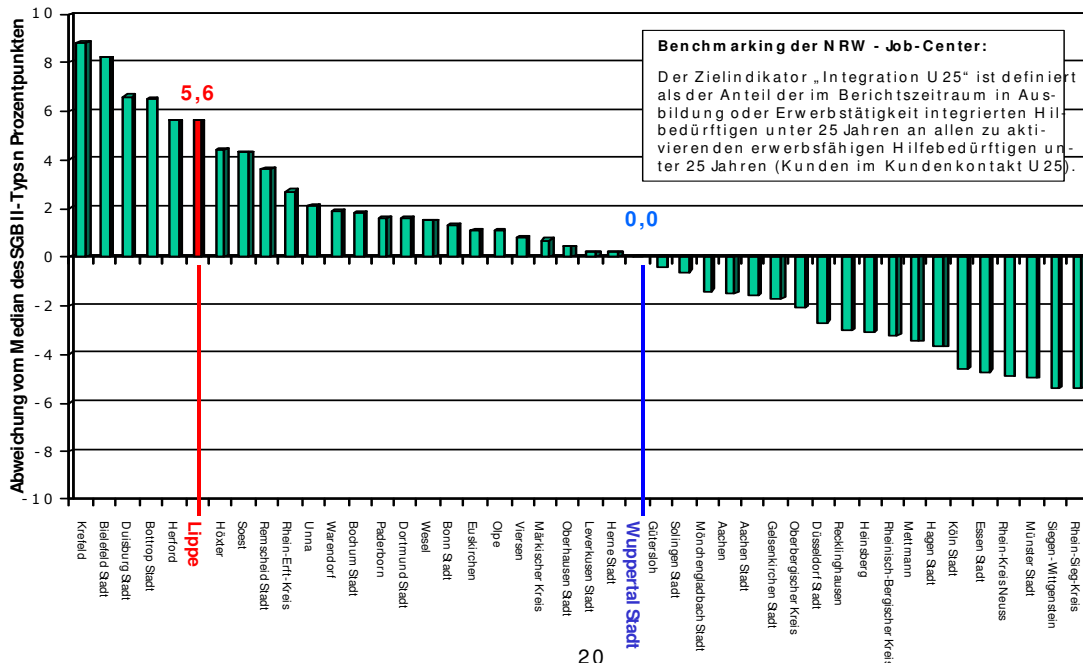
- Verringerung der Hilfebedürftigkeit
- Verbesserung der Integration in Erwerbsfähigkeit
- Verbesserung der Eingliederung der unter 25-jährigen
- zeitnahe Sicherung des Lebensunterhaltes
- Steigerung von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit

Nach Abschluss des ersten vollständigen Geschäftsjahres kann die Lippe pro Arbeit gGmbH erste Erfolge aufweisen. So steht sie im Vergleich zu anderen Regionen ganz oben bei den Integrationsleistungen. Neben den absolut sinkenden Zahlen bei den Arbeitslosen kann die Lippe pro Arbeit auch bei den Integrationsquoten mit rund 24 Prozent bei den unter 25-jährigen bzw. 19 Prozent bei den über 25-jährigen gute Zahlen vorweisen.





Arbeits- und Sozialmarktentwicklung
- Anteil Integrationen U 25 an Kunden im Kundenkontakt (Stand: Juni 2007) -



➤ **PPP-Modell "Straßen im Kreis Lippe"**

Ein weiteres Projekt der strategischen Zielplanung ist die Beteiligung privater Dritter im Rahmen der Straßenunterhaltung. Hierzu wurde Ende 2007 ein Verhandlungsverfahren mit europaweitem Teilnahmewettbewerb begonnen. Kernstück des Verfahrens ist die Vergabe langjähriger baulicher Erhaltung der Kreisstraßen des Kreises Lippe. Das Verfahren wird voraussichtlich Ende 2008 / Anfang 2009 abgeschlossen werden.

➤ **Eröffnung des "Kreiselchens"**

Im Rahmen des Zukunftsprojektes "Lippe 2020 – Gemeinsam in die Zukunft" gilt es die demografische Entwicklung zu analysieren und Handlungsempfehlungen und Maßnahmen zu entwickeln, um die Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit des Kreises Lippe für die Zukunft zu sichern und den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Ein wichtiger Schwerpunkt ist hier die Familienfreundlichkeit des Kreises Lippe. Wenn für junge Familien attraktive Angebote vorgehalten werden, leistet dies einen positiven Beitrag für die demografische Entwicklung in Lippe und stärkt insofern auch den Wettbewerb der Region insgesamt. Einen Beitrag hierzu leistet der Kreis Lippe u.a. durch das am 11.11.2007 eröffnete "Kreiselchen", die Einrichtung einer Kinderbetreuung für die Mitarbei-



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

ter der Kreisverwaltung Lippe. Für den Fall freier Plätze können auch Kinder von MitarbeiterInnen im Kreishaus ansässiger Dritter und im Ausnahmefall Kinder sonstiger MitarbeiterInnen des Kreises das Betreuungsangebot in Anspruch nehmen. Das "Kreiselchen" ist ein in dieser Form einmaliges Projekt in Nordrhein-Westfalen, mit dem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich wird. Partner dieses Projektes ist das DRK, das den Betrieb der Einrichtung übernommen hat und sicherstellt, dass Kinder im Alter von vier Monaten bis zum Beginn des Kindergarteneintrittsalters durch erfahrene Erzieherinnen betreut werden.

➤ **Projekt " SPROSS"**

Unter dem Titel "SPROSS" (Service pro Stärkung und Schutz) haben der Kreis Lippe und das Deutsche Rote Kreuz ein Projekt zur Förderung und Unterstützung junger Familien im Kreisgebiet ins Leben gerufen, das Hilfe und Serviceangebote für Eltern anbietet, die zum ersten Mal die Elternrolle übernehmen. Hierdurch sollen möglichst vielen Familien mit Rat und Tat zur Seite gestanden werden und so früh wie möglich Angebote rund um die Familienförderung transparent gemacht werden. Ziel des Projektes ist es, Eltern präventiv in ihren Erziehungskompetenzen zu stärken sowie Problemlagen früher zu erkennen und Hilfen anzubieten.

➤ **Selbstlernzentren des Kreises Lippe**

Der Kreis Lippe hat im Rahmen der Vertiefungsphase des BMBF - Förderprogramms "Lernende Regionen" seit Mitte August 2007 fünf Selbstlernzentren rund um das Thema individuelles Lernen in Lippe und Herford eingerichtet. Berufstätige, Jugendliche, Erwachsene ohne Berufsabschluss oder Arbeitsuchende können nach Erstellung eines individuellen Lernplanes im Medienzentrum des Kreises Lippe (Kreishaus) sowie in den Räumen der Volkshochschulen an den Standorten Blomberg, Lemgo, Bad Salzuflen und Herford im eigenen Lerntempo mit professioneller Lernsoftware am Computer lernen. Das Angebot reicht hierbei von der Deutsch-Sprachförderung für Menschen mit Migrationshintergrund über den Erwerb von Fremdsprachen bis hin zum Erlernen von EDV-Kenntnissen. Dabei steht den Lernenden jederzeit eine qualifizierte Lernberaterin begleitend zur Seite. Ziel ist es, ein niedrigschwelliges, modernes Bildungsangebot insbesondere für Personen mit Migrationshintergrund zu schaffen. Damit sollen die Selbstlernzentren dazu beitragen, die Integrationschancen gerade dieses Personenkreises auf dem Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern. Weitere an der Nachfrage orientierte Themenfelder sollen hinzu kommen.



➤ **Internationales Kulturprogramm "Hermann 2009"/2000 Jahre Varusschlacht**

"IMPERIUM KONFLIKT MYTHOS. 2000 Jahre Varusschlacht" ist eine länderübergreifende Ausstellungskooperation, die sich vom 15. Mai bis 25. Oktober 2009 an den drei Originalschauplätzen Haltern am See, Kalkriese und Detmold mit der Varusschlacht befasst. Kooperationspartner des Ausstellungsprojektes sind der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, die Varusschlacht im Osnabrücker Land gGmbH – Museum und Park Kalkriese sowie der Landesverband Lippe gemeinsam mit dem Kreis Lippe.

Die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Angela Merkel, und die Ministerpräsidenten der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, Dr. Jürgen Rüttgers und Christian Wulff sowie der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, haben die Schirmherrschaft für das Ausstellungsprojekt übernommen.

Die Region Lippe steht 2009 mit dem Hermannsdenkmal und der Ausstellung "MYTHOS" im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Ausstellung "MYTHOS" im Lippischen Landesmuseum in Detmold beschäftigt sich insbesondere mit der historischen Wahrnehmung der Varusschlacht und ihrer Protagonisten. Es wird gezeigt, wie der MYTHOS der Varusschlacht schon in der Römerzeit, vor allem aber seit dem ausgehenden Mittelalter bis in die Gegenwart für jeweils aktuelle politische Auseinandersetzungen und nationale Ziele dienstbar gemacht wurde.

Zur Begleitung des Ausstellungsprojektes wurde zwischenzeitlich das Internationale Kulturprogramm "Hermann 2009" erarbeitet. Kooperationspartner sind hierbei der Kreis Lippe, der Landesverband Lippe, die Stadt Detmold und die Lippe Tourismus & Marketing AG. Als Koordinator sämtlicher Aktivitäten des Internationalen Kulturprogramms 2009 steht das "Hermannbüro" in Detmold zur Verfügung.

➤ **Kulturlandschaft Lippe**

Noch in 2007 hat der Kreis Lippe seine Bemühungen für den Erhalt der Kulturlandschaft in Lippe verstärkt. Im Sommer nahm sich NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg einen ganzen Tag Zeit, um sich in Lippe über die Projekte und Ideen zum Umwelt- und Landschaftsschutz zu informieren. Einen wichtigen Beitrag hierzu leistet die Weiterentwicklung des Naturparks für den ganzen Teutoburger Wald. Mit dem Beitritt verschiedener lippischer Kommunen ist seit diesem Jahr das gesamte Gebiet des Kreises Lippe vom Naturpark umfasst.

➤ **Tag der "Erneuerbaren Energien"**

Im Mai hat nunmehr zum zweiten Mal der Tag der "Erneuerbaren Energien" in der Lipperlandhalle stattgefunden. Über 40 Aussteller informierten über sinnvolle Alternativen zur herkömmlichen Öl- oder Gasheizung und über die neuesten Entwicklungen und Geschäftsfelder im Bereich der erneuerbaren Energien. Zusätzlich bot der Kreis mit einem anspruchsvollen Fachforum eine Plattform für Gewerbe, Handwerk, Industrie, Forschung und Lehre, um sich über den neusten Stand der Entwicklung zu informieren, sich auszutauschen und zu diskutieren. Hierdurch ist unter anderem die Idee entstanden, mit einem Energieatlas die Flächennutzung für erneuerbare Energien in Lippe gezielt zu steuern.

5. Erläuterungen der Fachbereiche zu den Teilrechnungen

5.1 Teilrechnung FB 1

Teilergebnisrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Erträge	4.302.187,00 €	9.240.378,93 €	4.938.191,93 €
Aufwendungen	36.055.168,00 €	37.639.767,58 €	1.584.599,58 €
Saldo	-31.752.981,00 €	-28.399.388,65 €	3.353.592,35 €
Teilfinanzrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Einzahlungen	6.183.055,00 €	4.133.673,42 €	-2.049.381,58 €
Auszahlungen	32.571.424,00 €	31.087.664,65 €	-1.483.759,35 €
Saldo	-26.388.369,00 €	-26.953.991,23 €	-565.622,23 €

**Teilergebnisrechnung Fachbereich 1**

Die Teilergebnisrechnung des Fachbereichs 1 verbessert sich im Zuschussbedarf um rd. 3,3 Mio. € gegenüber der Planung. Ursache hierfür ist im Wesentlichen die Ergebnisverbesserung beim Produkt „Zuführung an die Eigenbetriebe“ (015 001 003) in einem Volumen von rd. 3 Mio. € (siehe Erläuterungen zum Produkt 015 001 003). Die weiteren Einsparungen in Höhe von rd. 300.000 € setzen sich aus Mehrerträgen in Höhe von rd. 200.000 € und Minderaufwendungen in Höhe von rd. 100.000 € zusammen und betreffen hauptsächlich die Produkte „Finanzmanagement“ (001.004.005) und „Zahlungsabwicklung“ (001.004.006).

Produkt 015 001 003 Zuführung an die Eigenbetriebe

Während das Produkt in der Teilfinanzrechnung sowohl hinsichtlich der Einzahlungen als auch der Auszahlungen nahezu plangerecht abgewickelt werden konnte (Budgetverschlechterung von rd. 8 T€), ist in der Teilergebnisrechnung NKF – bedingt eine deutliche Budgetverschiebung zu verzeichnen. Das Ergebnis verbessert sich gegenüber den Planungen um rd. 3 Mio. €. Ursächlich für dieses Ergebnis sind um rd. 4,7 Mio. € gesteigerte Erträge, denen allerdings Mehraufwendungen in Höhe von 1,7 Mio. € gegenüber stehen.

➤ Erträge

Die Entwicklung der Erträge resultiert aus dem in 2006 erstmals aufwandswirksam einer Rückstellung zugeführten Drohverlust der Eigenbetriebe ISB und Schulen. Da buchungstechnisch eine direkte Aufrechnung der gebildeten Rückstellung mit der vorzunehmenden Wertberichtigung nicht möglich war, wurden die eingestellten Rückstellungen für das Vorjahr ertragswirksam aufgelöst und im Gegenzug die Verluste der Eigenbetriebe als bilanzielle Abschreibung aufwandswirksam gebucht (vgl. nachstehend). Aus der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen standen die für voraussichtliche Verluste des Jahres 2006 gebildete Rückstellungen in Höhe von 4.711.995,- € zur Verfügung. Da ein entsprechender Planansatz nicht gebildet wurde, ergibt sich die vg. Ertragsverbesserung. Die sonstigen Erträge (Zinsleistungen für Altdarlehen) wurden planmäßig verbucht.

➤ Aufwendungen

Außerplanmäßige Abschreibungen sind gem. § 35 Abs. 5 GemHVO bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung eines Vermögensgegenstandes des Anlagevermögens vorzunehmen. Da sich die Eigenbetriebe Schulen und ISB im Wesentlichen aus Betriebskostenzuschüssen des Kreises Lippe refinanzieren und sonstige Erträge nur sehr begrenzt zur Verfügung stehen, ist davon auszugehen, dass die jährlichen Betriebsverluste dauerhaft sind und auch durch die Budgetentwicklung künftiger Jahre nicht wieder aufgeholt werden können. Die jährlichen Verluste mindern durch den Verlustvortrag das Eigenkapital der Eigenbetriebe und damit das Anlagevermögen des Kreises Lippe.

Die Betriebskostenverluste bis einschließlich 2005 sind durch die 1. Änderung der Eröffnungsbilanz des Kreises Lippe bereits in der Bilanz des Kernhaushalts dargestellt, die weitere Budgetentwicklung der Eigenbetriebe ist jeweils um ein Jahr zeitverzögert (nach Feststellung der Rechnungsergebnisse und Beschluss über der Verwendung des Fehlbetrages) im Kreishaushalt abzubilden. Die Wertentwicklung der Eigenbetriebe (Eigenkapital) verdeutlicht nachstehende Übersicht:

	Wertansatz EB 2. Änderung	Bisheriger Wert Kernhaushalt	Jahresabschluss EB 31.12.2006	Erforderliche Abschreibung
EB Schulen	58.416.515.-			
2. Änd. EB	1.592.330.-			
Änd. 2006 lfd.		182.940.-		
	60.008.845.-	60.191.785.-	59.121.173.-	- 1.070.612.-
EB ISB				
Änd. 2006 lfd.		2.133.361.-		
	74.544.548.-	76.677.909.-	75.738.038.-	- 939.871.-
				2.010.483.-

Damit bleibt der bilanziell in 2007 zu buchende Wertverlust der Eigenbetriebe im Kalenderjahr 2006 immerhin um rd. 2,7 Mio. € hinter der vorsorglich gebildeten Rückstellung zurück. Folgende Gründe sind maßgeblich:

- Die Betriebsergebnisse der Eigenbetriebe haben sich besser als ursprünglich geplant entwickelt +987 T€
- Zahlungen aus dem Kernhaushalt wurden im EB ISB als Kapitalzuführung gebucht +838 T€
- Zahlungen aus dem Kernhaushalt wurden im EB Schulen als Kapitalzuführung gebucht +876 T€



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2007 wurde die Darstellung der Eigenbetriebe ISB und Schulen an die vorliegenden, vom Wirtschaftsprüfer geprüften und festgestellten Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe für das Jahr 2006 angepasst.

Produkt 001 004 005 Finanzmanagement

Durch die Auflösung der Rückstellung für die Stiftung Standortsicherung konnten außerplanmäßige Erträge in Höhe von rd. 80.000 € erreicht werden. Einsparungen waren bei den Konten Beratungsmandat Finanzen (-50.000 €) und Machbarkeitsstudie PPP Schulen (-47.000 €) zu erzielen.

Produkt 001 004 006 Kasse (Zahlungsabwicklung)

Bei den Säumniszuschlägen für offene Forderungen konnte das Rechnungsergebnis um rd. 70.000 € gesteigert werden (Mehrerträge). Die Abschreibungen auf Forderungen wurden nur zum Teil in Anspruch genommen, so dass Minderaufwendungen in Höhe von rd. 220.000 € zu verzeichnen waren.

Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen 2007 stiegen im Rechnungsergebnis um rd. 135.000 € gegenüber der Planung. Davon waren im Wesentlichen die Versorgungsaufwendungen und Zuführungen zu Rückstellungen betroffen. Hier wurde die Erhöhung der Pensionen der Versorgungsempfänger zum 01.07.2008 um 2,9 % bereits in die versicherungsmathematische Berechnung der Pensionsrückstellungen übernommen, was zu erheblichen Mehraufwendungen führte. Weitere Einzelheiten siehe 3.2.2.. Die Verschlechterungen bei den Personalaufwendungen wirken sich grundsätzlich bei allen Produkten des Fachbereichs aus.

Teilfinanzrechnung Fachbereich 1

Die Teilfinanzrechnung für den Fachbereich 1 verschlechterte sich im Zuschussbedarf gegenüber der Planung um rd. 565.000 €. Ursache hierfür waren im Wesentlichen Verschlechterungen bei den Produkten „Zahlungsabwicklung“ (001 004 006, rd. 1,68 Mio. €) und Finanzmanagement (001.004.005, rd. 90.000 €), die nur teilweise durch Verbesserungen beim Produkt „Beteiligungen“ (015 001 002, rd. 685.000 €) und bei den Personalausgaben (Produkt Personalbetreuung, 001 004 001, rd. 520.000 €) aufgefangen werden konnten.

Produkt 001 004 006 Kasse (Zahlungsabwicklung)

Alle Geldeingänge des Kreises, die nicht unmittelbar zugeordnet werden können, werden zunächst auf ein bilanzielles Verbindlichkeitenkonto und ein Einzahlungskonto der Finanzrechnung (ungeklärte Einzahlungen Produkt Kasse) gebucht und später auf das zutreffende Konto umgebucht. Am Bilanzstichtag 31.12.2006 betrug der Kontenbestand rd. 2,32 Mio. €, am 31.12.2007 rd. 490.000 €. Die Differenz, rd. -1,83 Mio. €, wurde über das Konto der ungeklärten Einzahlungen abgewickelt und führte damit zu einer negativen Einnahme. Es wurden also in 2006 eingegangene Beträge in 2007 an die zutreffenden Konten ausgezahlt.

Der gegenläufige Effekt tritt bei den ungeklärten Auszahlungen auf, die über ein bilanzielles Forderungskonto und ein Auszahlungskonto der Finanzrechnung abgewickelt werden. Der klassische Fall hierfür ist der Bankeinzug nach Erteilung einer Einzugsermächtigung. Hier liegt die Kontobelastung bereits vor, bevor die Zahlungsanordnung für die Kasse erstellt wird.

Am Bilanzstichtag 31.12.2006 betrug der Kontenbestand rd. 117.000 Mio. €, am 31.12.2007 0 €. Die Differenz, rd. -117.000 €, wurde über das Konto der ungeklärten Auszahlungen abgewickelt und führte damit zu negativen Auszahlungen. Die in 2006 unerledigten ungeklärten Auszahlungen wurden also in 2007 vollständig zurück gebucht.

Produkt 001 004 005 Finanzmanagement

Die Mindereinzahlungen in Höhe von rd. 380.000 € (insbesondere Erstattung Strukturhilfe des Landesverbands) konnten nur teilweise durch Minderauszahlungen (rd. 250.000 €) kompensiert werden. Einsparungen wurden insbesondere erzielt bei den Konten Machbarkeitsstudien PPP Straßen und Schulen, Prüfungsgebühren Gemeindeprüfungsamt und Beratungsmandat Finanzen.

Produkt 015 001 002 Beteiligungen

In der Teilfinanzrechnung verbesserte sich das Produkt Beteiligungen gegenüber dem Planansatz um rd. 685.000 €. Neben sonstigen Budgetveränderungen wirkte sich hier insbesondere die zunächst mit rd. 740.000 € veranschlagte Stammkapitaleinlage bei der Landestheater Detmold GmbH aus, die nicht mehr zur Auszahlung kam.

Produkt 001 004 001 Personalbetreuung / Personalauszahlungen

Die Personalauszahlungen bei diesem Produkt sanken um rd. 520.000 €. Hauptursache war die Veranschlagung von Mittel für die leistungsorientierte Bezahlung (netto 240.000 €) und die Einmalzahlung der Beamten 2007 (netto 75.000 €), die mangels konkreter Zuordnungsmöglichkeit zentral im Fachbereich 1 veranschlagt wurden. In der Budgetausführung wurden diese Auszahlungen jedoch den Produkten verursachungsgerecht zugeordnet, was zu einer Belastung aller Produkte und zu einer Entlastung des Produkts Personalbetreuung führte. Die vorgenannten Nettobeträge erhöhten sich bei Beamten noch um die pauschalen Aufschläge für indirekt geleistete Personalauszahlungen (Umlage Versorgungskasse, Beihilfen für Beamte und Versorgungsempfänger, rd. 61% Aufschlag auf Besoldung).

5.2 Teilrechnung FB 2

Teilergebnisrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Erträge	7.356.800,00 €	7.433.820,75 €	77.020,75 €
Aufwendungen	9.349.984,00 €	9.723.297,39 €	373.313,39 €
Saldo	-1.993.184,00 €	-2.289.476,64 €	-296.292,64 €
Teilfinanzrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Einzahlungen	7.353.800,00 €	7.687.797,25 €	333.997,25 €
Auszahlungen	9.234.430,00 €	8.813.817,66 €	-420.612,34 €
Saldo	-1.880.630,00 €	-1.126.020,41 €	754.609,59 €

**Teilergebnisrechnung Fachbereich 2**

Die Ergebnisrechnung des FB 2 (ohne Regiebetrieb Bevölkerungsschutz) zeigt im Saldo im Vergleich zum Plan 2007 eine Verschlechterung um rd. 300 T€. Dieses negative Ergebnis ist überwiegend auf die Entwicklung der Personalaufwendungen, insbesondere der Versorgungsaufwendungen und den Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen im Beamtenbereich i.H.v. 540 T€ zurück zu führen (siehe auch 3.3.2).. Außerdem enthält das Ergebnis Abschreibungen auf Forderungen i.H.v. ca. 47 T€ sowie eine Wertkorrektur zu Forderungen über rd. 17.000 €..

Ohne die Überschreitung des Ansatzes der Personalaufwendungen ergibt sich eine Saldoverbesserung um rd. 240 T€. Diese Verbesserung trotz der erforderlich gewordenen Forderungsabschreibungen ist das Ergebnis der Optimierung von Ertragsressourcen (+ rd. 77.000 €) sowie eines konsequenten Sparkurses bei den Aufwendungen (- rd. 163.000 €).

Produkt 002 006 001 – Verkehrsüberwachung

Wie bereits in den Erläuterungen zum Fachbereichsbudget 2007 dargestellt, ist die Überschreitung der höchstzulässigen Geschwindigkeit ein wesentlicher Faktor bei der Analyse von Unfallursachen. Aus diesem Grunde war beabsichtigt, die stationäre Verkehrsüberwachung um vier Anlagen an Gefahren- / Unfallschwerpunkten zu erweitern. Von diesen vier Anlagen konnten im Jahr 2007 zwei errichtet werden, und zwar je eine in den Stadtgebieten Barntrup und Lügde. Die durch einen Verkehrsunfall auf der Ostwestfalenstraße an der BAB 2 zerstörte Anlage wurde ebenfalls wiederhergestellt. Zwei weitere Messstellen in Lügde, FR Elbrinxen und Ostwestfalenstr./Liemer Str. FR Bielefeld sind Anfang 2008 in Betrieb gegangen. Damit betreibt der Kreis Lippe jetzt 13 stationäre Messstellen.

Die Tatsache, dass der Kreis Lippe seinen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit konsequent verfolgt, zeigt sich anhand der Entwicklung der Verkehrsverstöße im stationären Bereich. Waren es im Jahr 2006 noch ca. 15.300 Verstöße gegen die zulässige Höchstgeschwindigkeit, so sank die Zahl im Jahr 2007 auf knapp 15.000. Die vom Kreis Lippe aufgestellten Messanlagen zeigen demnach bei den Verkehrsteilnehmern Wirkung.

Die Anzahl der durch die mobile Messung festgestellten Verstöße ist trotz Ausweitung der Einsatzschichten im Vergleich zum Jahr 2006 mit knapp 24.000 nahezu konstant geblieben. Die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges für die mobile Verkehrsüberwachung ist auf das Jahr 2008 verschoben worden, weil das alte Fahrzeug noch seinen Zweck erfüllt und ge-



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

genwärtig ein Modell gesucht wird, das den technischen Anforderungen für das korrekte Anfertigen von Fotos entspricht.

Sowohl im Bereich der mobilen als auch der stationären Geschwindigkeitsüberwachung wurden trotz des planmäßigen Einsatzes der vorhandenen Messeinrichtungen die geplanten Fallzahlen nicht erreicht. Dieses deutet auf ein „Mehr“ an Verkehrssicherheit hin, bedeutet aber auch ein „Weniger“ an Erträgen für den Kreis Lippe. Insgesamt sind die Erträge um rd. 260 T€ hinter den Planungen zurück geblieben. Da personalkostenbereinigt bei den Aufwendungen rd. 70 T€ eingespart wurde, bleibt ein Minus von rd. 190 T€ im Produkt „Verkehrsüberwachung“.

Produkt 002 006 002 - Polizeiliche Ordnungswidrigkeiten

Hier sind ebenfalls Veränderungen bei den Erträgen zu berichten. Zwar wurden die geplanten Fallzahlen –gerechnet wurde mit 16.150 Verstößen – mit rd. 15.200 nicht ganz erreicht, doch lag das durchschnittlich verhängte Bußgeld über dem kalkulierten Schnitt. Diese Entwicklung hatte zur Folge, dass etwa 92 T€ mehr Ertrag erzielt wurde. Das Produkt endet ohne Berücksichtigung der Personalkosten im Saldo mit einem Plus i.H.v. knapp 63 T€, obwohl allein in diesem Produkt Forderungen von rd. 34 T€ niedergeschlagen wurden, da die Einziehung keinen Erfolg versprach bzw. die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zur Höhe des Anspruches standen. Die Niederschlagung von Forderungen findet sich in den Abschreibungen wieder.

Produktgruppe „Fahrzeugzulassungen“

Zur Produktgruppe „Fahrzeugzulassungen“ gehören die Produkte **002 008 001** „Zulassungen“ und **002 008 002** „Überwachung der Halterpflichten“. Hier ist anzumerken, dass die Daten der Ergebnisrechnung nicht die tatsächlichen Entwicklungen der beiden Produkte darstellen. Durch einen Eingabefehler bei den Grundeinstellungen des im Backoffice der Kfz-Zulassungsstelle verwendeten Programms OK-Vorfahrt sind über einen längeren Zeitraum erhebliche Erträge dem Produkt „Zulassungen“ gutgeschrieben worden. Die fehlerhafte Einstellung ist zwischenzeitlich behoben worden. Im Jahr 2008 werden die Finanzdaten wieder den Fallzahlen entsprechen.

Tatsächlich ist eine deutliche Steigerung der Erträge im Produkt 002 008 002 „Überwachung der Halterpflichten“ zu verzeichnen. Hier liegen die Fallzahlen bei den Steuer-, Versicherungs- und Mängelanzeigen mit 15.309 deutlich über den Planwerten von 10.000. Ferner



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

konnte das Verfahren zur Realisierung offener Forderungen weiter verbessert werden und trägt damit zum positiven Ergebnis bei.

Die Fallzahlen im Bereich der Zulassungsstelle 002 008 001 „Zulassungen“ liegen in der Summe in etwa in Höhe der angenommenen Werte, so dass auch die Erträge im Produkt „Zulassungen“ planmäßig eingegangen sind.

Am 01.03.2007 hat die Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV) die verfahrensrechtlichen Vorschriften der StVZO abgelöst. Der damit verbundene Umstellungsaufwand – auch im EDV-Bereich – war beträchtlich. Da Teile des Verfahrens, wie die Regelungen über Außerbetriebsetzungen, Wiederzulassungen und die Ausstellung von Ersatzpapieren, sich deutlich von den früheren Vorschriften unterscheiden, wurde durch die Einführung der FZV ein erheblicher Umgewöhnungsprozess bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem aber auch für die Kunden in Gang gesetzt, der auch ein Jahr nach Einführung der Verordnung noch nicht abgeschlossen ist. Es zeigt sich in der Praxis, dass einige der Vorschriften der FZV nicht so umsetzbar sind, wie der Ordnungsgeber das vorgesehen hat. Manches ist darüber hinaus verkompliziert worden. Eine "Reparaturverordnung", deren Notwendigkeit an sich bereits kurz nach dem Einführungstermin der FZV erkannt wurde, lässt auf sich warten. Offensichtlich will man die zweite Stufe der FZV, die am 01.09.2008 in Kraft treten und insbesondere Änderungen in der Anbindung an das Kraftfahrt-Bundesamt und der Zusammenarbeit mit den KFZ-Versicherern bringen wird, abwarten.

Fortgesetzt wurde die 2007 begonnene Fortbildungsreihe "Partnerschaftliche Gesprächsführung" mit einer Vertiefung für diejenigen MitarbeiterInnen, die schon am ersten Teil des Seminars teilgenommen hatten und einem Basisseminar für neue MitarbeiterInnen. Diese Fortbildung dient der Weiterentwicklung des Dienstleistungsgedankens im Fachgebiet Straßenverkehr. Erste positive Auswirkungen der Fortbildung sind erkennbar.

Produkt 002 002 001 – Tierseuchenbekämpfung und Tierkörperbeseitigung

Die Tierseuche "Blauzungenkrankheit" ist im Jahr 2007 in ca. 270 lippischen Tierhaltungen ausgebrochen. Nach dem dramatischen Anstieg der Blauzungenfälle im Hochsommer wurden praktizierende Tierärzte um Unterstützung gebeten und ab dem 06.09. 2007 befristet bis zum 31.12. 2007 mit Aufgaben der Blutprobenentnahme zu diagnostischen Zwecken beauftragt. Damit waren die Hoftierärzte befugt, unter der Leitung und nach Weisung des Amtstierarztes Amtsverrichtungen wahrzunehmen, die nach dem Tierseuchengesetz den

Jahresabschluss und Lagebericht 2007

beamteten Tierärzten vorbehalten sind. Die Tierärzte erhielten für die Tätigkeit im Rahmen der Beauftragung eine Vergütung nach einer landesweiten Gebührenvereinbarung. Die dadurch aufgelaufenen Mehraufwendungen i.H.v. rd. 12 T€ konnten durch Einsparungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen wieder ausgeglichen werden.

Produkt 002 003 002 – Schlachttier- und Fleischuntersuchung

Die Schlachtzahlen im Kreis Lippe haben im Jahr 2007 nicht das Niveau des Vorjahres erreicht. Deshalb konnte der Ansatz bei den Verwaltungsgebühren nicht erreicht werden.

5.3 Teilrechnung RB Bevölkerungsschutz

Teilergebnisrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Erträge	9.360.627,00 €	9.748.947,74 €	388.320,74 €
Aufwendungen	10.601.514,00 €	11.173.551,79 €	572.037,79 €
Saldo	-1.240.887,00 €	-1.424.604,05 €	-183.717,05 €
Teilfinanzrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Einzahlungen	8.252.000,00 €	11.334.843,46 €	3.082.843,46 €
Auszahlungen	11.122.663,00 €	8.656.902,42 €	-2.465.760,58 €
Saldo	-2.870.663,00 €	2.677.941,04 €	5.548.604,04 €

Teilergebnisrechnung Regiebetrieb Bevölkerungsschutz

Die Teilergebnisrechnung für den Regiebetrieb verschlechtert sich im Zuschussbedarf um rd. 184 T€ gegenüber der Planung. Dieses Ergebnis beruht auf der Entwicklung der Personalkosten, siehe 3.3.2. Ohne die Steigerung der Personalkosten um rd. 236.000 € gäbe es einen positiven Geschäftsabschluss.

Das Ergebnis stellt sich bezogen auf die einzelnen Bereiche wie folgt dar:

Produkt 002 009 001 Serviceleistungen Feuerwehrausbildungszentrum

Die Frequentierung der Brandsimulationsanlage (BSA) ist weiterhin hoch. Der Anteil der auswärtigen Feuerwehren und anderen Institutionen ist erneut gegenüber dem vergangenen Jahr auf mittlerweile 40 % gestiegen. Die Erträge aus den Benutzungsgebühren der Brandsimulationsanlage konnten gegenüber dem Plan um 15 T€ gesteigert werden. Die Prognosen für 2008 lassen weiterhin einen ähnlichen Trend erwarten. Leider ist auch festzustellen, dass fest gebuchte Termine durch die lippischen Wehren häufiger sehr kurzfristig abgesagt werden, so dass diese Termine nicht mehr anderweitig vergeben werden können.

Im Hinblick auf die geplante Erweiterung des Feuerwehrausbildungszentrums ist eine freihändige Vergabe im Wettbewerb mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb für die Erweiterung und Modernisierung des Feuerwehr-Ausbildungszentrums in Lemgo eingeleitet worden. Mit den Bieter sind bis zum Ende des Jahres 2007 konstruktive Gespräche im Hinblick auf die unterschiedlichen Ideen der Bieter hinsichtlich der Ausführung geführt worden. Es ist damit zu rechnen, dass der Um- und Erweiterungsbau des FAZ im Jahr 2008 in den wesentlichen Gewerken fertig gestellt sein wird.

Der alte Prüfstand für Atemschutzgeräte in der Atemschutzwerkstatt ist, wie geplant, durch einen neuen Prüfstand mit EDV Unterstützung ersetzt worden. Nach einer notwendigen Einarbeitungs- und Schulungszeit der Mitarbeiter sind mittlerweile die Arbeitsabläufe, auch dank einer implementierten Barcode- und Transpondererfassung der Geräte, optimiert worden.

Die geplante Modernisierung der Atemschutzstrecke ist in der Zeit des Jahreswechsels 2007/2008, in der die Strecke üblicherweise nicht frequentiert wird, durchgeführt worden. Sämtliche Arbeitgeräte werden nun den ergonomischen und physiologischen Anforderungen gerecht. Die Leistungsdaten der Feuerwehrkameraden werden elektronisch gemessen, dank einer permanenten Herzfrequenzüberwachung der übenden Personen ist nun auch im Be-



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

reich der Atemschutzübungsstrecke der Sicherheitsstandard dem Standard der BSA angepasst worden.

Produkt 002 009 002 Katastrophenschutz

Erstmals ist in 2007 eine Krisenstabsübung des neu konstituierten Krisenstabes als Vollübung mit Einsatzkräften der operativ-taktischen Komponente durchgeführt worden. Mit Einsatzkräften der Technischen Einsatzleitung des Kreises Lippe sowie den hauptberuflichen und freiwilligen Einsatzkräften der Feuerwehr Detmold wurde ein Störfallszenario bei einem Betrieb in Detmold geübt, der der Störfallverordnung unterliegt.

Ausbildungen von Einzelpersonen des Krisenstabes an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) in Ahrweiler sind durchgeführt worden.

Hinsichtlich der technischen Ausstattung sind weitere Investitionen im Bereich der internen und externen Kommunikation durchgeführt worden, um die technischen Komponenten der operativ-taktischen Ebene auch über das World – Wide - Web optimaler anzubinden.

Der in 2006 durch das Land bezuschusste und angeschaffte Container für den Massenanfall von Verletzten (ManV) ist in Verbindung mit den GW - San der Organisationen beübt worden. Der vorhandene Mannschaftstransportwagen für die Einsatzkräfte des MANV - Systems ist aus Altersgründen und wegen technischer Mängel durch ein neues Fahrzeug ersetzt worden.

Produkt 002 010 001 Leitstelle

Während des Orkans Kyrill im Januar 2007 wurde die Erkenntnis gewonnen, dass trotz Vollbesetzung aller sechs Arbeitsplätze in der Leitstelle etliche Notrufe nicht zeitnah entgegen genommen werden konnten. Aufgrund dieser Tatsache wurde im Laufe des Jahres 2007 ein weiterer vollwertiger Arbeitsplatz in der Feuerschutz- und Rettungsleitstelle in Lemgo eingerichtet, der im Oktober 2007 in Betrieb genommen werden konnte.

Seit Anfang 2006 hat sich die Leitstelle mit externer fachlicher Unterstützung mit der Einführung eines Qualitätsmanagements befasst. Im Dezember 2007 fand dann ein Qualitätsaudit statt, in dem der Nachweis erbracht wurde, dass das erarbeitete Qualitätsmanagementsystem den Anforderungen der DIN EN ISO 9001:2000 entspricht. Die Feuerschutz- und Rettungsleitstelle Lemgo ist damit die erste Leitstelle in Nordrhein-Westfalen, die ein QM-System eingeführt hat. Im Rahmen einer Feierstunde wurde die Zertifizierungsurkunde im Beisein des Innenministers NRW am 22.02.2008 übergeben.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Bei der Erstellung des QM-Systems wurden die Arbeitsabläufe der Leitstelle optimiert und weitgehend standardisiert. Im Ergebnis führt dies zu einer größeren Transparenz und Sicherheit im täglichen Betrieb. Zur Sicherstellung des erarbeiteten Qualitätsstandards findet jährlich ein Überprüfungsaudit statt.

Produkt 002 010 002 Rettungsdienst

Nach der Stationierung der beiden Notarzteinsatzfahrzeuge (NEF) im November 2005 in provisorischen Räumlichkeiten am dem Gelände des Klinikum Detmold konnte im Juni 2007 die neue NEF-Wache in direkter Nachbarschaft zum Klinikgebäude in Betrieb genommen werden. Dort sind 2 Notarzteinsatzfahrzeuge sowie 2 Rettungsassistenten untergebracht, die rund um die Uhr einen Notarzt zum Einsatzort transportieren können. Die NEF-Wache in Detmold wird im Auftrag des Kreises Lippe vom Deutschen Roten Kreuz Lippe in Kooperation mit der Johanniter-Unfall-Hilfe Lippe und dem Malteser Hilfsdienst betrieben.

In der NEF-Wache ist auch das im Jahr 2006 angeschaffte Intensivtransportsystem untergebracht. Das Tragensystem kommt bei intensivpflichtigen Verlegungstransporten in andere Kliniken zum Einsatz und verfügt über medizinische Spezialgeräte. Die Transporte erfolgen mit einem Rettungswagen der Johanniter-Unfall-Hilfe.

Seit dem 01.07.2007 gilt die neue Satzung für den Rettungsdienst im Kreis Lippe, welche im Gegensatz zur alten Regelung niedrigere Gebühren für Einsatzfahrten vorsieht. Die Gebührenkalkulation war so ausgelegt, dass im Jahr 2007 nur noch eine geringe Zuschreibung zum Sonderposten für den Gebührenaussgleich erfolgen sollte. Aufgrund einer unvorhersehbaren Steigerung der Einsatzfahrten der Rettungswachen im Kreis Lippe betrug die Höhe der Neuzuschreibung zur Gebührenaussgleichsrücklage knapp über 1,0 Mio. €. In den kommenden Jahren wird jedoch mit dem planmäßigen Abbau der Rücklage gerechnet.

Teilfinanzrechnung Regiebetrieb Bevölkerungsschutz

Die Teilfinanzrechnung des Regiebetriebes verbessert sich gegenüber den Planansätzen um rd. 5.5 Mio. €. Ursächlich hierfür ist neben der Verschiebung der Baumaßnahme „Erweiterung Feuerwehrausbildungszentrum“ (- 2.2 Mio. €) in das Jahr 2008 die Abrechnung mit den Hilfsorganisationen. Hier konnten Mehrerträge in Höhe von rd. 3 Mio. € realisiert werden, die einerseits aus der Abrechnung der Vorjahre resultieren, andererseits war eine erhebliche Steigerung der Einsatzfahrten zu verzeichnen. Ausgaben in Höhe von rd. 350 T€ konnten bei der Personal- und Sachkostenerstattung an die Hilfsorganisationen eingespart werden.

5.4 Teilrechnung FB 3

Teilergebnisrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Erträge	38.603.783,00 €	38.902.212,10 €	298.429,10 €
Aufwendungen	143.546.575,00 €	147.165.971,75 €	3.619.396,75 €
Saldo	-104.942.792,00 €	-108.263.759,65 €	-3.320.967,65 €
Teilfinanzrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Einzahlungen	38.747.570,00 €	38.146.681,81 €	-600.888,19 €
Auszahlungen	144.095.066,00 €	145.232.447,77 €	1.137.381,77 €
Saldo	-105.347.496,00 €	-107.085.765,96 €	-1.738.269,96 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Die Teilergebnisrechnung für den Fachbereich 3 verschlechtert sich im Zuschussbedarf um rd. 3,3 Mio. € gegenüber der Planung. Das Ergebnis stellt sich bezogen auf die einzelnen Bereiche wie folgt dar:

	Saldo Plan 2007	Saldo Ergebnis 2007	Veränderung
Schule, Kultur, Sport	-4.317.035	-4.488.288	-171.253
Soziales	-73.682.764	-75.566.623	-1.883.859
Jugend	-24.362.616	-25.630.817	-1.268.201
Gesundheit	-2.580.377	-2.578.031	2.346
Gesamt	-104.942.792	-108.263.759	-3.320.967

Schule, Kultur, Sport

Für den Bereich Schule, Kultur, Sport wird das negative Rechnungsergebnis von –171 T€ im Wesentlichen durch die noch notwendig gewesene bilanzielle Abschreibung für die offenen Forderungen für das Projekt RegioNet verursacht. Da sich eine Durchsetzung der Forderungen gegenüber den Bildungsträgern nicht mehr als realistisch darstellte wurde die Forderung in Höhe von ca. 150 T€ in der Bilanz entsprechend abgesetzt.

Soziales

Die Budgetverschlechterung von ca. 1,88 Mio. € resultiert aus zwei wesentlichen Produktabweichungen:

- Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II (005 003 001) ca. -1,4 Mio. €
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit (005 003 003) ca. – 500 T€

Grundsicherung für Arbeitsuchende

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende trat im Rahmen der Arbeitsmarktreform (Hartz IV) zum 01.01.2005 in Kraft. Die Hilfestellung erfolgt über die Lippe pro Arbeit gGmbH. Der Kreis ist Kostenträger für die Unterkunftskosten sowie für einmalige Beihilfen und Darlehn. An den Unterkunftskosten beteiligte sich der Bund in 2007 mit 31,2 %. Außerdem trägt der Kreis einen kommunalen Finanzierungsanteil (KFA) in Höhe von 12,6 % an allen Personal- und Sachkosten für die Lippe pro Arbeit gGmbH. Die Nettoaufwendungen des Kreises Lippe für 2007 sinken gegenüber dem Ergebnis 2006 aufgrund verringerter Fachaufwendungen

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

und aufgrund eines höheren Anteils der Bundeserstattung um rd. 1 Mio. €. Allerdings hat sich die für 2007 erwartete weitere Kostensenkung von rd. 1 Mio. € nicht eingestellt, der Mehraufwand gegenüber dem Ansatz beträgt rd. 1,1 Mio. € :

einmalige Beihilfen	1.119.179	1.233.833	1.215.366	1.395.101
Darlehen	325.530	23.629	200.000	204.269
Komlementäre Leistungen	40.580	42.467	100.000	94.986
KFA-Anteil	1.363.746	1.952.108	1.750.000	2.165.544
	55.599.169	60.685.100	59.067.373	60.343.616
Bundeserstattung	15.286.842	16.859.714	17.409.600	17.530.395
	29,10%	29,10%	31,20%	31,20%
Belastung Budget FB 3	40.312.327	43.825.386	41.657.773	42.813.221
Abweichung gegenüber Vorjahr		8,71%		-2,31%
				Veränderung
				1.155.448

Neben diesen Fachkostenabweichungen schlagen noch die Personal- und Versorgungsaufwendungen mit ca. 250 T€ überplanmäßig zu Buche. Es wurden im Laufe des Jahres 2007 weitere Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter zur ARGE versetzt, die anfangs nicht im Budget des Fachbereiches 3 eingeplant waren. Hier tritt aber eine Entlastung bei anderen Fachbereichen ein.

Insgesamt ergibt sich eine Budgetverschlechterung im Rechnungsergebnis in Höhe von **-1,4 Mio. €** bei diesem Produkt.

Diese Budgetabweichung resultiert neben den Personalkosten überwiegend aus zwei Faktoren:

- Steigerung des Kommunalen Finanzierungsanteils
- Budgetüberschreitung bei den KDU und einmaligen Beihilfen

a) Unterkunfts- und Heizkosten, einmalige Beihilfen

Auf Grund der guten konjunkturellen Entwicklung ist die Zahl der Leistungsberechtigten zwar seit 2005 gesunken, jedoch können die guten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit über den Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Aufschwung bei einem großen Teil der Leistungsberechtigten nach dem SGB II noch nicht angekommen



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

ist oder trotz Erwerbstätigkeit nicht dazu geführt hat, dass diese aus dem Leistungsbezug ausgeschieden sind.

Nach einer Studie⁴ des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen hat gerade der Niedriglohnanteil der Beschäftigten in Westdeutschland von 14,4 % im Jahre 1995 auf 22,2 % im Jahre 2006 zugelegt. Dies sei der höchste Anteil in der EU. Selbst unter den Vollzeitbeschäftigten arbeite mittlerweile jeder siebte im Niedriglohnsektor, wohingegen es im Teilzeitbereich bereits jeder vierte sei. Inzwischen arbeite jeder fünfte unterhalb der Niedriglohnschwelle von 9,61 € / Std., die durchschnittlichen Niedriglöhne sanken auf 6,89 €/Std.. Auch der Anteil der Personen mit Berufsausbildung innerhalb der Gruppe der niedriglohnbeschäftigten sei in dem gleichen Zeitraum von rd. 59% auf 68% angestiegen.

Diese Entwicklung findet auch in der Fallzahlentwicklung der Bezieher von Leistungen nach dem SGB II in Lippe ihren Niederschlag:

Zwar ist die Zahl der in der Arbeitslosenstatistik geführten SGB II-Empfänger um 17,26 % gesunken, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften hingegen nur um 11,46 % und die Zahl der Leistungsberechtigten (alle Personen, die SGB II-Leistungen beziehen) sogar nur um 3,64 %. Die Zahl der Sozialgeldempfänger hat sich im Jahre 2007 nur um 1,8 % verringert, während die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsbezieher um 3,8 % gesunken ist.

Leistungsbezieher nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld) *

SGB II	Arbeitslose SGB II	erwerbsfähige Hilfebedürftige	Bedarfsgemeinschaften	Leistungsberechtigte **
Dez 05	12.617	22.145	15.723	31.480
Dez 06	11.416	21.794	14.313	31.203
Dez 07	10.440	21.072	13.921	30.334
Abnahme 05 zu 07 in %	17,26%	4,85%	11,46%	3,64%

* Quelle mtl. Arbeitsmarktreport der Bundesagentur für Arbeit

** Bezieher von ALG II und von Sozialgeld (Angehörige des ALG II - Beziehers)

Bemerkenswert ist zudem, dass in 2007 die Anzahl Leistungsbezieher nach dem SGB II mit selbstständiger oder unselbstständiger Erwerbstätigkeit von 3.447 Personen auf 4.222 Per-

⁴ Quelle: Universität Duisburg-Essen, Institut für Arbeit und Qualifikation, IAQ-Report 2008-1



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

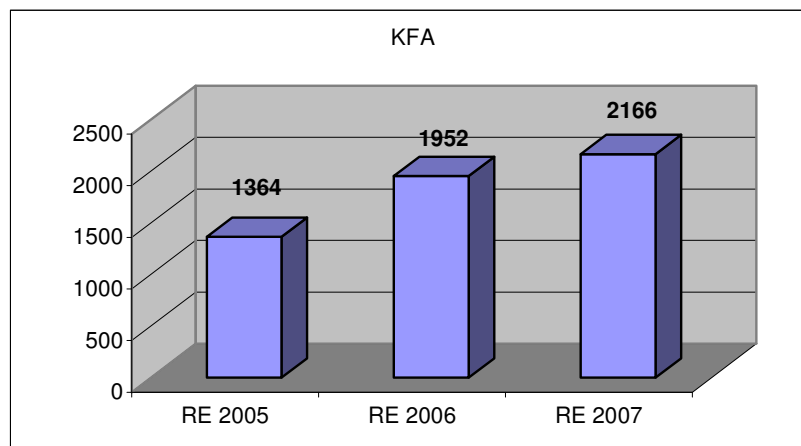
sonen gestiegen ist (+22%). Hinzu kommen die Eigenarten der zur Zeit auf Weisung des Bundes praktizierten Anrechnung der Einkünfte:

Einkünfte werden zunächst in vollem Umfang auf die Regelleistungen, für welche der Bund zuständig ist, angerechnet. Erst wenn dort Überschüsse zu verzeichnen sind, erfolgt eine Anrechnung auf die Kosten der Unterkunft und die Heizungskosten, für welche der Kreis zuständig ist. Dies führt dazu, dass die Aufnahme einer Beschäftigung oder die Erhöhung eines Einkommens nicht zwangsläufig dazu führen muss, dass die vom Kreis zu bezahlenden Kosten sinken, da dies zunächst zur Reduzierung der Bundesleistungen führt.

Hinsichtlich dieses Abrechnungsverfahrens sind einige Musterklagen anhängig, über die noch nicht entschieden ist. Anders ist es auch nicht zu erklären, dass es auf Seiten des Bundesagentur zu milliardenschweren Kostensenkungen gekommen ist, während auf kommunaler Seite die Kosten sogar noch steigen oder bestenfalls stagnieren.

b) Kommunalen Finanzierungsanteil

Von dem gesamten Verwaltungsbudget (Personal- und Betriebskosten) der Lippe pro Arbeit gGmbH trägt der Kreis einen Anteil in Höhe von 12,6 %. Dieser Anteil war konstant, jedoch sind die Aufwendungen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, wie die Übersicht verdeutlicht:



Diese Steigerung ist zum einen auf einen zunehmenden Personalbestand in der Lippe pro Arbeit zurückzuführen. Die Zahl der Stellen ist von 247 in 2006 auf 277 Ende 2007 angestiegen. Zum anderen sind die Dienstleistungen, die durch die Lippe pro Arbeit gGmbH von der Bundesagentur "eingekauft" werden, erhöht worden.



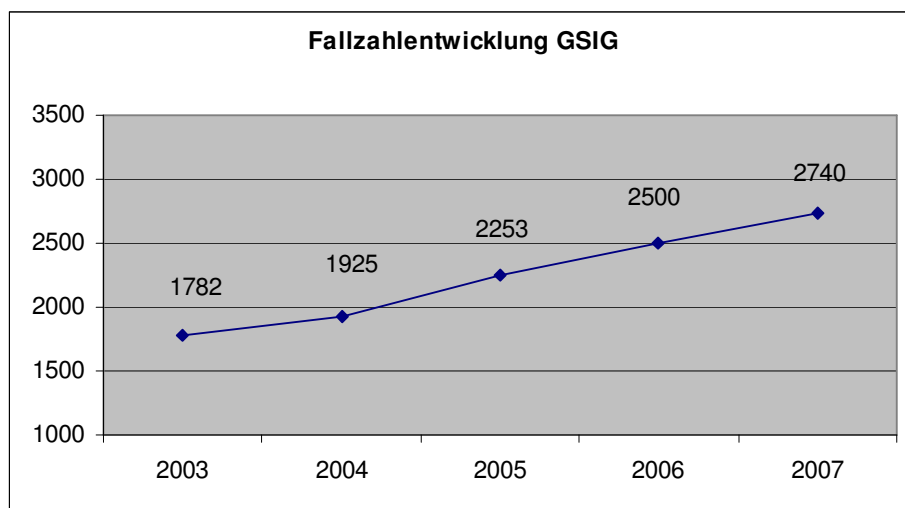
Jahresabschluss und Lagebericht 2007

c) Wohngeldmittel des Landes

Die durch die Hartz- Reform eingesparten Wohngeldmittel des Landes werden seit 2005 an die Kommunen verteilt als Ausgleich für die entstandenen Mehrbelastungen nach dem SGB II. Bei dem bisherigen Verteilschlüssel spielte es jedoch keine Rolle, ob eine Kommune in Summe Ent- oder Belastungen durch die Hartz IV-Reform hatte. Durch die in 2007 beschlossene Änderung des AG SGB II wurde ein gerechteres Verteilsystem eingeführt, das eine stärkere Entlastung der sogenannten "Verliererkommunen" vorsieht. Dadurch hat der Kreis Lippe in 2007 einen Ausgleich in Höhe von ca. 11,0 Mio. € erhalten gegenüber 5,0 Mio. € in 2006

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Seit Einführung der Hilfe zum 01.01.2003 ist die Zahl der Leistungsberechtigten kontinuierlich angestiegen, wie die folgende Übersicht verdeutlicht:



Die meisten Leistungsberechtigten erhalten diese Hilfe ab Vollendung des 65. Lebensjahres oder bereits bei früher einsetzender Erwerbsunfähigkeit bis an ihr Lebensende. Als Folge der demografischen Entwicklung und auf Grund des stagnierenden Rentenniveaus steigt die Zahl der Leistungsberechtigten kontinuierlich an.

Die Belastung des Kreises ist in den letzten Jahren aber nicht nur wegen steigender Fallzahlen gestiegen, auch die Bundesbeteiligung ist anteilig zurückgegangen. Der Bund beteiligt sich grundsätzlich an den Aufwendungen, jedoch ist die Kostenbeteiligung des Bundes seit Beginn der Hilfe gedeckelt und richtet sich jeweils nach den Vorjahres-Netto-Aufwendungen aller Träger in NRW. Dies wirkt sich für den Kreishaushalt wie folgt aus:



	2003	2004	2005	2006	2007
Ausgaben	5.031.194	6.006.734	8.117.874	9.751.541	10.581.011
Einnahmen	306.826	337.096	168.925	217.527	252.248
Nettoausgaben	4.724.368	5.669.638	7.948.949	9.534.014	10.328.763
Bundeserstattung	1.339.428	1.536.530	1.443.849	1.432.121	1.732.667
Belastung Kreis	3.384.940	4.133.108	6.505.100	8.101.893	8.596.096
Erstattungsquote	28,3 %	27,1 %	18,2 %	15,0 %	16,7 %

Jugend

Für das Defizit im Bereich Jugend waren die folgenden Produkte maßgeblich:

- Tageseinrichtungen (006 001 001) ca. 750 T€
 - Wirtschaftliche Jugendhilfe (006 003 001 und 006 003 003) ca. 500 T€
 - Unterhaltsvorschussleistungen (006 003 007) ca. 100 T€
- Eine Forderungsbereinigung in Höhe von ca. 570 T€ für 2006 verhinderte hier ein besseres Rechnungsergebnis

Tageseinrichtungen

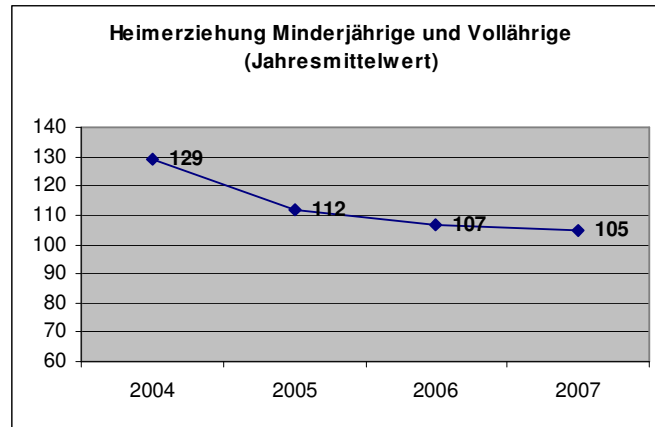
Das Defizit bei diesem Produkt resultiert aus Mindererträgen.

Für 2007 wurde vereinbart, zur Verstärkung regelmäßiger Überprüfungen des Eltern-einkommens zwei zusätzliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Aufgabengebiet Elternbeiträge einzusetzen, um Mehrerträge in Höhe von 600 T€ zu erzielen. Tatsächlich wurden zwei Mitarbeiterinnen mit zusammen 1,5 Vollzeitstellen ab 01.03.2007 bzw. 15.03.2007 zusätzlich eingesetzt.

Diese Mehrerträge ließen sich nicht realisieren. Zum einen wurde ein neues IT-Verfahren eingesetzt, das in der Einführungsphase und auch noch mehrere Monate danach erheblich Mehrarbeit verursachte. Zum anderen wurde eine Mitarbeiterin der neu zugewiesenen Kräfte längerfristig krank, so dass schließlich nur die regulären Überprüfungen und Festsetzungen stattfinden konnten, nicht aber die nachträgliche Überprüfung von älteren Fällen. Ohne das neue IT-Verfahren hätte ein wegweisendes, IT-gestütztes Elternbeitragsverfahren nicht umgesetzt werden können.

Wirtschaftliche Hilfen zur Erziehung

Die bereits vor Jahren eingeleitete erfolgreiche Steuerung der Fallzahlen- und Kostenentwicklung bei den familienersetzenden Maßnahmen für junge Menschen zeigt weitere Erfolge. Die stationären Maßnahmen konnten weiterhin auf einem niedrigen Niveau gehalten werden, wie die nachfolgende Tabelle verdeutlicht.



Insofern sah es im Verlauf des Jahres 2007 auch lange so aus, als ob das Budget für die wirtschaftliche Jugendhilfe auskömmlich wäre. Letztendlich führte der gewünschte Ausbau der ambulanten Hilfen jedoch zu einem Defizit von 200 T€. Im Bereich der stationären Maßnahmen waren die Eingliederungsmaßnahmen nach § 35 a SGB VIII sowie nicht planbare vorläufige stationäre Unterbringungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen maßgeblich für ein weiteres Defizit von 300 T€.

Weitere positive Impulse sind hier zukünftig durch das Gastelternprojekt für ältere Kinder und Jugendliche sowie den Aufbau von Bereitschaftspflegestellen zur Vermeidung stationärer Hilfen in Einrichtungen zu erwarten.

Unterhaltsvorschussleistungen

Ab 2006 werden die Forderungen aus noch nicht realisierten Ansprüchen gegenüber den unterhaltspflichtigen Elternteilen vollständig in die Bilanz aufgenommen. Neben der Berücksichtigung der laufenden Unterhaltsansprüche erfolgte in 2007 erstmals einer sog. Pauschalwertberichtigung, die zu einer erfolgswirksamen Forderungsberichtigung in Höhe von 1,7 Mio. € und einer erfolgswirksamen Berichtigung der Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 0,8 Mio. € geführt hat (vgl. Abschnitt A, Ziffer 6.3.1). Die einzelnen Unterhaltsforderungen werden weiter verfolgt.

Gesamtkonzept zur Familien-, Kinder- und Jugendförderung im Kreis Lippe

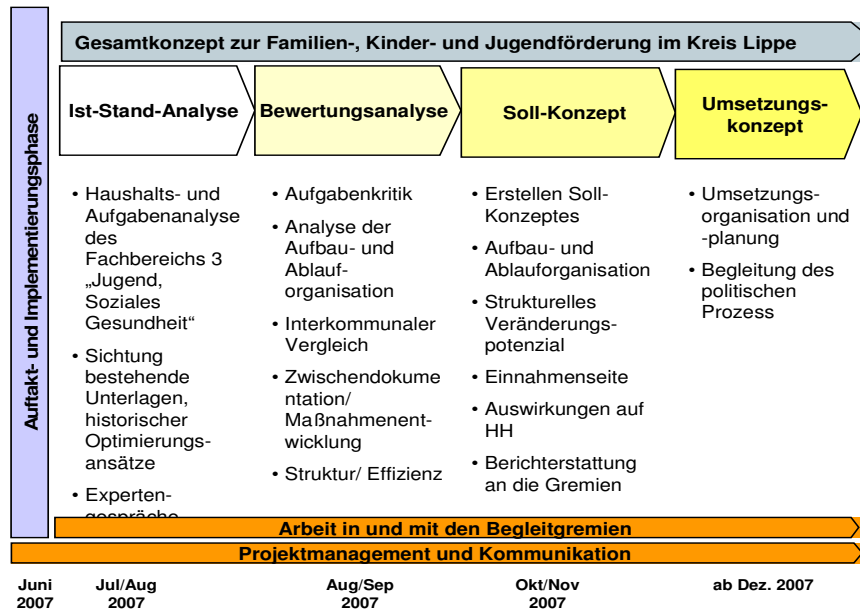
Nach den Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses und des Kreistages wurde im Jahr 2007 ein umfassendes und damit einzigartiges Projekt zur Entwicklung eines träger- und disziplinübergreifenden Gesamtkonzeptes zur Jugendförderung für den Kreis Lippe mit externer Unterstützung in Auftrag gegeben.

Nach einem aufwendigen und differenzierten Verhandlungsverfahren erhielt im Juni 2007 die Firma Rödl & Partner den Auftrag. Mit dem Auftragnehmer wurde im Jahr 2007 an diesem Gesamtkonzept gearbeitet, welches eine hohe Akzeptanz und breite Beteiligung vieler Akteure erforderte. In diversen Arbeitsgruppen und Begleitsitzungen wurden dabei drei Hauptprämissen berücksichtigt:

1. Ressourcenorientierung als konzeptionelle Grunddimension der Familien-, Kinder- und Jugendförderung einschl. der Entwicklung zeitgemäßer Finanzierungsformen
2. Entwicklung von Vorschlägen zur konzeptionellen Weiterentwicklung aus strategischer, fachlicher und methodischer Sicht
3. Entwicklung von Vorschlägen für eine optimierte Kooperation und Vernetzung sozialer Dienste als Instrument der Geschäftsprozessoptimierung bis hin zur Bildung von neuen Verbundsystemen in eigenständiger Rechtsform einschl. Etablierung einer Prozesssteuerung in der Familien-, Kinder- und Jugendhilfe

Das Projekt folgte dem nachfolgenden Zeitplan.

Methode im Überblick und auf der Zeitachse



Der Abschlußbericht des Auftragnehmers Rödl & Partner wurde Ende Januar 2008 vorgelegt. Derzeit läuft die Umsetzungsphase im Fachbereich.

Gesundheit

Wie auch schon in den letzten Jahren war das Budget auskömmlich. Es wurde hier fast eine "Punktlandung " erzielt mit einem Ergebnis von + 2 T€.

5.5 Teilrechnung FB 4

Teilergebnisrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Erträge	2.093.034,00 €	1.054.754,49 €	-1.038.279,51 €
Aufwendungen	5.016.654,00 €	3.900.186,89 €	-1.116.467,11 €
Saldo	-2.923.620,00 €	-2.845.432,40 €	78.187,60 €
Teilfinanzrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Einzahlungen	2.071.033,00 €	942.813,69 €	-1.128.219,31 €
Auszahlungen	5.501.356,00 €	3.741.546,06 €	-1.759.809,94 €
Saldo	-3.430.323,00 €	-2.798.732,37 €	631.590,63 €



Teilergebnisrechnung Fachbereich 4

Das Budget des Fachbereiches 4 - Umwelt für das Haushaltsjahr 2007 schließt in der Teilergebnisrechnung mit einem Ist-Ergebnis (Endsaldo) von ca. – 2,84 Mio. € ab. Gegenüber dem Planansatz hat sich das Ergebnis um ca. 78 T€ verbessert.

➤ **Wegfall des Produktes 010 003 003 – Abbau von Fehlsubventionierung**

Das 2. Gesetz zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen NRW (2. AFWoG NRW) ist durch das Fehlbelegungsrechtsänderungsgesetz vom 23.05.2006 (FehlÄndG NRW) rückwirkend zum 01.01.2006 aufgehoben worden. Damit ist die Auftragsgrundlage für das Produkt 010 003 003 – Abbau von Fehlsubventionierung – weggefallen. Bereits im Haushaltsjahr 2006 sind anstelle der Planung für 2006 lediglich Abwicklungsaufgaben getreten, die nahezu abgeschlossen werden konnten. Dieses Produkt ist ab 2007 entfallen.

➤ **Landeszuweisungen in der Produktgruppe Natur und Landschaft**

Die Produktgruppe 013 001 – Natur und Landschaft - war im Haushaltsjahr 2007 wiederum im Wesentlichen durch den Umstand geprägt, dass die Landeszuweisungen im Bereich der Landschaftsbehörde nicht im geplanten Umfang realisiert werden konnten. Dies hat seine Ursachen u.a. in der Reduzierung der hierfür zur Verfügung stehenden Landesmittel, einer verstärkten Prioritätensetzung seitens der Bewilligungsbehörde und einer Anlehnung der Landesförderungen an die EU-Förderungen. Soweit möglich wurden die korrespondierenden Ausgabeansätze reduziert.

➤ **Erträge**

Die für den Fachbereich 4 insgesamt geplanten Erträge konnten in der Teilergebnisrechnung nicht vollständig realisiert werden. Die Mindererträge von rd. 1.038 T€ resultieren aber im Wesentlichen aus einer zeitlich verzögerten Abwicklung der Planungs- und Baumaßnahmen „Umlaufgerinne Schiedersee“. Hier sind bei dem Produkt 013 002 001 – Oberflächengewässer – um rd. 983 T€ verminderte Landeszuweisungen und Kostenerstattungen des EHZ zu verzeichnen, damit korrespondieren um rd. 979 T€ verminderte (zeitlich verzögerte) Aufwendungen für die Herstellung des Umlaufgerinnes. Im Übrigen konnten die geplanten Erträge nahezu planmäßig realisiert werden, Abweichungen bei den einzelnen Produkten kompensieren sich nahezu gegenseitig.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

➤ **Aufwände**

Es wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen. Die um rd. 1.116 T€ verminderten Aufwendungen resultieren allein in Höhe von 979 T€ aus der zeitlich verzögerten Abwicklung des Projektes. Weitere Einsparungen resultieren aus der fehlenden bzw. geringeren Landesförderung im Bereich des Kulturlandschaftspflegeprogramms (-83 T€) und der Unterhaltungsmaßnahmen in Landschaftsschutzgebieten (-101 T€).

➤ **Zielabgleich**

Die im Produktplan 2007 in den Erläuterungen zum Fachbereichsbudget "Fachbereich 4 – Umwelt" angegebenen fachlichen Schwerpunkte und Perspektiven der einzelnen Fachgebiete konnten im Rahmen der haushaltsrechtlichen Vorgaben weitestgehend umgesetzt werden. Aufgrund der Reduzierung der Landesförderungen konnten die Maßnahmen zur Umsetzung der Landschaftsplanung nicht im vorgesehenen Umfang durchgeführt werden. Entsprechend dem Rückgang der Landesförderung wurden die korrespondierenden Ausgabeansätze – soweit möglich – ebenfalls reduziert.

Einzelne Fachgebiete

Produktbereich „010 003 – Mittelbewilligung, Wohnungswirtschaft“

Die Aufgaben der Wohnungsbauförderung sind zum 01.08.2006 in den Bürger- und Unternehmensservice (BUS) verlagert worden bzw. zum 31.12.2006 entfallen (vgl. obige Ausführungen).

Produktgruppe 011 001 – Abfallentsorgung u. Abfallwirtschaft

Wie bereits im Vorjahr stellt die Aufgabenbetreuung des **Abfallwirtschaftsverbandes Lippe** auch in 2007 einen Schwerpunkt in der Aufgabenwahrnehmung dar. Der Kreis Lippe erhält aufgrund eines Beschlusses der Verbandsgremien hierfür einen Personalkostenzuschuss in Höhe von 71.000 € jährlich.

Die Stabilität der **Abfallgebühren** war neben der Entsorgungssicherheit ein Hauptziel der Neuordnung der Abfallwirtschaft in Lippe. Im Jahr 2007 wurde dieses Ziel erneut erreicht, eine Änderung ist weiterhin nicht zu erwarten. Seit dem Jahr 2000 sind die Gebühren stabil.

Die in 2006 vorbereitete und 2007 umgesetzte Einführung der **Saisonbiotonne** wurde von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen. In den teilnehmenden 10 Kommunen Lippes wurden zum 1. Mai 2007 knapp 3.600 Saisontonnen geordert. Zum Ende der Phase



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

im Oktober waren es insgesamt rund 3.850 Tonnen. Die erwartete Mehrmenge an Grünabfall von 1.000 Mg wurde mit 1.300 Mg sogar deutlich überschritten.

Mit den Themen „betrieblicher Überflutungsschutz“, „Umweltmanagement“ und „REACH“ sowie den Möglichkeiten und Modellen der Kennzahlenermittlung erfolgte im Jahr 2007 eine Anpassung der **Gewerbeabfallberatung** an den Bedarf der Unternehmen. Mit 12 Umweltsports wurden Unternehmen zudem in kurzer Form auf dem elektronischen Weg über aktuelle Themen von Abfallmengen über Energieeffizienz, Umweltzonen bis Wassergefährdende Stoffe informiert.

Auf der Grundlage des Abfallwirtschaftsplanes der Bezirksregierung Detmold sowie der abfallwirtschaftlichen Daten und Strukturen im Kreis Lippe wurde im Jahr 2006 das **Abfallwirtschaftskonzept** für den Kreis Lippe als Entwurf erarbeitet. Im Dezember 2006 erfolgte die Einleitung des Verfahrens zur Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, das mit Abgabe der Stellungnahmen der kreisangehörigen Kommunen am 15.03.2007 endete. Die vorgebrachten Anregungen und Bedenken wurden geprüft und ggf. in das Abfallwirtschaftskonzept eingearbeitet. Die endgültige Verabschiedung des Abfallwirtschaftskonzepts erfolgte nach den Beschlüssen im Umweltausschuss am 24.05.2007 und im Kreisausschuss am 11.06.2007 am 18.06.2007 im Kreistag.

Produktgruppe „013 001 – Natur und Landschaft“

➤ **Landschaftsplanung und FFH - Gebietsumsetzung**

Schwerpunkt der Arbeit im Produkt 013 001 001 "Freiraumschutz und -entwicklung" ist neben den laufenden Stellungnahmen zu Drittplanungen und sonstigen Vorhaben weiterhin - u.a. aufgrund des Beschlusses des Kreistages vom 02.07.2001 - die Umsetzung der FFH-Richtlinie über die Landschaftsplanung mit dem Ziel der flächenhaften Fertigstellung bis zum Jahr 2008 gewesen. So konnten mit Personalkostenförderung des Landes NRW bereits in der Vergangenheit einige Landschaftspläne fertig gestellt und damit die geschlossene Vereinbarung eingehalten werden. Nach Auslaufen der Personalkostenförderung im Jahr 2006 konnte wie vorgesehen in 2007 der Landschaftsplan Extertal entsprechend der Vereinbarung fertig gestellt werden.

Übersicht über Stand der Landschaftsplanung

Bezeichnung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
bisher rechtskräftige Landschaftspläne (Fläche)	309 qkm	422 qkm	422 qkm	475 qkm	475 qkm	475 qkm	785 qkm	785 qkm	942 qkm	1.145 qkm
Verhältnis zur Gesamtkreisfläche	24,8 %	33,9 %	33,9 %	38,1 %	38,1 %	38,1 %	63,1 %	63,1 %	75,6 %	91,9 %



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Die für 2007 vorgesehene Fortführung der Landschaftsplanung konnte im vollen Umfange erreicht werden.

➤ Kreiskulturlandschaftsprogramm

Einen weiteren wichtigen Punkt bildete die Realisierung von **Landschaftspflegemaßnahmen** in Landschaftsplan- und Naturschutzgebieten. Als Voraussetzung hierzu wurden in vielen Bereichen vertragliche Vereinbarungen mit den Grundstückseigentümern abgeschlossen. Zur Extensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung in schutzwürdigen Bereichen und zur Anlage und Pflege von Hecken und Obstwiesen konnten im Jahr 2007 aufgrund neu gesetzter Prioritäten seitens des Landes nur ein Neuvertrag (Extensivierung) und sonst lediglich Vertragsverlängerungen abgeschlossen werden.

Kreiskulturlandschaftsprogramm Extensivierungsverträge

Vertragsabschlüsse/Jahr	Fläche
1995-1999	470 ha
2000	330 ha
2001	475 ha
2002	277 ha
2003	232 ha
2004	156 ha
2005	420 ha
2006	3 ha
2007	426 ha

Kreiskulturlandschaftsprogramm

Heckenverträge/Obstwiesenverträge

Vertragsabschlüsse/Jahr	Anzahl
2001	27
2002	27
2003	16
2004	12
2005	31
2006	-
2007	-

➤ Förderung des ehrenamtlichen Naturschutzes

Die Förderung des ehrenamtlichen Naturschutzes erfolgt im Rahmen der Gewährung von Zuschüssen für Hecken-, Kopfweiden- und Obstwiesenpflege bzw. –anlagen, Grunderwerb von Verbänden für Naturschutzzwecke und im Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden – Unser Dorf hat Zukunft“.

Zuschüsse für den ehrenamtlichen Naturschutz

Jahr	Anzahl Maßnahmen	verausgabte Mittel
2001	37	34.260,00 €
2002	11	8.221,76 €
2003	41	37.470,78 €
2004	40	44.024,00 €
2005	30	27.543,50 €
2006	47	31.334,00 €
2007	30	27.954,00 €



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Gegenüber 2006 wurde im Haushaltsjahr 2007 der Ansatz für Zuschüsse an den ehrenamtlichen Naturschutz um ca. 10.000 € erhöht. Dieser neue Ansatz 2007 in Höhe von 25.000 € ist vollständig ausgeschöpft und geringfügig überschritten worden.

➤ **Ökokonten**

Im Hinblick auf den vorgesehenen Ausbau von Ökokonten ist anzumerken, dass der Bedarf an Kompensationsflächen aus diesem Pool in 2007 trotz offensiver Angebotspolitik weiterhin stagnierte. Dieses ist darauf zurückzuführen, dass Kompensationsflächen (Ökokonten) durch die jeweiligen Städte und Gemeinden selbst sowie durch private Anbieter im Kreis Lippe angeboten werden. Um bei einer eventuell steigenden Nachfrage nach derartigen Flächen zeitnah reagieren zu können, stehen neben dem Ökokonto auch Flächen des Kreises Lippe im Rahmen eines Flächenpools zur Verfügung.

➤ **Landschaftspflege**

Im Produkt 013 001 002 "Landschaftspflege" war die Arbeit schwerpunktmäßig darauf gerichtet, die Landschaftspläne umzusetzen bzw. die im Verfahren befindlichen über einvernehmliche Regelungen mit den Betroffenen vorzubereiten. Darüber hinaus wurde der Vertragsnaturschutz (s. oben Kreiskulturlandschaftsprogramm) weitergeführt.

➤ **Ausbau des grafischen Informationssystems (GIS)**

Insbesondere der im Verfahren befindliche Landschaftsplan Extertal sowie eine Übersicht über die Schutzgebiete im Kreis Lippe wurden in den Internetauftritt des Kreises Lippe integriert, um einer breiten Öffentlichkeit auch über dieses Medium die Gelegenheit zu geben, sich zu informieren und somit die Akzeptanz für die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

An einem Projekt zur besucherfreundlichen Darstellung von Naturschutzgebieten, Naturdenkmälern, Reitwegen usw. "Lippische Naturlandschaften erleben" wurden in 2007 erste Arbeiten durchgeführt. Der eigentliche Internetauftritt erfolgt 2008.

Weitere Kartendarstellungen sind darüber hinaus in das verwaltungsinterne GIS-Portal des Kreises eingepflegt worden. Sie können damit den hausinternen Organisationseinheiten als auch den beteiligten Gemeinden eine wertvolle Planungshilfe sein.



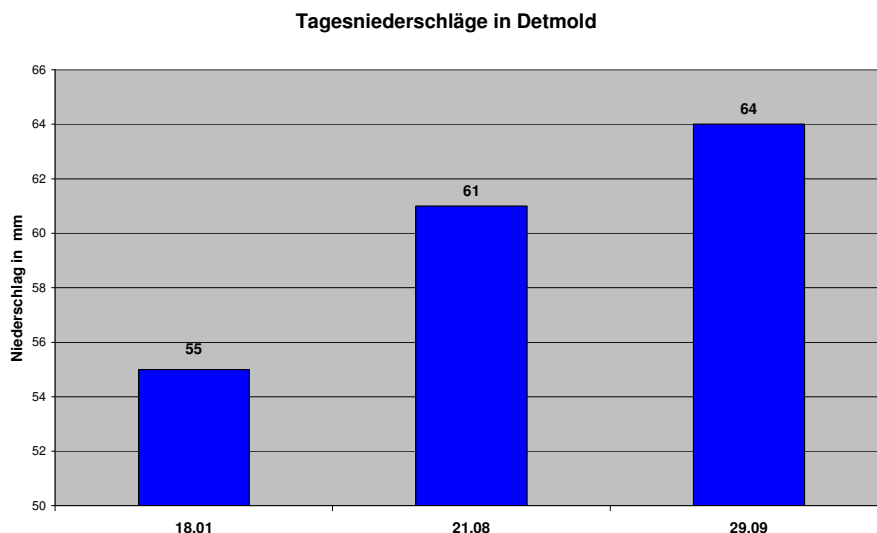
Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Produktgruppe 013 002 – Wasserwirtschaft

Mit Bescheid vom 06.12.2007 hat die Bezirksregierung Detmold den Planfeststellungsbeschluss für die Errichtung einer **Umflut am SchiederSee** in Schieder-Schwalenberg erteilt. Hiermit ist nunmehr die Grundlage zur Durchführung der notwendigen Bauarbeiten zur Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit der Emmer im Bereich des Stausees geschaffen worden.

Das **Beschäftigungsprojekt** „Wasser im Fluss“ zur Renaturierung von kleineren Gewässern wurde auch im Jahr 2007 unter Federführung des Kreises Lippe in 11 kreisangehörigen Kommunen weitergeführt.

Am 18.01.2007, 21.08.2007 und 29.09.2007 ereigneten sich im Kreis Lippe in Folge von außergewöhnlichen Niederschlägen teilweise erhebliche **Überschwemmungen**.



In der Ilse in Lemgo trat am 21.08.2007 in Folge der Niederschläge ein 50-jährliches Hochwasserereignis ein. Die Baustelle des Straßentunnels in Lügde wurde durch das Hochwasserereignis am 29.09.2007 vollständig überflutet.

Zur Verbesserung der Vorhersage von Hochwasserereignissen hat der Kreis Lippe den Deutschen Wetterdienst mit der Erstellung einer detaillierten **Niederschlagsvorhersage** beauftragt. Die Vorhersagedaten werden allen kreisangehörigen Kommunen automatisch zur Verfügung gestellt.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Ein besonderes Problem im Bereich des **Gewässerschutzes** stellten im Jahr 2007 der Betrieb einiger Biogasanlagen im Kreis Lippe dar. Durch Baumängel bzw. Fehler bei der Planung der Anlagen gelangten größere Mengen an Silagesickersäften in verschiedene Gewässer und führten dort teilweise zu einer massiven Verschmutzung.

Die Arbeiten an der Umsetzung der **Wasserrahmenrichtlinie** wurden begleitet. Die Bestandsaufnahmen des Zustandes der Oberflächengewässer und des Grundwassers sind abgeschlossen. Über die Bewirtschaftungsplanung wird informiert.

Produktgruppe 014 001 – Klima und Boden

Erneuerbare Energien und Klimaschutz werden in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen. Der Kreis Lippe will hier eine koordinierende Funktion übernehmen. Zusammen mit Interessensvertretern und Institutionen ist durch entsprechende Veranstaltungen das Thema der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Der zweite **Tag der erneuerbaren Energien** ist am 1. und 2. Mai 2007 durchgeführt worden. Dieser fand in der Lipperlandhalle/Lemgo statt. 44 Aussteller nahmen teil. 3.000 Bürgerinnen und Bürger besuchten an den beiden Tagen die Messe.

Schwerpunkte des vorsorgenden **Bodenschutzes** in Lippe waren auch im Jahr 2007 der sparsame Umgang mit dem Schutzgut Boden, das Flächenrecycling und die Bodenerosion. Diese Ziele wurden insbesondere durch die entsprechende Mitarbeit, durch Hinweise und Stellungnahmen zu den verschiedensten Planungsverfahren erreicht.

Im Kreis Lippe sind derzeit 976 **Altlasten** bekannt. An einigen sanierungsbedürftigen Standorten wurde die Sanierung aktiv betrieben. Außerdem zeigte sich auch im Jahr 2007, dass bisher nicht bekannte Standorte erfasst wurden, die einer umfangreichen Sanierung zu unterziehen sind. Exemplarisch und aktuell sind hier zwei ehemalige chemische Reinigungen und ein ehemaliger metallverarbeitender Betrieb zu nennen.

Teilfinanzrechnung Fachbereich 4

Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit der Teilfinanzrechnung verbessert sich gegenüber dem Planansatz um rd. 175 T€. Der Saldo der Investitionstätigkeit verbessert sich insgesamt - insbesondere bei dem Produkt 013 001 001 / Landschaftspflege - um rd. 490 T€. Minderausgaben sind hier zu verzeichnen beim Ankauf von Grundstücken für Zwecke des Landschaftsschutzes und beim Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens.

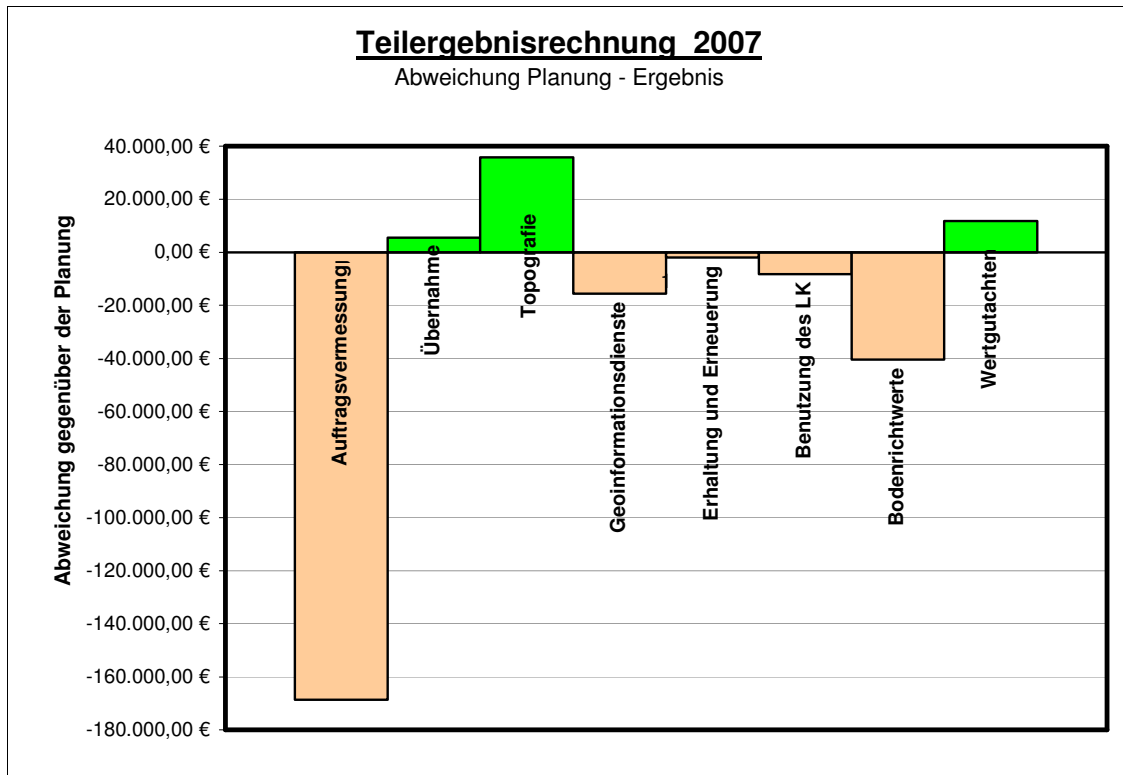
5.6 Teilrechnung FB 5

Teilergebnisrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Erträge	1.668.459,00 €	1.479.455,12 €	-189.003,88 €
Aufwendungen	5.424.292,00 €	5.435.742,52 €	11.450,52 €
Saldo	-3.755.833,00 €	-3.956.287,40 €	-200.454,40 €
Teilfinanzrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Einzahlungen	1.477.776,00 €	1.297.052,80 €	-180.723,20 €
Auszahlungen	5.552.620,00 €	5.198.901,09 €	-353.718,91 €
Saldo	-4.074.844,00 €	-3.901.848,29 €	172.995,71 €



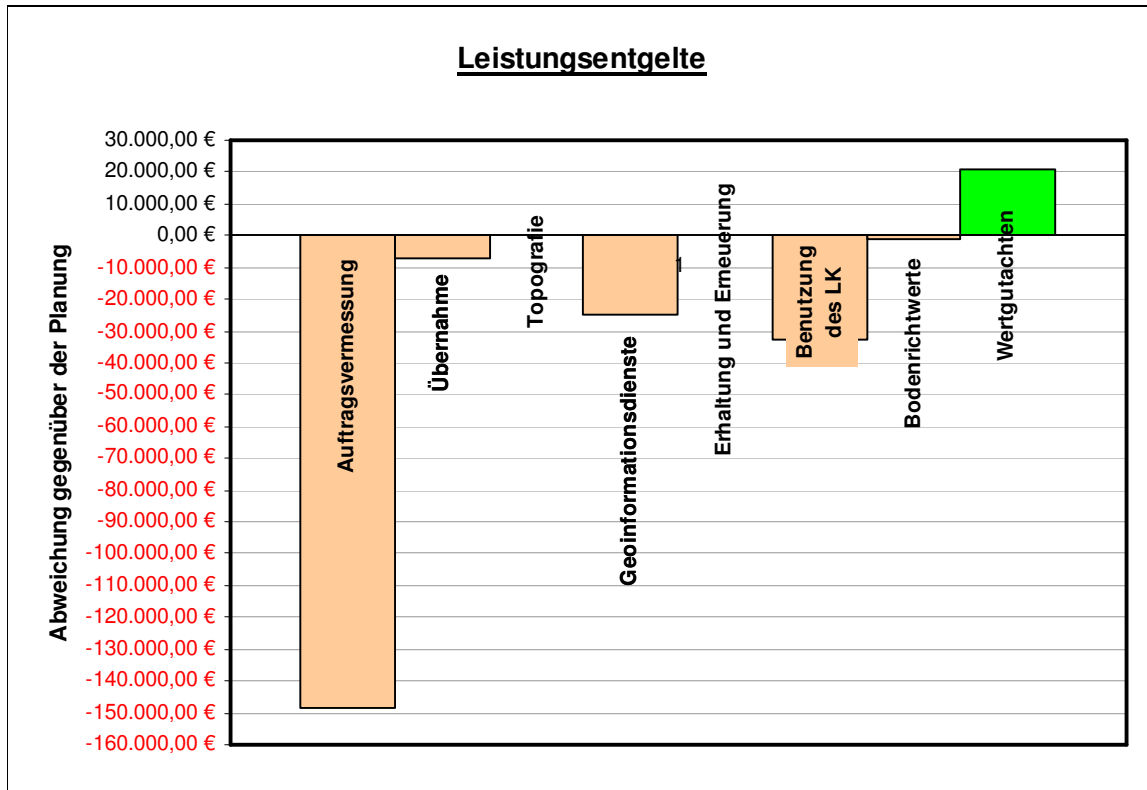
Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Die Teilergebnisrechnung für den Fachbereich 5 verschlechtert sich im Zuschussbedarf gegenüber der Planung um insgesamt 200 T€. Die Veränderung der einzelnen Produkte im Rechnungsergebnis gegenüber der Budgetplanung wird in der nachstehenden Grafik nochmals verdeutlicht.



Ein Grund hierfür ist der Rückgang der gebührenpflichtigen Anträge sowie eine Veränderung des durchschnittlichen Gebührenaufkommens pro Vermessung für das Geschäftsjahr 2007, insbesondere beim Produkt "Auftragsvermessung". Im Rahmen des Geschäftsbetriebs wurden dafür in dem gebotenen Umfang nicht gebührenpflichtige Vermessungen vorgenommen.

Die Entwicklung der Ertragssituation stellt sich im Fachbereich 5 bei den einzelnen Produkten wie folgt dar:

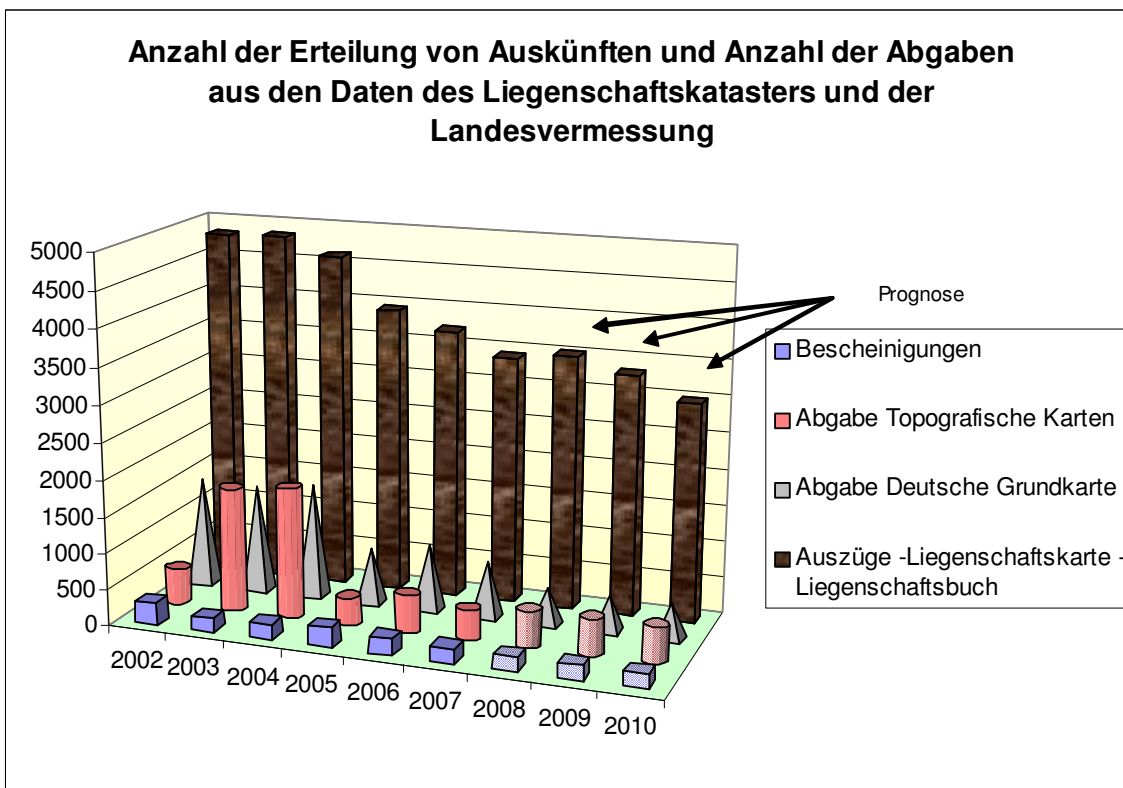
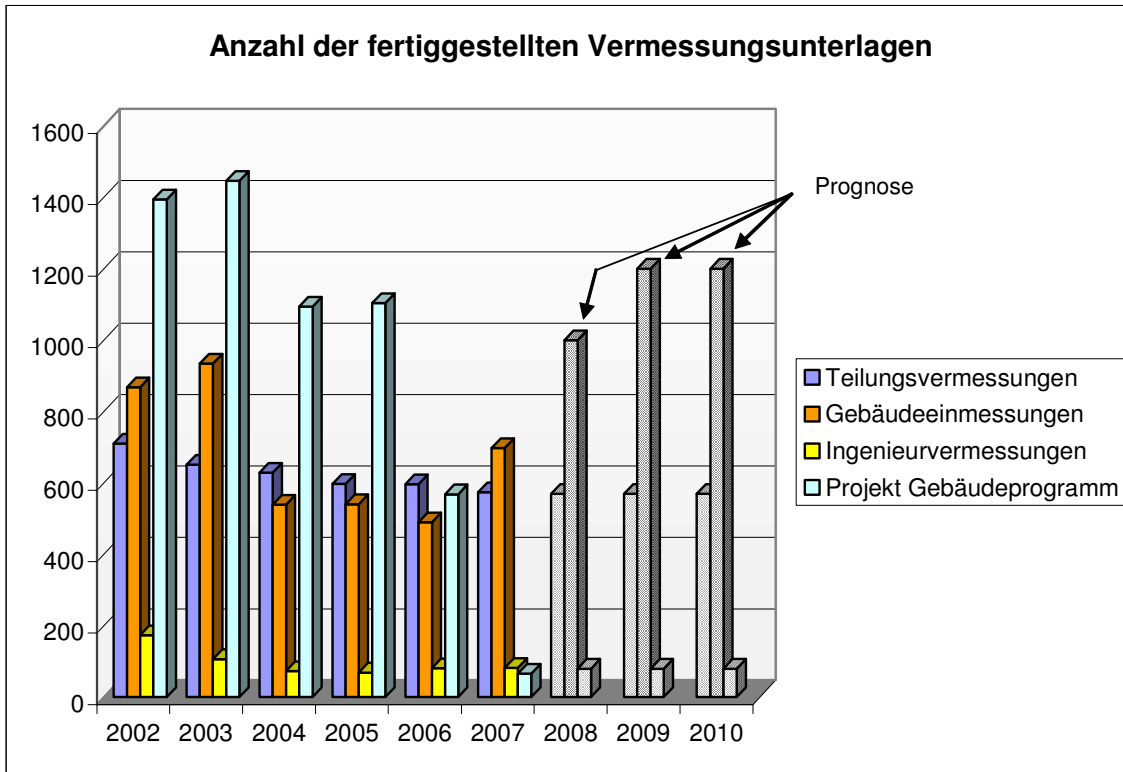


Der für das Jahr 2007 prognostizierte Planansatz für **Auftragsvermessungen** konnte nicht erreicht werden, allerdings ist die Höhe der Einnahmen vergleichbar mit den Einnahmen des Vorjahres.

Beim Produkt **Benutzung des Liegenschaftskatasters** machte sich die abflauende Baukonjunktur, teilweise auch ausgelöst durch Änderungen der steuerlichen Fördermöglichkeiten, bemerkbar. Das führte dazu, dass das Antragsvolumen in diesem Dienstleistungssektor der Vermessungsunterlagenvorbereitung und der Abgabe von Kataster- und Kartenauszügen kleiner und damit auch das Gebühreneinkommen insgesamt geringer ausfiel.

Ein weiterer Rückgang des Gebührenaufkommens in diesem Produkt hängt damit zusammen, dass die Gebühreneinnahmen einzelner potentieller Kunden durch eigenständige Internet-Datenabfrage anders abgerechnet werden und inzwischen dem Produkt Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement zugeordnet wurden.

Die Fallzahlentwicklung bei den Vermessungen ist aus der nachstehenden Grafik ersichtlich.



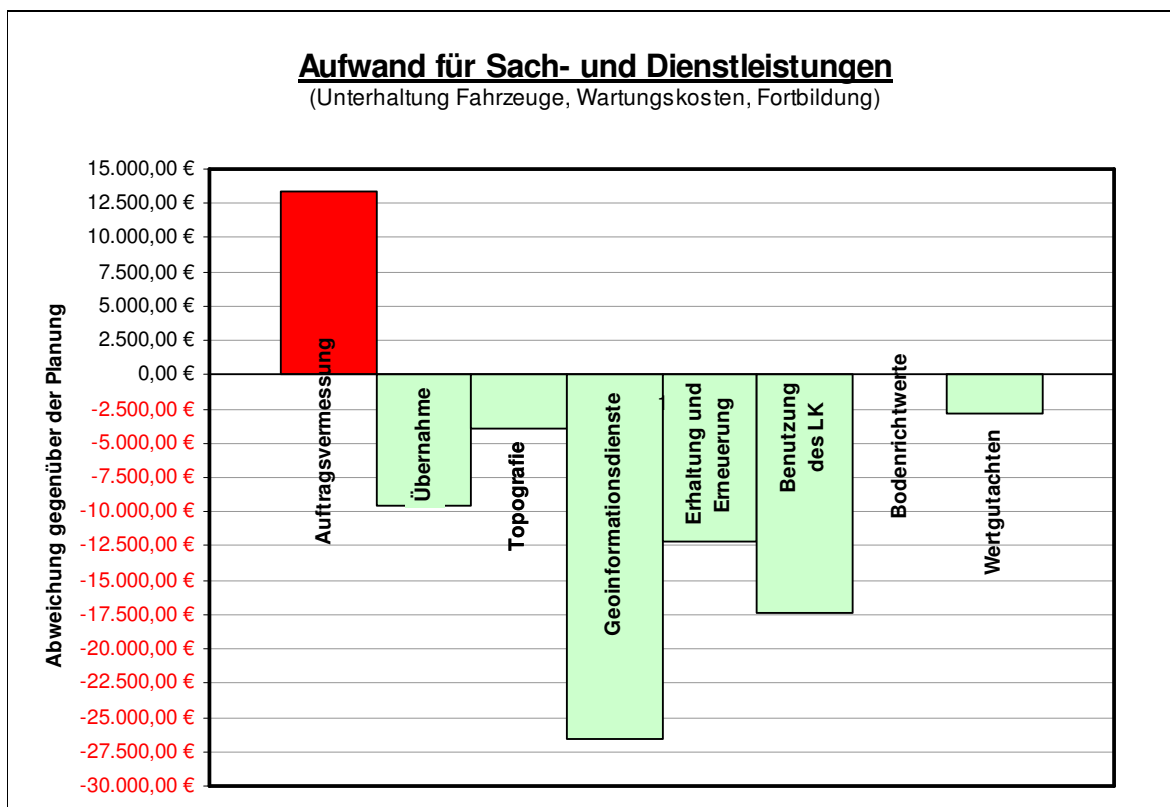


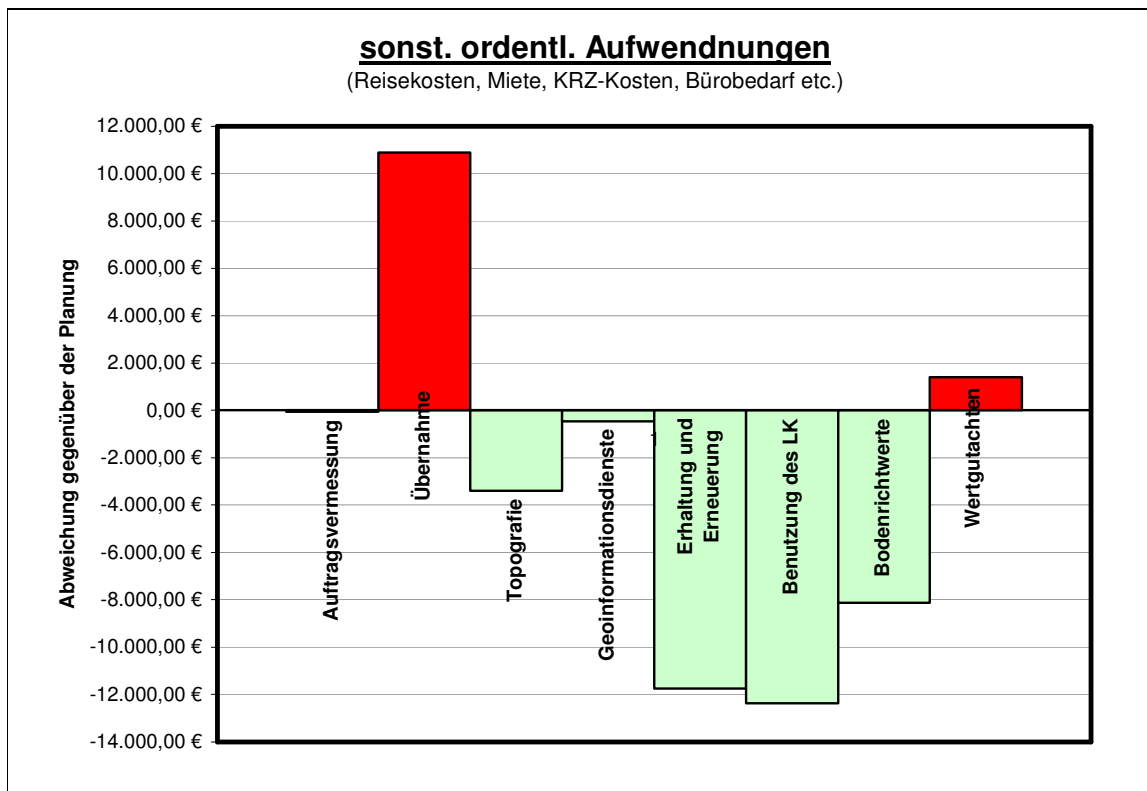
Positive Entwicklung der Personalkosten

Insgesamt wurden die Personal- und Versorgungsaufwendungen um rd. 59 T€ überschritten. Lässt man jedoch die pauschal umgelegten Versorgungsaufwendungen (Mehraufwendungen gegenüber der Planung von 172 T€, vgl. Ziffer 3.3.2) außer Betracht, kann der Fachbereich 5 eine Einsparung bei den indirekten Personalkosten in Höhe von 113 T€ zusätzlich gegenüber der Planung verbuchen.

Einsparungen bei den Sachausgaben

Der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen (Unterhaltung Fahrzeuge, Wartungskosten, Fortbildung) konnte um 60 T€ verringert werden. Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (z.B. Reisekosten, Miete, KRZ - Kosten, Bürobedarf etc.) konnten gegenüber der Planung nochmals 24 T€ eingespart werden.





Teilfinanzrechnung FB 5

Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit der Teilfinanzrechnung beläuft sich im Ist - Ergebnis auf – 3.902 Mio. €, so dass sich hieraus im Vergleich zum Planansatz eine Verbesserung von rd. 173 T€ ergibt. Die Einsparung ist im Wesentlichen auf die Zurückstellung von geplanten Investitionen zurückzuführen.

ALKIS und eGovernment als Schwerpunkte des Fachbereiches 5

Projekt ALKIS

Der Kreis Lippe wird voraussichtlich als erste Katasterbehörde in Nordrhein-Westfalen Mitte 2008 die Nachweise des Liegenschaftskatasters auf ALKIS® (**A**mtliches **L**iegenschafts**k**ataster- **I**nformationssystem) umstellen. Es handelt sich dabei um ein aus digitalen Kartendaten und sonstigen Daten bestehendes integriertes Fachinformationssystem, welches als Grundlage der Anbindung weiterer Geoinformationssysteme dient. Das Datenmodell (ALKIS®) ist von der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) entwickelt worden und wird derzeit in den verschiedenen Bundesländern eingeführt. Der Kreis Lippe hat bereits im Sommer 2007 beim Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen den Antrag auf die frühzeitige Einführung von ALKIS® gestellt und die Firma AED-SICAD mit der Lieferung und Inbetriebnahme der Software-Komponenten beauftragt. Die Einführung von ALKIS® ist eingebettet in das Projekt „ALKIS®-Eignungsprüfung in NRW“. Bevor in Nordrhein-Westfalen entsprechende Verfahrenslösungen im Produktionsbetrieb zum Einsatz kommen, muss sicher gestellt sein, dass diese sowohl dem bundesweit einheitlichen AdV-Standard als auch den NRW-spezifischen Vorgaben genügen, damit eine rechtssichere und fachlich einwandfreie Führung des Liegenschaftskatasternachweises gewährleistet ist.

Die Einführung von ALKIS® stellt einen Meilenstein auf dem Weg zur erfolgreichen Umsetzung von eGovernment dar, zumal auch übergreifende Prozessabläufe (z. B. zu den kreisangehörigen Kommunen) neu gestaltet und die Dienstleistungsorientierung gegenüber den Bürgern, Freiberuflern und Unternehmen technisch umgesetzt werden kann. Im Sinne einer umfassenden Strategie wird in den nächsten Jahren auch die Anbindung weiterer öffentlich-rechtlicher Nachweise, wie z. B. der Grundbuch- und Flurbereinigungsverwaltung, vorangetrieben werden, um insbesondere die verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit zu optimieren.

Projekt eGovernment

Seit dem 01.01.2007 sind die eGovernment-Aktivitäten beim Kreis Lippe im Fachbereich 5 gebündelt. Das erarbeitete eGovernment-Strategiepapier des Kreises Lippe enthält Vorschläge zur Verwaltungsmodernisierung. Unter anderem ist dies die stufenweise Einführung einer Verwaltungsplattform, wie auch die Einführung weiterer online-geeigneter Dienst- und interner Verwaltungsleistungen des Kreises Lippe. Neben Bestandsaufnahmen und Pro-



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

zessanalysen sind, im Strategiepapier, Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen vorgenommen worden. Die nachfolgende Tabelle gibt einen komprimierten Überblick über die Projektaufträge sowie über die Arbeitsergebnisse:

Teilprojekt	Arbeitsergebnisse
Portal/ Verwaltungsplattform Auftrag des Teilprojektes "Portal" ist die Erarbeitung von Anforderungen an unser zukünftiges Verwaltungsportal.	Die Teilprojektgruppe hat eine IST- Analyse des derzeitigen Internetauftrittes vorgenommen, einen Anforderungskatalog und weitere Anforderungen an eine Verwaltungsplattform formuliert sowie einen Abschlussbericht erstellt. Vorgeschlagen wird die Beschaffung der Verwaltungsplattform der Fa. T- Systems.
Ratsinformationssystem Zielsetzung ist die Bereitstellung von aktuellen kommunalpolitischen Informationen der Arbeit in den politischen Gremien für MandatsträgerInnen, BürgerInnen und MitarbeiterInnen. Darüber hinaus soll der Arbeitsablauf im Sitzungsdienst optimiert werden.	Die Teilprojektgruppe hat mit externer Begleitung die Arbeitsabläufe (IST/ Soll) näher analysiert und einen Anforderungskatalog formuliert; darüber hinaus sind bereits am Markt verfügbare Programme näher untersucht worden. Eine Vorauswahl zur Beschaffung eines am Markt verfügbaren Programmsystems ist vorgenommen worden. Unter Beteiligung der Politik sollte eins der beiden ausgewählten Programme beschafft werden.
eProcurement Kernaufgabe ist der Einsatz von Internettechnologien für das gesamte Vergabeverfahren, von der Bedarfsermittlung bis hin zur Beschaffung sowie für die Bildung von Einkaufskooperationen.	Aufbauend auf dem auf OWL- Ebene erarbeiteten Konzept hat die Teilprojektgruppe die entsprechenden Arbeitsabläufe (IST/ Soll) näher analysiert und einen Vorschlag zur weiteren Umsetzung formuliert; darüber hinaus ist ein Schulungskonzept eVergabe erarbeitet worden. Entsprechend dem Beschluss der Landrätekonferenz OWL wird derzeit eine firmenspezifische Vergabeplattform getestet.
Anliegenmanagement Zielsetzung ist die schnellere Abarbeitung von eingehenden Beschwerden/ Anregungen über eine entsprechende technische Plattform unter Einbeziehung des Bürger- und Unternehmensservices	Die Teilprojektgruppe hat eine schematisierte Fragebogenaktion in der Kreisverwaltung durchgeführt und mit externer Begleitung Ablaufpläne (Soll-Prozessablauf) sowie ein Eskalationsraster erstellt
Geografisches Informationssystem Kernaufgabe ist die Einbindung der GIS- Informationen in die verschiedenen Arbeitsprozesse, um raumbezogene Daten schnell und effektiv zu visualisieren und räumliche Abfragen bedarfsgerecht zu ermöglichen.	In insgesamt 4 Unterarbeitsgruppen sind die Themen Katastrophenschutz/ Tierseuchenbekämpfung, Raum/ Bauleit-/ und Umweltplanung, Straßenunterhaltungsmanagement/ Verkehrslenkung sowie Jugendhilfe/ Schulentwicklungs-/ Sozialplanung und Statistik bearbeitet worden. Es erfolgte jeweils eine Analyse der Arbeitsabläufe (IST/ Soll) sowie die Erarbeitung von Vorschlägen zur weiteren Einbindung von GIS in die Arbeitsprozesse.
Digitales Baugenehmigungsverfahren Zielsetzung ist rechtssichere, medienbruchfreie online- Bearbeitung von Bauanträgen und Bauanzeigen, wodurch ein paralleles Arbeiten aller Prozessbeteiligten ermöglicht und ein Wegfall von Transportzeiten erreicht wird.	Aufbauend auf dem auf OWL- Ebene erarbeiteten Konzept hat die Teilprojektgruppe die Arbeitsabläufe (IST/ Soll) unter Einbeziehung des BUS analysiert und einen Leistungskatalog formuliert; vorgeschlagen wird die Beschaffung der technischen Bauplattform ITEBau der Firma ITEBO.

Die eGovernment Strategie stellt insgesamt eine Entscheidungsgrundlage zur Forcierung von eGovernment beim Kreis Lippe dar und bildet, politisches Einverständnis vorausgesetzt, den Ausgangspunkt weiterer Umsetzungsmaßnahmen auf denen die weitere Arbeit im Rahmen des Prozesses der Verwaltungsmodernisierung aufbaut.

5.7 Teilrechnung BUS / Bürger- und Unternehmensservice

Teilergebnisrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Erträge	1.143.050,00 €	1.106.123,86 €	-36.926,14 €
Aufwendungen	3.267.581,00 €	3.482.405,32 €	214.824,32 €
Saldo	-2.124.531,00 €	-2.376.281,46 €	-251.750,46 €
Teilfinanzrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Einzahlungen	1.143.050,00 €	1.107.058,11 €	-35.991,89 €
Auszahlungen	3.216.145,00 €	3.325.417,66 €	109.272,66 €
Saldo	-2.073.095,00 €	-2.218.359,55 €	-145.264,55 €



Zusammenfassende Erläuterungen der Veränderungen im Budget

Allgemein

Das Budget des Fachbereichs 9.4 - Bürger- und Unternehmensservice (BUS) für das Haushaltsjahr 2007 schließt in der **Teilergebnisrechnung** mit einem Ist-Ergebnis (Endsaldo) von ca. -2,376 Mio. Euro ab. Gegenüber dem Planansatz hat sich das Ergebnis um ca. 251,5 T€ verschlechtert. Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit der **Teilfinanzrechnung** beläuft sich im Ist-Ergebnis auf ca. -2,218 Mio. Euro, so dass sich hieraus im Vergleich zum Planansatz eine Verschlechterung von rund -145 T€ ergibt.

Erträge

Die für den BUS insgesamt geplanten Erträge konnten in der Teilergebnisrechnung nicht realisiert werden, es wurden Mindererträge von rund -36.900 Euro erzielt.

Aufwendungen

Die Aufwendungen konnten trotz sorgsamem Wirtschaftens nicht gesenkt werden, da gerade bei den Produkten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Wirtschaftsförderung im Rahmen des Budgetvollzugs unerwartete Aufwendungen erforderlich geworden sind (s.u.). Daneben waren höhere Aufwendungen vor allem im Bereich der Sachkosten zu verzeichnen, hier erfolgte die Deckung durch Mehrerträge innerhalb der Fachgebietsbudgets. Die Mehraufwendungen belaufen sich insgesamt auf 214.800 Euro.

Zielabgleich

Die im Produktplan 2007 in den Erläuterungen zum Fachbereichsbudget angegebenen fachlichen Schwerpunkte konnten im Rahmen der haushaltsrechtlichen Vorgaben umgesetzt werden.

Einzelne ausgewählte Produkte

➤ Produkt 001 003 001 – BürgerService

Der angestrebte Ansatz bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten konnte durch den Rückgang bei den Verwaltungsgebühren im Bereich der **Verpflichtungserklärungen / Besuchseinladungen** aus „Nicht-Schengen-Staaten“ nicht erreicht werden. Im Jahr 2007 lagen die Erträge um rd. 12 % unter dem geplanten Ansatz. Ursächlich hierfür könnten die mittlerweile rückläufigen verwandtschaftlichen Beziehungen in die osteuropäischen Staaten sein.



➤ **Produkt 001 003 002 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Bei den Erträgen konnten die Mindereinnahmen bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten durch die Mehreinnahmen bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten vollständig ausgeglichen werden. Allerdings wurde bei den Kostenerstattungen durch die Gemeinden lediglich die Hälfte der geplanten Erträge erwirtschaftet. Dies resultiert größtenteils aus den gesunkenen Fallzahlen bei den Veröffentlichungen der Gemeinden im Kreisblatt und den damit verbundenen Kostenerstattungen.

Im Rahmen des Budgetvollzugs haben sich unvorhergesehene Budgetverschlechterungen in Höhe von rd. 32 T€ ergeben, insbesondere sind hier Kosten in Höhe von rd. 17 T€ für die Veranstaltung "60 Jahre Lippe in NRW" zu nennen. Die Deckung dieser Aufwendungen erfolgte durch das Gesamtbudget.

➤ **Produkt 010 001 001 – Bauaufsichtliche Genehmigungsverfahren**

Bei den Erträgen konnten Mehreinnahmen in Höhe von 23.000 Euro realisiert werden. Dies ist insbesondere auf die Erholung der **Baukonjunktur** und **einzelne große gewerbliche Bauvorhaben** mit erheblichem Gebührenaufkommen zurückzuführen. Für das kommende Jahr ist diese Entwicklung allerdings nicht noch einmal zu erwarten. Die Aufwendungen blieben im geplanten Rahmen.

➤ **Produkt 010 002 001 – Grundstücksteilungen, Baulasten, Abgeschlossenheitsbescheinigungen**

Die Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten in Höhe von rund 32.000 Euro lagen um 18.000 Euro unter dem geplanten Ansatz für 2007. Dies erklärt sich mit der **gesunkenen Nachfrage** nach dieser Dienstleistung. Mehraufwendungen waren nicht zu verzeichnen.

➤ **Produkt 010 002 002 – Ordnungsbehördliche Maßnahmen**

Die Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten lagen geringfügig höher als erwartet. Grund dieser steigenden Erträge gegenüber dem Vorjahr ist die **Besetzung einer vakanten Stelle** in der oberen Bauaufsicht. Notwendige baurechtliche Verstöße konnten so in verstärktem Maße durch gebührenpflichtige Ordnungsverfügungen und Ordnungswidrigkeitenverfahren geahndet werden. Künftig wird es durch zunehmende Beratungsgespräche und Vor-Ort-Termine möglich sein, die Einhaltung baurechtlicher Vorschriften noch besser zu überwachen. Es wird erwartet, dass dann durch die „Beratung vor Ort“ eine Reduzierung der Verwarn-, Zwangs- und Bußgelder zu verzeichnen sein wird. Da Mehraufwendungen nicht zu verzeichnen waren, wurde eine Ergebnisverbesserung von rd. 4.500 Euro erzielt.

➤ **Produkt 010 003 001 – Förderung von Wohnbaumaßnahmen**

Trotz geringeren Erträgen von rund 10 % bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten wurden in 2007 60 Wohneinheiten mehr gefördert als 2006. Die Fördersumme erhöhte sich so um 3 Mio. Euro auf rund 18,2 Mio. Euro. Im Wesentlichen ist diese Steigerung auf die **Erweiterung der örtlichen Zuständigkeit** des Kreises Lippe auf das Gebiet der Stadt Detmold zurückzuführen, die bisher in eigener Zuständigkeit die Aufgaben der Wohnungsbauförderung bearbeitet hat. Ein Schwerpunkt der Förderung lag 2007 in der Förderung von Mietobjekten.

➤ **Produkt 010 003 003 – Abbau von Fehlsubventionierung**

Das 2. Gesetz zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen NRW (2. AFWoG NRW) ist durch das **Fehlbelegungsrechtsänderungsgesetz** vom 23.05.2006 (FehlÄndG NRW) rückwirkend zum 01.01.2006 **aufgehoben** worden. Damit ist die Auftragsgrundlage für das Produkt 010 003 003 – Abbau von Fehlsubventionierung – weggefallen. Bereits im Haushaltsjahr 2006 sind anstelle der Planung für 2006 lediglich Abwicklungsaufgaben getreten, die nahezu abgeschlossen werden konnten. Dieses Produkt ist ab 2007 entfallen.

Produkt 015 001 001 – Wirtschaftsförderung

Die geplanten Erträge konnten in Jahr 2007 erzielt werden. Dabei handelt es sich insbesondere um die Personalkostenerstattung in Höhe von 26.670 Euro von der **Regionalagentur OWL**.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Die Summe der Transferzahlungen hat sich um 76.000 Euro gegenüber dem Ansatz erhöht, dem standen Minderaufwendungen im Bereich der sonstigen ordentlichen Aufwendungen entgegen. Im Saldo verschlechtert sich das Ergebnis des Produktes um rd. 63.000 Euro.

Im Einzelnen:

Internationales Kulturprogramm „Herrmann 2009“

Im Rahmen der strategischen Zielplanung für die Jahre 2008 – 2010 hat der Kreisausschuss die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Lippe beschlossen. Hierzu wurde das Projekt „Profilierung Lippes als Tourismusregion“ entwickelt. Eine wesentliche Maßnahme innerhalb dieses Projektes ist das **Internationale Kulturprogramm „Herrmann 2009“** mit der Begleitung der Ausstellung „Imperium Konflikt Mythos – 2000 Jahre Varusschlacht“. In 2007 bereits Vorlaufkosten in Höhe von rd. 71.000 Euro angefallen, die in Ausführung des strategischen Zieles außerplanmäßig bereitgestellt wurden.

Demgegenüber waren bei dem Kooperationsprojekt „Varusschlacht“, das zusammen mit dem Landesverband Lippe, der Stadt Detmold und der Stiftung Standortsicherung durchgeführt wird, konnten Kosteneinsparungen in Höhe von rd. 30.000 Euro realisiert werden. Diese Mittel sind allerdings im Haushaltsjahr 2008 zusätzlich bereitzustellen.

Zuschüsse

Gemäß Vereinbarung zwischen dem Kreis Lippe und der LTM AG wurde der Zuschuss des Kreises Lippe an die LTM AG für das Jahr 2007 um 50.000 Euro gekürzt. Im Laufe des Jahres 2007 hat sich dann allerdings herausgestellt, dass diese Reduzierung des Zuschusses durch die LTM AG nicht vollständig aufgefangen werden konnte. Daher wurden überplanmäßig 20.000 Euro zur Verfügung gestellt. Der Zuschuss für das Jahr 2008 ist entsprechend gekürzt worden.

5.8 Teilrechnung Referat

Teilergebnisrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Erträge	0,00 €	177,84 €	177,84 €
Aufwendungen	1.671.900,00 €	1.709.156,57 €	37.256,57 €
Saldo	-1.671.900,00 €	-1.708.978,73 €	-37.078,73 €
Teilfinanzrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Einzahlungen	0,00 €	173,62 €	173,62 €
Auszahlungen	1.625.459,00 €	1.566.314,31 €	-59.144,69 €
Saldo	-1.625.459,00 €	-1.566.140,69 €	59.318,31 €

Teilergebnisrechnung des Referats

Die Teilergebnisrechnung des Referats verschlechtert sich im Zuschussbedarf um rd. 37 T€ durch entsprechend höhere Aufwendungen. Die Budgetverschlechterung ist im Wesentlichen auf um rd. 83 T€ höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen. Insoweit wird auf den allgemeinen Bericht zur Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen verwiesen (vgl. Ziffer 3.3.2). Teilweise konnte die Kostensteigerung durch Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen oder den sonstigen ordentlichen Aufwendungen kompensiert werden. Insbesondere bei den Sitzungsgeldern war eine Einsparung von rd. 28 T€ zu verzeichnen.

Teilfinanzrechnung des Referats

Die Teilfinanzrechnung des Referats verbessert sich im Zuschussbedarf – im Gegensatz zur Teilergebnisrechnung – um rd. 59 T€. Die unterschiedliche Entwicklung der Teilrechnungen resultiert insbesondere aus den deutlich gestiegenen Aufwendungen für die Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen, die „lediglich“ aufwandswirksam werden und in der Teilfinanzrechnung keinen Niederschlag finden. (Volumen rd. 46 T€).

5.9 Teilrechnung Revision

Teilergebnisrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Erträge	5.000,00 €	762,77 €	-4.237,23 €
Aufwendungen	1.024.127,00 €	1.111.002,14 €	86.875,14 €
Saldo	-1.019.127,00 €	-1.110.239,37 €	-91.112,37 €
Teilfinanzrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Einzahlungen	5.000,00 €	762,77 €	-4.237,23 €
Auszahlungen	959.574,00 €	912.151,96 €	-47.422,04 €
Saldo	-954.574,00 €	-911.389,19 €	43.184,81 €

Wesentliche Veränderungen im Budget waren nicht zu verzeichnen, die dargestellten Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus der Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen (vgl. Ziffer 3.3.2). Auf Erläuterungen der nur geringfügigen, sonstigen Budgetveränderungen wird daher verzichtet.

5.10 Teilrechnung Kreispolizeibehörde

Teilergebnisrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Erträge	95.700,00 €	87.067,75 €	-8.632,25 €
Aufwendungen	690.802,00 €	761.205,72 €	70.403,72 €
Saldo	-595.102,00 €	-674.137,97 €	-79.035,97 €
Teilfinanzrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Einzahlungen	95.700,00 €	89.944,97 €	-5.755,03 €
Auszahlungen	644.330,00 €	621.237,89 €	-23.092,11 €
Saldo	-548.630,00 €	-531.292,92 €	17.337,08 €

Wesentliche Veränderungen im Budget waren nicht zu verzeichnen, die dargestellten Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus der Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen (vgl. Ziffer 3.3.2). Auf Erläuterungen der nur geringfügigen, sonstigen Budgetveränderungen wird daher verzichtet.

5.11 Teilrechnung Allgemeine Finanzierung

Teilergebnisrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Erträge	200.477.998,00 €	209.226.569,98 €	8.748.571,98 €
Aufwendungen	60.533.267,00 €	62.535.953,09 €	2.002.686,09 €
Saldo	139.944.731,00 €	146.690.616,89 €	6.745.885,89 €
Teilfinanzrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Einzahlungen	219.602.161,00 €	257.130.892,70 €	37.528.731,70 €
Auszahlungen	76.893.267,00 €	105.749.551,72 €	28.856.284,72 €
Saldo	142.708.894,00 €	151.381.340,98 €	8.672.446,98 €

Erläuterungen zur Budgetentwicklung in der Allgemeinen Finanzierung wurden bereits unter den Ziffern 3.1 und 3.2 gegeben.

5.12 Teilrechnung Durchlaufende Gelder

Teilergebnisrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Saldo	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Teilfinanzrechnung			
	Plan 2007	Ergebnis 2007	Veränderung
Einzahlungen	0,00 €	2.812.303,72 €	2.812.303,72 €
Auszahlungen	0,00 €	2.915.895,58 €	2.915.895,58 €
Saldo	0,00 €	-103.591,86 €	-103.591,86 €

Teilfinanzrechnung Durchlaufende Gelder

➤ Grundlagen

In der Teilfinanzrechnung auszuweisen sind auch die durchlaufenden, fremden Finanzmittel. Diese sind gem. § 16 GemHVO zwar von der Veranschlagung im Finanzplan ausgeschlossen, eine Abbildung der Zahlungsbewegungen in der Finanzrechnung ist dagegen erforderlich, da die Zahlungen über die Geld- und Bestandskonten des Kreishaushalts abgewickelt werden und ansonsten Differenzen im Jahresabschluss zwischen der Finanzrechnung und der Entwicklung der Geldbestände zu verzeichnen wären.

Zur Sicherstellung einer nachvollziehbaren und prüfbaren Mittelverwendung und – weiterleitung ist die Bildung verschiedenster Einnahme- und Auszahlungskonten unverzichtbar. Da es sich um fremde Finanzmittel handelt, es die Teilergebnisrechnung nicht berührt (kein Ertrag oder Aufwand für den Kreishaushalt).

Der Kreis Lippe wickelt beispielhaft folgende Zahlungen über die Teilfinanzrechnung Durchlaufende Gelder ab:

- **Mündelgelder** (vgl. auch Erläuterungen zum Forderungsspiegel, Konto 1651000); Einziehung und Weiterleitung der Gelder an die Erziehungsberechtigten
- Abrechnung der **Krankenhilfe nach dem AsylbLG** als Serviceleistung für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die Auszahlungen werden von dort erstattet.
- Mittelzuweisungen des LWL, - **Ausgleichsabgabe Schwerbehinderte -**; Weiterleitung der Mittel an Betriebe zur Unterstützung der Einrichtung behindertengerechter Arbeitsplätze
- **Ausbildungsförderung**; Abwicklung von Vorschüssen und Rückabwicklung zu Unrecht gezahlter Hilfen, Weiterleitung vereinnahmter Gelder an die Landeskasse

➤ Erläuterungen zum Jahresergebnis

Die Auszahlung durchlaufender Gelder überschreitet die vereinnahmten Beträge im Jahr 2007 um rd. 104 T€, in der Jahresrechnung 2006 lag die Auszahlung der durchlaufenden, fremden Finanzmittel noch um rd. 253 T€ über den vereinnahmten Beträgen. Dieses auf den ersten Blick recht erstaunliche Ergebnis resultiert aus der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement zum 01.01.2006.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Alle zum Bilanzstichtag bereits eingezahlten, aber noch nicht weitergeleiteten Fremden Gelder (sog. Verwahrgeldbestand) wurden seinerzeit als sonstige Verbindlichkeit in die Eröffnungsbilanz eingestellt und waren noch entsprechend weiterzuleiten, d.h. auszusahlen. Als sonstige Verbindlichkeit für durchlaufende Gelder separat in der Bilanz eingestellt wurde ein Betrag in Höhe von rd. 590 T€, der kontinuierlich nach abschließender Sachverhaltsklärung ausgezahlt wird.

6. Bilanzkennzahlen und Risikobewertung

6.1 Kennzahlenvergleich – NKF Kennzahlenset

Die Beurteilung einer Bilanz erfolgt in der Regel anhand einiger wichtiger betriebswirtschaftlicher Kennzahlen, die üblicherweise mit Vorjahresdaten (Zeit- oder Periodenvergleich) oder den Zahlen anderer Verwaltungen (Betriebs- und Branchenvergleich) in Relation gesetzt werden.

Dabei können die aus der Privatwirtschaft bekannten Kennzahlen nicht ohne weiteres übernommen werden, da eine Kommune möglichst wirtschaftlich hoheitliche Aufgaben und Aufgaben der Daseinsvorsorge wahrnimmt, wobei das Rentabilitätsstreben – im Gegensatz zur Privatwirtschaft – nicht auf Gewinnerzielung abstellt.

Auch ein direkter Vergleich mit Kennzahlen anderer Verwaltungen ist nur bedingt möglich, da der Kreis Lippe durch die Verlagerung wesentlicher Aufgabenbereiche in Sonderrechnungen (EB Immobilien- und Gebäudewirtschaft; EB Schulen) eine gänzlich andere Bilanzstruktur aufweist. Dies sei beispielhaft erläutert:

Kommunen verfügen i.d.R. im Bereich der Daseinsfürsorge über ein umfangreiches Infrastrukturvermögen. Eine wesentliche Bilanzkennzahl ist daher die Infrastrukturquote. Diese verdeutlicht, in welchem Umfang das kommunale Vermögen in der Infrastruktur gebunden ist. Da das Infrastrukturvermögen i.d.R. nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden. Für den Kreis Lippe kann eine derartige Quote nicht direkt aus der Bilanz abgeleitet werden, da das gesamte Infrastrukturvermögen in den EB Immobilien- und Straßenbetriebe ausgegliedert ist.

Für den Lagebericht zur Eröffnungsbilanz und den Jahresabschluss 2006 wurde die Darstellung daher auf einige besonders wichtige Bilanzkennziffern beschränkt. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2007 wird diese Darstellung aktualisiert unter Beachtung des nunmehr überarbeiteten NKF – Kennzahlensets NRW, welches das Innenministerium NRW mit Verfügung vom 19.02.2008 übersandt hat. Die Darstellung wird nunmehr auf die im Kennzahlenset geführten Indizes beschränkt, die im Vorjahr dargestellten Größen sind dabei aber weitgehend erhalten geblieben. Besonderheiten für den Kreis Lippe sind bei der jeweiligen Kennzahl dargestellt. Zusammenfassung:

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

Kennzahl	Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
Allgemeine Umlagenquote	61,66 %	60,01	-1,65 %
Zuwendungsquote	21,75 %	21,67 %	- 0,08 %
Personalintensität 1	10,95 %	11,52 %	+ 0,57 %
Personalintensität 1, bereinigt	10,45 %	10,88 %	+ 0,43 %
Sach- und Dienstleistungsintensität	0,59 %	0,67 %	+ 0,08 %
Transferaufwandsquote, bereinigt	79,14 %	77,65 %	- 1,49 %
Zinslastquote	1,36 %	1,74 %	+ 0,38 %
Aufwandsdeckungsquote	93,52 %	98,75 %	+ 5,23 %
Drittfinanzierungsquote	75,00 %	22,85 %	- 52,15 %
Fehlbetragsquote	13,5 %	5,18 %	- 8,32 %
Kurzfr. Verbindlichkeitenquote	14,57 %	9,31 %	- 5,26 %
Eigenkapitalquote I	32,33 %	30,94 %	- 1,39 %
Eigenkapitalquote II	34,41 %	33,38 %	- 1,03 %
Anlagendeckungsgrad II	50,82 %	51,73 %	+ 0,91 %

Erläuterungen:**6.1.1 Steuerquote oder allgemeine Umlagenquote**

$$\text{Allgemeine Umlagenquote} = \frac{\text{Umlagen} / \text{Steuern} * 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$$

Die Steuer- oder Umlagenquote gibt an, zu welchem Teil sich der Kreis „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Bei Kreisen, denen Steuern nicht in einem Umfang wie den Kommunen zufließen, wird die Steuerquote durch eine allgemeine Umlagenquote ersetzt.

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
15.616.470.000	16.485.053.500	
253.265.555	274.723.223	

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

61,66 %	60,01	-1,65 %
----------------	--------------	----------------

Anmerkung zur allgemeinen Umlagequote:

- Bei der Ermittlung der allgemeinen Umlagequote wurde berücksichtigt, dass die Aufwendungen nach dem SGB II im Jahr 2006 nicht in die allgemeine Kreisumlage einbezogen wurden, sondern die Belastungen im Rahmen der Kostenerstattung direkt mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden abgerechnet wurden. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurde das Erstattungsvolumen in Höhe von 17,3 Mio. € dem Umlageaufkommen 2006 hinzugerechnet.
- Die allgemeine Umlagenquote geht im Jahresabschluss 2007 geringfügig um rd. 1,65 % zurück, obgleich in 2007 eine deutliche Ertragssteigerung bei der allgemeinen Kreisumlage von rd. 8,8 Mio. € erreicht werden konnte und somit der Anteil der Umlagen an den ordentlichen Erträgen gestiegen ist. Neben der Steigerung der Kreisumlage ist zu berücksichtigen, dass das Land NRW in 2007 die Ausgleichszahlungen für die Landesersparnis Wohngeld deutlich von bisher 5.036 T€ auf immerhin 10.970 T€ angehoben hat, der letztgenannte Betrag beinhaltete neben der Zahlung für das Kalenderjahr 2007 auch nicht näher bezifferbare Nachzahlungen für die Jahre 2006 und 2005. Insoweit ist der Kennzahlenvergleich nur bedingt möglich.

6.1.2 Zuwendungsquote

$$\text{Zuwendungsquote} = \frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} * 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$$

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Kreis von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. Unter Erträgen aus Zuwendungen sind dabei die Schlüsselzuweisungen des Landes, Bedarfszuweisungen und allgemeine Zuweisungen sowie die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten zu berücksichtigen.

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
5.507.879.000	4.199.727.000	
253.265.555	274.723.223	
21,75 %	15,29 %	-6,46 %

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**Anmerkung zur Zuwendungsquote:

- Bei der Zuwendungsquote geht der Anteil der Zuwendungen an den ordentlichen Erträgen gegenüber dem Vorjahr um immerhin 6,46 % zurück. Auch hier ist ein Vergleich der beiden Haushaltsjahre nur bedingt möglich. Im Rahmen des Anzeigeverfahrens zum Haushalt 2007 hat die Bezirksregierung darauf hingewiesen, dass die Beteiligung des Bundes an den Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II in der Vergangenheit unter „Zuwendungen und allgemeinen Umlagen“ – Kontengruppe 41 - zu verbuchen war und diese nunmehr unter „Kostenerstattungen und Kostenumlagen – Kontengruppe 44 – zu buchen sind. Entsprechend wurden die Buchungen im Rahmen der Haushaltsausführung 2007 korrigiert. Zu Vergleichszwecken sind die realisierten Erstattungen (17.530 T€) nachstehend der Kontengruppe 41 zugerechnet:

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
5.507.879.000	5.952.766.453	
253.265.555	274.723.223	
21,75 %	21,67 %	- 0,08 %

- Nach Korrektur der veränderten Berechnungsgrundlagen ist Zuwendungsquote gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

6.1.3 Personalintensität 1

$$\text{Personalintensität 1} = \frac{\text{Personalaufwendungen} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Die Personalintensität 1 gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Bezug genommen wird hier lediglich auf die Personalaufwendungen gem. § 2 Abs. 1 Ziffer 10 GemHVO, d.h. die Versorgungsaufwendungen bleiben außer Acht.

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
2.966.644.544	3.204.047.193	
270.795.013	278.206.856	

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

10,95 %	11,52 %	+ 0,57 %
----------------	----------------	-----------------

Anmerkung zur Personalintensität 1:

- Auch insoweit sind die Daten der Jahresabschlüsse nur bedingt vergleichbar, da sich durch die Personalgestellung für die Lippe Pro Arbeit gGmbH die Personalaufwendungen im Jahr 2007 deutlich erhöht haben. Entsprechend sind verstärkt Personalkostenerstattungen zu verzeichnen. Ein Vergleich der Zeitreihe ist daher allenfalls im Hinblick auf den Nettopersonalaufwand sinnvoll und aussagefähig. (PK - Erstattungen 2006: 1.376 T€; 2007: 1.772 T€)

Jahresabschluss 2006 Nettopersonalaufwand	Jahresabschluss 2007 Nettopersonalaufwand	Veränderung
2.829.044.544	3.026.447.193	
270.795.013	278.206.856	
10,45 %	10,88 %	+ 0,43 %

- Ein Vergleich der Netto-Personalaufwendungen zeigt eine weiterhin leichte Steigerung der Personalintensität. Hier wirkt sich der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst aus, der zu einer erheblich höheren Zuführung zu der Pensionsrückstellung für Beamte geführt hat. Insoweit wird auf die Ausführungen zur Entwicklung der Personalaufwendungen verwiesen (vg. Ziffer 3.3.2)
- Im Interkommunalen Vergleich ist diese Kennzahl für den Kreis Lippe nur bedingt aussagefähig, da größere Aufgabenbereiche (EB ISB, EB Schulen) in Sonderrechnungen ausgegliedert sind. Dies führt dazu, dass zum einen Personalaufwendungen für diesen Bereich nicht dargestellt werden, auf der anderen Seite durch die gewährten Betriebskostenzuschüsse die ordentlichen Aufwendungen in Relation zu den Personalkosten besonders hoch sind.

6.1.4 Sach- und Dienstleistungsintensität

$$\text{Sach- und Dienstleistungsintensität} = \frac{\text{Sach- und Dienstleistungen} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Die Kennzahl Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter (Kontengruppe 52) entschieden hat.

Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
160.415.031	186.989.136	
270.795.013	278.206.856	
0,59 %	0,67 %	+ 0,08

Anmerkung zur Sach- und Dienstleistungsintensität

- Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen spielen im Budget des Kreises Lippe nur eine untergeordnete Bedeutung.

6.1.5 Transferaufwandsquote

$$\text{Transferaufwandsquote} = \frac{\text{Transferaufwendungen} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Die Kennzahl Transferaufwandsquote stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen (Kontengruppe 53) und den ordentlichen Aufwendungen her. Die Kennzahl ist im Jahresvergleich leicht rückläufig.

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
15.558.731.318	15.785.775.517	
270.795.013	278.206.856	
57,46 %	56,74 %	- 0,72 %

Anmerkung zum Transferaufwand:

- Der Transferaufwand setzt sich schwerpunktmäßig aus Sozialhilfe- und Jugendhilfeaufwendungen sowie der Landschaftsumlage zusammen. Diese Aufwendungen sind weitgehend fremdbestimmt oder gesetzlich vorgegeben und damit nur in geringem Maße beeinflussbar.
- Die Darstellung beinhaltet hier noch nicht die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II. Teil, da diese bisher nach den NKF – Kontierungsrichtlinien unter sonstigen ordentlichen Aufwendungen zu verbuchen waren. Rechnet man diese nicht unerheblichen, ebenfalls weitgehend fremdbestimmten Aufwendungen dem Transferaufwand hinzu, ergibt sich folgende Darstellung:

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
15.558.731.318	15.785.775.517	
+ 5.873.299.171	+5.817.606.597	
21.432.030.489	21.603.382.114	
270.795.013	278.206.856	
79,14 %	77,65 %	- 1,49 %

- Zwar ist der (korrigierte) Transferaufwand gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig, allerdings wird in dieser korrigierten Betrachtung der Anteil der nicht oder nur geringfügig beeinflussbaren Transferaufwendungen besonders deutlich. Dieser macht immerhin rd. 75 % des ordentlichen Haushaltsvolumens aus.

6.1.6 Zinslastquote

$$\text{Zinslastquote} = \frac{\text{Finanzaufwendungen} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Die Kennzahl Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
369.183.795	485.433.670	
270.795.013	278.206.856	
1,36 %	1,74 %	+ 0,38 %

Anmerkung zur Zinslastquote:

- Gegenüber dem Jahr 2006 haben sich die Zinsaufwendungen für Liquiditätsdarlehen von rd. 947 T€ auf nunmehr 1.893 T€ verdoppelt. Neben den um 6 Mio. € höheren Kassenkreditbestand sind steigende Zinssätze für diese Mehrbelastung verantwortlich. Die Zinslastquote steigt nur geringfügig um 0,38 Prozentpunkte, die Zinslast nimmt damit nach wie vor einen recht geringen Anteil am ordentlichen Aufwand ein.

6.1.7 Aufwandsdeckungsquote

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

$$\text{Aufwandsdeckungsquote} = \frac{\text{Ordentliche Erträge} * 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Die Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann i.d.R. nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
25.326.555.509	27.472.322.306	
270.795.013	278.206.856	
93,52 %	98,75 %	+ 5,23 %

Anmerkung zur Aufwandsdeckungsquote:

- Im Budgetvollzug 2007 konnte diese Kennzahl gegenüber dem Vorjahr deutlich um 5,23 % gesteigert werden und erreicht damit nahezu die Idealgröße von 100 %. Zurückzuführen ist diese Entwicklung insbesondere auf die deutlich verbesserte Ertragssituation. Während die ordentlichen Erträge gegenüber dem Vorjahr um rd. 8,5 % gestiegen sind, erhöhten sich die ordentlichen Aufwendungen um „lediglich“ 2,7 %. Neben den erhöhten Landeszuweisungen Wohngeldersparnis und steigenden Schlüsselzuweisungen wirkt sich auch die gegenüber dem Vorjahr angehobene allgemeine Kreisumlage aus.

6.1.8 Drittfinanzierungsquote

$$\text{Drittfinanzierungsquote} = \frac{\text{Erträge aus SoPo - Auflösung} * 100}{\text{Bilanzielle Abschreibung Anlageverm.}}$$

Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch Drittfinanzierung deutlich.

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
71.098.000	68.621.600	
947.901	3.003.105	
75,00 %	22,85 %	- 52,15 %

Anmerkung zur Drittfinanzierungsquote:

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

- Während sich der Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten nur geringfügig verändert hat, steigen die bilanziellen Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,3 Mio. € an. Dies resultiert insbesondere aus einer erforderlich gewordenen Wertberichtigung der Eigenbetriebe (Abschreibung auf Anlagevermögen). Insoweit sind die beiden Jahreswerte nur bedingt vergleichbar. Interkommunal ist die ausgewiesene Quote durch die erhebliche Auslagerung von Vermögen in Eigenbetriebe nur die bedingt vergleichbar.
- Wertberichtigungen von Forderungen (Abschreibung auf Forderungen) sind in die Kennzahlbildung nicht einzubeziehen.

6.1.9 Fehlbetragsquote

$$\text{Fehlbetragsquote} = \frac{\text{Negatives Jahresergebnis} * -100}{\text{Ausgleichsrücklage} + \text{allg. Rücklage}}$$

Die Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil. Da mögliche Sonderrücklagen unberücksichtigt bleiben müssen, bezieht sich die Kennzahl ausschließlich auf die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage.

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
1.932.198.071	635.796.943	
142.143.201	122.820.853	
13,5 %	5,18 %	- 8,32 %

Anmerkung zur Fehlbetragsquote:

- Während der Anteil des Jahresfehlbetrages an der Ausgleichsrücklage / allgemeinen Rücklage im Jahresergebnis 2006 noch bei 13,5% lag, verringert sich dieser Anteil im Jahresabschluss 2007 – bedingt durch die deutliche Ergebnisverbesserung – auf rd. 5,18 %.
- Der dargestellte Bestand an Ausgleichsrücklage und allgemeiner Rücklage versteht sich dabei jeweils ohne Inanspruchnahme für die im gleichen Jahr aufgelaufenen Fehlbeträge, da über deren Verwendung regelmäßig erst im Folgejahr nach Prüfung des Jahresabschlusses entschieden wird.

6.1.10 Investitionsquote

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

$$\text{Investitionsquote} = \frac{\text{Bruttoinvestitionen} * 100}{\text{Abgänge des AV} + \text{Abschreibungen AV}}$$

Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang die Kommune Neuinvestitionen durch jährliche Abschreibungen erwirtschaftet. Gegenübergestellt werden Zugänge und Zuschreibungen zum Anlagevermögen und Jahresabschreibungen sowie Abgänge des Anlagevermögens, die Werte sind dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
760.695.500	146.342.800	
3.064.109	6.681.401	
248,25 %	21,9 %	

Anmerkung zur Investitionsquote:

- Aufgrund der berechneten Reinvestitionsquote sind im Jahr 2007 nur rd. 21 % der Abschreibungen und Anlageabgänge wieder reinvestiert worden. Die Betrachtung ist allerdings zu relativieren. So beinhalten die Abschreibungen und Abgänge des Anlagevermögens verschiedene Sonderfaktoren wie

▪ die Abschreibung auf Anlagevermögen (Wertberichtigung EB)	2.010 T€
▪ die Übertragung von Wesertalanteilen auf die Kommunen	1.589 T€
▪ die planmäßige Tilgung von Altdarlehen durch die Eigenbetriebe	1.890 T€

Lässt man diese Abgänge außer Betracht, ergibt sich eine berichtigte Reinvestitionsquote von 122,7 %, d.h. die Investitionen übersteigen die Abschreibungen und Anlagenabgänge um rd. 270 T€.
- Die erheblich höhere Reinvestitionsquote 2006 resultiert auch hier aus Sonderfaktoren wie der Eigenkapitalzuführung an die Klinikum Lippe GmbH in Höhe von 4,6 Mio. € und der bereitgestellten Stammkapitaleinlage für das Landestheater Detmold in Höhe von 740 T€.

6.1.11 Kurzfristige Verbindlichkeitsquote

$$\text{Kurzfr. Verbindlichkeitsquote} = \frac{\text{Kurzfr. Verbindlichkeiten} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl „kurzfristige Verbindlichkeitsquote“ beurteilt werden. Berücksichtigt werden Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
5.536.859.100	3.505.159.400	
379.942.842	376.400.055	
14,57 %	9,31 %	- 5,26 %

Anmerkung zur kurzfristigen Verbindlichkeitsquote:

- Der Anteil der kurzfristigen Verbindlichkeiten an der Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 5,26 % zurückgegangen, obwohl der Bestand der Liquiditätsdarlehen um 6 Mio. € angestiegen ist. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf das Zinsmanagement für Kassenkredite. Hier hat die Bezirksregierung Detmold mit Verfügung vom 11.12.2006 klargestellt, dass zinsoptimierende Strategien für Kassenkredite auch für Kommunen anwendbar sind, die Ihre Haushaltswirtschaft bereits auf das NKF umgestellt haben und den Haushaltsausgleich durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage sicherstellen. Danach ist es möglich, Zinsfestschreibungen oder Derivate für die Dauer von bis zu 3 Jahren Laufzeit für bis zu 50% des durchschnittlichen jährlichen Kassenkreditbestandes in Anspruch zu nehmen. Von diesen Möglichkeiten der Zinssicherung und –optimierung hat der Kreis Lippe im Jahr 2007 Gebrauch gemacht.
- Darüber hinaus konnten die sonstigen Verbindlichkeiten durch Wertberichtigungen und Reduzierung der ungeklärten Zahlungseingänge vermindert werden, auf die Erläuterungen zum Verbindlichkeitspiegel wird verwiesen.

6.1.12 Dynamischer Verschuldungsgrad

$$\text{Dynamischer Verschuldungsgrad} = \frac{\text{Effektivverschuldung}}{\text{Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (FR)}}$$

Mit Hilfe dieser Kennzahl lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit beurteilen. Sie hat dynamischen Charakter, weil sie mit dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aus der Finanzrechnung eine zeitraumbezogene Größe enthält. Dieser Saldo zeigt an, in welcher Größenordnung freie Finanzmittel aus lfd. Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Haushaltsjahr zur Verfügung stehen und damit zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden könnten. Der dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung vollständig zu tilgen.

Die Effektivverschuldung errechnet sich dabei wie folgt:

	2006	2007
Gesamtes Fremdkapital	250.096.767	253.015.411
./. Liquide Mittel	- 1.947.766	- 8.809.915
./. kurzfristige Forderungen *)	- 16.808.024	- 12.064.713
= Effektivverschuldung	231.340.977	232.140.783

Anmerkung zum Dynamischen Verschuldungsgrad:

- Zum Fremdkapital gehören dabei die Sonderposten für den Gebührenausschlag, die Rückstellungen und die Verbindlichkeiten. *) Die kurzfristigen Forderungen für das Jahr 2006 wurden entsprechend der Darstellung im Jahresabschluss 2007 – vgl. Erläuterungen zu den sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen – korrigiert.

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
231.340.977	232.140.783	
-17.763.179	1.822.079	
Nicht berechenbar	127,4	

6.1.13 Eigenkapitalquote I

$$\text{Eigenkapitalquote I} = \frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

Die Eigenkapitalquote I misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz. Je höher die Eigenkapitalquote ausfällt, desto unabhängiger ist die Kommune von externen Kapitalgebern. Die Eigenkapitalquote kann auch bei Kommunen ein wichtiger Bonitätsfaktor sein

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
12.282.085.368	11.646.288.425	
379.942.842	376.400.055	
32,33 %	30,94 %	- 1,39 %

Anmerkung zur Eigenkapitalquote I:

- Die Eigenkapitalquote I hat sich im Jahresabschluss 2007 gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,39 Prozentpunkte verschlechtert. Zurückzuführen ist dies auf die – trotz des insgesamt deutlich verbesserten Jahresergebnisses – nach wie vor erforderliche Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich der Jahresrechnung 2007. Hier vermindert sich das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr um weitere 6,3 Mio. €

6.1.14 Eigenkapitalquote II

$$\text{Eigenkapitalquote II} = \frac{\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Die Eigenkapitalquote II misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital. Bei dieser Betrachtungsweise werden auch die Sonderposten dem wirtschaftlichen Eigenkapital zugeordnet, da es sich um Beträge handelt, die i.d.R. nicht zurückzuzahlen und nicht zu verzinsen sind.

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
13.075.470.857	12.564.118.547	
379.942.842	376.400.055	
34,41 %	33,38 %	- 1,03 %

Anmerkung zur Eigenkapitalquote II:

- Die Eigenkapitalquote II verringert sich gegenüber dem Vorjahr weniger stark als die Eigenkapitalquote I, zurückzuführen ist dies auf den nochmals deutlich um rd. 1 Mio. €

**Jahresabschluss und Lagebericht 2007**

gestiegenen Bestand in der Gebührenausrücklage. Im Übrigen sind die Sonderposten weitgehend unverändert.

- Je höher die Eigenkapitalquoten ausfallen, desto solider und krisenfester ist die Finanzierungsstruktur zu beurteilen. Ziel des NKF ist es dabei grundsätzlich, die Eigenkapitalquote in den Folgejahren zu erhalten. Ziel muss es daher sein, in den künftigen Jahren durch zielgerichtete Konsolidierungsmaßnahmen eine Reduzierung des Fehlbetrages in der Ergebnisrechnung bzw. eine in Ertrag und Aufwand ausgeglichene Ergebnisrechnung zu erreichen.

6.1.15 Anlagendeckungsgrad II

$$\text{Anlagendeckungsgrad II} = \frac{\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten} + \text{langfristiges Fremdkapital} * 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

Die Kennzahl Anlagendeckungsgrad II gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind und ist Maßstab für die finanzielle Stabilität einer Verwaltung. Grundsätzlich ist hier ein hoher Anlagendeckungsgrad anzustreben. Dieser ist im Budgetvollzug 2007 leicht um 0,91 Prozentpunkte angestiegen.

Jahresabschluss 2006	Jahresabschluss 2007	Veränderung
16.979.533.800	17.014.708.900	
334.069.131	328.886.061	
50,82 %	51,73 %	+ 0,91 %

5.1.16 Infrastrukturquote

$$\text{Infrastrukturquote} = \frac{\text{Infrastrukturvermögen} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

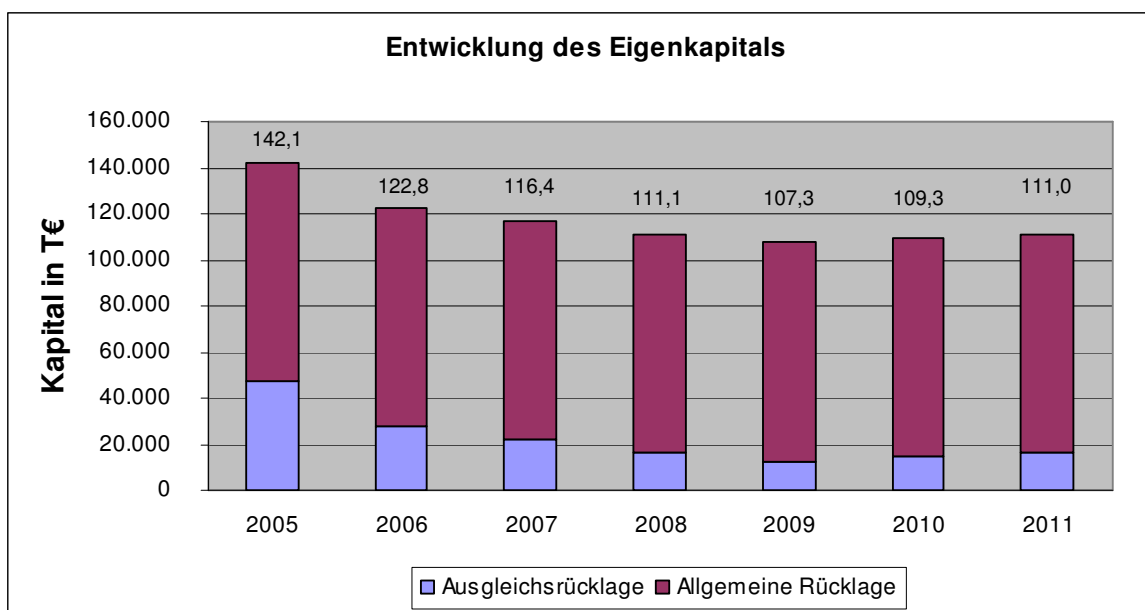
Die Infrastrukturquote stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entspricht. Da das

Infrastrukturvermögen des Kreises in den Eigenbetrieb Immobilien- und Straßenbetriebe ausgegliedert ist, kann diese Kennzahl aus der Bilanz nicht ermittelt werden.

6.2 Risikobewertung / Chancen

Das vorliegende Jahresergebnis 2007 dokumentiert, dass die Ertragskraft des Kreishaushalts insgesamt nicht ausreichend war, um die im abgelaufenen Haushaltsjahr entstandenen Aufwendungen zu decken.

Neben den bereits eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen und den deutlichen Mehrerlösen in einzelnen Bereichen (z.B. bei den Zuweisungen des Landes Wohngeldersparnis SGB II) wird auch weiterhin eine strenge Ausgabendisziplin erforderlich sein, um mittelfristig den Haushaltsausgleich ohne Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage sicherstellen zu können. Die Entwicklung des Eigenkapitals und insbesondere der Ausgleichsrücklage wird nochmals anhand der nachstehenden Grafik verdeutlicht.



Auf der Grundlage der aktuellen Finanzplanung wird daher bis einschließlich 2009 ein Ausgleich der Gesamtergebnisrechnung nur durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage möglich sein, erstmals in 2010 ist nach den derzeitigen Prognosen ein Finanzierungsüberschuss in der Gesamtergebnisrechnung zu erwarten.

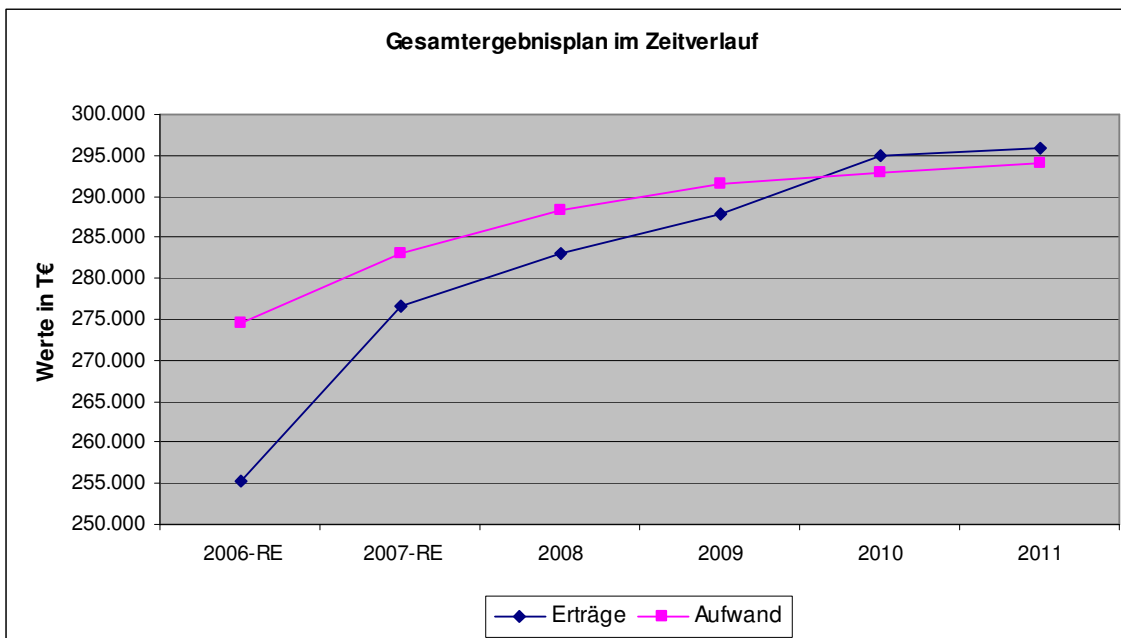


Jahresabschluss und Lagebericht 2007

Diese Trendwende ist allerdings nur bei weiterhin strenger Ausgabedisziplin und anhaltend positiver Entwicklung der Steuereinnahmen realisierbar. Die Darstellung beruht auf den Orientierungsdaten des Landes NRW zur Haushalts- und Finanzplanung 2008 – 2011, diese gehen für die Jahre 2009 – 2011 von einer Steigerung der Umlagegrundlagen / der Finanzkraft der Kommunen in einer Größenordnung von jährlich 3 – 4 % aus. Jüngste Pressemitteilungen zur Entwicklung des IFO-Geschäftsklimaindizes sehen diese Entwicklung deutlich negativer, danach haben sich – nicht zuletzt aufgrund der Explosion der Energiepreise in den letzten Monaten – die Konjunkturerwartungen für die kommenden Monate deutlich verschlechtert.

Da nach dem mit den Kommunen vereinbarten Kreisumlageberechnungsmodell entsprechende Einbrüche bei der Finanzkraft der Kommunen bei der Festsetzung der allgemeinen Kreisumlage zu berücksichtigen sind, bestehen hier erhebliche Ertragsrisiken für den Kreishaushalt. Gleiches gilt für die Zuweisungen des Landes. Umso mehr muss das Augenmerk auch künftig auf eine strenge und konsequente Ausgabendisziplin gerichtet sein.

Die Entwicklung von Ertrag und Aufwand in der Finanzplanung wird nachstehend nochmals verdeutlicht:



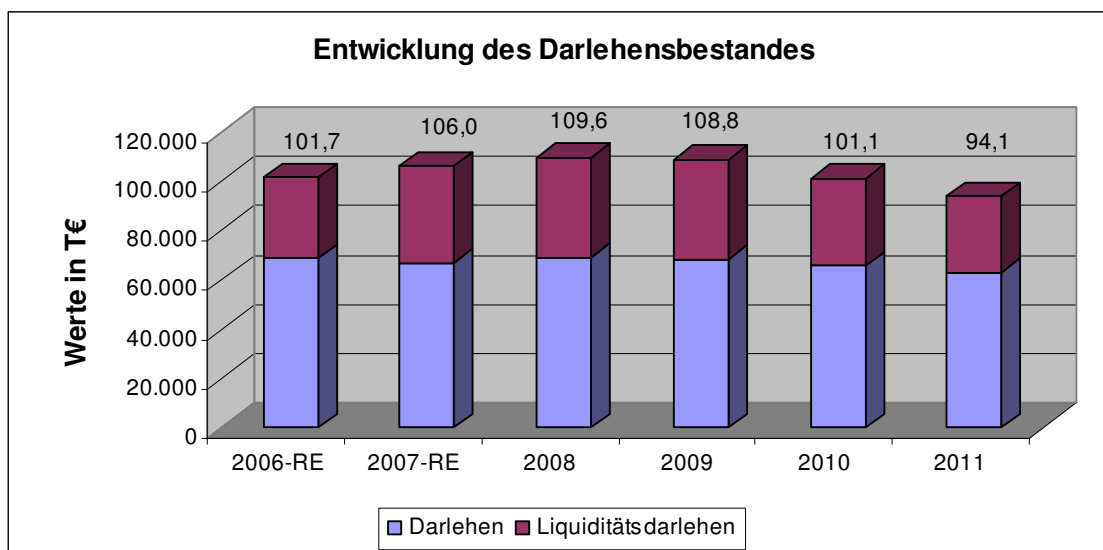
Danach wird es im Jahr 2010 voraussichtlich erstmals möglich sein, den derzeitigen Bestand an Liquiditätsdarlehen zurückzuführen und die Verschuldung des Kreises Lippe nachhaltig zu senken. Auch im Bereich der Investitionsdarlehen auf der Grundlage der bisher veranschlagten Investitionen ist zunächst ein Rückgang der Netto-Verschuldung zu erwarten. Insoweit



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

wird durch sinkende Zinsbelastungen der Haushaltsausgleich in der Gesamtergebnisrechnung unterstützt, sofern der Effekt nicht durch Kreditverteuerungen am Kapitalmarkt aufgezehrt wird.

Die Entwicklung der Verschuldung des Kreises Lippe ist ebenfalls nochmals grafisch dargestellt.



In den kommenden Jahren wird sich der Fokus insbesondere auf folgende Aufgabenfelder richten müssen:

6.2.1 Gesamtkonzept zur Familien-, Kinder- und Jugendförderung

Der Kreis Lippe muss sich aufgrund geänderter Rahmenbedingungen von Bund und Land in den Bereichen Familien-, Kinder- und Jugendförderung neuen Anforderungen stellen. Beispielhaft seien hier die Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK), hier die Kommunalisierung der Elternbeiträge und die Betreuung der unter 3-jährigen Kinder, die Einführung eines Förderplanes nach dem Kinder- und Jugendfördergesetz und die Offenen Ganztagschulen angeführt.

Darüber hinaus bestehen beim Kreis Lippe in den Bereichen Familien-, Kinder- und Jugendförderung Handlungsbedarfe. So hat das Kreisjugendamt im Vergleich zu anderen Jugendämtern hohe umlagefähige Ausgaben, resultierend aus hohen einwohnerbezogenen Ausgaben bei den erzieherischen Hilfen und einem überdurchschnittlichen Zuschussbedarf im Bereich der Tagesbetreuung. Demgegenüber stehen eine überdurchschnittliche Leistungsdichte



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

bei den erzieherischen Hilfen und ein sehr differenziertes und umfängliches Angebot an Kinderbetreuung.

Ziel des Kreises Lippe ist es, sich nicht nur als Bildungsregion, sondern auch als familien- und kindergerechte Region, in den nächsten Jahren weiter zu entwickeln. Um dieses Ziel unter den gegebenen Voraussetzungen erreichen zu können, hat der Kreistag des Kreises Lippe mit Beschluss vom 19.06.2006 die Verwaltung beauftragt, ein Gesamtkonzept für den Bereich der Familien-, Kinder- und Jugendförderung zu erarbeiten. Das Konzept sollte die demografische Entwicklung im Bereich der Jugendhilfe, die stärkere Vernetzung von Schule und Jugendhilfe und die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit und Orientierungslosigkeit von Jugendlichen mit berücksichtigen. Zudem sollte das Gesamtkonzept auch einen Vorschlag zur Finanzierung enthalten und die Lebens- bzw. Einkommssituation junger Familien einerseits sowie die Finanzsituation der Städte und Gemeinden andererseits berücksichtigen.

Da es sich hierbei um ein komplexes und vielschichtiges Projekt handelt und der Kreis Lippe für die Initiierung und Durchführung von Veränderungsprozessen in dem komplexen Bereich der Familien-, Kinder- und Jugendförderung ganzheitliche Lösungsansätze benötigt, war vorgesehen worden, zur Erarbeitung des träger- und disziplinübergreifenden Gesamtkonzeptes eine externe Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus ist geplant, zur Begleitung des Projektes eine interne Projektorganisation zu implementieren.

Im Dezember 2006 ist daraufhin ein europaweites Ausschreibungsverfahren zur Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Familien-, Kinder- und Jugendförderung im Kreis Lippe durchgeführt und eine Beratungsfirma mit der Erstellung des Konzeptes beauftragt worden.

Im Blick auf die Entwicklung der Finanzwirtschaft des Kreises Lippe soll das Gesamtkonzept dazu beitragen, dass in den nächsten Jahren in den Bereichen Familien-, Kinder- und Jugendförderung des Kreises Lippe Einsparpotentiale und eine wirtschaftliche Konsolidierung erreicht werden. Zudem sollen zeitgemäße Finanzierungsformen entwickelt werden. Hierdurch soll damit insgesamt eine Verbesserung der Finanzsituation in dem Produktbereich Kinder, Jugend- und Familienhilfe des Kreises Lippe erreicht werden.

6.2.2. Entwicklung der Transferaufwendungen

Der Kreishaushalt ist auf der Ertragsseite aufgrund fehlender eigener Steuereinnahmen und direkter Finanzzuweisungen auf die Erhebung von Umlagen angewiesen, welche Brutto rd.



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

60 % aller Erträge ausmachen. Die Umlagen reichen allerdings nicht aus, um die Nettozuschussbedarfe in den Transferbereichen Soziales, Jugend und der Landschaftsverbandsumlage zu decken.

Hinweis: Die LWL-Umlage kann quasi als Transferaufwendung betrachtet werden, da die Aufwendungen des LWL im Sozialbereich, insbesondere im Bereich der Eingliederungshilfe aufgrund gesetzlicher, gesellschaftlicher und demografischer Veränderungen überproportional steigen und von der Höhe her die Einnahmen aus der Landschaftsverbandsumlage übersteigen.

Chancen und Risiken des Kreishaushalts stehen und fallen zu 80 % mit der Entwicklung dieser beiden Bereiche:

- Die Transferaufwendungen sind aufgrund vielfältiger gesetzlicher Vorgaben vom Kreis nur bedingt zu beeinflussen. Längst kommt den in kommunaler Verantwortung aufgestellten Sicherungssystemen eine weit über das hinaus gehende Bedeutung zu, als die ursprüngliche als Notfall-, Ausnahme- oder Ergänzungsfunktion gedachte Leistungspflicht. Dies trifft insbesondere für die Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II, der Grundsicherung nach dem SGB XII, sowie der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe (Landschaftsverband zu). Die genannten Bereiche haben durchweg eine große finanzielle Bedeutung für den Kreis. In fast allen Fällen zeigen die Indikatoren finanzwirtschaftlich nach unten, das heißt die Rahmenbedingungen verändern sich aufgrund der Kumulation verschiedener Faktoren überproportional negativ und werden zu fortgesetzten Kostensteigerungen führen.
- Bei der allgemeinen Kreisumlage ist der Kreis Lippe trotz und aufgrund des vereinbarten Modells den Städte und Gemeinden sehr weit entgegen gekommen und hat in sehr großem Umfang gestiegene Aufwendungen nicht über die Kreisumlage weiter gegeben, um die Gemeinden zu stützen. Allerdings hat dies zu einem erheblichen Anstieg der Kassenkredite geführt, die den Haushalt zusätzlich mit 1,5 Mio. € Zinsen jährlich belasten. Aufgrund des Umlagefinanzierungssystems muss deutlich werden, dass bei ansonsten unveränderten Rahmenbedingungen auf der Ausgabeseite eine nennenswerte Rückführung dieser Verbindlichkeiten nur über die Kreisumlage möglich ist und weitere Netto-Entlastungen der Gemeinden in Anbetracht der Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der Transferaufwendungen stark begrenzt sind.



Im Folgenden sollen nur noch die wesentlichen Faktoren angesprochen werden, insoweit sie nicht bereits in den vorstehenden Abschnitten behandelt wurden.

Grundsicherung nach dem SGB II

Für 2007 wurden aufgrund der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt auch verminderte zu tragende Kosten der Unterkunft nach dem SGB II. Teil erwartet. Wie vom FB 3 in den dortigen Erläuterungen zu Budgetentwicklung ausgeführt, muss rückschauend festgestellt werden, dass der Aufschwung bei einem großen Teil der Leistungsberechtigten nach dem SGB II. Teil nicht bzw. nicht in dem erhofften Maße angekommen ist. Die Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten, die im Jahr 2006 29,1 % betrug und im Jahr 2007 noch auf 31,2 % angehoben wurde, ist für das Kalenderjahr 2008 auf 28,6 % herabgesetzt worden. Maßstab für diese Kürzung war die Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften; diese sind allerdings in Relation zu den Aufwendungen überproportional rückläufig. Hinzuweisen ist an dieser Stelle insbesondere auf die zu erwartenden deutlichen Mehrbelastungen durch steigende Energie- und Heizkosten, die insoweit in vollem Umfang zu Lasten der Kommunen abgewickelt werden.

Durch die Novellierung des Wohngeldgesetzes ist diese Berechnungsgrundlage – trotz des Protestes der Kommunalen Spitzenverbände – auch für die Folgejahre dauerhaft festgelegt worden.

Das Bundesverfassungsgericht hat Ende des Jahres 2007 die zur Zeit geltende Organisationsform der „Arbeitsgemeinschaft nach dem SGB II –ARGE“ für mit dem Grundgesetz nicht vereinbar erklärt und dem Gesetzgeber aufgefordert bis zum Jahre 2010 eine verfassungskonforme Lösung zu beschließen. Der von dem zuständigen Bundesministerium und der Geschäftsleitung der Bundesagentur für Arbeit erarbeitete Entwurf eines „Kooperativen Jobcenters“ ist bei den Ländern und bei den Kommunen auf breite Ablehnung gestoßen, da der erforderliche kommunale Einfluss, der auch nach dem Ergebnis der Untersuchung des eingesetzten Ombudsrates unverzichtbar sei, zurückgedrängt und es quasi auf eine Alleinzuständigkeit der Bundesagentur mit kommunalem Anhängsel hinauslaufen würde. Auch der Kreistag des Kreises Lippe hatte sich im Rahmen einer Resolution mit großer Mehrheit gegen die Vorschläge eines kooperativen Jobcenters ausgesprochen. Experten sehen nun ohne eine Verfassungsänderung kaum Chancen für die derzeitige Organisationsform, womit, neben der Zurückführung der Zuständigkeiten auf den Stand von 2004, nur die Zuweisung komplett zum Bund oder zu den Kommunen verfassungsrechtlich möglich wäre. Beides wie-



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

derum hätte indes weitreichende und komplizierte, insbesondere Personal- und finanzwirtschaftliche Umschichtungen, zur Folge.

Fachlich würde zudem bei einer Zuweisung zum Bund die örtliche Nähe und die kommunale Kenntnis und Kompetenz in der Arbeitsvermittlung aufgrund deren vielfältiger Verflechtungen mit der Wirtschaft und den Bildungseinrichtungen usw. verloren gehen. Bei einer Zuweisung zu den Kommunen hingegen könnte die Einheitlichkeit der Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Maßnahme des Bundes und auch die Einheitlichkeit der Arbeitsvermittlung mit dem Personenkreis nach dem SGB III (ALG I) verloren gehen. Dies wiederum würde dem Zweck der Vereinheitlichung der Aufgabenwahrnehmung und klaren Verantwortungszuweisung widersprechen.

Entwicklung der Kosten für die Grundsicherung im Alter

Aufgrund der zunehmenden Alterung der Gesellschaft ist mit einem kontinuierlichen Anstieg der Aufwendungen zu rechnen. Die Leistungen der Grundsicherung im Alter wurden zum 01.01.2003 eingeführt und zum 01.01.2005 in das SGB XII. Teil überführt. Trotz stetiger Kosten- und Fallzahlsteigerung war die Kostenbeteiligung des Bundes seit Gesetzeseinführung auf einen Festbetrag von jährlich 409 Mio. € festgeschrieben. Die Kostenbeteiligung des Bundes hat sich damit faktisch von zunächst 28,3 % der Nettoaufwendungen auf nunmehr 16,7 % reduziert, insoweit wird auf die Darstellung des FB 3 verwiesen.

Im Rahmen der Novellierung des Wohngeldgesetzes haben sich Bund und Länder zwischenzeitlich anstelle der bisherigen Festbetragsfinanzierung auf eine prozentual gestaffelte Bundesbeteiligung von zunächst 13% der Nettoausgaben des Vorvorjahres verständigt, die Quote wird kontinuierlich um 1%-Punkt steigen, bis im Jahr 2012 der Höchstsatz von 16% erreicht wird. Die Kommunalen Spitzenverbände und die Länder hatten eine Quote von mind. 20% gefordert.

Wenn durch die Dynamisierung nunmehr auch eine Koppelung der Bundeserstattung an die zu erwartende, weitere Kostensteigerung sichergestellt ist, bedeutet dies für den Kreis Lippe jedoch zunächst einmal weitere Budgetverschlechterungen bzw. Mindererträge für die kommenden Haushaltsjahre. Die bereits im Vorjahr skizzierten Befürchtungen zur Entwicklung der Bundeserstattung bestätigen sich nunmehr nachdrücklich.

Entwicklung der Kosten für die Hilfe zur Pflege

Der medizinische Fortschritt wird zu einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung und zusammen mit dem demografischen Wandel zu einem stetigen Anstieg des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung führen. Hier sind grundlegend politisch weit-sichtige, aber auch vor Ort intelligente Lösungen gefragt, diese Herausforderungen zu bewältigen. Neben den bestehenden müssen auch alternative Konzepte in der Versor-gung und Betreuung älterer Menschen entwickelt werden, um den Vorrang der offenen bzw. ambulanten gegenüber der stationären tatsächlich in die Praxis umzusetzen. Hieran arbeitet der Kreis Lippe u.a. mit seinen Projekten „Lippe 2020“ und „Familienfreundlicher Kreis Lippe“. Dies kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass auch die finanzwirt-schaftliche Entwicklung der Sozialleistungssystem der gesetzlichen Rentenversicherung und der Pflegeversicherung Schritt halten müssen. Die Leistungen der Pflegeversiche-rung wurden seit Einführung nicht dynamisiert. Die Renten wurden seit Jahren real nicht oder nur minimal angepasst. Die Leistungen der Pflege haben sich derweil jedoch erheb-lich verteuert. Dies hat dazu geführt, dass insbesondere in der stationären Pflege die Pflegebedürftigen Menschen häufiger oder viel früher als bei der Einführung der Versi-cherung, wieder auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen sind. Sozialhilfe wird vermehrt wieder zur Regelleistung.



6.2.3 Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Mit Runderlass des Innenministeriums vom 04.09.2007 (33 - 46.05.00 - 9066/07) sind die Orientierungsdaten 2008 – 2011 für die Haushalts- und Finanzplanungen der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen (Orientierungsdaten 2008) bekannt gegeben worden. Danach sehen die Orientierungsdaten für die Erträge und Aufwendungen wie folgt aus:

Erträge-/Aufwendungen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
	2008	2009	2010	2011
A. Erträge				
1. Steuern und ähnliche Abgaben¹⁾				
darunter:				
- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	+ 3,0	+ 6,3	+ 4,0	+ 4,0
- Kompensation Familienlastenausgleich	+3,6	+2,3	+2,8	+3,1
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	+ 4,1	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,3
- Gewerbesteuer (brutto)	- 5,0	+ 2,1	+ 6,4	+5,8
- Grundsteuer A und B	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
- sonst. Steuern u. ähnliche Erträge	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+0,0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	+ 9,7	+ 5,1	+ 4,7	+ 4,3
darunter:				
- Allgemeine Zuweisungen v. Land (GFG)	+ 9,8	+ 5,1	+ 4,7	+ 4,3
3. Ordentliche Erträge	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,5

- 1) Zu den Erträgen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben in der Abgrenzung der Kontengruppe 40 gehören die Realsteuern (Kontenart 401), die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern (Kontenart 402), die sonstigen Gemeindesteuern (Kontenart 403), die steuerähnlichen Erträge (Kontenart 404) und die Ausgleichsleistungen (Kontenart 405). Zu den Ausgleichsleistungen gehören die Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich und die Leistungen für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Erträge-/Aufwendungen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
	2008	2009	2010	2011
B. Aufwendungen				
1. Personalaufwendungen	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
2. Versorgungsaufwendungen	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
3. Lfd. Sachaufwand	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,0
4. Transferaufwendungen ²⁾	+ 0,8	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,6
darunter				
- Sozialtransferaufwendungen	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5
5. Ordentliche Aufwendungen ³⁾	+ 1,0	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,6

2) Zu den Transferaufwendungen gehören im NKF finanzstatistisch insbesondere auch die Sozialtransferaufwendungen, Zuweisungen und Zuschüsse der Gemeinden, die Gewerbesteuerumlage und die Kreis- und Landschaftsumlagen. Die geringe Veränderungsrate in 2008 ist wesentlich auf die Senkung der Gewerbesteuerumlage zurückzuführen.

3) Bei der relativ niedrigen Erhöhung der ordentlichen Aufwendungen in 2008 ist die Senkung der Transferaufwendungen für die Gewerbesteuerumlage berücksichtigt.

➤ **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für das Jahr 2008 wird auf rd. 5.975 Mio. EUR geschätzt. Die Veränderungsrate für das Jahr 2008 (+ 3,4 %) wurde auf Grundlage der Einnahmeerwartungen für 2007 i. H. v. 5.800 Mio. EUR berechnet.

Der Anstieg in 2008 wird von der Anwendung neuer Verrechnungsmaßstäbe für die Lohnsteuerzerlegung ab 2007 beeinflusst. Der Zerlegungssatz für NRW, das ist der Anteil am örtlichen Lohnsteueraufkommen, der an andere Länder abgeführt werden muss, steigt von 14 v. H. auf fast 19 v. H. Das bewirkt erstmals höhere Abführungen für das dritte Quartal 2007. Darüber hinaus sind im Oktober Nachzahlungen für das erste Halbjahr zu leisten. Für die Gemeinden des Landes bringt dies eine Mehrbelastung von etwa 125 Mio. EUR, die aufgrund des Abrechnungsverfahrens erst mit der Spitzabrechnung des 4. Quartals 2007 im Januar 2008 kassenwirksam wird. Somit wird der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 2008 durch den erhöhten Zerlegungsbetrag für insgesamt sieben Quartale gemindert.



➤ **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer**

Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wird 2008 abgeleitet aus den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung rd. 856 Mio. EUR betragen. Mit der vorgesehenen Schlüsselumstellung für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer ist 2009 zu rechnen.

➤ **Gewerbesteuer**

Die Durchschnittswerte für die Aufkommensentwicklung der Gewerbesteuer sind angesichts der starken Unterschiede in der örtlichen Aufkommensentwicklung eine generalisierende Orientierungshilfe für die Haushaltsplanungen der einzelnen Gemeinden. Nach dem weiteren deutlichen Anstieg im Haushaltsjahr 2006 und in den beiden ersten Quartalen 2007 wird im Landesdurchschnitt im weiteren Jahresverlauf 2007 eine Abschwächung der Aufkommensdynamik erwartet. Ab 2008 müssen Mindereinnahmen aus der Unternehmensteuerreform einkalkuliert werden. Das Bundesfinanzministerium geht hier bundesweit von rd. - 2,39 Mrd. EUR aus.

➤ **Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes**

Die Orientierungsdaten des Landes NRW gehen davon aus, dass sich die allgemeinen Zuweisungen des Landes im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) weiter erhöhen werden. Die angegebenen Veränderungsraten beziehen sich auf den Beratungsstand zum Gesetzentwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2008 (Landtag Drs. 14/4602) und zum Entwurf des Landeshaushalts 2008 und auf die Grundlagen der Steuerschätzung vom Mai 2007. Die Veränderungsrate der Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes für 2008 beläuft sich nach dem Gesetzentwurf auf + 9,7 %. Nach der tatsächlichen Entwicklung des Aufkommens der Gemeinschaftssteuern ist zu erwarten (Stand Ende August 2007), dass die endgültige Steigerungsrate noch etwas darüber liegen wird.

Der Mehrbetrag bei den Verbundsteuern mit einer Veränderungsrate der Schlüsselzuweisungen um voraussichtlich + 9,8 % führt gleichzeitig zu höheren Umlagegrundlagen für 2008.

➤ **Fazit und Ausblick**

Die Situation der kommunalen Haushalte bleibt weiterhin angespannt. Trotz der erfreulichen Entwicklung bei den dargestellten Erträgen gemäß der Orientierungsdaten 2008 ist eine deutliche Entspannung der kommunalen Finanzsituation auf absehbare Zeit nicht zu erkennen. Für 2008 ist für die Kommunen mit einer verlangsamten Einnahmeentwicklung zu rechnen. Ferner sind viele Kommunen trotz steigender Erträge nicht in der Lage, die laufenden Aufwendungen zu bezahlen. Hinzu kommt, dass viele Kommunen die in den Vorjahren



Jahresabschluss und Lagebericht 2007

aufgenommenen Kassenkredite in Milliardenhöhe zunächst zurückzuführen haben. Das Volumen der Kassenkredite betrug am 31.12.2007 rund **13,6 Mrd. EUR** und verzeichnet damit eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 9,2%.

110 Kommunen hatten Mitte August 2007 kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept. Mit dem neuen kommunalen Rechnungswesen können die haushaltsrechtlichen Instrumentarien (z. B. „Ausgleichsrücklage“) genutzt werden, um mit gleichzeitig einzuleitenden verstärkten Konsolidierungsmaßnahmen eine vorläufige Haushaltswirtschaft mindestens in den Zustand einer rechtsgültigen Haushaltssatzung mit genehmigtem Haushaltssicherungskonzept zu überführen. Das Innenministerium erwartet deshalb insbesondere mit der Umstellung zum neuen Rechnungswesen (NKF) von allen Gemeinden in vorläufiger Haushaltswirtschaft verstärkte Anstrengungen, zu einer rechtsgültigen Haushalts- und Finanzwirtschaft zurückzukehren.

Allerdings bleibt trotz der Erwartung des Innenministeriums und der verbesserten Einnahmesituation festzustellen, dass die Lage der Kommunalfinanzen nach wie vor sehr angespannt ist.

Die Ausgabeseite der Kommunen nahm 2007 vor allem durch die Umsetzung im Bereich des Erhaltungsaufwandes und der Investitionen zu. Dazu kamen die Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie die Steigerung der Energiepreise. Die investiven Ausgaben erhöhten sich um 7,3% und der laufende Sachaufwand nahm um 6,1% zu. Der positive Trend der kommunalen Investitionen wird sich im Jahr 2008 fortsetzen, es wird mit einer Steigerung um rd. 6,6% gerechnet.

7. Übersicht über die Mandatsträger

Dem Lagebericht der Jahresrechnung ist gem. § 95 Abs. 2 GO NW für die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes – soweit dieser nicht zu bilden ist – für den Bürgermeister und den Kämmerer sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, eine Übersicht beizufügen, aus der

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
2. der ausgeübte Beruf,
3. die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 AktG,
4. die Mitgliedschaft in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form und
5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen

ersichtlich sind.

Die Kreistagsmitglieder und sachkundigen BürgerInnen sind gem. § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz i.V.m. § 43 GO NW verpflichtet, Angaben zu Mitgliedschaften/Tätigkeiten in Aufsichtsgremien etc. zu machen. Diese Angaben wurden über einen Fragebogen bereits für die Jahresrechnung 2006 vom Sitzungsdienst erhoben und für die Jahresrechnung 2007 nochmals überprüft und korrigiert worden. Sie bilden die Grundlage der nachstehenden Tätigkeitsübersicht, auf eine eigenständige Datenerhebung wurde verzichtet.

Die Zusammenstellung ist auf die gesetzlich geforderten Angaben beschränkt, insbesondere wird auf die Darstellung ehrenamtlichen Engagements in Vereinen etc. verzichtet.

Auf die nachstehende Übersicht wird verwiesen.

**Jahresabschluss zum 31.12.2007**

Arning	Erhard	Lehrer/Beamter im Ruhestand			Mitglied: GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH GV Erholungszentrum Schieder GmbH Stellvertr. Mitglied: GV Klinikum Lippe GmbH
Belz	Gerd	Realschullehrer i.R.		VR Sparkasse Detmold <i>als Vertreter der Stadt Barntrup</i>	Mitglied: AR Klinikum Lippe GmbH AR Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH VR Abfallwirtschaftsverband Lippe AR Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe GV Klinikum Lippe GmbH Stellvertr. Mitglied: GV Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung LV Landschaftsverband Westfalen Lippe
Brehm	Wolfgang	Personalberater selbständig			Stellvertr. Mitglied: GV Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung
Brinkmann	Hans	Sparkassenbetriebswirt im Ruhestand		GV Stadtwerke Oerlinghausen <i>als Vertreter der Stadt Oerlinghausen</i>	Mitglied: GV Klinikum Lippe GmbH Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung
Brinkmann	Rudolf	Hauptschullehrer Beamter			
Bröker	Gabrielle	Hausfrau			Mitglied: VV Sparkassenzweckverband Lemgo AR Landestheater Detmold GmbH Stellvertr. Mitglied: Kreditausschuss der Sparkasse Lemgo VR Sparkasse Lemgo GV Radio Lippe GmbH & Co KG

Jahresabschluss zum 31.12.2007



Brandt	Bernhard	Werkmeister			Mitglied: GV Verkehrsbetriebe Extertal, Extertalbahn GmbH Stellvertr. Mitglied: AR Verkehrsbetriebe Extertal AR Karl Köhne GmbH AR vbe-Spedition GmbH GV Abfallbeseitigungs- GmbH Lippe VV Sparkasse Lemgo VV Abfallwirtschaftsverband Lippe
Bünemann	Joachim	Verbandsvorsteher Landesverband Lippe			Mitglied: LV Landschaftsverband Westfalen Lippe VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Netzwerk Lippe gGmbH VR Sparkasse Detmold Stellvertr. Mitglied: GV Klinikum Lippe GmbH GV OWL Marketing GmbH AR Klinikum Lippe GmbH Fachbeirat der OWL Marketing GmbH GV Lippe Pro Arbeit GmbH
Diekmann	Rudolf	Abteilungsleiter im Ruhestand			Mitglied: Kreditausschuss der Sparkasse Detmold VR Sparkasse Detmold Stellvertr. Mitglied: GV Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold
Dittmar	Karl	Redakteur (Kaufmann) selbständig	Geschäftsführender Gesellschafter der Dittmar Immobilien GbR, Pappenhauser Str. 4, 32108 Bad Salzuflen		Mitglied: LV Landschaftsverband Westfalen Lippe VV Abfallwirtschaftsverband Lippe GV Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH VV Zweckverband Werre - Weserverband GV Abfallbeseitigungs- GmbH Lippe VV Weserrenaissance-Museum Schloss Brake AR Klinikum Lippe GmbH GV Klinikum Lippe GmbH VV Zweckverband Naturpark Eggegebirge und



Jahresabschluss zum 31.12.2007

					südlicher Teutoburger Wald GV Radio Lippe GmbH & Co KG <u>Stellvertr. Mitglied:</u> Stiftungsrat der "Stiftung Standortsicherung" AR Landestheater Detmold GmbH
Eichmann	Klaus Peter	Koch Angestellter			
Engewald	Dorothee	Lehrerin im Ruhestand			<u>Mitglied:</u> GV Verkehrsbetriebe Extertal, Extertalbahn GmbH <u>Stellvertr. Mitglied:</u> GV Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe AR Verkehrsbetriebe Extertal, Extertalbahn GmbH AR Karl Köhne GmbH AR vbe-Spedition GmbH GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH VV Abfallwirtschaftsverband Lippe VV Sparkassenzweckverband Lemgo
Gemballa	Elke	Selbständige Finanzberaterin		<u>Mitglied:</u> GV der WFZ Kalletal-Varenholz GmbH AR der Staatsbad Meinberg GmbH VV Weserrenaissance Museum Schloss Brake <u>Stellvertr. Mitglied:</u> GV der Erholungszentrum Schieder GmbH AR Institut für Tinnitus Forschung und Therapie GmbH <i>als Vertreterin des Landesverbandes Lippe</i>	<u>Mitglied:</u> VV Landesverband Lippe <u>Stellvertr. Mitglied:</u> GV Klinikum Lippe GmbH GV OWL-Marketing-GmbH Fachbeirat OWL-Marketing-GmbH
Georgi	Jürgen	Technischer Fernmeldebetriebsin- spektor			<u>Mitglied:</u> VV Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald VV Abfallwirtschaftsverband Lippe GV Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe Stiftungsrat der "Stiftung Standortsicherung" GV der Netzwerk Lippe gGmbH GV der Lippe Pro Arbeit GmbH <u>Stellvertr. Mitglied:</u>



Jahresabschluss zum 31.12.2007

					GV Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH GV Verkehrsbetrieb Extertall-Extertallbahn GmbH GV Erholungszentrum Schieder GmbH
Goerder	Heike	Veranstaltungsmanagement selbständig			<u>Stellvertr. Mitglied:</u> GV Klinikum Lippe GmbH
Grigat	Stephan	Rechtsanwalt selbständig		AR DetCon Detmold AR Stadtwerke Detmold GmbH AR Gilde GmbH VR Sparkasse Detmold Kreditausschuss Sparkasse Detmold <i>als Vertreter der Stadt Detmold</i>	<u>Mitglied:</u> VV Sparkassenzweckverband Detmold <u>Stellvertr. Mitglied:</u> GV Klinikum Lippe GmbH
Grochowiak-Schmieding	Manuela	Museumspäd. Mitarbeiterin			<u>Mitglied:</u> AR Klinikum Lippe GmbH VR Sparkasse Lemgo Kreditausschuss der Sparkasse Lemgo Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung <u>Stellvertr. Mitglied:</u> GV Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Lemgo GV Lippe Pro Arbeit GmbH
Grothe	Antonius	Leiter eines Kinderdorfes Angestellter		<u>Mitglied:</u> GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH GV Erholungszentrum Schieder GmbH Gewährträgerversammlung Lippische Landes- Brandversicherungsanstalt VR Lippischen Landes- Brandversicherungsanstalt <u>Stellvertr. Mitglied:</u> VR Hotel- und Gaststättenbetriebsgesellschaft Landesverband Lippe mbH AR Staatsbad Meinberg mbH VV Weserrenaissance-Museum Schloss Brake <i>als Vertreter des Landesverbandes</i>	<u>Mitglied:</u> VV Sparkassenzweckverband Detmold VV Landesverband Lippe <u>Stellvertr. Mitglied:</u> GV Klinikum Lippe GmbH

**Jahresabschluss zum 31.12.2007**

				Lippe	
Grüntgens	Maria	Altenpflegerin			<u>Mitglied:</u> VV Zwecksverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald GV Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung <u>Stellvertr. Mitglied:</u> VR Sparkasse Detmold
Hartwig	Dieter	Vertriebsbeauftragter			<u>Stellvertr. Mitglied:</u> VV Sparkasse Lemgo GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH
Haushalter	Udo	Gewerkschaftssekretär im Ruhestand			<u>Mitglied:</u> GV Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Netzwerk Lippe gGmbH VV Studieninstitut für Kommunale Verwaltung Beirat JVA Detmold <u>Stellvertr. Mitglied:</u> GV Lippe Pro Arbeit GmbH GV Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH
Hellweg	Erika	Angestellte			<u>Stellvertr. Mitglied:</u> VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH
Heumann	Dr. Lucas	Hauptgeschäftsführer/Angestellter	AR Müllverbrennung Bielefeld-Herford Geschäftsführer Export Marketinggesellschaft der Holz- und Möbeldustrie Westfalen Lippe mbH Geschäftsführer Service Gesellschaft der Holz- und Möbelindustrie Herford mbH		<u>Mitglied:</u> AR Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH AR Klinikum Lippe GmbH GV Klinikum Lippe GmbH AR Landestheater Detmold GmbH VR Abfallwirtschaftsverband Lippe AR Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH <u>Stellvertr. Mitglied:</u> VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Erholungszentrum Schieder GmbH LV Landschaftsverband Westfalen-Lippe



Jahresabschluss zum 31.12.2007

Horstmann	Herbert	Bez.-Schornsteinfeger-Meister im Ruhestand			Mitglied: AR Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH VR Sparkasse Detmold VV Sparkassenzweckverband Detmold Stellvertr. Mitglied: GV Klinikum Lippe GmbH VV Zweckverband Werre – Wasserverband VV VVOWL
Hüls	Dr. Rudolf	Studiendirektor Beamter			Mitglied: VV Sparkassenzweckverband Detmold Stellvertr. Mitglied: Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung
Humke	Wolfgang	Verlaufsleiter Angestellter		AR BVB Blomberg <i>als Vertreter der Stadt Blomberg</i>	
Ilemann	Moritz	Lehrer Beamter		Mitglied: GV der Erholungszentrum Schieder GmbH VR Lippische Landesbrand Versicherungsanstalt AR Institut für Tinnitus Forschung und Therapie GmbH Stellvertr. Mitglied: <i>als Vertreter des Landesverbandes</i>	Mitglied: VV Landesverband Lippe VV Sparkassenzweckverband Detmold HV Lippe Tourismus & Marketing AG VV Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH AR Landestheater Detmold GmbH Stellvertr. Mitglied: AR Lippe Tourismus & Marketing AG
Jesse	Norbert	Elektroingenieur Angestellter			Stellvertr. Mitglied: GV Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH VV Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe VV Sparkassenzweckverband Detmold
Kalkreuter	Kurt	Oberstudienrat Beamter			Mitglied: VR Sparkasse Detmold GV Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH AR Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH Kreditausschuss Sparkasse Detmold VV Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe GV Klinikum Lippe GmbH VV Zweckverband Werre –Wasserverband Stellvertr. Mitglied: Stiftungsrat der „Stiftung Standortsicherung“

Jahresabschluss zum 31.12.2007



					VV Sparkassenzweckverband Detmold LV Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Kappe	Silvia	Hausfrau Kauffrau			Mitglied: VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Netzwerk Lippe gGmbH GV Klinikum Lippe GmbH Beirat JVA Detmold Stellvertr. Mitglied: Stiftungsrat der „Stiftung Standortsicherung“ GV Lippe Pro Arbeit GmbH
Kern	Walter	Sparkassenbetriebswirt (beurlaubt), MDL			Mitglied: GV Netzwerk Lippe gGmbH AR Klinikum Lippe GmbH GV Klinikum Lippe GmbH VR Sparkasse Detmold
Koch	Ingrid	Angestellte Hausfrau			Mitglied: VV Sparkassenzweckverband Lemgo Stellvertr. Mitglied: Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung Kreditausschuss der Sparkasse Lemgo VR Sparkasse Lemgo VV Weserrenaissance-Museum Schloss Brake GV Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH
Kössler	Hartmut	Lehrer Diplom-Ingenieur			
Lehmann	Dr. Axel	Journalist selbständig			Mitglied: LV Landschaftsverband Westfalen Lippe AR Klinikum Lippe GmbH GV Klinikum Lippe GmbH, GV Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH, GV Radio Lippe GmbH & Co. KG VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Lippe Pro Arbeit GmbH Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung GV Netzwerk Lippe gGmbH Stellvertr. Mitglied: AR Landestheater Detmold GmbH

**Jahresabschluss zum 31.12.2007**

					VR Sparkasse Detmold VV Weserrenaissance-Museum Schloss Brake
Loke	Werner	Persönlicher Referent Angestellter			<u>Mitglied:</u> VR Sparkasse Detmold GV Klinikum Lippe GmbH GV Erholungszentrum Schieder GmbH <u>Stellvertr. Mitglied:</u> VV Sparkassenzweckverband Detmold, VV Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung Kreditausschuss der Sparkasse Detmold GV Netzwerk Lippe gGmbH
Meier	Peter	Kundendienstberater Angestellter			<u>Stellvertr. Mitglied:</u> GV Klinikum Lippe GmbH
Mühlen- meier	Ralf	Sonderschullehrer Beamter			<u>Mitglied:</u> GV Klinikum Lippe GmbH <u>Stellvertr. Mitglied:</u> VV Sparkassenzweckverband Lemgo
Müller	Hein-Peter	Hausmann Stabsfeldwebel a.D.	AR RWWE GmbH		<u>Mitglied:</u> VV Sparkassenzweckverband Detmold <u>Stellvertr. Mitglied:</u> GV Abfallbeseitigungs – GmbH Lippe GV Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH VV Abfallwirtschaftsverband Lippe VV Zwecksverband Naturpark Eggegebirge und südli- cher Teutoburger Wald
Nagel	Friedrich- Wilhelm	Schulamtsdirek- tor/Beamter im Ruhestand	Mitgliedschaft Leo- Sport-Marketing GmbH (männliches Kunsttur- nen des TUS Leopolds- höhe)	<u>Mitglied:</u> GV der Staatsbad Meinberg GmbH Gewährträgerversammlung der Lip- pischen Landes- Brandversicherungsanstalt VR der Lippischen Landes- Brandversicherungsanstalt <u>Stellvertr. Mitglied:</u> GV der WFZ Kalletal-Varenholz GmbH VR der HoGaBe	<u>Mitglied:</u> GV Klinikum Lippe GmbH VV Landesverband Lippe <u>Stellvertr. Mitglied:</u> VV Sparkassenzweckverband Detmold

Jahresabschluss zum 31.12.2007



				AR der Staatsbad Meinberg GmbH <i>als Vertreter des Landesverbandes Lippe</i>	
Ostmann	Sylvia	Hausfrau Angestellte		Vermögensverwaltungsgesellschaft der Gemeinde Schlangen mbH, Gemeindewerke Schlangen GmbH GV der Erholungszentrum Schieder GmbH <i>als Vertreterin der Gemeinde Schlangen</i>	Mitglied: GV Gesellschaft f. Abfallentsorgung Lippe AR Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe AR Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH Beirat Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald VV Sparkassenzweckverband Detmold Stellvertr. Mitglied: GV Klinikum Lippe GmbH GV Abfallbeseitigungs GmbH Lippe VR Abfallwirtschaftsverband Lippe VV Werre - Wasserverband VR Sparkasse Detmold
Pellmann	Wolfgang	Sparkassenbetriebswirt Angestellter			Mitglied: GV Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH Stellvertr. Mitglied: AR Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH GV Netzwerk Lippe gGmbH HV Lippe Tourismus & Marketing AG
Podewils	Bruno- Dietrich	Kriminalhauptkommissar a.D. Beamter			Mitglied: VV Sparkassenzweckverband Lemgo GV Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH Stellvertr. Mitglied: Kreditausschuss Sparkasse Lemgo VR Sparkasse Lemgo AR Klinikum Lippe GmbH VV Verkehrsverband Ostwestfalen-Lippe
Pries	Andrea	Altenpflegerin Angestellte			Stellvertr. Mitglied: GV Netzwerk Lippe gGmbH VV Sparkassenzweckverband Lemgo
Raeth	Michael	Versicherungskaufmann Angestellter			Mitglied: GV Betreibergesellschaft Lipperlandhalle mbH AR Lippe Tourismus & Marketing AG Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung Stellvertr. Mitglied:

Jahresabschluss zum 31.12.2007

					GV Klinikum Lippe GmbH AR Klinikum Lippe GmbH GV Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH
Reinecke- Erke	Sabine	Diplom-Betriebswirtin / Hausfrau			Mitglied: GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH
Reß	Christian	Beamter (LWL)			Mitglied: Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung
Schauß	Erika	Selbst. Kauffrau im Ruhestand			Stellvertr. Mitglied: GV Klinikum Lippe GmbH VR Sparkasse Detmold VV Sparkassenzweckverband Detmold
Schiek	Markus	Diplom-Finanzwirt Beamter			Mitglied: GV Klinikum Lippe GmbH
Schleicher	Horst	Rentner			Mitglied: VV Abfallwirtschaftsverbandes Lippe VV Sparkassenzweckverband Lemgo
Schnülle	Rolf	Beamter im Ruhestand			Mitglied: VV Abfallwirtschaftsverband Lippe AR Klinikum Lippe GmbH GV Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe GV Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Lemgo Kreditausschuss der Sparkasse Lemgo VR Sparkasse Lemgo Stellvertr. Mitglied: AR Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH GV Betreibergesellschaft Lipperlandhalle mbH Beirat Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald VR Abfallwirtschaftsverband Lippe AR Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe
Schüte	Gerda	Lehrerin i.R. Angestellte			Mitglied: VV Weserrenaissance-Museum Schloss Brake Stellvertr. Mitglied: GV Erholungszentrum Schieder GmbH AR Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Klinikum Lippe GmbH

Jahresabschluss zum 31.12.2007

Schulz	Konrad	Stadtamtsrat a.D. Beamter im Ruhestand			Mitglied: VV Sparkassenzweckverband Detmold Stellvertr. Mitglied: GV Klinikum Lippe GmbH VV Studieninstitut für Kommunale Verwaltung
Schwirsche	Olaf	Angestellter			Mitglied: VV Zweckverband Werre - Wasserverband Stellvertr. Mitglied: GV Klinikum Lippe GmbH AR Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold Beirat Kommunales Rechenzentrum
Strate	Werner	Technischer Angestellter			Mitglied: GV Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH VV Verkehrsverbund Ostwestfalen Lippe VV Abfallwirtschaftsverband Lippe GV Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe Stellvertr. Mitglied: VV Sparkassenzweckverband Detmold AR Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH AR Klinikum Lippe GmbH
Streeck	Erika	Angestellte			Mitglied: VV Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald VV Sparkassenzweckverband Detmold Stellvertr. Mitglied: GV Klinikum Lippe GmbH GV Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH, GV Kommunale Verkehrsgesellschaft Lippe mbH Kreditausschuss Sparkasse Detmold, VV Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe
Sundhoff	Friedrich-Wilhelm	Landwirt selbständig	Inhaber von Aktien- teilen der Lippischen Hauptgenossenschaft	AR der "DetCon" Detmold <i>als Vertreter der Stadt Detmold</i>	Stellvertr. Mitglied: VR Sparkasse Detmold GV Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe
Symalla	Sascha	Dipl.-Rechtspfleger (FH) Beamter			Mitglied: Beirat Kommunales Rechenzentrum Stellvertr. Mitglied:



Jahresabschluss zum 31.12.2007

					VV Sparkassenzweckverband Detmold
Tornau	Birgit	Hausfrau			Mitglied: GV Klinikum Lippe GmbH VV Sparkassenzweckverband Detmold GV Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH Stellvertr. Mitglied: GV Netzwerk Lippe gGmbH GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH
Vierregge	Kerstin	Betriebswirtin Angestellte			
Vogt	Manfred	Hausmann		VR der Sparkasse Detmold Kreditausschuss Sparkasse Detmold <i>als Vertreter der Stadt Horn-Bad Meinberg</i>	Stellvertr. Mitglied: VV Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald GV Netzwerk Lippe gGmbH VV Sparkasse Detmold
von der Ahe	Hans-Peter	Diplom-Verwaltungswirt Beamter			Mitglied: VV Sparkassenzweckverband Detmold Stellv. Mitglied: VV Abfallwirtschaftsverband Lippe VV Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald GV Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe
Weigel	Rüdiger	Versicherungskaufmann Angestellter			Stellvertr. Mitglied: Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung
Weitner	Fritz	Pensionär Berufssoldat a.D.		AR Gemeindewerke Schlangen <i>als Vertreter der Gemeinde Schlangen</i>	Mitglied: GV Abfallbeseitigungs - GmbH Lippe Stellvertr. Mitglied: VV Abfallwirtschaftsverband Lippe VV Sparkassenzweckverband Detmold

Heuwinkel	Friedel	Landrat	Mitgesellschafter der F. R. Heuwinkel Bio-Gas GmbH Eigentümer eines landwirtschaftlichen Betriebes	Fachbeirat Kultur OWL Marketing GmbH GV OWL Marketing GmbH Vorstand Landkreistag Vorstand Verband Deutscher Naturparke e.V.	Mitglied: VR Sparkasse Detmold Kreditausschuss Sparkasse Detmold VV Sparkassenzweckverband Lemgo VR Sparkasse Lemgo VV Werre – Wasserverband VV Abfallwirtschaftsverband VR Abfallwirtschaftsverband (Vors.) VV Kommunales Rechenzentrum VV Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald GV Klinikum Lippe GmbH (Vors.) AR Klinikum Lippe GmbH (Vors.) GV Gemeindepshychiatrisches Zentrum GmbH GV OWL Marketing GmbH Fachbeirat Tourismus OWL Marketing GmbH GV Lippe Pro Arbeit GmbH (Vors.) GV Verkehrsbetriebe Extertal – Extertalbahn GmbH (Vors.) AR Verkehrsbetriebe Extertal – Extertalbahn GmbH (Vors.) GV vbe-Spedition GmbH (Vors.) AR vbe-Spedition GmbH (Vors.) GV Karl Köhne Omnibusbetriebe GmbH (Vors.) AR Karl Köhne Omnibusbetriebe GmbH (Vors.) AR Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe mbH (Vors.) AR Abfallbeseitigungs-GmbH Lippe (Vors.) GV Lippischer Rundfunk GmbH & CO KG AR Lippe Tourismus und Marketing AG (Vors.) Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung GV Landestheater Detmold GmbH AR Landestheater Detmold GmbH (Vors.) Beirat E.ON Westfalen Weser AG Beirat Institut für den Mittelstand Beirat Interargem-Entsorgungs GmbH Beirat Kinder- und Jugendpsychiatrie
-----------	---------	---------	---	--	--

					Kreditausschuss Sparkasse Lemgo Beirat Westfälische Ferngas AG VV Westf.-Lippischer Sparkassen- u. Giroverband VV und Kuratoriumsmitglied Zweckverband Weserre- naissance-Museum <u>Stellvertr. Mitglied:</u> GV Betreibergesellschaft Lipperlandhalle GV Abfallbeseitigungs-GmbH Lippe
Nolting	Brigitte	Allg. Vertreterin			<u>Mitglied:</u> VV Sparkassenzweckverband Detmold VV Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südli- cher Teutoburger Wald VV Zweckverband Weserrenaissance-Museum VV Zweckverband Verkehrsverbund OWL VR Zweckverband Verkehrsverbund OWL GV WFZ Kalletal-Varenholz GmbH GV Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH GV Netzwerk Lippe gGmbH <u>Stellvertr. Mitglied:</u> VV Abfallwirtschaftsverband VR Abfallwirtschaftsverband AR Klinikum Lippe GmbH
Schäfer	Frank	Kämmerer			<u>Mitglied:</u> Vorstand Lippe Tourismus und Marketing AG GV Betreibergesellschaft Lipperlandhalle mbH <u>Stellvertr. Mitglied:</u> VV Sparkassenzweckverband Detmold Kreditausschuss Sparkasse Detmold VV Sparkassenzweckverband Lemgo VV Kommunales Rechenzentrum Stiftungsrat der Stiftung Standortsicherung GV Landestheater Detmold GmbH AR Landestheater Detmold GmbH
Gruß	Wigbert	Fachbereichsleiter			<u>Mitglied:</u> AR KVG Lippe mbH GV KVG Lippe mbH <u>Stellvertr. Mitglied</u> VV VVOWL

**Jahresabschluss zum 31.12.2007**

					VR VVOWL
Böke	Hans	Fachbereichsleiter			<u>Mitglied:</u> Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit GV Lippe Pro Arbeit GmbH <u>Stellvertr. Mitglied</u> VV Zweckverband Weserrenaissancemuseum GV Netzwerk Lippe gGmbH
Diekmann	Helmut	Fachbereichsleiter			<u>Mitglied:</u> GV Abfallbeseitigungsgesellschaft <u>Stellvertr. Mitglied</u> AR Abfallbeseitigungsgesellschaft GV Erholungszentrum Schieder GmbH VV Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald VV Werre - Wasserverband
Ostrau	Stefan	Fachbereichsleiter			
<u>Abkürzungen:</u>					
AR	Aufsichtsrat				
GV	Gesellschafterversammlung				
HV	Hauptversammlung				
LV	Landesversammlung				
MV	Mitgliederversammlung				
VR	Verwaltungsrat				
VV	Verbandsversammlung				
WFZ	Weserfreizeitzentrum				